Stadt Grevesmühlen
Stadtvertretung Grevesmühlen

Sitzung der Stadtvertretung Grevesmühlen, Nr: SI/12SV/2014/09

Sitzungstermin: Montag, 28.04.2014, 18:30 Uhr

Ort, Raum: Rathaussaal, Rathaus, Rathausplatz 1, 23936 Grevesmühlen

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit	
2	Mitteilungen des Stadtpräsidenten	**VO/12SV/2014-433**
3	Bericht des Bürgermeisters	**VO/12SV/2014-432**
4	Einwohnerfragestunde	
5	Bestätigung der Tagesordnung	
6	Billigung der Sitzungsniederschrift vom 03.02.2014	
7	Übertragung von Haushaltsansätzen in das Jahr 2014	**VO/12SV/2014-414**
8	Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung gemäß § 13a BauGB hier: Abwägungsbeschluss	**VO/12SV/2014-420**
9	Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung hier: Städtebaulicher Vertrag über die Planung und Herstellung der Erschließungsanlagen sowie der Lärmschutzmaßnahmen	**VO/12SV/2014-422**
10	Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für den Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung gemäß § 13a BauGB hier: Satzungsbeschluss	**VO/12SV/2014-421**
11	Antrag der CDU-Fraktion zu verkehrsordnenden und verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Innenstadtbereich	**VO/12SV/2014-425**
12	Antrag der CDU Fraktion zur Angleichung von Pflasterflächen im Innenstadtbereich	**VO/12SV/2014-426**
13	Antrag der SPD Fraktion über die flächendeckende Versorgung mit schnellem Breitbandzugang (DSL) im Stadtgebiet	**VO/12SV/2014-430**

14	Anfertigung einer Flagge mit dem Stadtwappen	**VO/12SV/2014-427**
15	Jährlicher Bericht des Vorsitzenden des gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen - Land über die Durchführung und die wesentlichen Feststellungen der örtlichen Prüfung	**VO/12SV/2014-431**
16	Anfragen und Informationen der Stadtvertreter	

Nichtöffentlicher Teil

17	Verkauf einer Teilfläche des Flurstückes 103/14, Flur 2, Gemarkung Grevesmühlen	**VO/12SV/2014-412**
18	Verkauf des Flurstückes 371/1, Flur 6, Gemarkung Grevesmühlen (Große Alleestraße 6)	**VO/12SV/2014-416**
19	Ankauf des Flurstücks 329, Flur 8; des Flurstücks 339, Flur 2 und des Flurstücks 29/1, Flur 15 alle Gemarkung Grevesmühlen	**VO/12SV/2014-429**
20	Anfragen und Sonstiges	

Öffentlicher Teil

21	Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Stadt Grevesmühlen

Informationsvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-433** Status: öffentlich Aktenzeichen: öffentlich Datum: 17.04.2014 Verfasser: Höft, Inka
Federführender Geschäftsbereich: Haupt- und Ordnungsamt	

Mitteilungen des Stadtpräsidenten

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Sachverhalt: Bericht des Stadtpräsidenten (Zeitraum: 23.1.2014 bis 16. 4. 2014)

27.01.2014 Ausstellung – Jüdische Geschichte der Stadt –
28.01.2014 Vorbereitung des Schreibwettbewerbes -Krähensage –
03.02.2014 Stadtvertretersitzung
18.02.2014 Treffen mit Handwerkern der Stadt
24.02.2014 Treffen der AG „ Ehrenbürgerschaft „
26.02.2014 Eröffnung der Ausstellung „ Der kleine Prince „
27.02.2014 Auftaktveranstaltung „ In Town – EU „
06.03.2014 Eröffnung der2 Hanse – Messe „
11.03.2014 Beratung der Vereine der Stadt
12.03.2014 Unterschriftensammlung zum Erhalt des Amtsgerichtes in GVM
16.03.2014 Gottesdienst und Einführung von Fr. Pastorin Harder in ihr Amt
17.03.2014 Schulförderverein der Grundschule „ Fritz Reuter „
20.03.2014 Gespräch mit Vertretern des Ministeriums und der Fraktionen zur Ansiedlung des Einzelhandels am Bahnhof
26.03.2014 „Hesseabend“ des Literaturclubs
27.03.2014 Vorbereitung von Anträgen für Eintrag ins Ehrenbuch der Stadt
31.03.2014 Ausschussberatung
08.04.2014 Beratung des Hauptausschusses
10.04.2014 Beratung Stadtwerke (Aufsichtsrat)
11.04.2014 Jahreshauptversammlung des GFC
12.04.2014 Tag der Sauberkeit in GVM
14. 04.2014 AG „Stadtfest„

Anlage/n:

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Stadt Grevesmühlen

Informationsvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-432** Status: öffentlich Aktenzeichen: öffentlich Datum: 17.04.2014 Verfasser: Höft, Inka
Federführender Geschäftsbereich: Haupt- und Ordnungsamt	

Bericht des Bürgermeisters

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Sachverhalt:

Als Anlage der Jahresbericht der Stadt Grevesmühlen.

Anlage/n:

Jahresbericht 2013

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

2013



Jahresbericht der Stadt Grevesmühlen

Inhalt

Geschäftsbereich

Seite

Stadtmarketing / Tourismus 3

Wirtschaftsförderung 12

Geschäftsbereich Hauptamt / Ordnungsangelegenheiten 17

Hauptamt 17

Ordnungsangelegenheiten 33

Geschäftsbereich Finanzen 41

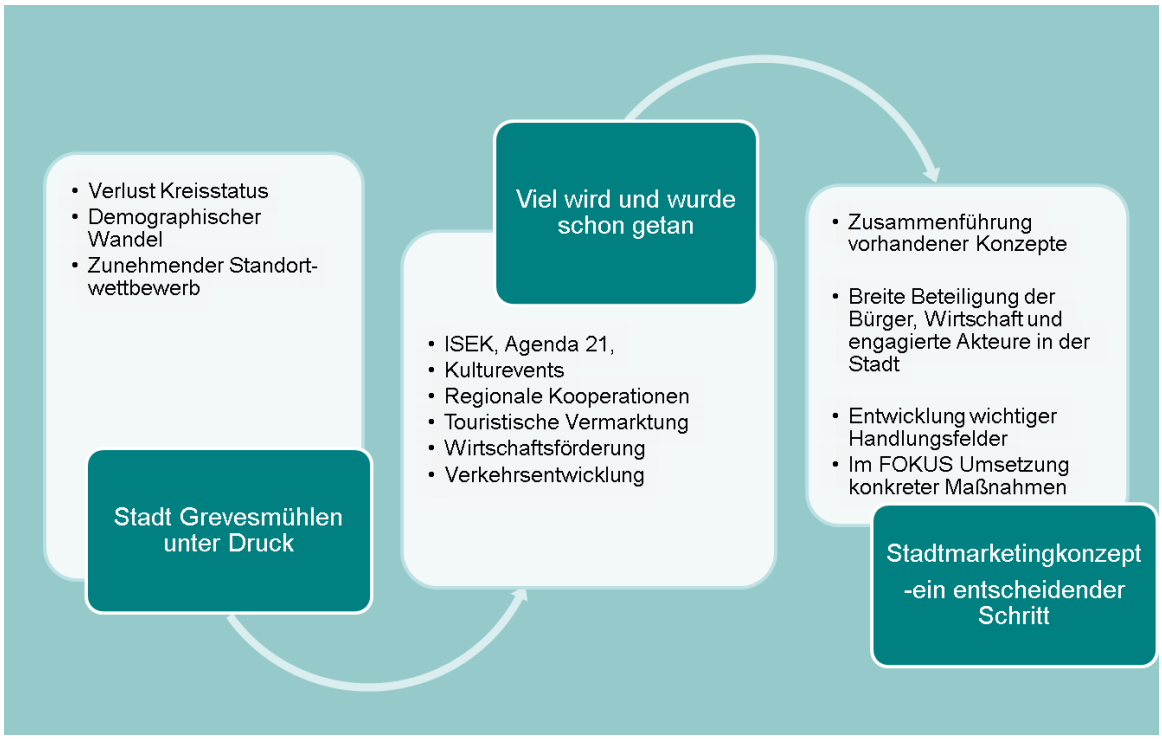
Geschäftsbereich Bauamt 54

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten 75

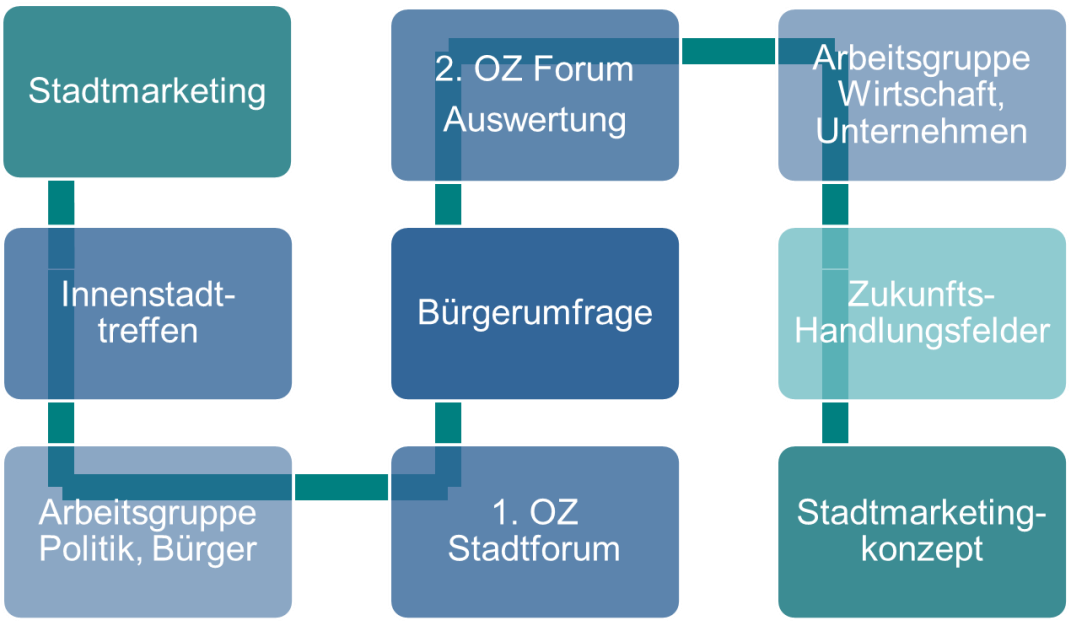
Stadtmarketing / Tourismus

- Initiierung, Koordinierung und Begleitung des Stadtmarketingprozesses in Grevesmühlen

Herausforderung:



Bisherige Schritte im Überblick:



Beteiligungsprozess:

- Breite Beteiligung der Bürger, Wirtschaft und engagierte Akteure in der Stadt



- Innenstadttreffen der Gewerbetreibenden zur Vorstellung der geplanten städtischen Aktionen und Veranstaltungen
- Arbeitsgruppe Stadtmarketing zur Beteiligung der Bürger, Gewerbetreibenden und engagierter Akteure
- OZ Forum – Podiumsdiskussion zu innenstadtrelevanten Themen mit geladenen Gästen unter Einbeziehung des Publikums
- Bürgerumfrage zur Stärke-Schwächenanalyse, Darstellung des Gesamteindrucks der Außendarstellung
- OZ Forum - Präsentation der Auswertungsergebnisse der Bürgerbefragung, Podiumsdiskussion mit geladenen Gästen und Publikum, gemeinsame Erarbeitung von Zukunfts- und Handlungsfeldern
- Arbeitsgruppe Unternehmen – gemeinsame Erarbeitung von Ideen und Marketingmaßnahmen, für das künftige Stadtmarketingkonzept

Ziel:

Potentiale und Stärken der Stadt weiter zu entwickeln und die Außen- und Innenwahrnehmung der Stadt positiv zu beeinflussen. Erstellung, Umsetzung und Fortschreibung eines Stadtmarketingkonzeptes für Grevesmühlen.

Veranstaltungen/Aktionstage

- Vorbereitung, Durchführung, Verwaltung und Abrechnung von städtischen Veranstaltungen und Mitwirkung bei städtischen Aktionen

Veranstaltung	Schwerpunkt	Aufgaben des Stadtmarketings	Datum der VA	Teilnehmer
Innenstadttreffen	Information über städtische Veranstaltungen, Aktionen und Angebote	Organisation Präsentation, Moderation	28.01.13	50
Treffen der Vereine	Information über städtische Veranstaltungen, Aktionen und Angebote	Präsentation	12.03.13	50
5.Citynacht	Aktionstag zur Verkaufsförderung Innenstadt	Organisation, Koordinierung der Veranstaltung und Antragsstellung Fördermittel „Aktion Mensch“	04.05.13	500+
IGS Hamburg	Präsentation auf der Intern. Gartenschau Hamburg	Präsentation in Kooperation mit dem Tourismusverband Mecklenburg Schwerin	10.06.-12.06.13	Über 5000
1.Inklusives Sportfest	Aktionstag zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Sport	Organisation, Marketing, Durchführung	20.06.13	300
Kinderumwelttag	Aktionstag des Zweckverbandes Grevesmühlen	Präsentation der Touristischen Angebote und Märchenlesung für Kinder	08.06.13	5000
Tag der Stadtinformation	Tag der offenen Tür im Rahmen des Stadtfestes	Präsentation der Sagen- und Märchen	11.06.13	100
Fahrradaktionstag	Veranstaltung des Vereins Statt ohne Watt mit Beteiligung der Schulen	Präsentation und Vorführung der Movelo E-Bikes	12.06.13	200
Projekttag GAT „Meine Schule bewegt mich“ -Bunt statt Braun“	Projekttag der Schule gegen Rechtsextremismus	Vortrag für die Geschichte der Juden in Grevesmühlen und Diskussionen zum Thema Antisemitismus	11.10.13	400
Tag der offenen Verwaltung	Aktionstag zum Tag der offenen	Marketing	14.09.13	500

	Tür in der Verwaltung			
BürgerBahnhof	Tag der offenen Tür im Bahnhofsgebäude	Fotos/Internetpräsentation		200
Vorweihnachtliches Straßenfest	Aktionstag zur Verkaufsförderung	Organisation der Sagen- und Märchenfiguren	05.12.13	1000

Arbeitsgruppen und Gremien

- Pflege und Aufbau lokaler, regionaler und internationaler Kooperationen, Netzwerke und Städtepartnerschaften

Arbeitsgruppe	Aufgabe Stadtmarketing	Ziel der AG	Anzahl der Sitzungen/Jahr
AG Stadtmarketing	Organisation, Koordination, Moderation des Stadtmarketingprozesses	Beteiligung am Stadtmarketing-prozess	4
AG Citynacht	Organisation, Koordination, Moderation	Vorbereitung und Durchführung der Citynacht	5
AG Festkomitee	Öffentlichkeitsarbeit für das Stadtfest	Vorbereitung und Durchführung des Stadtfestes	3
AG Tag der offenen Verwaltung	Öffentlichkeitsarbeit für den Tag der offenen Verwaltung	Vorbereitung und Durchführung des Tags der offenen Verwaltung	4
AG Jüdische Geschichte GAT	Begleitung des projektbezogenen Unterrichts, Organisation, Koordination, Moderation	Durchführung des Projektes zur Geschichte der Juden in Grevesmühlen	26
AG BürgerBahnhof	Öffentlichkeitsarbeit		
AG Urlaubskatalog	Organisation, Koordination, Akquise zur Erstellung und Vermarktung des Urlaubskatalogs	Erstellung des Urlaubskataloges für Nordwest-mecklenburg	5
AG Inklusives Sportfest	Organisation, Koordination, Öffentlichkeitsarbeit	Veranstaltung eines Sportfestes mit Inklusiven Wettkämpfen	4

Gremien	Aufgabe Stadtmarketing		Anzahl der Sitzungen/Jahr
Mitglied im Marketingausschuss des Tourismusverbandes Mecklenburg SN	Organisation und Koordinierung tourismusrelevanter Themen im Verbandsgebiet	Etablierung der Region, als Teil der Dachmarke Mecklenburg-Vorpommerns	4
Vorstandsmitglied der Sagen- und Märchenstraße	Organisation, Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit, Schriftführer	Themenbezogene Vermarktung der Region	12

Städtepartnerschaften

- Loures/Portugal

Städtepartnerschaftstreffen mit einer Delegation aus Loures/Portugal mit Stadtführung und Vorbereitung und Durchführung eines Bürgermeisterempfangs

Ergebnis:
Unterzeichnung eines „Letter of Intent“ (Absichtserklärung zur Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommens)

- Laxa/Schweden

Organisation und Koordinierung eines internationalen Chortreffens anlässlich des Abschlusskonzertes der Grevesmühlener Sommermusiken in Kooperation mit der Ev. Luth. Kirchgemeinde. Der Schwedische Frauenchor trat gemeinsam mit dem Madrigalchor Schwerin, dem Liederkreis Grevesmühlen dem Gemeindechor vor Publikum in der Kirche auf. Im Anschluss fand ein gemeinsames Treffen der Chöre auf Einladung des Bürgermeisters im Ringhotel statt.

Ergebnis:
Städtepartnerschaftsgespräche zwischen den Bürgermeistern beider Städte und Absichtserklärung zur intensiveren Förderung des Austauschs von Jugendgruppen.

- Ahrensbök/Schleswig Holstein

Wechselseitiger Austausch zwischen den Bürgermeistern und der Feuerwehr zu den Jahresempfängen und zum Stadtfest

Ergebnis:
Fortbestand und Pflege der Partnerschaftsaktivitäten

- IN-Town/Europa

Die Stadt Grevesmühlen beantragte EU-Mittel zum Aufbau eines Städte-partnernetzwerkes zur Inklusion von behinderten Menschen in einem multikulturellen Europa. Mit diesem Alleinstellungsmerkmal erhielt die Stadt als eines von 18 Projekten europaweit zum 09.12.2013 einen positiven Förderbescheid. Die Zuwendung erfolgt aus dem EU-Programm: Aktive Bürgerinnen und Bürger für Europa

und wurde mit insgesamt 126.000 € bewilligt. In einem Projektzeitraum von 2 Jahren finden insgesamt sechs städtepartnerschaftliche Netzwerktreffen in Deutschland, Portugal und Schweden statt (siehe Projektskizze). Beteiligte Partnerstädte sind neben Ahrensböck, St. Savinien/Frankreich, Gramenz/Polen, Laxa/Schweden, Lores/Portal, Nagymaros/Ungarn.

Ziel:
Die Pflege bestehender und der Abschluss neuer Städtepartnerschaftsverträge, die Vernetzung der Partnerstädte untereinander und die Ausrichtung auf eine langfristige, thematische Zusammenarbeit.

Projekte und Förderungen

- Vorbereitung, Durchführung, Verwaltung und Abrechnung von projektbezogenen Fördermittelanträgen

Projekt	Schwerpunkt	Förderung durch	Summe	Ergebnis
Inklusive Citynacht	„Ich bin entscheidend“ Laufen, kaufen, feiern in Grevesmühlen	Aktion Mensch	4.000,00	bewilligt
In Town EU	Aufbau eines Städtepartnerschaftlichen Netzwerkes zum Thema Inklusion	Europa für Bürgerinnen und Bürger	126.000,00	bewilligt
Die Jüdische Geschichte in Grevesmühlen	Erarbeitung der Geschichte der Juden in Grevesmühlen mit Ausstellungen am GAT und im Museum	Amadeo Antonio Stiftung	1000,00	bewilligt
Tourismus für Alle	Projekt zur Förderung des barrierefreien Tourismus	ESF Förderung	25.000,00	beantragt
Tourismus für Alle	Umsetzung von barrierefreien Schlüsselprojekten	Metropolregion Hamburg	60.000,00	beantragt

Bewerbungen

- Wettbewerbe stellen die innovative Kraft und das Engagement des Teilnehmerkreises in den Vordergrund, wirken motivierend und regen zum Nachahmen an. Das kreative Potenzial unseres städtischen Lebens wird sichtbar gemacht, bereits die Teilnahme ermöglicht einen positiven Rückblick auf die geleistete Arbeit

Wettbewerb/Titel	Thema	ausschreibende Organisation	Ergebnis
Land der Ideen	Bildungsidee gesucht: Klimaprojekt	Deutschland Land der Ideen	Absage
Schönstes Stadtfest	Geschichte und Konzeption des Stadtfestes Grevesmühlen	Stiftung Lebendige Stadt	Teilnahmeurkunde
Integrationspreis	Inklusives Sportfest in Grevesmühlen	Behindertensportverband MV	Absage

Internet/Redaktion:

- Verwaltung und Pflege der Städtischen Internetseiten:

www.grevesmuehlen.info
www.bahnhof-grevesmuehlen.de
www.sagen-und-maerchenstrasse-mv.de
www.region-wmo.de
www.grevesmuehlen.de

- Konzeption, Aufbau und Pflege neuer projektbezogener Internetseiten:

www.in-town.eu
www.spurensuche-grevesmuehlen.jimdo.com

- Unterstützung bei der Erstellung der City App Grevesmühlen

- Vorbereitung und Durchführung von Anwenderschulungen:

März 2013 für die Herausgebergemeinschaft Thema „ Typo3“
Vorausschau: März 2014 für Gewerbetreibenden zum Thema: „Online Marketing“

Öffentlichkeitsarbeit

- Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen u. Präsentationen und Messeauftritten
- Erstellung von Präsentationen und Publikationen, Werbe- und Pressetexten (Flyer, Broschüren, Plakate, Imagefilme, Werbeartikel)
- Mitwirkung bei der Erstellung der Bürgerinformationsbroschüre
- Kontaktpflege zu Händlern, touristischen Einrichtungen, Unternehmen, Institutionen und Vereinen

Publikation	Thema	Auflage	Herausgeber	
Urlaubskatalog Nordwestmecklenburg	Gastgeberverzeichnis, Reisehandbuch und Veranstaltungskalender	20.000	Herausgebergemeinschaft	Wichtigstes Marketinginstrument für Nordwestmecklenburg
Piratenpauschale	Pauschalangbot, Open Air Besuch, Hotelübernachtung und Freizeit in Grevesmühlen	2.500	Stadt Grevesmühlen	Förderung des Tourismus
Einkaufsführer	Quartalsweise erscheinender Veranstaltungs- und Einkaufsführer	2.500	Stadt Grevesmühlen mit GHI	Förderung des Kulturtourismus, Belebung der Innenstadt
Bürgerbroschüre	Informationsbroschüre, Behördenführer	20.000	Stadt Grevesmühlen	Umfassendes Informationen für Bürger und Neubürger von Grevesmühlen
Touristischer Imagefilm	Werbefilm mit Sehenswürdigkeiten und Freizeitmöglichkeiten Grevesmühlens	5 Minuten	Stadt Grevesmühlen	Positive Außen-darstellung übers Internet, Tourismuswerbung

Präsentationen:	Thema	Termin	Kooperationen
Hanse Schau Wismar	Verbrauchermesse	07. – 10.03.2013	Sagen- und Märchenstraße
Viva Touristika Rostock	Tourismusmesse	14. - 16.02.2013	Sagen- und Märchenstraße
Ostsee Messe Rostock	Verbrauchermesse	20. - 24.02.2013	Sagen- und Märchenstraße

Qualitätssicherung Tourismus:

- Qualitätssteigerung und Qualitätssicherung der Angebote durch Schulung und Klassifizierung der touristischen Leistungsträger

Maßnahme	Thema	Termin	Teilnehmer
Besichtigung und Zertifizierung von Urlaubsquartieren	Feststellung des Qualitätsstandards/Klassifizierung	Ganzjährig	5
Gastgerbertreffen	Informationsabend für Gastgeber zu Online Buchungssystemen und Qualitätsstandards bei Privatunterkünften	21.09.13	19
Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Tourismuszentrum Mecklenburgische Ostseeküste	Überregionale Zimmervermittlung und Anschluss an das größte landesweite Buchungssystem für die Vermarktung und Vermittlung von Unterkünften	seit September 2013	

Touristische Produktentwicklung

- Touristische Konzept- und Produktentwicklung, Umsetzung und Vermarktung

Produkt	Thema	Umsetzungszeitraum	
Urlaubskatalog	Präsentation und Vermarktung von Ferienobjekten	2014	20.000
Piratenpackage	Erstellung und Vermarktung eines Pauschalangebotes für Besucher des Open Air Theaters in Kombination mit Hotel- und Freizeitanbietern	2014	2.500
Piratentaler	Werbeaktion mit Bonussystem in Kooperation mit Gewerbetreibenden der Innenstadt	2014	5.000
Radbroschüre	Konzipierung und Vermarktung von 6 thematischen Radtouren rundum Grevesmühlen	2014	2.500

Wirtschaftsförderung

In 2013 wurden weiterhin kontinuierlich Beratungen zu Fragen der Wirtschaft durchgeführt, bei denen in der Regel auch der ehrenamtliche Wirtschaftsrat der Stadt, Herr Norbert Duwe teilgenommen hat. In diesen Beratungen wurden Fragen des allgemeinen Marketings, konkrete Projekte wie die CityNacht, Piratentaler oder das Unternehmerfrühstück besprochen als auch Fragen des Grundstückskaufs, vorbereitender Bauleitplanung als auch strategische Fragestellungen zum Standort Grevesmühlen erörtert. Fallbezogen ist auch der Vorsitzende des Gewerbe, Handels- und Industrievereins, Herr Schön, zu den Beratungen eingeladen worden.

Wesentliches Augenmerk galt 2013 insbesondere die Entwicklung der Innenstadt und deren Einzelhandel. Anlass hierfür war zum einen die Fertigstellung des Einzelhandelsgutachtens, die aktuelle Entwicklung um den „MARKANT“-Markt sowie die zu verzeichnenden Fluktuationen in den Einzelhandelsflächen der Innenstadt.

Bezogen auf die Innenstadt ergaben sich hieraus weitere Initiativen zum Leerstandsmanagement (kostenlose Vermarktung auf der Internetseite der Stadt, Schaufensterbelebung, Existenzgründerberatung). Konkret wurden hierfür sämtliche Eigentümer von leerstehenden Einzelhandelsflächen nochmals auf die Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Stadt hingewiesen. Für stadteigene, leerstehende Einzelhandelsflächen wurden Schaufenstergestaltungen organisiert, für das Objekt Wismarsche Straße 5 ist ein neuer Gewerbetreibender gefunden worden.

Der „Piratentaler“ wurde bis Jahresfrist dahingehend vorbereitet, dass Mittel für das Projekt im HH-Plan 2014 eingestellt wurden und mit dem GHI und den „Piraten“ Grundzüge der gemeinsamen Durchführung vereinbart wurden.

Neuansiedlungen von Gewerbeflächen wurden im Bereich des Grünen Weges (RUDEBO, EGLY) sowie im Gewerbepark Nordwest (2 Betriebe der Garnelenzucht) durch Verkauf, Beratungen hinsichtlich der Bebaubarkeit und Baubegleitung) betreut. Im Gewerbepark Nordwest folgte im Dezember durch den Verkauf von ca. 4 ha die Vorbereitung einer weiteren nennenswerten Ansiedlung eines Getreidehandels und –umschlages. Weitere konkrete Verhandlungen sind für eine 1 ha große Fläche im Gewerbepark „Nordwest“ geführt worden, die in 2014 voraussichtlich zum Abschluss geführt wird.

Auf Privatflächen wurde im Bereich der Kläranlage die Betriebseinrichtung der NWL 2013 abgeschlossen und Baurecht für mehrere Erweiterungsbauten auf dem sog. Handwerkerhof im Grünen Weg geschaffen. An der östlichen Ortsumgehung wurde die Baugenehmigung für ein neues Autohaus geschaffen. Diese Projekte sind intensiv von der Verwaltung begleitet worden.

Perspektivisch wurden ferner weitere mögliche Gebietsausweisungen für Gewerbeansiedlungen erörtert und einheimische Betriebe (Baltic Metall, Baltic Elektronik) besucht, um dort anstehende Projekte zu erfragen und hierbei Hilfestellungen anzubieten.

Das Bauamt führte im Februar ein erstes Handwerkertreffen mit ca. 30 Teilnehmern durch mit dem Ziel, die anstehenden baulichen Maßnahmen und voraussichtlichen

Ausschreibungen zu präsentieren, um für eine Teilnahme an den Verfahren zu werben.

Zweimal wurde ein Unternehmerfrühstück gemeinsamen mit dem Unternehmerverband NWM durchgeführt. Das 1. Treffen hatte einen Themenschwerpunkt im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in unserer Region. Dabei kamen Projekte des Produktiven Lernens (RS am Wasserturm) und Möglichkeiten des Dualen Studiums (HS Wismar) zur Sprache. Die Veranstaltung fand in der Piratenkaschemme statt. Das 2. Treffen, im Veranstaltungssaal der Fa. Baltic Elektronik, hatte als Themenschwerpunkt „Stadt ohne WATT“. Dabei wurden die aktuellen Aktivitäten des Vereins und deren Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft dargestellt.

Jeweils 60 Gäste kamen zu den Veranstaltungen, die damit sehr gut besucht waren. Die Feststellung war, dass die Themen große Resonanz bei den Teilnehmenden fanden und das Interesse an solchen Veranstaltungen da ist. Auch 2014 wird die Reihe der Unternehmerfrühstücke fortgesetzt.

Anlage:
Übersicht über den Stand der Projekte aus der ISEK-Fortschreibung 2008

Projekt	Projektinhalt	Davon bis 2013 umgesetzt	Beschlüsse in 2013	1	2	3
1	Revitalisierung des Bahnhofsgebäude	Übergabe des Objektes Planerausschreibung Vergabe der Planungsleistungen 2. BürgerBahnhof Laufende Öffentlichkeitsarbeit Entkernungsarbeiten	Haushaltsplan 2013 Fortschreibung HH-Sicherung (Umzug Jugendklub ins 1.OG) VO/12SV/2010-047		X	
2	Entwicklung des Bahnumfeldes	Entwidmungsanträge Weitere Kaufverhandlungen mit Eisenbahnvermögen Verkauf an BartelsLangness Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr.			X	
3	Neuordnung der Stellplatzsituation am Bahnhof	Ankauf von der Bahn Ankauf weiterer Flächen von Eisenbahnvermögen Abstimmung mit Min. wg. Möglicher Förderungen	Beschluss zum Ankauf des Vorplatzes und der Grünanlagen	X		
4	Umnutzung der ehem. Sparkasse	Ankauf durch die WOBAG Gestaltungskonzepte erarbeitet	Keine		X	
5	Öffnung des Kirchturms	Laufender Betrieb				**X**
6	Einführung eines Leerstandsmanagement	Bewerbung der Gewerbeflächen im Blitz-Einleger und Internet Belebung durch Schaufenstergestaltung Direkte Kontaktaufnahme zu Eigentümern	Keine			**X**
7	Aufwertung des Platzes am Lukullischen Traum	Erneutes Aufstellen des BUGA-Hochbeets Vermietung an Gastronom in den Sommermonaten				**X**
8	Erweiterung des Kinderbetreuungsangebotes	Kein neuer Sachstand				**X**
9	Erhalt und Festigung des Schul- und Ausbildungstandortes Grevesmühlen	Brandschutzertüchtigung Ploggenseeschule in Umsetzung	Haushaltsplan 2012		**X**	
10	Platzgestaltung Sparkassenplatz/ Revitalisierung Kino	Beratung von Kaufinteressenten des Kinos		**X**		
11	Vervollständigung der Bebauung am Markt	Pflege der Grünanlage auf der BUGA-Fläche neben dem Rathaus				**X**
12	Indoorspielplatz	Kein neuer Sachstand		**X**		
13	Weiterentwicklung der Freizeitangebote am Ploggensee	Neubau der Steganlage Koordinierung der Instandhaltung durch ehrenamtliche Arbeit Begleitung einer Vereinsgründung				X
~~**14**~~	~~**Entwicklung Wohngebiet West**~~	~~**Abgebrochen !**~~				
15	Entkernung der Innenstadtquartiere	Durchführung des Umlegungsverfahrens für den BB Gr.- Seestraße			**X**	
16	Qualifizierung der Geschosswohnungsbauten	Mehrere Bauanträge für Balkonanlagen			**X**	

1: in Vorbereitung; 2: in Durchführung; 3: abgeschlossen

Projekt	Projektinhalt	Davon bis 2012 umgesetzt	Beschlüsse in 2012	1	2	3
17	Verbesserung der Wegebeziehungen in den Quartieren der Geschossbauten	Wegeverbindung Ploggenseering/Kastanienallee	Haushaltsplan 2012		X	
18	Entwicklung der Flächen südlich Klützer Straße für Einfamilienhäuser	Erarbeitung Schallgutachten	Haushaltsplan 2012		X	
19	Entwicklung des ehem. Diamant-Geländes	Abriss der Bestandsgebäude Vermarktung			X	
20	Erarbeitung eines Tourismuskonzepts	Personalstelle Stadtmarketing eingerichtet und besetzt		X		
21	Qualifizierung von touristischen Leistungsträgern	Projektantrag „Tourismus für ALLE“				
22	Piratennetzwerk	Aktion der Eintrittskarten „GVM ist bunt“		X		
23	Entwicklung Freizeitanlage „Iserberg“	Direkte Kontakthaltung zu Interessenten Vorbereitung Abriss Turnhalle		X		
24	Wirtschaftsansiedlungskonzept	Bewerbung des Gewerbegebietes Nordwest; Schwerpunkt regenerative Energien, Internetportal Werbung in TV und Fachtagungen zu "Stadt ohne WATT"			X	
25	Netzwerk-Schule- Wirtschaft	Projekt Energie an Schulen Veranstaltung der Schulen zum Tag der Erneuerbaren Energien Einbindung in den BürgerBahnhof			X	
26	Unternehmertreffen	Fortführung de s Unternehmerfrühstücks			X	
27	Einführung eines Citymanagements	Personalstelle Stadtmarketing eingerichtet und besetzt			X	
28	Erstellung eines Einkaufführers	In 2012 fortgeführt				X
29	Regionales Einzelhandelskonzept	Mitarbeit am reg. Einzelhandelsgutachten Wismar und eigenes EH-Konzept in Vorb.			X	
30	Entwicklung des Gewerbe- und Industriegebietes Nordwest	Bau einer Photovoltaikanlage Verkauf und Reservierung weiterer Flächen	VO/12SV/2011-084 Reservierung einer Fläche		X	
31	Entwicklung der Gewerbegebiete Upahl und Gägelow	Kontinuierliche Bewerbung u.a. in Internetportalen des Landes			X	
32	Entwicklung des Areals zwischen der B 105 und der Sandstraße	Abrisse von Garagen begonnen.			X	
33	Einführung alternativer Mobilitätskonzepte	Fortführung und Begleitung des Stadtbusses Aufbau einer Movelo-Station vorbereitet				X
34	Instandsetzen der Rudolf-Breitscheid-Straße	Maßnahme in 2010 abgeschlossen				X
35	Qualifizierung der innerstädtischen Radwege	Berücksichtigung bei Neuplanungen Kein neuer Sachstand			X	
36	Entwicklung von mobilen Versorgungskonzepten	Kein neuer Sachstand			X	
37	Verkehrsberuhigung der Innenstadt	Einrichtung einer 20er Zone in der Innenstadt, **tw. rückgängig gemacht**			X	
38	Weiterentwicklung des Jugend- und Freizeitzentrums	**Diskussion um Verlagerung in den Bahnhof**			X	
39	Entwicklung von Stadtteilzentren	Private Errichtung einer Tagespflege im AWG-Viertel			X	

1: in Vorbereitung; 2: in Durchführung; 3: abgeschlossen

Projekt	Projektinhalt	Davon bis 2012 umgesetzt	Beschlüsse in 2012	1	2	3
40	Qualifizierung des gesamtstädtischen Freiraum- und Grünpflegekonzepts	Begrünung durch Blumenampeln und –pyramiden				X
41	Pflege und Entwicklung der Bürgerwiese	Kontinuierliche Pflege durch den Bauhof, Neuanpflanzungen Konzept für Erneuerung des Spielplatzes weiter bearbeitet				X
42	Aufwertung der Freiflächen „Am Lustgarten"	Konzept für Erneuerung des Spielplatzes vorhanden			X	
43	Interkommunale Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden	Stetige Teilhabe der Nachbarkommunen durch Einbeziehung der Bürgermeister und des Amtsausschusses			X	
44	Barrierefreies Grevesmühlen	Stetige Berücksichtigung bei städtischen Projekten (z.B. Kirchturm, Badesteg) **Projekt „Tourismus für ALLE"**			X	
45	Unterstützung der Grevesmühlener Vereinsarbeit	Laufende Kontakthaltung und Unterstützung der Vereinsarbeit			X	
46	Kommunale energetische Selbstverpflichtung	Energetische Erneuerung der Straßenbeleuchtung			X	
53	Verein Städtepartnerschaft	Kein neuer Sachstand				
54	Vernetzung der umliegenden Gewerbegebiete	Gemeinsame Vermarktung Gewerbeflächen mit der WiFö des Lks. verbessert.			X	

1: in Vorbereitung; 2: in Durchführung; 3: abgeschlossen

Geschäftsbereich Hauptamt / Ordnungsangelegenheiten

Hauptamt

Personal

Im Berichtszeitraum befanden sich 11 Mitarbeiter der Verwaltung sowie des nachgeordneten Bereiches in Altersteilzeit. Die Personalabteilung führte in regelmäßigen Abständen Gespräche mit den Mitarbeitern, die sich in einem rentennahen Alter befinden, um mit ihnen gemeinsam abzuklären, wann welche Rente für sie in Frage kommt. Das erleichtert eine längerfristige Personalplanung.

Der Arbeitsplan der Fachkraft für Arbeitssicherheit wurde in Absprache mit der Personalabteilung termingerecht erfüllt. Dieser Plan beinhaltet die arbeitssicherheitstechnische Begehung der Verwaltungsgebäude, der Arbeitsstätten im nachgeordneten Bereich sowie die Arbeitsschutzunterweisung der Mitarbeiter und die Schulung der bestellten Sicherheitsbeauftragten und Leiter der Einrichtungen der Stadt Grevesmühlen.

Die im Jahr 2013 notwendigen Ersthelferschulungen wurden in Absprache mit der Unfallkasse und dem DRK von der Personalabteilung organisiert und fanden termingerecht statt.

Im Berichtszeitraum wurden von der Personalabteilung 14 Praktika für Schüler, Umschüler und Studenten in verschiedenen Bereichen der Verwaltung sowie im nachgeordneten Bereich, wie in der Kindertagesstätte und dem Bauhof, vermittelt.

Auf Initiative der Personalabteilung ist im Berichtsjahr für ein „Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) Kultur“ bei der Stadt Grevesmühlen geworben worden. Seit September 2013 absolviert eine Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern ihr FSJ Kultur. Das FSJ Kultur dient der Orientierung und Persönlichkeitsbildung junger Menschen im kulturellen Bereich und ist eine Maßnahme der kulturellen Jugendbildung. Jugendfreiwilligendienste fördern den ganzheitlichen Kompetenzerwerb sowie die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen. Gleichzeitig sind Jugendfreiwilligendienste eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements.

Auch im Jahr 2013 war es für viele Beschäftigte der Verwaltung und aus dem nachgeordneten Bereich selbstverständlich, dass sie bei den vielfältigen Veranstaltungen und zum Stadtfest im Einsatz waren. So nahmen zahlreiche Mitarbeiter an dem Festumzug teil, besetzten von morgens um 08.00 Uhr bis spät in die Nacht das Organisationsbüro, waren verantwortlich für die Versorgung der Bühnenbauer und Akteure auf den Bühnen und sorgten an allen Tagen für Ordnung und Sauberkeit auf den Veranstaltungsplätzen.

Ebenso konnte die Stadt Grevesmühlen bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im September 2013 voll auf ihre Mitarbeiter zählen. Insbesondere erfolgte die notwendige Besetzung der Wahlvorstände überwiegend durch Beschäftigte der Stadt.

Auszubildende

Die Personalabteilung plant gemäß des vorgegebenen Ausbildungsrahmenplanes den Einsatz der Auszubildenden, hält Kontakt zum für die Ausbildung verantwortlich zeichnenden Studieninstitut Greifswald sowie zur Beruflichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung in Schwerin, um die Ausbildung optimal zu koordinieren. Unsere Auszubildenden haben die laut Ausbildungsplan vorgesehenen Zwischenprüfungen mit gutem und sehr gutem Erfolg bestanden. Eine der beiden Auszubildenden hat hierbei landesweit das beste Zwischenprüfungsergebnis des gesamten Einstellungsjahrganges 2011 abgelegt. Unsere Auszubildenden sind weiterhin hoch motiviert und lassen auf einen sehr guten Lehrabschluss im Jahr 2014 hoffen.
Die Ausschreibung für den Lehrbeginn 01.09.2014 und die Bewerbungsgespräche sind abgeschlossen. Es werden zwei junge Menschen aus der Region ihre Ausbildung zur/zum Verwaltungsfachangestellten beginnen.

Tarifanpassungen Angestellte

Der Tarifvertrag für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst läuft am 28.02.2014 aus. Die Gewerkschaften ver.di und dbb haben im Februar 2014 ihre Forderungen für die Tarifrunde 2014 bekannt gegeben, die wie folgt aussehen:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um einen Sockelbetrag von 100 Euro, sowie um 3,5 Prozent
- Laufzeit 12 Monate
- Altersunabhängiger, einheitlicher Urlaubsanspruch von 30 Arbeitstagen für alle Beschäftigten und Auszubildenden
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 Euro.

Außerdem fordern ver.di und dbb eine verbindliche Regelung zur Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung.

Der Auftakt der Tarifverhandlungen findet am 13. März 2014 statt.

Entwicklung der Beiträge für die gesetzliche Unfallversicherung

Unfallkasse Mecklenburg-Vorpommern

Die Unfallkasse Mecklenburg - Vorpommern hat im Dezember 2013 die neuen Beiträge für die Unfallversicherung festgelegt. Diese gestalten sich wie folgt:

- Erhöhung der allgemeinen Unfallversicherung von 0,77 % auf 0,95 % (geplant 1,0 %) – bezogen auf die Lohnsumme
- Erhöhung der Schülerunfallversicherung von 40 Euro auf 79 Euro pro Schüler (geplant 80 Euro)
- Erhöhung der Einwohnerumlage von 0,40 Euro auf 0,55 Euro je Einwohner.

Gremien

Übersicht durchgeführte Sitzungen 2013

Ausschuss/ Vertretung	Anzahl der Sitzungen		
	2011	**2012**	**2013**
Stadtvertretung	7	7	**6**
Hauptausschuss	9	8	**6**
Finanzausschuss	7	8	**6**
Bauausschuss	10	9	**8**
Kultur- und Sozialausschuss	6	7	**6**
Umweltausschuss	8	9	**5**
Umlegungs-ausschuss	2	3	**0**
Rechnungsprüfung-ausschuss	17	10	**7**
RPA VG Ab 2013	0	0	**2**
SPD Fraktion	8	7	**7**
CDU Fraktion	11	8	**6**
Fraktion Die Linke	7	7	**7**
Fraktion Freie Wähler	10	6	**12**
Gesamt	102	89	**78**

Archiv

Anfragen und Recherchen

Jahr	Externe Anfragen (Bürger, Institutionen)	Interne Anfragen (Mitarbeiter der Verwaltung)
2009	56	43
2010	75	50
2011	88	44
2012	76	52
2013	87	46

In der Tabelle sind Anfragen berücksichtigt, die eine Bearbeitungszeit von mehr als 30 Minuten in Anspruch nahmen. Darüber hinaus erteilt das Archiv jährlich in etwa doppelter Anzahl Kurzauskünfte per Telefon oder E-Mail.

Gebühren

Jahr	Gebührensumme
2009	267,55 €
2010	323,80 €
2011	686,60 €
2012	591,30 €
2013	803,60 €

Projekte

Im Jahr 2013 konnte die Archivbibliothek umfangreich ergänzt werden. Aus einer Schenkung erhielt das Archiv zahlreiche Bände zur mecklenburgischen Geschichte und Ausgaben des Mecklenburgischen Staatskalenders.

Der Stadtarchivar veröffentlichte 2013 im Mecklenburgischen Jahrbuch einen Artikel über die älteren Urkunden und die Siegelstempel im Stadtarchiv. Als eigene Veröffentlichung kam im Dezember 2013 das Heft 2 der „Geschichten und Geschichte aus dem Stadtarchiv Grevesmühlen“ in den Handel. Der Landkreis unterstützte diese Veröffentlichung mit einer finanziellen Förderung in Höhe von 600,00 €

In die Restaurierung von Archivgut sind 2013 insgesamt 1.855,33 € investiert worden. Mit dieser Summe wurden verschiedene Akten und ein Stadtplan aus dem Jahr 1901 wieder nutzbar gemacht.

Kita / Jugend / Schulen

Bereich Kindertagesförderung

Belegung der Kindertageseinrichtung "Am Lustgarten":

Erfassungsmonat: Dezember

Jahr	2013	2012	2011	2010
Krippe	22	19	20	22
Kindergarten	89	86	75	80
Hort	219	222	239	224

Zuschüsse der Stadt Grevesmühlen an die freien Träger von Kindertageseinrichtungen
von 2010 bis 2013:

Jahr	2013	2012	2011	2010
Betrag in €	659.661	598.200	530.300	507.000

Kindertagespflege - Erfassungsmonat Dezember

Jahr	2013	2012	2011	2010
Anzahl der Tagesmütter	17	20	20	22
Anzahl der Kinder aus GVM	37	44	52	45
Zuschüsse der Stadt GVM in €	87.702	95.100	87.800	76.000

Alle Betreuungsangebote in der Stadt Grevesmühlen sind auf den Internetseiten der Stadt Grevesmühlen präsent.

Bereich Schulen

Entwicklung der Schülerzahlen laut Herbststatistik:

	Grundschule Fritz Reuter	Grundschule Ploggensee	Reg. Schule Wasserturm	2013	2012	2011	2010
Grundschüler	232	202	0	**434**	441	460	470
davon LRS-Kl.	0	23	0	23	19	19	20
davon 1.Klasse	70	39	0	109	89	99	83
Schüler im „Produktiven Lernen“	0	0	39	39	29	33	0
Regionalschüler	0	0	446	**446**	442	422	420
Schüler gesamt	**232**	**202**	**446**	**880**	883	890	927
Schüler aus Fremdgemeinden	66	80	159	304	294	303	313

An der Grundschule "Am Ploggensee" werden im Schuljahr 2013/14 in der DFK-1 elf Kinder und in der DFK-2 sieben Kinder unterrichtet. Eine DFK-0 wurde nicht gebildet.

Seit dem Schuljahr 2009/10 werden zwei Klassen über das Projekt „Produktives Lernen“ an der Regionalen Schule „Am Wasserturm“ zum Schulabschluss geführt. Derzeit nehmen 36 Schülerinnen und Schüler nun wieder freiwillig und regelmäßig am Unterricht teil. Die Schüler kommen aus den Bereichen Grevesmühlen, Boltenhagen, Beckerwitz, Elmenhorst, Gadebusch, Herrnburg, Klütz, Oberhof, Papenhusen, Rankendorf, Rehna, Roggendorf, Schönberg, Selmsdorf und Wilkenhagen.
Alle städtischen Schulen präsentierten sich im Laufe des Jahres 2013 bei einem schulbezogenen „Tag der offenen Tür“ der Öffentlichkeit. Sie erfreuen sich großer Beliebtheit und werden rege in Anspruch genommen.

Die Anmeldung der Lernanfänger für das Schuljahr 2014/2015 erfolgte 2013 direkt an den Grundschulen in Verbindung mit dem "Tag der offenen Tür". Für die Grundschule „Fritz Reuter“ wurden 76 Kinder und für die Grundschule „Am Ploggensee“ 55 Kinder angemeldet (Stand März 2014). Das Schulwahlrecht der Eltern wird entsprechend der Kapazität der Grundschulen berücksichtigt.

Einladungen zu den Schulkonferenzen und Elternvertretungsgremien der Schulen und Kindertageseinrichtungen wurden durch den Sachbereich Kita/Schulen/Jugend der Stadt Grevesmühlen wahrgenommen. Die Schulleiterberatungen sind mit Protokollen belegt.

Für den Schulsport wird die Sport- und Mehrzweckhalle sowie der dortige Gymnastikraum von 7:30 Uhr bis 15:00 Uhr durch mehrere Klassen gleichzeitig genutzt. Ebenfalls ausgelastet durch die schulische Nutzung war die Turnhalle an der Grundschule „Fritz Reuter“. Auch nach Schulschluss sind beide Hallen durch den Vereinssport ausgelastet.

Kultur

Veranstaltungen, die 2012 von der Stadtverwaltung organisiert wurden

Lfd. Nr.	Datum	Name der Veranstaltung
1	19.02.2013	Beratung mit allen Vereinen und Ehrungen für besondere Leistungen im Jahr 2012 durch den Bürgermeister der Stadt Grevesmühlen und Vereinsbeirat
2	22.02.2013	“Kunstmix“ – Malerei, Lyrik und Musik in der Stadtbibliothek mit Roland Zech und Ralf Bendiks
3	26.02.2013	Vortrag des BstU zur DDR Flucht über die Ostsee
4	08.03.2013	Kabarett zum Frauentag mit der „Kaktusblüte“
5	10.03.2013	Benefizkonzert des Moskauer Chors
6	04.05.2013	5. Citynacht mit verkaufsoffener Innenstadt
7	24. – 26.05.2013	Aktion Kultur Gut stärken: „Nordwestmecklenburg lädt ein: LESEN, REDEN, MUSIZIEREN– ganz privat bei den Künstlern“
8	06. – 16.06.2013	19. Stadtfestwoche mit vielen Aktionen der Vereine und Verbände
9	06.06.2013	Schreib- und Lesewettbewerb der 3. Klassen Grundschulen zum Thema „Krähensage“ Abschlussveranstaltung
10	11.06.2013	Tag des Museums und der Stadtinformation
11	12.06.2013	1. Tanztee für die Senioren der Stadt im Luise Reuter Saal – wird vom Seniorenbeirat als feste Veranstaltungsreihe ausgebaut, Organisation über Vereine und Verbände der Stadt Grevesmühlen
12	13.06.2013	Tag der Bibliothek mit großem Bücherflohmarkt Autobiografische Lesung mit Martin Semmelrogge
13	16.06.2013	18. Grevesmühlen Stadtlauf
14	14.08.2013	Abschlussveranstaltung zum Ferien - Lese –Club der Stadtbibliothek Grevesmühlen
15	14.09.2013	Tag der offenen Verwaltung
16	29.09.2013	Lesung und Talk Herbert & Herbert alias Jäcki Schwarz und Wolfgang Winkler begleitet von Radiomoderator Jürgen Rummel
17	12.10.2013	9. Treffen der Plattsnacker u.a. mit Benjamin Nolze
18	30.10.2013	7. Kulturnacht Thema: „Grevesmühlen steht Kopf: Gaukler, Harlekin und Jongleure“
19	15.11.2013	Lesung mit Dieter Max Moor
20	29.11.2013	LiederGeschichtsAbend mit der Gruppe „Duo Zeitlos“
21	03.12.2013	Kindertheater im Rathaussaal: Morgen, Findus, wird`s was geben.“
22	07.12.2013	Vorweihnachtliches Straßenfest mit den Parforcehorn Bläsern Maurinetal, der Kreismusikschule Carl Orff, Liedersänger Mario und Schauspielerin Katrin Rienow als Schneeflöckchen auf dem Markt für die Kinder
23	16.12.2013	„Friedenslicht“ wurde in einer feierlichen Veranstaltung mit den Kirchen der Stadt Grevesmühlen vor dem Rathaus weiter gegeben
24	27.12.2013	Stadtmeisterschaft im Hallenfußball

Veranstaltungen Dritter in städtischen Räumen mit Öffentlichkeitswirksamkeit:

Lfd. Nr.	Datum	Name der Veranstaltung	Veranstalter	Ort
1	19.01.2013	Konzert mit der Gruppe „City“	AEN Greifswald	Sport- und Mehrzweckhalle
2	31.01.2013	Filmpremiere	Kinder- und Jugend-Filmstudio	Rathaussaal Grevesmühlen
3	19.01.2013	Operettengala	Primavera Berlin	Rathaussaal
4	25.02.2013	Kinderfasching	Juz Grevesmühlen	Sport- und Mehrzweckhalle
5	10.03.2013	Frühlingsgala mit Leif Tennemann, Schwesternherz, Bernhard Brink	AEN Greifswald	Sport- und Mehrzweckhalle
6	06.04.2013	Zumba Family Party	SV „Blau-Weiß“ e.V.	Sport- und Mehrzweckhalle
7	28.04.2013	Autofrühling	Blitz Verlag	Marktplatz Grevesmühlen
8	14.04.2013	Frühlingskonzert	Liederkreis Grevesmühlen e.V.	Rathaussaal Grevesmühlen
9	08.06.2013	10. Tanzfest der Tanz- und Trachtengruppe	Heimatverein Grevesmühlen e.V.	Luise-Reuter-Saal
10	26.10.2013	Jubiläumskonzert „20 Jahre Big Band“ u.a. mit Uschi Brühning	Kreismusikschule „Carl Orff“	Sport- und Mehrzweckhalle
11	30.11-01.12.2013	18. Kreihnsdörper Rassegeflügelausstellung	RGZV Grevesmühlen e.V.	Sport- und Mehrzweckhalle
12	06.12.2013	Weihnachtsgala mit Petra Kusch- Lück, Roland Neudert, Die jungen Tenöre, Birgit Langer	AEN Greifswald	Sport- und Mehrzweckhalle
13	08.12.2013	Weihnachtskonzert	Liederkreis Grevesmühlen e.V.	Rathaussaal Grevesmühlen
14	14.12.2013	Advents-Turnschau	SV „Blau-Weiß“ e.V.	Sport- und Mehrzweckhalle
15	14.12.2013	Feuerwerksvorführung	Bastel- und Handarbeitsladen Nagel	Freibad am Ploggensee
16	22.12.2013	Jahresabschlusskonzert	Kreismusikschule „Carl Orff“	Rathaussaal Grevesmühlen

Für diese Events bezieht die Stadtverwaltung Mieteinnahmen und hat keinerlei Verpflichtungen als Veranstalter zudem wird für die Bürger ein vielfältiges Kulturangebot präsentiert.

Ausgewählte öffentliche Veranstaltungen in Grevesmühlen und Amtsbereich:

Lfd. Nr.	Datum	Name der Veranstaltung	Organisation	Veranstaltungs-ort
1	02.02.2013	Kinderfasching	MEZ Gägelow	MEZ Gägelow
2	08.02.2013	Fasching mit Umzug durch das Dorf	Jugendclub Gägelow	Jugendclub Gägelow
3	09.02.2013	Große Karnevalsveranstaltung	GCC	G-Haus Grevesmühlen
4	09.02.2013	Faschingsveranstaltung	CCG	Best Western Grand City Hotel Gägelow
5	30.03.2013	Osterfeuer	Freiwillige Feuerwehr Grevesmühlen	Freibad „Am Ploggensee“
6	31.03.2013	Kunsthandwerkermarkt	Schloss Plüschow	Förderverein Schloss Plüschow
7	04.05.2013	7. CAP-ARCONA-Gedenktour mit dem Fahrrad nach Groß Schwansee, Gedenkveranstaltung am Ehrenmal „Cap Arcona“	Förderverein „Cap Arcona“	ab Gymnasium Grevesmühlen
8	04.05.2013	Eröffnung der Badesaison	Freibadverein Grevesmühlen	Freibad am Ploggensee Grevesmühlen
9	05.05.2013	Flohmarkt – Unterhaltung für jede Generation	Freiwillige Feuerwehr Grevesmühlen	Langer Steinschlag Grevesmühlen
10	09.05.2013	Ringreiten	Verein zur Traditionspflege im Kirchspiel Diedrichshagen	Kastahn
11	18.05.2013	Beachvolleyballturnier	SV „Blau-Weiß“ e.V.	Freibad Grevesmühlen
12	18. – 20.05.2013	„KUNST OFFEN“ in Mecklenburg-Vorpommern	Tourismus-verbände M-V	siehe Flyer
13	08.06.2013	Kinder- und Umwelttag	Zweckverband	Zweckverband Wotenitz
14	08.06.2013	Königsproklamation der Schützenzunft	Schützenzunft Grevesmühlen e.V.	Schützenplatz am Tannenberg
15	12.06.2013	Fahrradaktionstag	Verein „Stadt ohne Watt“ Grevesmühlen	Bürgerwiese
16	14.06.2013	Local Energy Schlagerparty	Stadtwerke Grevesmühlen	Marktplatz
17	16.06.2013	Blau-Weißer Sportnachmittag	SV „Blau-Weiß“ Grevesmühlen	Sport- und Mehrzweckhalle

18	21.06.2013	Badewannenregatta	Freibadverein Grevesmühlen	Freibad am Ploggensee
19	21.06. – 08.09.2013	Piraten-Open-Air Theater	Piraten-Open-Air Theater	Piraten-Open-Air Gelände
20	06.07.2013	Alu Men Triathlon	Freibadverein Grevesmühlen	Freibad am Ploggensee
21	16.06.2013 bis 01.09.2013	„Grevesmühlener Sommermusiken“ jeden Sonntag	Ev.-Luth. Kirchgemeinde	St.-Nikolai-Kirche Grevesmühlen
22	08. – 12.07.2013	Feriencamp – Fußballtraining	Grevesmühlener FC	Sportplatz am Tannenberg
23	02.08.2013	Zuckertütenfest	MEZ Gägelow	MEZ Gägelow
24	16.08.2013	2. Firmenpokalschießen	Schützenzunft Grevesmühlen e.V.	Schützenplatz am Tannenberg
25	30.08. – 08.09.2013	Festwoche im Kirchspiel Diedrichshagen	Traditionspflege im Kirchspiel Diedrichshagen	Festplatz Diedrichshagen
26	31.08.2013	Dorffest Wotenitz, Büttlingen und Questin	IG Wotenitz, Büttlingen und Questin	Sportplatz Wotenitz
27	28.09.2013	Erntefest mit Ernteumzug	MEZ Gägelow	MEZ Gägelow
28	02.10.2013	Laternenumzug	JUZ, FFW Grevesmühlen	ab V&R-Bank Grevesmühlen
29	03.10.2013	28. Kreisfotowettbewerb im LK NWM	Fotoclub`82 Grevesmühlen e.V.	Malzfabrik Grevesmühlen
30	05.10.2013	15. „Kreihnsdörper Kleintiermarkt“	RGZV Grevesmühlen e.V.	Betriebsgelände Betriebsgemeinschaft Wotenitz
31	12.10.2013	14. Schiffsmodellbautreffen – Powerboat Rennen um das „Blaue Band“	IG Schiffsmodell-bau e.V.	Freibad am Ploggensee
32	19.10.2013	Eröffnung „Nordwestmecklenburger Wildwochen“	MEZ Gägelow	MEZ Gägelow
33	25.10.2013	Plüschow Lounge „Plattform“	Förderverein Plüschow	Schloss Plüschow
34	26.10.2013	Integratives Sportfest „Lust auf Bewegung“	BRSV Grevesmühlen	Sporthalle Gymnasium „Am Tannenberg“
35	26.10.2013	Laternenfest	IG Wotenitz, Büttlingen und Questin	Wotenitz
36	30.10.2013	Halloween für Kinder mit Laternenumzug	MEZ Gägelow	MEZ Gägelow
37	02.11.2013	Gesundheitstag	MEZ Gägelow	MEZ Gägelow
38	16.11.2013	Eröffnung der Carnevalssaison	KCV	G-Haus Grevesmühlen

39	23.11.2013	Tag der offenen Tür bei den Stipendiaten des Künstlerhauses	Förderverein Schloss Plüschow	Schloss Plüschow
40	30.11.2013	Eröffnung Weihnachtsmarkt und Fotoausstellung „Einblicke-Ausblicke“	MEZ Gägelow	MEZ Gägelow
41	30.11.2013	Ökumenischer Adventsmarkt	Kirchgemeinden Grevesmühlen	in und um die St.-Nikolai-Kirche
42	01.12.2013	Weihnachtskonzert	Kreismusikschule „Carl Orff“	Gymnasium Grevesmühlen

Die Aufzählung orientiert sich an der Breitenwirkung der Veranstaltung, eine Vollständigkeit ist auf Grund der Fülle nicht gegeben.

Ausstellungen 2012 im Rathausfoyer Grevesmühlen

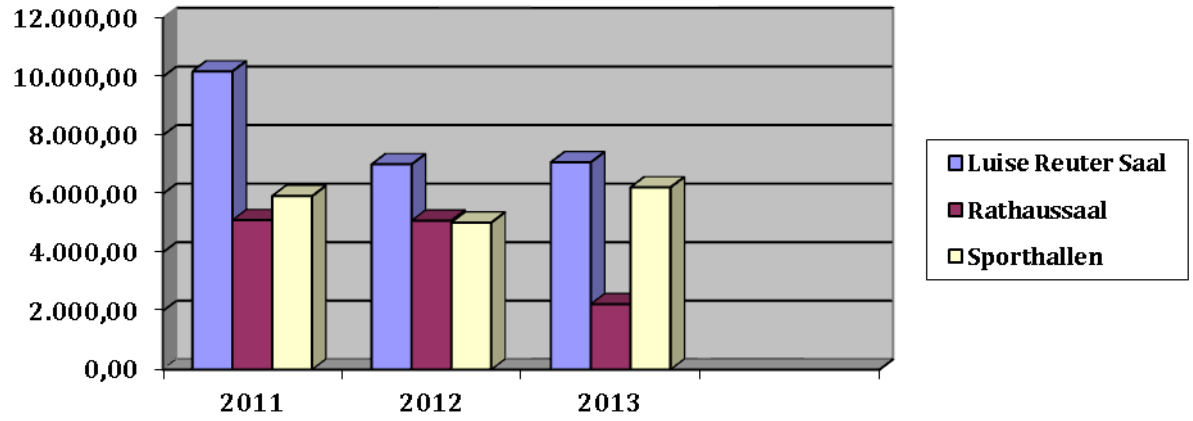
- Bilder des Leipziger Künstlers Steffen Metzler
- Bilder der Malerin Lilian Bremer
- Ausstellung „Kunst für Alle“
- Fotoclub`82 „Langzeitbelichtung“
- Ausstellung des BUND zu Allee in Mecklenburg-Vorpommern

Arbeit der Beiräte und Arbeitsgruppen

	Schwerpunktthemen/ Projekte
Landesarbeitsgruppe Kultur MV	Kulturförderung des Landes – neue Richtlinie wird mit dem Landeskulturrat diskutiert; Landkreise sollen eigene Kulturräte in Zusammenarbeit mit Kommunen und ansässigen Künstlern gründen, dazu liegen Fallbeispiele aus Greifswald und Neubrandenburg vor
Stadtfestkomitee	Organisation der 19. Stadtfestwoche
Museumsbeirat	Vorbereitung von Ausstellungen Cap Arcona Förderkreis Projekt mit Schülern des Gymnasiums zu Cap Arcona Vorbereitung der Gedenktour am 04.05.2013 zu Cap Arcona Durchführung Kulturnacht (Theaterstück zur Ausstellungseröffnung)
Bibliotheksbeirat	Ferienleseclub 2013, die Nordmetallstiftung will sich aus der Förderung zurück ziehen, die Bibliotheken sind angehalten eigene Sponsoren vor Ort zu aktivieren Projekt "Krähe" – Schreib- und Lesewettbewerb der Schulen Eröffnung der Dauerausstellung in der Stadtbibliothek unter dem Motto „Grevesmühlen ist BUNT“ – Die bunte literarische Welt der Literaturnobelpreisträger in der Stadtbibliothek Grevesmühlen, dazu wurden Fördermittel und Spenden eingeworben Vorbereitung der Kulturnacht am 30.10.13 - Lesung

	Gründung eines Literaturklubs Projekt „Kinderbibliothekar“ Bestandsaufbau
Seniorenbeirat	Barrierefreies Wohnen, Baugeschehen in Grevesmühlen Kirchturm Besichtigungsplattform Senioren mehr aktiv in die Stadtfestwoche einbinden dazu wurde der 1. Tanztee ausgerufen Stand der Nutzung des Anrufbusses Unterstützung der Altenpflege durch ehrenamtliches Engagement
Vereinsbeirat	Jährliche Beratung mit allen Vereinen am 19.02.2013 Auszeichnungen wurden an folgende Vereine vergeben: Rassegeflügelzuchtverein Grevesmühlen von 1920 e.V. Herrn Dieter Koliwer Heimatverein GVM e.V. – Frau Grevesmühl Sven Schiffner als Einzelperson Mitgestaltung des Tages der offenen Verwaltung Festlegung, dass der Vereinsbeirat alle 6 Jahre neu gewählt werden soll, Förderung des Vereinslebens in der Verwaltungsgemeinschaft Grevesmühlen; Vorweihnachtliche Straßenfest: Ideen zur Gestaltung und Mitwirkung werden gern entgegen genommen

Vermietung städtischer Räume



Einnahmen:

	2011	2012	2013
Luise Reuter Saal	10.185,29 €	7.012,12 €	7.081,96 €
Rathaussaal	5.104,00 €	5.088,22 €	2.237,14 €
Sporthallen	5.924,74€	5.019,25 €	6.223,19 €

Stadtbibliothek Grevesmühlen

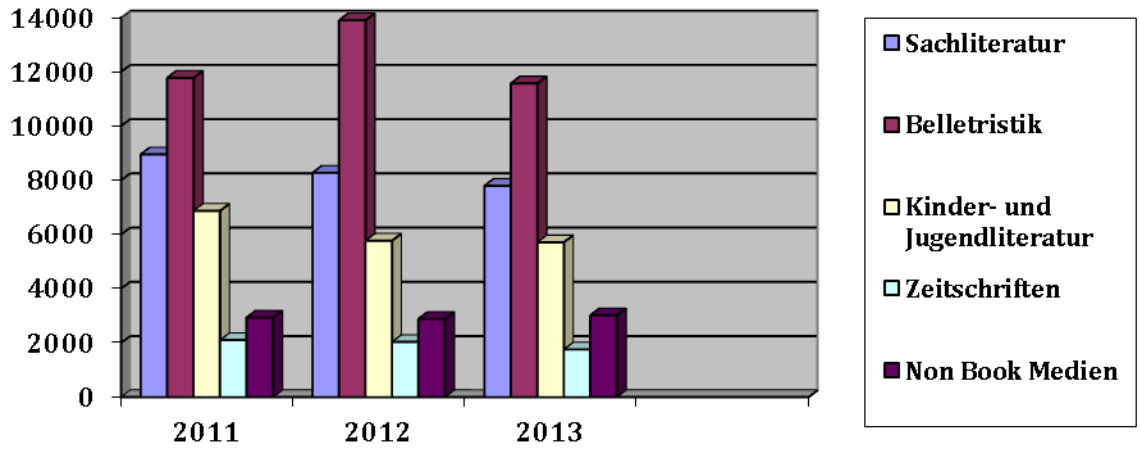
Benutzerstatistik

	2011	2012	2013
Gesamtnutzer	3133	3273	785
	2011	**2012**	**2013**
Erwachsene	1176	1473	327
Jugendliche	665	434	103
Kinder	741	689	176
Institutionen	118	111	21
Rentner	268	360	123
Arbeitslose	155	196	32
sonstige	10	10	3
Medienstatistik			
	2011	**2012**	**2013**
Gesamtbestand	32.639	32.863	29.854
Zugänge	2052	2113	1.878
Abgänge	2130	1889	4.887
	2011	**2012**	**2013**
Sachliteratur	8951	8.274	7.793
Belletristik	11776	13.898	11.571
Kinder- und Jugendliteratur	6874	5.772	5.712
Zeitschriften	2105	2.035	1.760
Non Book Medien	2933	2.884	3.018
Veranstaltungen			
	2011	**2012**	**2013**
Einführung in die Bibliothek	29	28	23
Kinderveranstaltungen	9	10	14
Lesungen für Erwachsene	7	6	10
Ausstellungen	1	1	1
Gesamtzahl	46	45	48

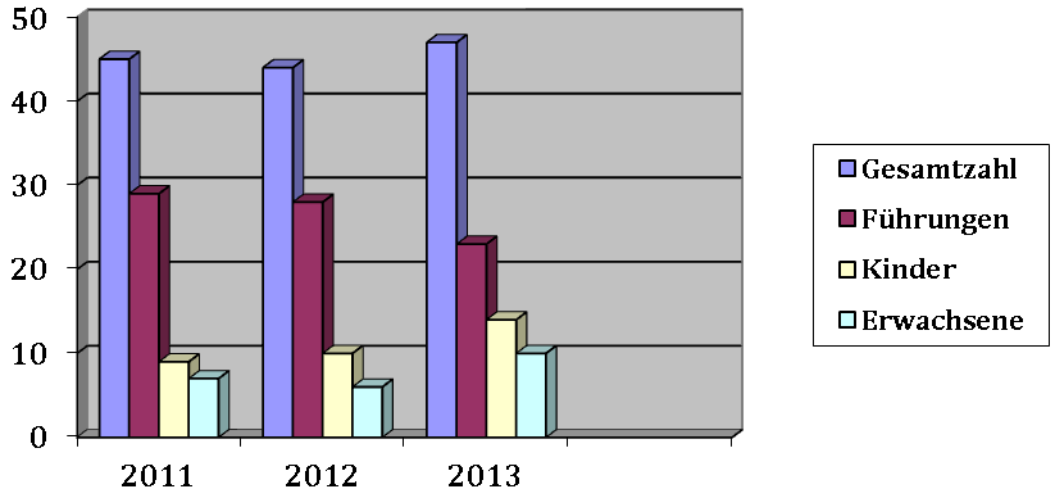
Am 29. November 2013 eröffneten die Landrätin Frau Birgit Hesse und der Bürgermeister der Stadt Grevesmühlen Herr Jürgen Ditz feierlich die Dauerausstellung in der Stadtbibliothek Grevesmühlen. Die Ausstellung „Die bunte literarische Welt der Literaturnobelpreisträger in der Stadtbibliothek Grevesmühlen“ setzt ein Zeichen im Rahmen des Aktionsbündnisses „Grevesmühlen ist BUNT“.

Grafische Darstellungen statistischer Daten der Stadtbibliothek:

Medienstatistik



Veranstaltungsentwicklung



Projektarbeit der Stadtbibliothek Grevesmühlen 2013

- Am 31.01.2013 wurden in einer Veranstaltung die Lesepatinnen der Stadtbibliothek Frau Großmann, Frau Hollmann und Frau Krolow vorgestellt, die in den Schulen, Kindertagesstätten und Senioreneinrichtungen vorlesen
- Ferienleseclub 2013 mit Abschlussveranstaltung war mit 46 Teilnehmer der am besten besuchter bisher.
- Krähenprojekt Schreib- und Lesewettbewerb der dritten Klassen
- Gründung des Literaturklubs der Stadtbibliothek
- Vorlesewettbewerb der Fritz Reuter Grundschule
- Bundesweiter Vorlesetag mit Dieter Max Moor
- Autobiografische Autorenlesung mit Martin Semmelrogge
- Veranstaltung „Kunstmix“ mit Roland Zech und Ralf Bendiks
- Großer Bücherflohmarkt zum Stadtfest
- Teilnahme an der Kulturnacht – Lesung des Till Eulenspiegel in der Bibliothek
- „Kinderbibliothekar“, Grundschüler erlernen, was in der Bibliothek vom Kauf eines Mediums bis zur Ausleihe mit dem Buch, CD oder DVD passiert
- Eröffnung der Dauerausstellung in der Stadtbibliothek unter dem Motto „Grevesmühlen ist BUNT“ – Die bunte literarische Welt der Literaturnobelpreisträger in der Stadtbibliothek Grevesmühlen,

Städtisches Museum Grevesmühlen

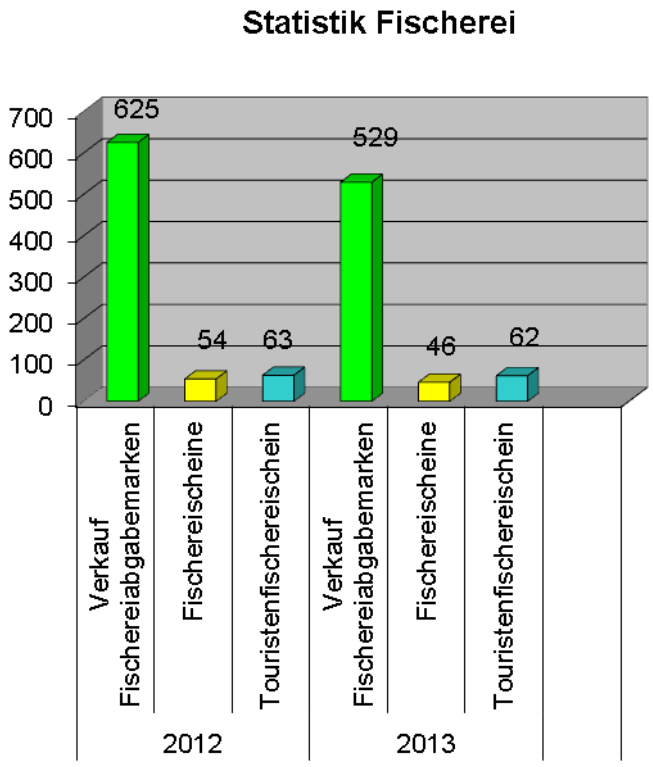
Veranstaltungen und Projekte 2013	Sonderausstellungen 2013	Führungen 2013	Besucher-zahlen 2013	Erlöse/ Spenden 2013
7	**4**	**14**	**1.764**	**604,67 €**
1 Cap Arcona – Schülerprojekt **2** Cap Arcona Gedenktour **3** Citynacht – Filmvorführung **4** Internationaler Museumstag **5** Tag des Museums u. Stadtinfo (Stadtfest) **6** Kulturnacht Vorführung Märchen-Comedy **7** Schülerprojekt Jüdische Geschichte in Grevesmühlen und Region	**1** „Schmetterlinge“ Entomologie in Mecklenburg und international **2** „20 Jahre Heimatverein Grevesmühlen e. V.“ 3 „Grevesmühlen ist Bunt“ **4** „Gauklerei und Schabernack“			

Ordnungsangelegenheiten

Am 13. April fand der 21. **Tag der Sauberkeit** statt. Es wurden mit Hilfe unserer Bürgerinnen und Bürger, Schulen und Vereine in der Stadt und den Ortsteilen über 30 m³ Müll gesammelt. Der Landkreis stellte der Stadt Müllcontainer zur Verfügung. Der Tag der Sauberkeit hat sich somit in der Stadt Grevesmühlen fest etabliert und bietet allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, selbst etwas für eine saubere Stadt zu tun. Positiv ist die immer größere Beteiligung der Menschen aus den Ortsteilen.

Es wurden 37 Fundanzeigen aufgenommen, davon konnten **7 Fundsachen** an den Eigentümer bzw. Finder übergeben werden. Zu den Fundsachen zählten u. a. Fahrräder, Uhren, Handys, Schlüsselbunde, Brillen und anderes mehr. Am 14. September 2013 wurde eine Versteigerung der Fundsachen durchgeführt. Der Erlös betrug 605,70 €.

Im Jahr 2013 wurde keine **Fischereischeinprüfung** durchgeführt.



Freiwillige Feuerwehr

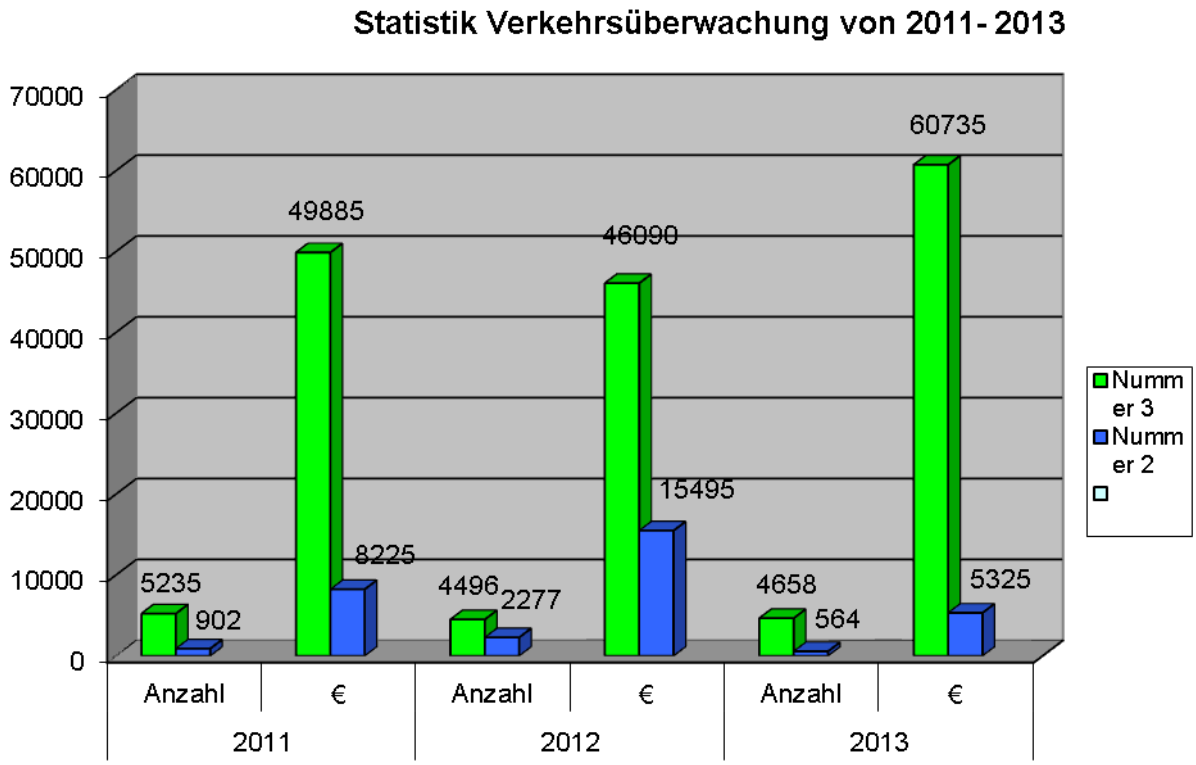
Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Grevesmühlen war auch im Jahr 2013 wieder an vielen Aktivitäten in der Stadt aktiv beteiligt (Osterfeuer, Stadtfest, Straßenfest).

Es fanden 100 Einsätze statt, davon 56 Brandeinsätze und 44 Hilfeleistungseinsätze. Der Schwerpunkt 2013 war dabei der Wohnungsbrand in Wotenitz am 28. April.

Die Wehr wurde durch die Stadt mit neuer Einsatzkleidung ausgestattet. Gegenwärtig gehören ihr 34 Einsatzkräfte an, davon zehn in der Reserveabteilung. Die Jugendfeuerwehr besteht aus zehn Mitgliedern.

Sondergenehmigungen Parken
Für soziale Dienste und Handwerker wurden 33 Sonderparkgenehmigungen erteilt. 23 Parkausweise für Behinderte und 8 Parkausweise für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung wurden ausgestellt.

Verkehrsüberwachung
Im Berichtszeitraum wurden 5.222 Verwarnungen mit Anhörungsbogen verschickt. Aus diesen Verwarnungen resultiert eine Einnahme aus Verwarngeld, Verwaltungsgebühr und Bußgeld in Höhe von 73.342,96 Euro.



Durch die Parkscheinautomaten auf dem Marktplatz, Sparkassenplatz, der Bürgerwiese, in der Wismarschen Straße und in der August-Bebel-Straße wurden 55.585,73 Euro vereinnahmt.

Durch die Vermietung von Stellplätzen in der Tiefgarage konnten 20.960,60 Euro erwirtschaftet werden.

In Zusammenarbeit mit dem Landkreis und der Polizei wurden stetig Verkehrsschilderschauen sowie Geschwindigkeitsmessungen und Fahrradkontrollen durchgeführt.

Im Bereich sonstige Ordnungswidrigkeiten wurden 18 OWiG-Anzeigen für die Sachgebiete Lärm, Straßenverschmutzung (Hundekot) und Hundehalterverordnung verfolgt.

Gewerbe

Stadt Grevesmühlen	
Anmeldungen	81
Abmeldungen	103
Ummeldungen	45
Gewerbe gesamt	740

Von der Gesamtzahl der Gewerbe sind ca. 163 Handwerk, ca. 174 Handel und ca. 403 Sonstiges. Eine genaue Trennung zwischen Handel, Handwerk und Sonstiges ist nicht immer möglich.

Amt Grevesmühlen-Land	
Anmeldungen	58
Abmeldungen	87
Ummeldungen	21
Gewerbe gesamt	537

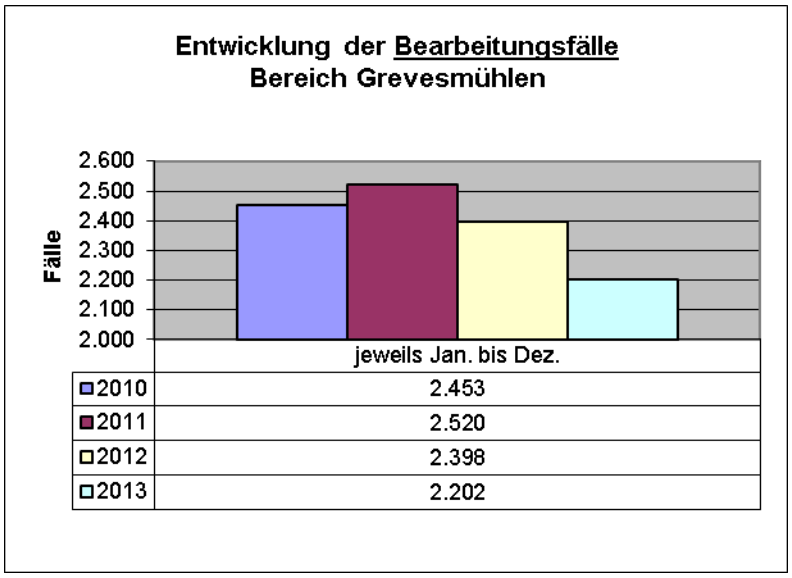
Von der Gesamtzahl der Gewerbe sind ca. 126 Handwerkt, ca. 107 Handel und ca. 304 Sonstiges

Verwaltung Gewerbe

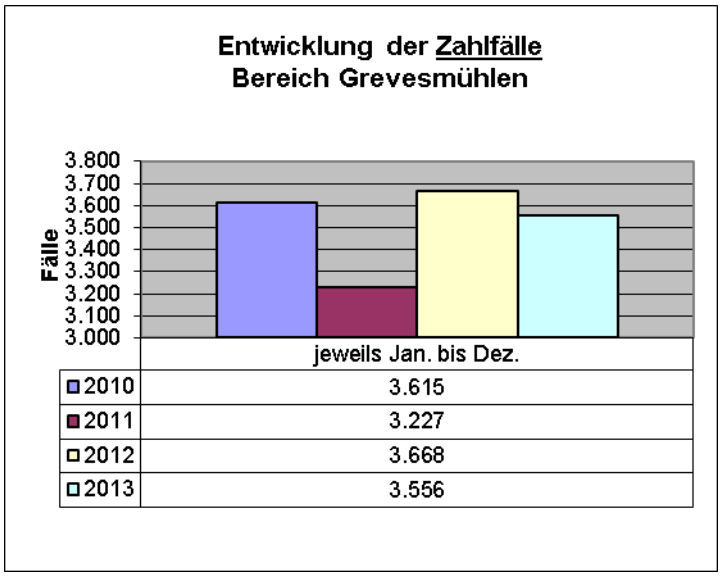
- Die Handakten der Stadt Grevesmühlen wurden komplett elektronisch in das Gewerberegister eingearbeitet
- Zulassungsbescheide wurden erstellt für Pfingstmarkt, Frühjahrsmarkt, Herbstmarkt, Schausteller zum Stadtfest, Puppentheater am Lustgarten, 3 Zirkusunternehmen auf der Festwiese

Wohngeld

Das Aufgabengebiet Wohngeld konnte 2013 einen geringfügigen Rückgang der Zahlfälle für den Bereich Grevesmühlen um 3 Prozent auf insgesamt 3.556 verzeichnen, wobei sich die Bearbeitungsfälle um 8 Prozent auf insgesamt 2.202 verringerten.



Für den Zuständigkeitsbereich Grevesmühlen und Grevesmühlen-Land wurden insgesamt 3.333 Fälle bearbeitet. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Verringerung um 8 Prozent. Die Zahlfälle änderten sich von 4.915 auf 4.622 (Verringerung um 6 Prozent).



Das Land Mecklenburg-Vorpommern und der Bund zahlten im Jahr 2012 an die Wohngeldempfänger der Stadt Grevesmühlen 413.862,00 Euro. Diese Summe sank im Berichtsjahr auf 389.218,00 Euro.

Entwicklung Fallzahlen im Wohngeld – Stadt Grevesmühlen

2010		2011		2012		2013		Entwicklung	
Zahlfälle gesamt	monatl. Bearb. Fälle	Zahlfälle gesamt	monatl Bearb. Fälle	Zahlfälle gesamt	monatl Bearb. Fälle	Zahlfälle gesamt	monatl. Bearb. Fälle	zum Vorjahr in %	
								Zahlfälle	Bearb. F.
3.615	2.453	3.227	2.520	3.668	2.398	3.556	2.202	-3	-8

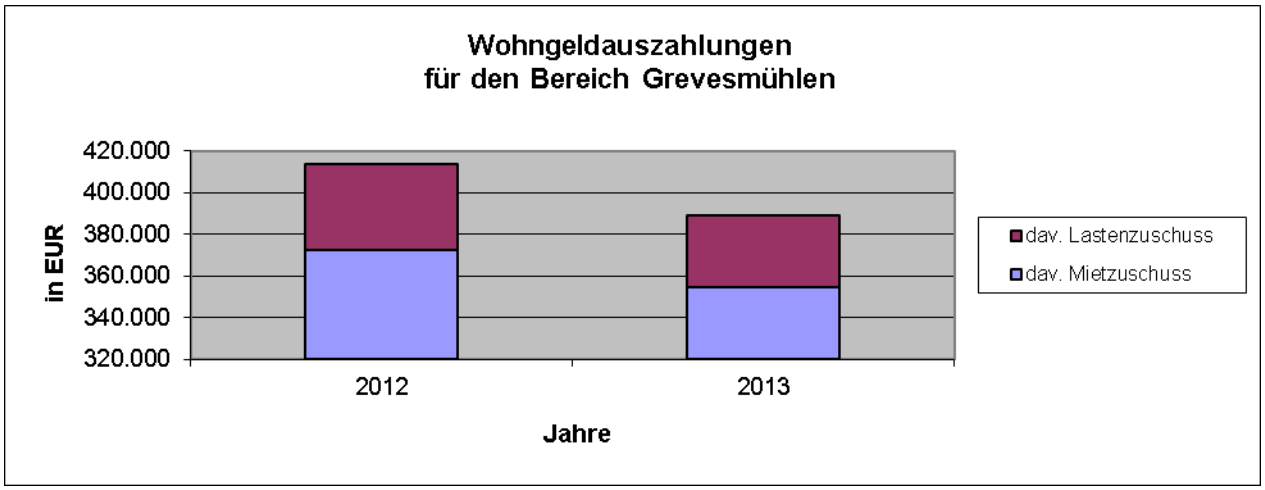
Im Juli 2013 fand der erste automatisierte Datenabgleich der Wohngeldbehörden in Mecklenburg-Vorpommern für das II. Quartal 2013 statt.
Die Auswertung ergab, dass für den Bereich Grevesmühlen 573 Datensätze manuell geprüft werden mussten, woraus sich 38 Fälle ergaben, bei den verschwiegene Einkünfte (z. B. aus Kapitalvermögen oder geringfügiger Beschäftigung) festgestellt wurden. Mittlerweile sind 89 Prozent dieser Fälle neu berechnet (teilweise Rückrechnungen über 10 Jahre), wobei sich Wohngeldüberzahlungen von insgesamt 12.133,00 EUR ergeben haben.

Beim zweiten Datenabgleich für das III. Quartal 2013 mussten 789 Datensätze manuell geprüft werden, die im Bereich Grevesmühlen 3 Fälle mit verschwiegenen Einkünften ergaben. 450 Datensätze lagen beim Abgleich für das IV. Quartal 2013 vor, aus denen 5 weitere Fälle mit abweichenden Angaben hervorgingen.

Trotz Mehraufwand, der im Zusammenhang mit der Einführung des automatisierten Datenabgleichs in der Wohngeldbehörde entstanden ist, konnte die Bearbeitungszeit der Wohngeldanträge stabil bei zwei Wochen gehalten werden.

Wohngeldauszahlungen für den Bereich Grevesmühlen graphisch

Abrechnungszeitraum jeweils Jan. bis Dez.	2012	2013
	in EUR	in EUR
dav. Mietzuschuss	372.563	354.593
dav. Lastenzuschuss	41.299	34.625
gesamt	413.862	389.218

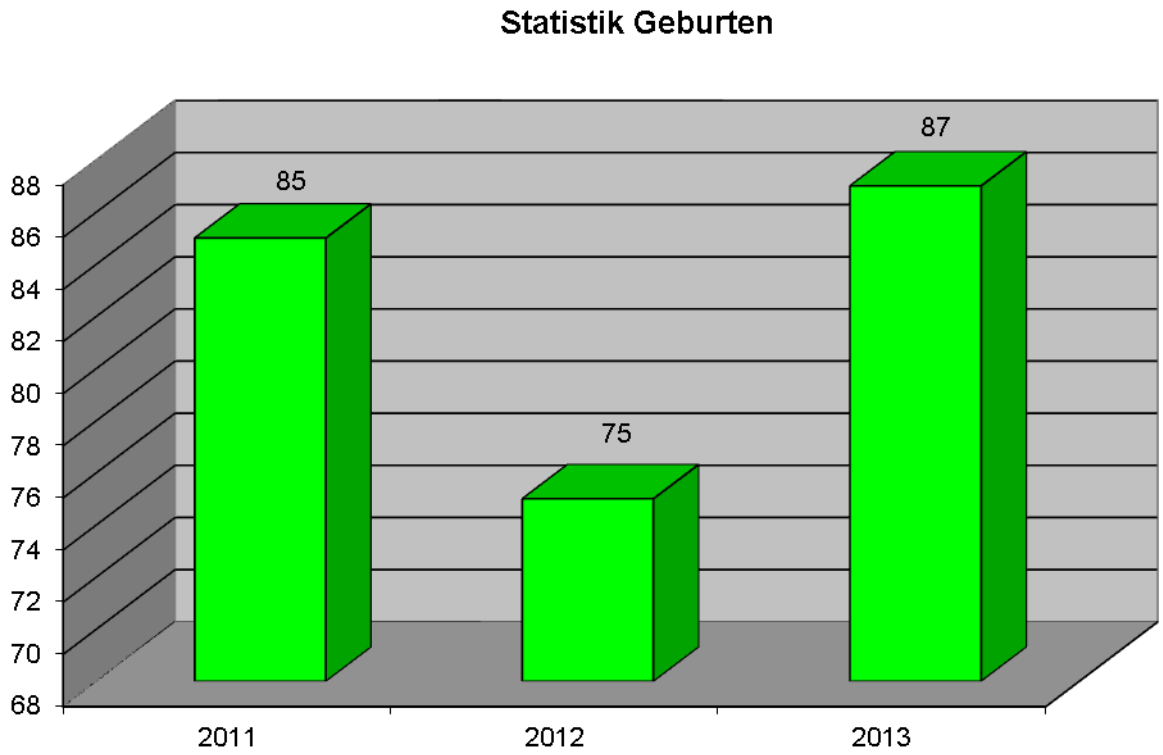


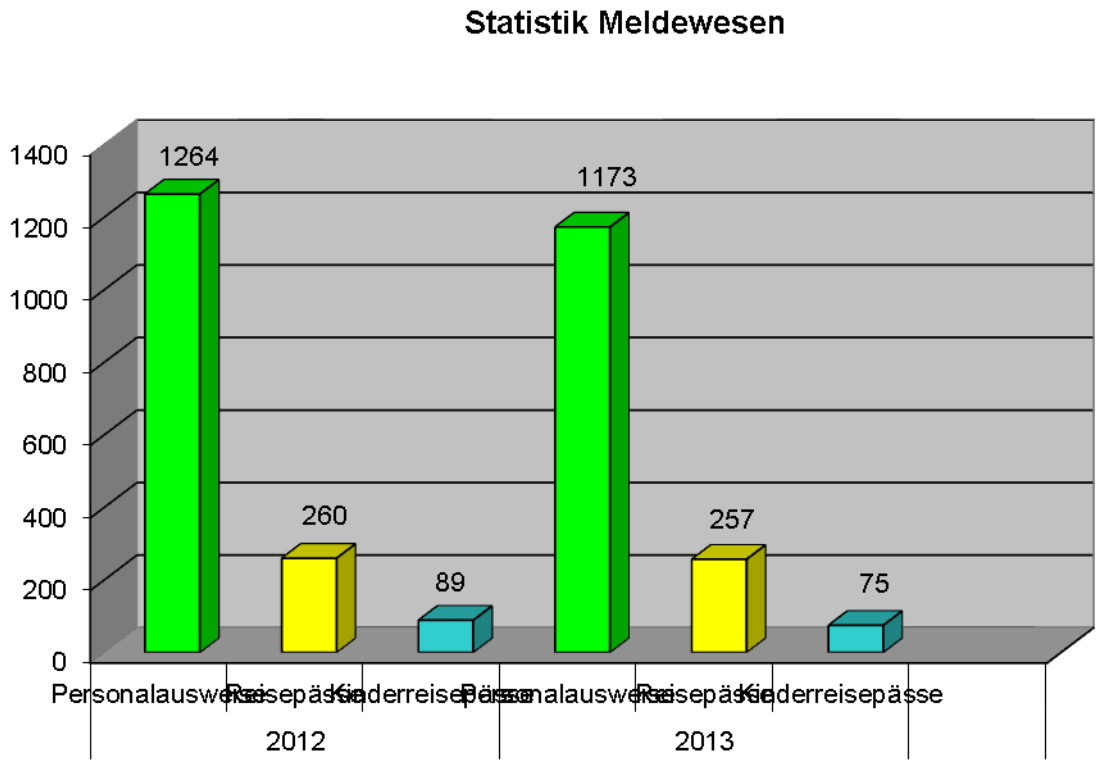
Wohnberechtigungsscheine

Im Berichtsjahr beantragten 5 Bürger einen Wohngeldberechtigungsschein. Die Anspruchsüberprüfungen haben ergeben, dass 3 Wohnberechtigungsscheine erteilt werden konnten. Somit ist die Anzahl der erteilten Wohnberechtigungsscheine gegenüber dem Vorjahr um zwei gesunken.

Bereich Pass- und Meldewesen

Die Bevölkerungsstatistik für das Jahr 2013 hat ergeben, dass sich die Einwohnerzahl von 10.672 (m 5191 und w 5481) verringert hat.





Standesamt

1. Beurkundungen in den Personenstandsregistern

1.1. Geburtenregister: 5 Beurkundungen, 1 Hausgeburt, 2 Auslandsgeburten, 2 Nachbeurkundungen

1.2. Eheregister: 72 Eheschließungen, davon 2 mit Auslandsbeteiligung bei 85 Anmeldungen
2 Beurkundung Auslandseheschließung, 1 Ehefähigkeitszeugnis

1.3. Lebenspartnerschaftsregister: 1 Beurkundung (männlich mit Auslandsbeteiligung)

1.4. Sterberegister: 225 Verstorbene im Standesamtsbezirk,
davon 111 männlich und 114 weiblich

2. Folgebeurkundungen in den Personenstandsregistern

2.1. Geburtenregister

2.1.1. Namensänderung:	4
2.1.2. Annahme als Kind:	4
2.1.3. Berichtigung:	12
2.1.4. Änderung der Abstammung:	1
2.1.5. Änderung des Geschlechts:	2

2.2. Eheregister

2.2.1. Auflösung der Ehe durch Tod oder Scheidung:	62
2.2.2. Namensänderungen in oder nach der Ehe:	12
2.2.3. Kirchenaustritt:	4
2.2.4. Berichtigung:	7

2.3. Sterberegister
2.3.1. Berichtigung: 7

3. Hinweisbeschreibungen in den Personenstandsregistern
3.1. Geburtenregister
3.1.1. Eheschließung; Kind oder Tod des Kindes: 600
3.1.1.1. daraus folgend Testamentsmitteilung: 25

3.2. Eheregister
3.2.1. neue Eheschließung am Eheregister der Vorehe eines Ehegatten: 54

4. Urkundenausstellung aus den Personenstandsregistern
4.1. Urkunden im Zusammenhang mit Beurkundung im Personenstandsregister
4.1.1. aus dem Geburtenregister: 8
4.1.2. aus dem Eheregister: 72
4.1.2.1. Bescheinigungen zur Namensführung 65
4.1.3. aus dem Sterberegister: 1.073

4.2. Urkunden auf Anforderung
4.3. aus dem Geburtenregister: 677
4.4. aus dem Eheregister: 70
4.5. aus dem Sterberegister: 55

5. Besondere Beurkundungen
5.1. Nachträgliche Namensbestimmung von Ehegatten: 5
5.2. Nachträgliche Änderung des Kindesnamens: 13
5.3. Vaterschaftsanerkennung: 5
5.4. Kirchenaustritt: 27

6. Fortführung im Zweitregister
6.1. Folgebeurkundung: 2

Namensänderungsbehörde
Beratungsgespräche: 10

Bestattungsangelegenheiten
Ordnungsbehördliche Bestattungsvorgänge: 10
Veranlasste Bestattungen: 9
Bestattungskosten verauslagt: 10.608,14 €
Gebührenforderungen Ordnungsbehörde: 1.077,00 €
ausstehend aus 2013: 2.433,66 €
davon definitiv uneinbringlich 750,00 €
offene Rückforderungen aus Vorjahren per 31.12.2013 2.314,39 €

HundehVO M-V
Angezeigte Verstöße gegen HundhVO M-V insgesamt 22
- davon Angriff von Hunden auf Personen 4
  - davon noch unter Bearbeitung 1
  - davon Verwarngeld erteilt 1

- davon Einstellung	2
- davon Angriff von Hunden auf andere Tiere	10
- davon noch unter Bearbeitung	2
- davon Verwarnung erteilt	4
- davon Einstellung	4
- davon unbeaufsichtigtes Laufen lassen von Hunden	8
- davon Ermahnung erteilt	7
- davon Einstellung	1

Erlassene Verwarngelder insgesamt	205 €

Geschäftsbereich Finanzen

Haushalt

Im Vergleich zum Vorjahr werden für das Haushaltsjahr 2013 höhere Erträge ausgewiesen. Dies resultiert hauptsächlich aus erhöhten Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen. Eine leichte Verbesserung gab es auch bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten, währen die Erträge aus Kostenerstattungen, privatrechtlichen Leistungsentgelten und die sonstigen laufenden Erträge im Vorjahresvergleich unterschritten wurden. Demgegenüber erhöhten sich die Aufwendungen insgesamt, was hauptsächlich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betrifft. Der Mehrbedarf konnte aufgrund der Mehrerträge aus dem vorhandenen Geldbestand gedeckt werden.

Die allgemeine Finanzausstattung der Gemeinden ist jedoch weiter rückläufig, so dass auch im Haushaltsjahr 2013 die Fortführung der Haushaltssicherung das zentrale Thema sowohl für die Stadt Grevesmühlen als auch für die amtsangehörigen Gemeinden war.

Haushaltsplan 2013, 1. Nachtragshaushaltsplan 2013 und vorläufiger Jahresabschluss der Stadt Grevesmühlen 2013

	Haushaltsplan 2013	1. Nachtragshaushalt 2013	Jahresabschluss 2013 (vorläufig)
Beschluss Stadtvertretung am	10.12.2012	02.09.2013	-
Beschluss-Nr.	12SV/2012-238	12SV/2013-324	-
Genehmigung der unteren Rechtsaufsichtsbehörde am	20.12.2012	10.10.2013	-
Ergebnishaushalt/Ergebnisrechnung			
Jahresergebnis:	-2.551.200 Euro	-2.721.900 Euro	-1.111.473 Euro
Finanzhaushalt/Finanzrechnung			
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	-455.900 Euro	-542.600 Euro	1.371.396 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.490.800 Euro	-3.020.500 Euro	-1.200.690 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.946.700 Euro	3.563.100 Euro	-282.892 Euro
Kreditaufnahmen für Investitionen	250.000 Euro	301.000 Euro	301.000 Euro
Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	1.000.000 Euro	1.000.000 Euro	0 Euro
Hebesätze			
Grundsteuer A für die land- und forstwirtschaftlichen Flächen	300 v. H.	300 v. H.	-
Grundsteuer B für bebaute Grundstücke	380 v. H.	380 v. H.	-
Gewerbesteuer	350 v. H.	350 v. H.	-

Der Haushaltsplan 2013 wies einen Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von rund -2,6 Mio. Euro aus. Dieser war trotz der leicht erhöhten Erträge und verminderten Aufwendungen höher ausgefallen als im Vorjahresplan, da es im Jahr 2012 zu der einmaligen Zahlung der Anpassungshilfe kam. Nach Herausrechnung der Abschreibungsbeiträge und der Sonderposten verblieb weiter ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 483 T€. Für die Folgejahre zeichneten sich weiterhin erhebliche Defizite von rd. 3,4 Mio. Euro jährlich ab.

Die Liquidität war für 2013 in der Planung noch ausreichend, um alle Auszahlungen tätigen zu können. Es wurde jedoch deutlich, dass in den Folgejahren Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit aufzunehmen sind. Investitionen wurden in einem Gesamtumfang von rund 2,8 Mio. Euro geplant, darunter 300 T€ für den B-Plan 29 (inkl. Umlegungsverfahren und Verkehrsanbindung), 500 T€ für die Stadtsanierung, 500 T€ für die Grunderneuerung der Straßenbeleuchtung, 460 T€ für die Umgestaltung des Bahnhofs und des Umfeldes und 340 T€ für die Deckensanierung in der Schweriner Landstraße. Für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung wurde die Aufnahme eines KfW-Darlehens in Höhe von 250 T€ geplant.

Mit dem 1. Nachtragshaushalt 2013 wurde der Fehlbetrag im Ergebnishaushalt um ca. 170.700 Euro auf 2,7 Mio. Euro erhöht, was hauptsächlich aus gestiegenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Abschreibungen und aus der Kreisumlage resultierte.

Im Finanzhaushalt zeichnete sich eine Verbesserung der Liquidität gegenüber der ursprünglichen Planung ab, obwohl sich der Finanzmittelfehlbetrag um rd. 1,6 Mio. Euro erhöhte. Da der tatsächliche Anfangsbestand der liquiden Mittel rund 1,8 Mio. Euro höher als geplant war, konnte per Nachtrag noch ein Geldbestand über rd. 947 T€ (statt geplant 733 T€) zum Ende des Jahres ermittelt werden. Die geplanten Kreditaufnahmen wurden um 51 T€ für die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf den städtischen Schulen erhöht.

Der vorläufige Jahresabschluss 2013 weist einen Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von -1.111.473 Euro aus. Die Abschreibungsbuchungen wurden hier entsprechend der Planansätze berücksichtigt, da die Eröffnungsbilanz noch nicht fertiggestellt wurde.

Grund für die Verbesserung gegenüber der Planung sind hauptsächlich Mehrerträge

- aus Steuern und Abgaben über rd. 833 T€,
- aus Schlüsselzuweisungen über rd. 244 T€,
- aus Kostenerstattungen über rd. 165 T€

sowie Minderaufwendungen

- bei den Personalaufwendungen von 210 T€,
- bei den Sach- und Dienstleistungen über rd. 331,7 T€

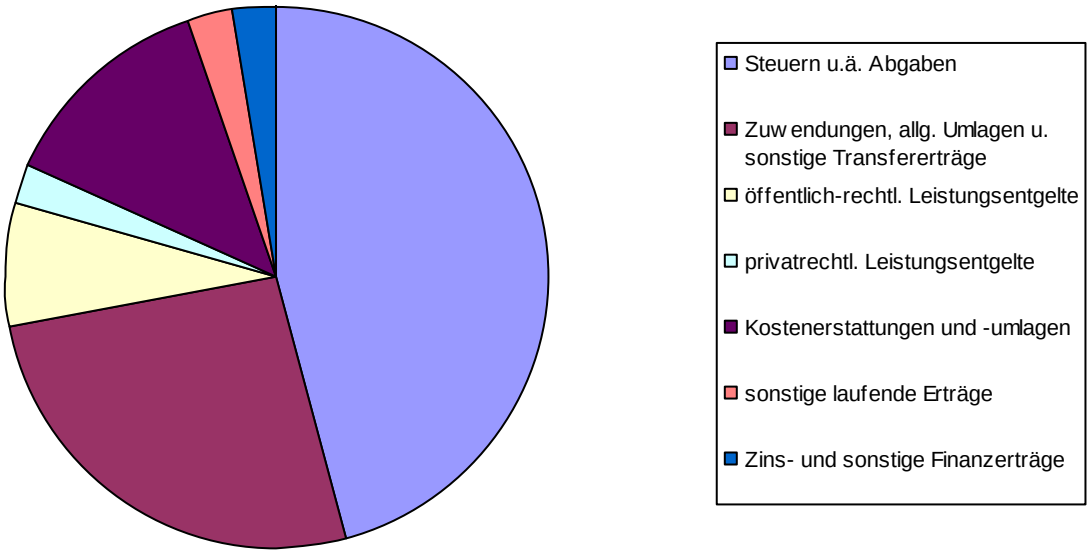
und

- bei den sonstigen laufenden Aufwendungen über rd. 123 T€.

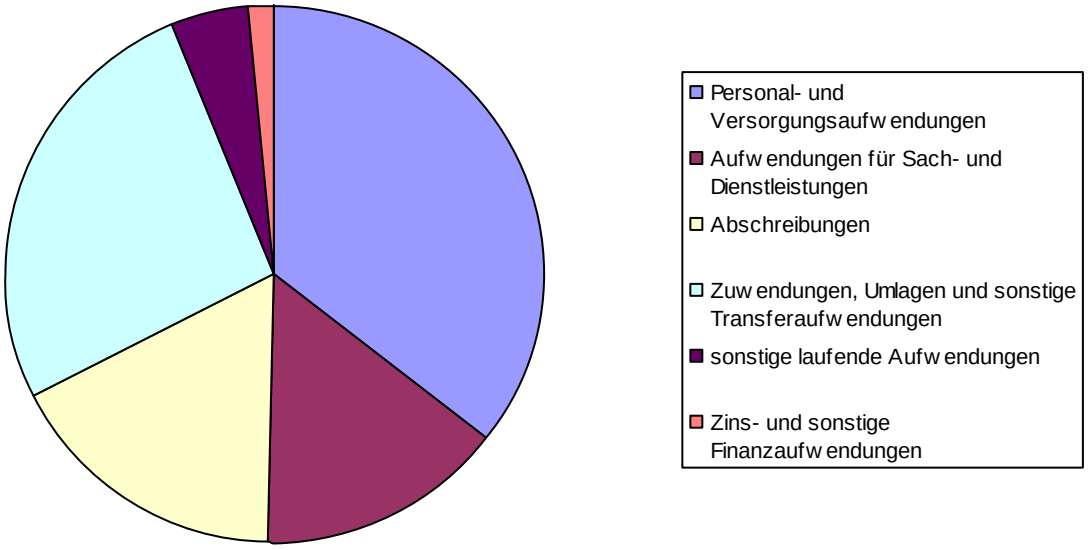
Die Finanzrechnung schließt mit einem Kassenbestand in Höhe von 5.038.505,68 Euro zum 31.12.2013 ab. Geplant war ein Endbestand in Höhe von ca. 947 T€. Euro. Hier ist anzumerken, dass die Investitionen nicht wie geplant realisiert wurden und zu diesem Zweck Haushaltsansätze in Höhe von rd. 1,9 Mio. Euro in das Folgejahr zu übertragen sind.

Die Erträge und Aufwendungen 2013 (vorläufiger Jahresabschluss) gliedern sich wie folgt:

Anteile der Ertragsarten am Gesamtertrag 2013



Anteile der Aufwandsarten am Gesamtaufwand 2013

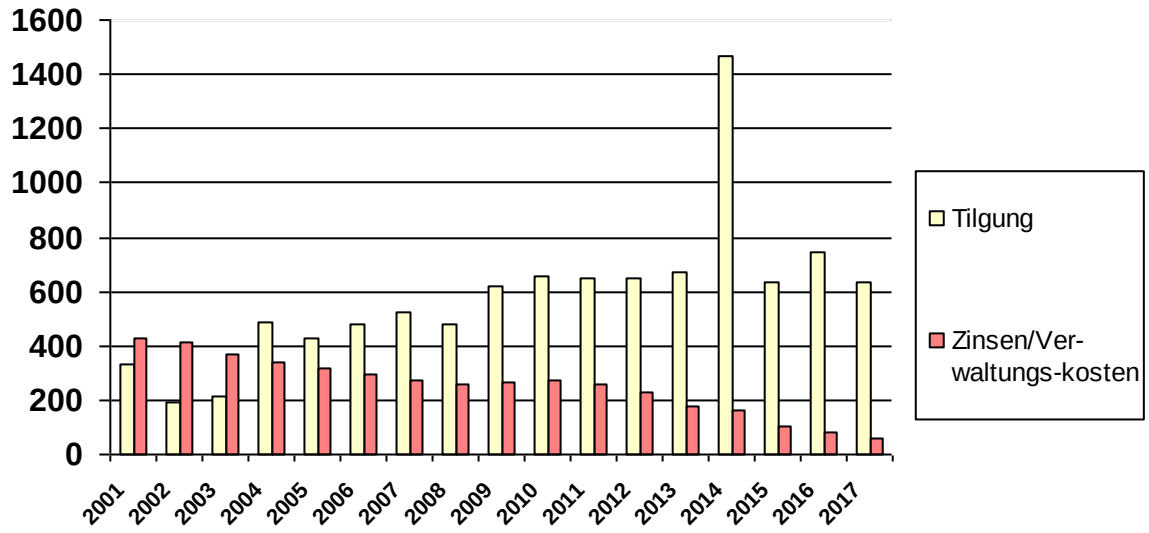


Kredite

Die Verbindlichkeiten aus Krediten wurden seit 1999 konsequent abgebaut. In den Jahren 2010 und 2011 erfolgten Neuaufnahmen über insgesamt 1,1 Mio. Euro für die Sanierung des Speichers und der Kirchstraße 2/4 sowie Zuordnungen von Krediten in den Kernhaushalt, die bislang über das städtische Sondervermögen "Altstadt" geführt wurden. Die im Jahr 2012 geplanten Kredite in Höhe von 570 T€ wurden bisher nur zum Teil aufgenommen, weil die Maßnahmen teilweise verschoben wurden. Das im

Jahr 2012 für die Straßenbeleuchtung geplante KfW-Darlehen in Höhe von 240 T€ wurde Anfang Juli 2013 bei der KfW aufgenommen. Außerdem wurden die Darlehen für die Straßenbeleuchtung über 250 T€ bei der KfW und für die Photovoltaikanlage über 51 T€ am Kreditmarkt wie geplant aufgenommen. Da jedoch die Tilgung mit rd. 674 T€ höher war als die Neuaufnahmen, konnten die Kreditschulden der Stadt zum 31.12.2013 auf 5.193.844,74 Euro reduziert werden. Das sind bei einem Einwohnerstand von 10.578 (31.12.2012) pro Einwohner 491,00 Euro. Zwei Darlehen über ein Ursprungskapital von rd. 576 T€ liefen im Jahr 2013 aus, ein weiteres Darlehen mit einem Restkapital von rd. 827 T€ wird im Jahr 2014 aus der Anpassungshilfe für den Kreissitzverlust vorzeitig abgelöst.

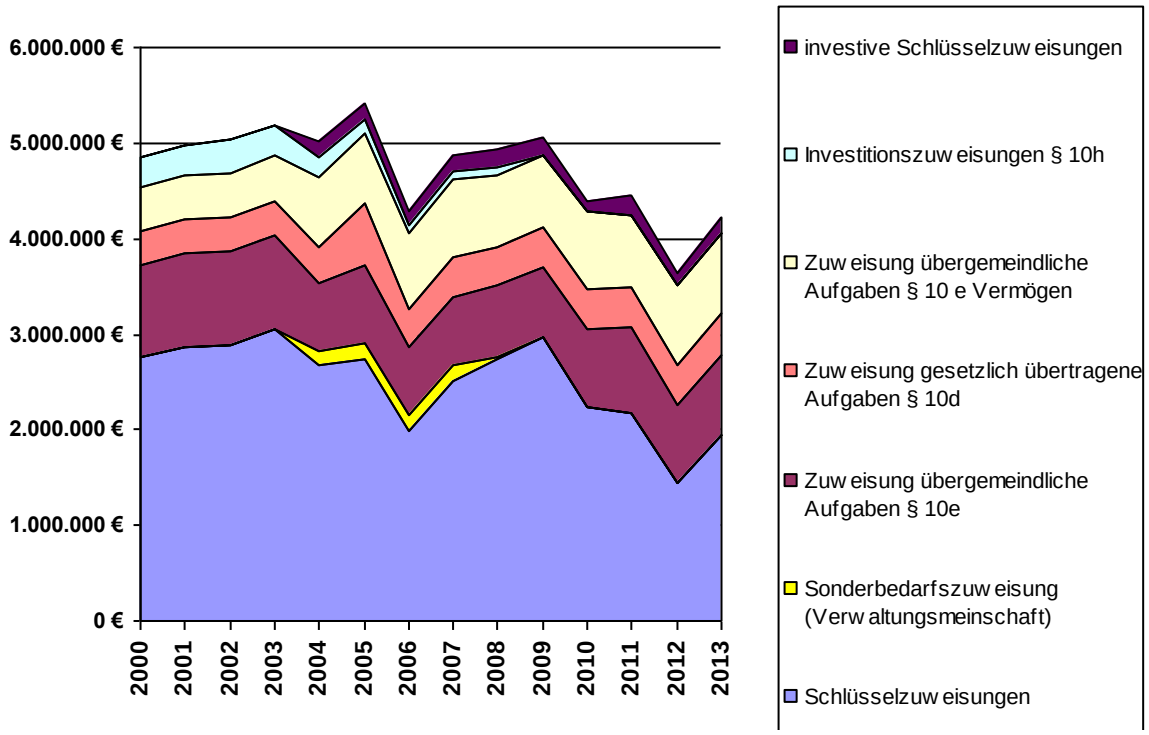
Tabelle: Entwicklung von Zinsaufwendungen und Tilgungsleistungen (Angaben in Tsd. Euro)



<u>Entwicklung der Schlüsselzuweisungen</u>

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Erträge aus Zuweisungen.

Es ist deutlich erkennbar, dass die Schlüsselzuweisungen wie prognostiziert erheblich gesunken sind. Die Steigerung im abgelaufenen Jahr ist aus derzeitiger Sicht als Ausnahme zu werten und resultiert aus den Steuereinbrüchen im Jahr 2011.

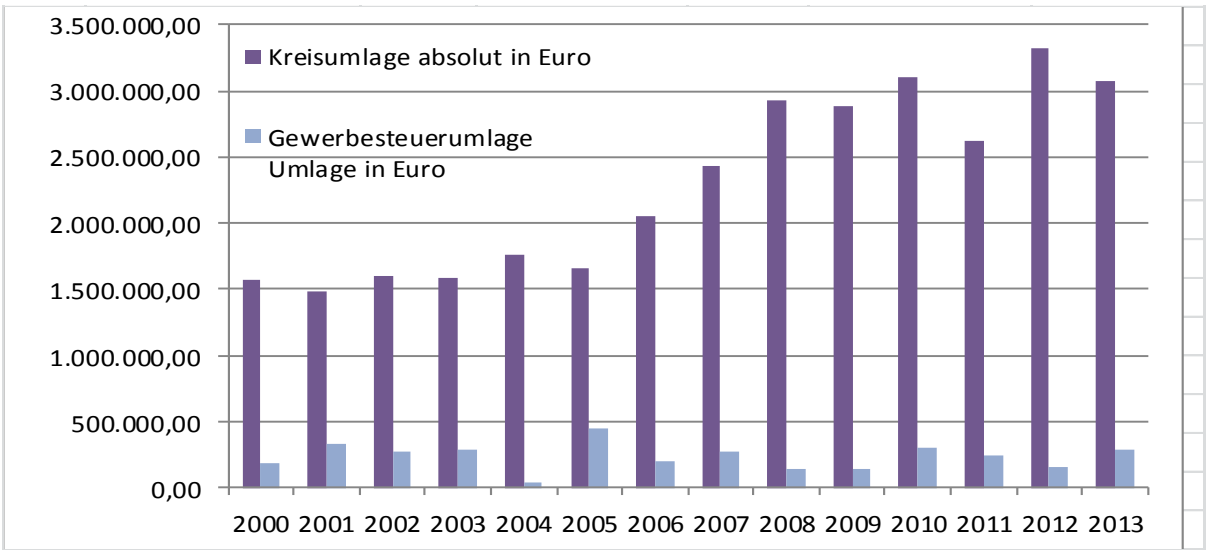


Entwicklung der Umlagen

Die Stadt zahlt an allgemeinen Umlagen im Wesentlichen Kreisumlage und Gewerbesteuerumlage. Die Gewerbesteuerumlage ist abhängig von der Höhe der Gewerbesteuererträge und vom Vervielfältiger.

Die Kreisumlage berechnet sich aus den Umlagegrundlagen (Steuerkraft der Stadt und Schlüsselzuweisungen) und dem Umlagesatz, der jährlich durch den Kreistag neu beschlossen wird. Die Verringerung im Jahr 2014 ist in der niedrigen Steuerkraft 2011 begründet.

Die Entwicklung beider Umlagen zeigt die folgende Grafik.



Haushaltssicherungskonzept

Die Grevesmühlener Stadtvertretung hat im September 2010 ein einschneidendes Haushaltssicherungskonzept beschlossen. Seit 2011 wird jährlich eine Fortschreibung des Sicherungskonzeptes durch die Stadtvertretung beschlossen.
Im Jahr 2011 wurden die wichtigsten Maßnahmen wie die Anhebung der Steuern, die Einführung der Zweitwohnungssteuer sowie die Anhebung der Pachten für Garagen und Kleingärten umgesetzt. Weiterhin wurden die Verwaltungsgebührensatzung und die Bibliotheksgebührensatzung beschlossen und seit Jahresbeginn 2012 angewendet. Das Personalentwicklungskonzept wurde beschlossen und wird fortgeschrieben. Im Dezember 2011 wurde das Konzept zur energetischen Erneuerung der Straßenbeleuchtung beschlossen, der Vertrag mit den Stadtwerken unterzeichnet und der entsprechenden Förderantrag gestellt werden.

In der Fortschreibung für 2012 wurden die Überarbeitung der Gebührensatzung für die Freiwillige Feuerwehr und die Umstellung der Steuer- und Gebührenbescheide auf Mehrjahresbescheid beschlossen. Beide Maßnahmen wurden bereits umgesetzt.

In der Fortschreibung für 2013 wurden Maßnahmen zur Energieeinsparung in öffentlichen Einrichtungen, Übernahme von Pflege- und Unterhaltungsleistungen für die öffentlichen Flächen und Gebäude der Gemeinden des Amtes Grevesmühlen - Land durch den Bauhof der Stadt Grevesmühlen und die Änderung der Straßenbaubeitragssatzung beschlossen.

Zum Jahresende 2013 wurde die Fortschreibung 2014 beschlossen. Diese enthält als wesentliche Maßnahme den Umzug des Jugendzentrums in das Bahnhofsgebäude. Der Vorschlag der Verwaltung, die Reinigungsleistungen in den Schulgebäuden zu reduzieren, wurde durch die Stadtvertretung abgelehnt.

Noch nicht umgesetzt wurden die Überarbeitung der Benutzungsgebührensatzung und die vollständige Einführung eines Dokumentenmanagementsystems. Auch die Aufgabenübertragung durch die Gemeinden an den Bauhof wurde nicht realisiert. Die Änderung der Straßenbaubeitragssatzung wurde durch die Stadtvertretung im Nachgang per Beschluss abgelehnt.

Das Haushaltssicherungskonzept wird sich auch auf die Gemeinden des Amtes Grevesmühlen-Land, mit dem die Stadt eine Verwaltungsgemeinschaft bildet, positiv auswirken, da einige der beschlossenen Einsparungen über Umlagen auch in den Gemeindehaushalten zum Tragen kommen.

Mit der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes wurde somit ein wesentlicher Schritt getan, um die Haushaltssituation zu verbessern und auch in den kommenden Jahren handlungsfähig zu bleiben. Die Umsetzung der aufgezeigten Einsparpotentiale bringt jedoch empfindliche Einschnitte in die Selbstverwaltung der Kommune mit sich. Es ist aber festzustellen, dass den Vorgaben der Kommunalaufsicht, den Haushaltsausgleich innerhalb des Finanzplanungszeitraumes wieder herzustellen, auch mit den vorliegenden Konsolidierungsmaßnahmen nicht entsprochen werden kann. Auch wenn das Konzept in den folgenden Jahren fortgeschrieben wird, ist die Finanzausstattung der Stadt Grevesmühlen seitens des Landes nicht ausreichend, die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Es bleibt lediglich abzuwarten, ob sich die gesamtwirtschaftliche Situation verbessert. Dann könnte zumindest der

Finanzhaushalt dauerhaft ausgeglichen und die Zahlungsfähigkeit der Stadt erhalten werden.

Bürgschaftsvolumen:

Unmittelbar hat eine von der Stadtvertretung beschlossene Bürgschaftsübernahme keine Verbindung zum Haushaltsplan. Lediglich im Falle der Inanspruchnahme der Stadt sind die dann fälligen Verpflichtungen im Haushaltsplan nachzuweisen, da erst zu diesem Zeitpunkt kassenwirksame Ausgaben entstehen. Das genehmigte Bürgschaftsvolumen beträgt derzeit rund 8,8 Mio. Euro, das tatsächlich zurzeit in Anspruch genommene Bürgschaftsvolumen 594 T€. Es verteilt sich wie folgt auf die folgenden Kreditnehmer:

	31.12.09	*31.12.10*	*01.01.11*	*31.12.11*	*31.12.12*	*31.12.13*
Schützenzunft	13	12	12	11	9	8
GOS/Treuhandvermögen	1.872	301	267	214	185	150
Stadtwerke	323	323	271	-	-	-
DRK	400	400	400	400	400	400
Gesamt	*2.608*	*1.036*	*950*	*625*	*594*	*558*

- Angaben in T€ -

Haushaltsplan, Nachtragsplan und vorläufiger Jahresabschluss für das städtebauliche Sondervermögen "Altstadt" der Stadt Grevesmühlen 2013

Für Sondervermögen ist nach den neuen doppischen Regelungen eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Außerdem muss für das Sondervermögen zusätzlich ein Haushaltsplan erstellt werden.

	Haushaltsplan 2013	1. Nachtragshaushalt 2013	Jahresabschluss 2013 (vorläufig) noch keine Angaben möglich
Beschluss Stadtvertretung am	10.12.2012	02.09.2013	
Beschluss-Nr.	12SV/2012-239	12SV/2013-323	
Genehmigung der unteren Rechtsaufsichtsbehörde am	20.12.2012	10.10.2013	
Ergebnishaushalt/Ergebnisrechnung			
Jahresergebnis:	39.600 Euro	-110.400 Euro	
Finanzhaushalt/Finanzrechnung			
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	-172.900 Euro	-322.900 Euro	
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	197.000 Euro	197.000 Euro	
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-24.100 Euro	-24.100 Euro	
Kreditaufnahmen für Investitionen	0 Euro	0 Euro	
Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	88.400 Euro	88.400 Euro	

Konzessionsverträge Strom/Gas

Im Verwaltungsbereich von Stadt und Amt wurde im Jahr 2013 das Interessenbekundungsverfahren für den Gas-Konzessionsvertrag der Gemeinde Testorf-Steinfort durchgeführt.

Die Laufzeiten der aktuellen Verträge und den Stand der Interessenbekundungsverfahren zeigt die folgende Tabelle:

Stadt Gemeinde	Art	Laufzeit bis	Interessenbekundungsverfahren					
			Bekanntmachung	Anzahl Bewerber	Zuschlag am (Beschluss)	Zuschlag an	Vertragsabschluss am	Laufzeit bis
Grevesmühlen	Strom	27.06.2013	22.06.11	1	05.12.11	Stadtwerke Grevesmühlen GmbH	14.05.12	31.12.2032
Grevesmühlen	Gas	22.09.2011	16.09.09	2	13.09.10	Stadtwerke Grevesmühlen GmbH	14.06.11 16.06.11	22.09.2031
Bernstorf	Strom	31.12.2012	21.10.10	2	07.11.11	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	17.11.11 05.01.12	31.12.2032
Börzow	Strom	31.12.2012	21.10.10	2	22.06.11	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	05.01.12	31.12.2032
Börzow	Gas	09.01.2012	05.01.10	1	07.12.10	E.ON Hanse AG, Quickborn	07.12.10	09.01.2032
Gägelow	Strom	31.12.2012	21.10.10	2	20.09.11	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	05.01.12	31.12.2032
Gägelow	Gas	25.11.2012	13.10.10	1	22.03.11	Gasversorgung Wismar Land	25.07.11 04.05.11	25.11.2032
Upahl/ Gebiet Hanshagen	Strom	31.12.2012	21.10.10	2	26.05.11	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	05.01.12	31.12.2032
Mallentin	Strom	31.12.2012	18.12.09	2	27.09.10	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	30.11.10	21.12.2032
Papenhusen	Strom	31.12.2012	15.12.10	2				
Plüschow	Strom	31.12.2012	21.10.10	2	02.08.11	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	15.11.11 05.01.12	31.12.2032
Roggenstorf	Strom	31.12.2012	21.10.10	2	18.10.11	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	16.01.11 05.01.12	31.12.2032
Rüting	Strom	31.12.2012	21.10.10	2	25.05.11	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	15.12.11 05.01.12	31.12.2032
Rüting	Gas	02.05.2019						
Testorf-Steinfort	Strom	31.12.2012	07.07.09	1	08.04.10	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	28.04.10	30.04.2030
Testorf-Steinfort	Gas	11.10.2015	19.03.13	1	17.12.13	E.ON Hanse AG, Quickborn	09.01.14 14.01.14	11.10.2035
Upahl	Strom	31.12.2012	18.12.09	2	23.09.10	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	03.11.10	31.12.2032
Upahl	Gas	23.09.2011	16.09.09	2	23.09.10	Stadtwerke Grevesmühlen GmbH	20.06.11 28.06.11	22.09.2031
Warnow	Strom	31.12.2012	21.10.10	2	17.08.11	E.ON edis AG, Fürstenwalde/S.	05.01.12	31.12.2032

Gewährung von Darlehen:

Im Jahr 2013 wurden keine zinslosen Darlehen an Eigenheimbauer ausgereicht.

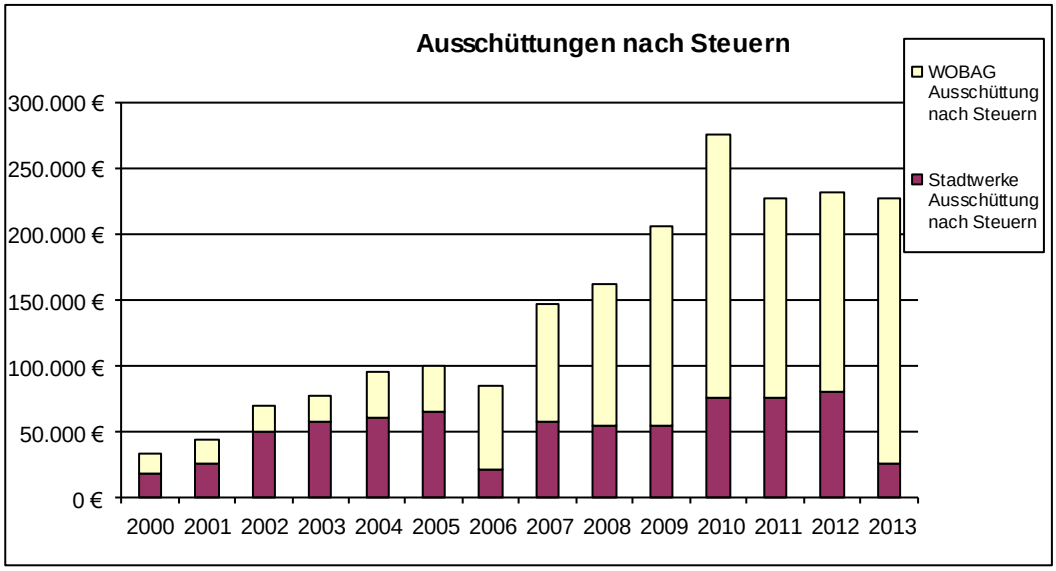
Beteiligungsverwaltung:

Die Stadt Grevesmühlen verfügt über zwei unmittelbare Beteiligungen (Eigengesellschaften). Sowohl an der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH als auch an der WOBAG Grevesmühlen GmbH hält die Stadt als alleinige Gesellschafterin 100 % der Anteile.

Beide städtische Gesellschaften verfügen wiederum über Tochtergesellschaften, an denen die Stadt nicht direkt, sondern nur mittelbar als Gesellschafterin der Muttergesellschaften beteiligt ist. Diese Tochtergesellschaften werden sowohl als 100prozentige Töchter als auch als Beteiligungen geführt.

Die Erträge aus Beteiligungen haben sich in den vergangenen Jahren aufgrund der stabilen wirtschaftlichen Lage beider Unternehmen kontinuierlich erhöht. Im Zusammenhang mit der Haushaltssicherung erfolgte 2010 eine erhöhte Ausschüttung.

2013 wurden 270.000 Euro und damit 10.000 Euro mehr ausgeschüttet als ursprünglich im Haushaltsplan veranschlagt. Die aufgrund der erheblichen Investitionen geringere Ausschüttung der Stadtwerke wurde durch eine Erhöhte Ausschüttung der WOBAG ausgeglichen.



Die Jahresabschlüsse der Unternehmen für das Jahr 2013 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts noch nicht vor.

Haushaltswirtschaft des Amtes und der amtsangehörigen Gemeinden 2013

Auch für die amtsangehörigen Gemeinden hat sich die Haushaltslage im Haushaltsjahr 2013 weiterhin erheblich verschlechtert. Die meisten Gemeinden wiesen bereits in der Planung Fehlbeträge aus und ergriffen Sicherungsmaßnahmen, wie Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie Streichung freiwilliger Leistungen. Mit Ausnahme des Amtes selbst wurden in allen Gemeinden Haushaltssicherungskonzepte beschlossen. Eine Gemeinde hat zum 31.12.2013 einen negativen Kassenistbestand.

Amt/ Gemeinde	Beschluss Haushaltsplan	Beschluss Nachtrags-haushalt	Haushalts-sicherungs-konzept
Amt Grevesmühlen -Land	11.12.2012	-	-
Bernstorf	05.02.2013	-	ja
Börzow	06.03.2013	-	ja
Gägelow	26.03.2013	27.08.2013	ja
Mallentin	04.03.2013	-	ja
Plüschow	19.03.2013	-	ja
Roggenstorf	25.04.2013	-	ja
Rüting	29.04.2013	-	ja
Testorf-Steinfort	13.02.2013	-	ja
Upahl	13.12.2012	-	ja
Warnow	26.03.2013	-	ja

Ab dem Haushaltsjahr 2012 werden alle Gemeinden doppisch geführt.

Kasse/Vollstreckung

Im Kalenderjahr 2013 hat sich der Aufwand im Mahn- und Vollstreckungswesen teilweise deutlich erhöht. So wurden 5.741 Mahnungen versendet. Das sind 1.631 mehr als im Jahr zuvor. Auch die Vollstreckungsaufträge haben sich mit insgesamt 2.838 um 254 Aufträge im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Im Jahr 2013 wurden 168 Kontopfändungen eingeleitet und 28 gerichtliche Mahnbescheide beantragt.
Durch Vollstreckungsmaßnahmen wurden insgesamt 217.295 Euro eingenommen.

	Anzahl Mahnungen	Anzahl Vollstreckungen	Anzahl Amtshilfeersuchen anderer Stellen
2008	4.294	1.601	809
2009	4.600	1.497	855
2010	4.620	1.467	702
2011	4.033	1.629	735
2012	4.110	1.202	1.382
2013	5.741	1.365	1.473

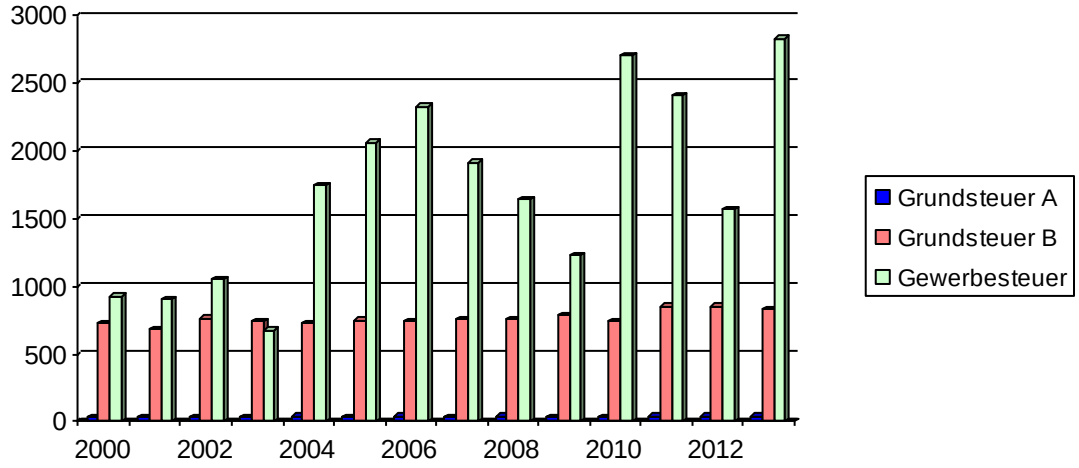
Die Zinseinnahmen aus Geldanlagen haben sich mit 167 T€ im Vergleich zum Vorjahr etwas positiver gestaltet. Einerseits hat sich der Bestand an liquiden Mitteln leicht erhöht (es wurden mehr Mittel auf Festgeld- bzw. Tagesgeldkonten vorgehalten). Zum anderen kamen die mit der Laufzeit steigenden Zinssätze aus bestehenden Festgeldanlagen zur Wirkung.

Sachgebiet Steuern und Abgaben

Nachdem es bei den Erträgen aus der Gewerbesteuer 2012 zu einem starken Einbruch kam, konnten im Jahr 2013 wieder erhöhte Erträge verzeichnet werden. Die Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um etwa 1,25 Mio. auf 2,82 Mio. Euro an. Sie haben sich somit nahezu verdoppelt. Die Gewerbesteuer ist eine der wichtigsten Einnahmen der Stadt Grevesmühlen.

Eine relativ konstante und berechenbare Größe bildet die Grundsteuer B für die bebauten Grundstücke. Die Grundsteuer A für die land- und forstwirtschaftlichen Flächen spielt in der Stadt Grevesmühlen eine eher untergeordnete Rolle.

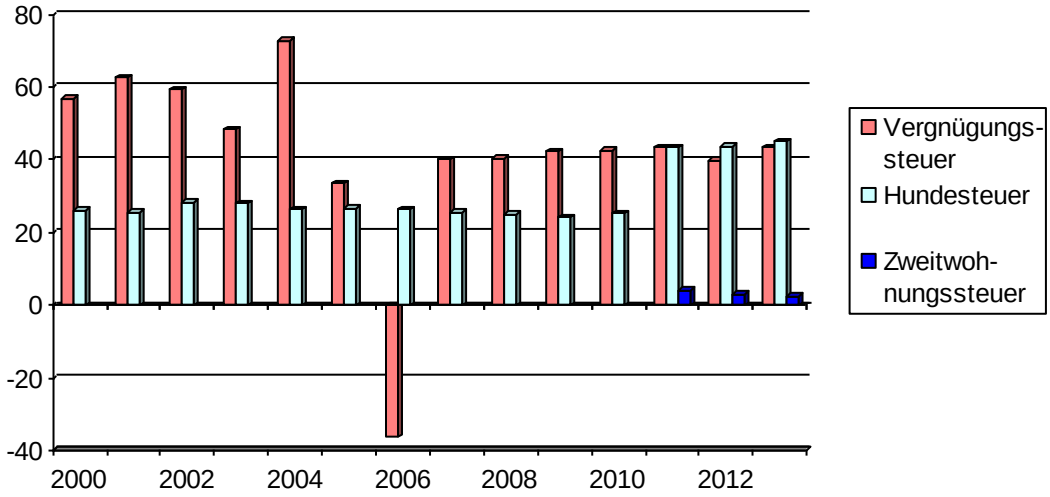
Die Realsteuern entwickelten sich in den vergangenen Jahren wie folgt:



Angaben in Tsd. Euro

Zu den Aufwandssteuern zählen in der Stadt Grevesmühlen die Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten, die Hundesteuer und seit 2011 die Zweitwohnungssteuer.

Die Aufwandssteuern entwickelten sich in den vergangenen Jahren wie folgt:



Angaben in Tsd. Euro

Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht

Seit dem 01.01.2012 wurden alle Haushalte in der Verwaltungsgemeinschaft Grevesmühlen nach den doppischen Grundsätzen geführt.

Für das städtebauliche Sondervermögen "Altstadt" wurde die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 mit den Anlagen fertig gestellt. Die Stadtvertretung hat die Eröffnungsbilanz in ihrer Sitzung am 15.04.2013 festgestellt. Anschließend wurden die Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 aufgestellt. Derzeit werden die Jahresabschlüsse 2012 und 2013 erarbeitet. Parallel hat mit der Mittelrheinischen Treuhand ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen die Aufstellung der Jahresabschlüsse begleitet. Dies wurde erforderlich, weil das Regelwerk und die sonstigen Vorschriften zu den städtebaulichen Sondervermögen sehr kompliziert sind und das Sondervermögen der Stadt mit vielen Sonderfällen behaftet ist.

Die Eröffnungsbilanz für die Gemeinde Börzow wurde fertiggestellt und zunächst dem Gemeindeprüfungsamt des Landkreises vorgelegt. Während der Prüfungen wurden die erforderlichen Korrekturen und Anpassungen vorgenommen. Nach Vorliegen des Prüfberichts des Gemeindeprüfungsamtes hat der Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Grevesmühlen – Land seine Prüfungen abgeschlossen und den Prüfvermerk erteilt. Die Gemeindevertretung hat am 06.03.2013 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 festgestellt.

Eröffnungsbilanz Grevesmühlen: Die Grundstücksbewertung und die Bewertung des beweglichen Vermögens sowie die Gebäudebewertung sind abgeschlossen. Das Infrastrukturvermögen muss noch endgültig in die Anlagenbuchhaltung übernommen werden, nachdem es in das Programm beim Zweckverband Grevesmühlen eingearbeitet wurde. Dann kann auch hier die Zuordnung der Sonderposten erfolgen. Die Erfassung und Bewertung des Infrastrukturvermögens hat die Aufstellung der Bilanz verzögert. Die Verwaltungsgemeinschaft Grevesmühlen, das Amt Klützer Winkel und das Amt Schönberger Land haben sich entschieden, hierzu ein gemeinsames Projekt mit dem Zweckverband Grevesmühlen zu initiieren, um die erfassten Daten auch künftig in der Verwaltungspraxis nachhaltig nutzen zu können. Hieraus sollen unter anderem Straßen-, Leitungs-, Baum- und Flächenkataster entwickelt werden. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat bereits mit der Prüfung begonnen. Die Fertigstellung der Eröffnungsbilanz ist zum 31.05.2014 vorgesehen. Anschließend wird die Mittelrheinische Treuhand den Rechnungsprüfungsausschuss der Verwaltungsgemeinschaft bei den abschließenden Prüfungen begleiten.

Für das Amt Grevesmühlen-Land soll die Eröffnungsbilanz ebenfalls 2014, für die übrigen Gemeinden 2015 fertig gestellt werden.

Die Kosten- und Leistungsrechnung wurde in Zusammenarbeit mit Unterstützung des Instituts für Public Management aus Berlin zum 01.01.2013 eingeführt. Nach Jahresschluss wurde eine Primärkostenrechnung für ausgewählte Produkte erstellt und dem Finanzausschuss präsentiert. Derzeit werden das Umlagekonzept ermittelt und die Produktziele- und –Kennzahlen überarbeitet. Abschließend wird ein kommunales Berichtswesen aufgebaut.

Außerdem hat die Verwaltungsgemeinschaft Grevesmühlen im Landesprojekt an der Erarbeitung eines vereinfachten und „verschlankten“ doppischen Musterhaushaltes für kleine Kommunen mitgewirkt.

Geschäftsbereich Bauamt

Das Baujahr 2013 im Überblick

In 2013 gab es ein beherrschendes Thema der Stadtentwicklung mit der Entwicklung eines Einzelhandelsstandortes auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs. Das Projekt bewegte nicht nur die politischen Gremien, die Stadtverwaltung, sondern auch Bürgerinitiativen, Interessenverbände bis hin zur obersten Planungsbehörde. Konkrete Ergebnisse haben die Planungsansätze sowie die teilweise kontroversen Diskussionen hierum bis Jahresfrist nicht ergeben.

Fakten geschaffen wurde im Zusammenhang mit der Erneuerung der Straßenbeleuchtung. Die energetische Umrüstung in Regie der Stadtwerke konnte in 2013 nahezu abgeschlossen werden, der Austausch der DDR-Lampen seitens der Stadt kam im gleichen Zuge voran. Damit sind bereits nach zwei Jahren Laufzeit des Projektes ca. 80 % der Lampen (1.300 Stück) in der Stadt auf LED umgestellt.

Der BürgerBahnhof öffnete mehrere Male im Jahr seine Türen. Im Januar war es die feierliche Schlüsselübergabe, ab Februar folgten die Abrissunternehmen für Entkernungsarbeiten, im Mai die Begehung von diversen Planungsbüros in Vorbereitung der Architektenauswahl und im Herbst ein weiterer „BürgerBahnhof“, auf dem sich erneut zahlreiche Interessierte über das Gebäude und den Stand der Planungen informierten und auch das Gebäude probeweise mit Musik und Sportaktivitäten in Beschlag nahmen.

Im direkten Umfeld des Bahnhofs sorgte der Neubau der Bahnbrücke als wohl größte Baustelle in der Stadt für weitreichende Konsequenzen für Anwohner und Verkehrsteilnehmer. Hierdurch hat sich im erheblichen Umfange in diesem Bereich auch das Stadtbild verändert.

Im Dezember 2013 folgte dann eine überraschende Wendung im Problemfall der Gewerbeansiedlungen am Börzower Weg. Nach über 10jähriger ergebnisloser Verhandlung gab es endlich eine einvernehmliche Lösung mit den Betreibern des Getreideumschlags in direkter Nachbarschaft zum Wohngebiet West II in Form eines Flächentausches und einer Betriebsverlagerung in das Gewerbegebiet Nordwest.

Zu guter Letzt sei auch auf eine wesentliche organisatorische und personelle Veränderung in 2013 hingewiesen. Im Zuge der Aufgabenübertragung vom ehemaligen Ordnungsamt übernimmt das Bauamt auch Tätigkeiten der Grünordnung und –pflege sowie die nachgeordnete Einrichtung des Bauhofs.

Das Baujahr 2014 im Ausblick

Mit den voran beschriebenen Projektständen sind auch weitestgehend die zu erwartenden Handlungsschwerpunkte für 2014 im Bereich der Stadtgestaltung benannt.

Der BürgerBahnhof wird in die bauliche Umsetzung gelangen, die LED-Umrüstung wird weiter laufen, die Bahnbrücke abgeschlossen und ganz wesentlich, die

Diskussionen um die Einzelhandelsentwicklung insgesamt und um den Standort auf dem Güterbahnhof wird weitergehen.
In 2014 wird auch besonders wichtig, dass das Bauamt aufgrund weiterer übertragener Aufgaben aus dem Grünbereich Arbeitsvorgänge analysiert und optimiert, um bei den begrenzten Personalressourcen die Aufgaben erledigen zu können.

Städtebauliche Planungen

Regionales Raumentwicklungsprogramm, Teilfortschreibung

Der Planungsverband Westmecklenburg hat den Aufstellungsbeschluss zur Einleitung einer Teilfortschreibung des Regionalen Raumentwicklungsprogramms gefasst. Inhaltlich soll der Themenkomplex Energie hierbei neu verfasst werden und hierbei insbesondere auf die neuen Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsgebieten eingegangen werden.

In 2013 wurde quasi als Vorbereitung der planerischen Festlegungen das regionale Energiekonzept abgeschlossen und im Planungsverband als Handlungsgrundlage beschlossen. Wesentliche Eckpfeiler dieses Konzeptes sind die konsequente Umstellung auf regenerative Energieumwandlungen bis 2050, Ausbau der Windenergie, Verzicht auf weitere Biogasanlagen ohne Wärmekonzept, Nutzung von Geothermie in städtischen Siedlungsstrukturen, dafür Ausbau von Fernwärmenetzen und nicht zuletzt die Förderung des ÖPNV, Elektromobilität und des Radverkehrs.

Bis Jahresfrist folgten intensive Beratungen in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen des Planungsverbandes und Beteiligungen der betroffenen Kommunen und Ämter. Zudem berieten die Kreistage mögliche Anpassungen der landesweiten Kriterien zur Ausweisung von Windeignungsgebieten.

Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK)

Die 1. Fortschreibung des ISEKs ist auch weiterhin wesentliche Handlungsgrundlage für die städtische Stadtentwicklungspolitik. **Anlage 1** gibt erneut eine Übersicht der Stände der dort beschlossenen Einzelmaßnahmen.

Erfreulich ist, dass mit dem eingeführten Stadtmarketing, der Bürgerbefragung sowie der gefundenen Plattform des OZ-Forums eine erneute und breit getragene Diskussion über die weitere Stadtentwicklung entfacht wurde, die neue Ideen, aber insbesondere neue Akteure angesprochen hat.

Städtisches Einzelhandelsgutachten, 1.Fortschreibung

Der Beschluss über die 1. Fortschreibung des Einzelhandelsgutachtens am 10.06.2013 wurde durch die Stadtvertretung gefasst. Voran gegangen war eine Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und deren Auswertung und Abwägung, die von der Lenkungsgruppe vorbereitet und von der Stadtvertretung ebenfalls beschlossen wurde.

Das Einzelhandelsgutachten dient dementsprechend als Grundlage für kommende Entscheidungen hinsichtlich an die Stadt heran getragene Einzelprojekte, weist aber auch die Handlungsfelder auf, die im Rahmen des Stadtmarketings gemeinsam mit den Akteuren des Einzelhandels in der Stadt zu bearbeiten sein werden.

Das Konzept beinhaltet u.a. eine Sortimentsliste und konkrete Handlungsempfehlungen als Grundlage für künftige kommunale Entscheidungen.

Entwicklungsgebiet/B-Plan Nr. 19 West II

Am 20.12.2013 wurde der Ankauf der Flächen der Betriebsstätte Raiffeisen Südstormarn Mölln eG im Börzower Weg notariell beurkundet. Der Besitz dieser Flächen ist mit dem 01.01.2014 auf die Stadt übergegangen. Das Betriebsgelände wird bis zum 30.06.2016 an die Raiffeisen Mölln GmbH & Co.KG verpachtet. Bis dahin soll die Betriebsverlagerung in das Gewerbe- und Industriegebiet Nordwest der Stadt abgeschlossen sein.

Damit ist ein wesentliches Projekt der Stadtentwicklung, nämlich die weitere Entwicklung von Wohnbauflächen im Westen der Stadt entscheidend weiter gekommen, insbesondere konnte hiermit ein seit mehreren Jahren bestehender Konflikt von Wohnbebauung und benachbarter Gewerbestandorte zum Guten für alle Beteiligten gelöst werden.

Voran gegangen war eine sehr kurze Verhandlungsphase mit den Eigentümern, die sich zum Jahreswechsel aufgrund von Veränderungen in der Gesellschafterstrukturen Klarheit in dieser Angelegenheit verschaffen mussten.

Langwierig waren die Konflikte im Wohngebiet West II selbst, die sich durch vermehrte Missachtung von Bauvorschriften durch die Bauherren und deren Ahndung durch den Landkreis ergeben haben. In 2014 konnte dann einvernehmlich mit dem Landkreis über zahlreiche Ausnahmeanträge und deren Genehmigung eine zufriedenstellende Lösung erreicht werden. Insgesamt betraf dies 16 Vorgänge, von den 12 bis Jahresfrist positiv vom Landkreis beschieden wurden.

Bebauungsplan Nr. 28 „Iserberg“

In der Bauausschusssitzung am 10.10.2013 präsentierte ein potenzieller Investor seine Projektidee für das Gelände. Parallel ist dieses Projekt als Bauvoranfrage an den Landkreis eingereicht und am 07.11.2013 positiv beschieden worden. Bis zur Jahresfrist wurde das Verkehrswertgutachten für die betreffenden Grundstücke aktualisiert, auf dessen Grundlage die weiteren Verhandlungen geführt werden.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 30 „Klützer Straße“ sowie Bebauungsplan Nr. 34 "Mühlenblick"

In 2013 kam es leider noch nicht zum Abschluss des Planungsverfahrens. Grund hierfür ist die schleppende Abarbeitung des Lärmgutachtens und der umfangreiche Abstimmungsbedarf mit den Beteiligten gewesen. Zwischenzeitlich konnte aber inhaltlich Einigkeit darüber erreicht werden, welche Maßnahmen den erforderlichen Schallschutz erbringen können und technisch und finanziell sinnvoll sind, so dass mit

dem benachbarten Landwirtschaftsbetrieb eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossenen werden konnte. GKB, Stadt und Landwirtschaftsbetrieb teilen sich die dabei entstehenden Kosten.

Der abschließende Satzungsbeschluss und der Beginn der Erschließung ist somit vorbereitet und für das II. Quartal 2014 vorgesehen.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 31 „Einzelhandel Rehnaer Straße 1“

Bis Jahresfrist gab es keine konkreten neuen Sachstände zu verzeichnen. In mehreren Gesprächen wurde der Verwaltung jedoch vom Eigentümer Verkaufswille bekundet, da eine eigene Vermarktung des Standortes als Einzelhandelsstandort durch den Eigentümer bisher nicht erfolgreich war.

Bebauungsplan Nr. 33: "Karl-Marx-Straße"

Trotz mehrfachen Bekundens des Eigentümers, dass die baulichen Maßnahmen durch Ausschreibungen der Bauleistungen vorbereitet seien, konnte noch kein Baubeginn verzeichnet werden. Die Gründe dafür sind der Verwaltung unbekannt.

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 35: "Photovoltaikanlage auf dem ehem. ExRohr-Gelände"

Nach Satzungsbeschluss wurde am 17.02.2013 mit der Errichtung der Photovoltaikanlagen begonnen und kurz hiernach ans Netz genommen.

Der Vorhabenträger (Investor) hat sich in einem Durchführungsvertrag verpflichtet auf dem Gelände der ehemaligen Firma ExRohr eine Photovoltaik-Freiflächenanlage mit ca. 1 Mw zu errichten. Ein städtebaulicher Missstand wurde dadurch beseitigt.

Blockbereichsplanung Große Seestraße/Behrensgang

Die Teilinkraftsetzung des Umlegungsplanes wurde am 18.07.2013 beschlossen und am 23.08.2013 veröffentlicht.

In diesem Teilbereich hat es zur Frage der festgesetzten Höhe der durch die Stadt zu leistenden Geldentschädigung am 24.10.2013 einen Vergleich vor dem Landgericht Schwerin gegeben. Somit konnte der Umlegungsplan rechtskräftig werden.

Im westlichen Bereich ist hingegen eine Klage gegen das Umlegungsverfahren noch anhängig, so dass hier eine Inkraftsetzung des Umlegungsplans aufgrund des Prozessrisikos zurück gehalten wurde.

Ergänzend zum Umlegungsverfahren wurde am 02.09.2013 für den Blockbereich die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Gleichzeitig erfolgte auch der Beschluss des Entwurfes und der Auslegung, da die Planansätze ja bereits seit mehrere n Jahren bekannt waren.

Bebauungsplan Nr. 37 „Einzelhandel am Bahnhof“

In der Sitzung am 18.02.2013 wurde die Aufstellung des Bebauungsplans zur Errichtung eines Einzelhandelszentrums auf dem Gelände des Güterbahnhofs mehrheitlich beschlossen. Bereits im Vorab wurde im Rahmen einer Wirkungsanalyse die Verträglichkeit dieses Projektes und Übereinstimmung mit den Zielen des Einzelhandelsgutachtens untersucht und unter Berücksichtigung von Sortimentsauswahl und Größe der Einrichtungen bestätigt.

Hiernach folgte die Planungsanzeige, auf die die oberste Planungsbehörde am 09.08.2013 weitestgehend ablehnend reagierte. Am 23.09.2013 beauftragte die Stadtvertretung daraufhin den Bürgermeister, dass Einvernehmen mit der obersten Planungsbehörde hinsichtlich dieses Vorhabens erzielt werden möge.

Anschließend folgten mehrere Abstimmungstermine, bei denen alle wesentlichen Gesichtspunkte erneut umfassend und teilweise kontrovers erörtert wurden, aber letztlich bis Jahresfrist kein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden konnte.

Sanierungsgebiet "Altstadt"

Die Stadtsanierung neigt sich wie angekündigt dem Ende entgegen. Dementsprechend laufen die weiteren Erhebungen der Ausgleichsbeträge in den Quartieren, die sukzessive aus dem Sanierungsgebiet entlassen wurden.

Neu hinzugekommen ist in diesem Jahr der Abschluss des Umlegungsverfahrens Große Seestraße, bei dem aufgrund der Besonderheit des Sanierungsgebietes sowohl Umlegungsvorteil als auch Ausgleichsbetrag fällig wurden.

Jahr	Anzahl Ablösevereinb.	Beträge aus Ablösevereinb. in €	Anzahl der Bescheide	Beträge aus Bescheiden in €
2004	15	20.600	0	0
2005	61	55.800	0	0
2006	7	12.700	0	0
2007	30	111.700	0	0
2008	2	35.600	0	1.500
2009	23	499.000	4	25.000
2010	41	65.000	51	53.300
2011	6	25.700	1	9.800
2012	0	4.400	18	29.200
2013	**3**	**35.900**	**24**	**36.500**

Damit sind in ca. 66 % der Fälle tatsächlich freiwillige Ablösevereinbarungen abgeschlossen worden. Dies ist in Anbetracht des erreichten Rechtsfriedens und des eingesparten Verwaltungsaufwandes als Erfolg zu werten.

Es gibt aber auch aktuell 4 Fälle von säumigen Zahlungen und 4 Klageverfahren, deren Streitwerte sich auf insgesamt ca. 22 T€ belaufen.

Kommunale Liegenschaften und Grundstücksmarkt

2013 wurden 25 Grundstücke von der Stadt verkauft und 9 Grundstücke angekauft. Dies ist im Vergleich zu den Vorjahren eine erhebliche Steigerung und lässt erahnen, dass das Sachgebiet Liegenschaften zahlreiche und teilweise Im Vorwege sehr lang vorzubereitende Kaufabschlüsse nunmehr zum Abschluss bringen konnte. Zudem zeigt die Zahl von ca. 1,4 Mill. € aus Grundstückserlösen, dass die damit erzielten Einzahlungen nennenswert zur finanziellen Ausstattung des Stadthaushaltes beitragen konnten.

Jahr des Kaufvertrages	Anzahl der Verkäufe	Gesamtsumme In €	Anzahl der Ankäufe	Gesamtsumme in €
2006	19	415.000	5	53.000
2007	10	369.000	2	19.000
2008	8	296.000	5	30.000
2009	8	499.000	4	25.000
2010	5	166.000	1	21.000
2011	9	310.178	2	476.672
2012	10	639.000	3	255.000
2013	**25**	**1.399.592**	**9**	**783.935**

Für 2013 waren die Veräußerung von 3 Gewerbegrundstücken mit einer Gesamtfläche von 65.747 m² hervor zu heben, darunter ein Grundstück im Gewebepark Nordwest, ein Grundstück im Gewerbegebiet Grüner Weg und ein Grundstück auf dem Gelände des Güterbahnhofs.

Am 18.02.2013 hat die Stadtvertretung den Verkauf von ca. 19.800 m² Grundstücksfläche am Güterbahnhof und an der Gebhardstraße an die Firma Langness GmbH Co.KG beschlossen und der abgestimmte Kaufvertrag hiernach beurkundet. Die Flächen wurden verkauft, wie sie stehen und liegen, d.h. die notwendigen Abrissarbeiten werden durch den Käufer durchgeführt. Zusätzlich werden der Stadt auf dem Gelände min. 20 Pendlerparkplätze zur Verfügung gestellt. Der Vertrag wurde jedoch unter der aufschiebenden Bedingung geschlossen, dass der Bebauungsplan auch zur Umsetzung gelangen kann.

Der Verkauf von Grundstücken als Bauflächen zur Wohnbebauung ist aufgrund der fehlenden Baugrundstücke eingebrochen, keines der vorhandenen Restgrundstücke konnte veräußert werden. Es ist jedoch gelungen, zwei D4-Objekte im Sanierungsgebiet zu veräußern: August-Bebel-Str. 54 (unsaniert) und August-Bebel-Straße 51 (saniert)

Bei den restlichen Verkäufen handelt es sich um Gartenlandverkäufe und Verkäufe von Arrondierungsflächen:

18 Verträge zum Verkauf von Arrondierungsflächen: Einzahlung: 79.263,74 €
2 Verträge zum Verkauf von Gärten: Einzahlung: 8.867,63 €

Die weiterhin hohe Zahl der Verkäufe ergibt sich aus den durch Pachterhöhungen der Vorjahre erreichte Bereinigung von Grundstücksverhältnissen. So wurden 18 sog. Arrondierungsgrundstücke und 2 Einzelgärten veräußert. Der Erlös betrug ca. 89 T€.

Im Allgemeinem kann für 2013 keine wesentliche Veränderung des Grundstücksmarktes anhand der Zahlen der eingereichten Anträge auf Erteilung von Vorkaufsrechten abgelesen werden.

Jahr	Anzahl der Kauffälle Stadt	Anzahl der Kauffälle Grevesmühlen Land
2007	122	112
2008	120	104
2009	86	122
2010	105	80
2011	117	120
2012	102	118
2013	**100**	**113**

Garagen, - und Kleingartenpachten, Landwirtschaftliche Pachten, Gewerbepachten

Die Garagenanzahl in der Stadt hat sich aufgrund der erfolgten Abrisse in 2012/13 deutlich reduziert, so dass nunmehr lediglich ein Leerstand von ca. 19 % (Vorjahr: 38 %) besteht. Die Gesamtanzahl der in Anspruch genommenen Garagenstandorte ist indes leicht rückläufig(-4 %), was gegenüber den Jahren der Pachtanpassungen eine erheblich geringere Tendenz darstellt. Die absoluten Einnahmen waren dementsprechend leicht rückläufig (ca. 3%).

Der Zustand der Garagen ist aufgrund des Baualters und teilweisen Leerstandes zunehmend als kritisch zu bewerten, wobei hier deutliche Unterschiede zwischen den Quartieren bestehen.

Stand zum Beginn des Jahres	Anzahl der Garagen	Verpachtete Garagen-standorte	Leerstand	Pachten im HH-Jahr
2010	1102	1068	34	31.400
2011	1061	791	266	68.680
2012	1044	648	396	114.620
2013	**766**	**622**	**144**	**111.210**

Im Frühjahr 2013 wurden in der Sandstraße allein 153 Garagen abgerissen. Die hierbei entstandenen Kosten betrugen ca. 173 T€.

Bei Einzelgärten und die Generalpachtverträge mit den Kleingartenvereinen wurden die Neuabschlüsse unter der Berücksichtigung der Pachterhöhungen bereits in den Vorjahren neu aufgestellt. Wesentliche Änderungen im Gesamtergebnis gegenüber dem Vorjahr waren nicht zu verzeichnen.

Stand zum Beginn des Jahres	Verpachtete Einzelflächen	Pachten im HH-Jahr
2010	243	12.390
2011	235	20.410
2012	142	38.230
2013	**148**	**35.400**

Gewerbepachten einschließlich Erbbauzinsen für Gewerbegrundstücke beliefen sich in 2013 auf ca. 40.000 €, dabei schlagen allein die Verpachtung des Bürgersolarparks und des Piraten-Open-Air Theaters mit 50 % zu Buche. Darüber hinaus floss auch weiterhin eine Reservierungsgebühr in Höhe von 20.000 € für eine Gewerbefläche im Gewerbepark Nordwest.

Bewirtschaftung kommunaler Einrichtungen

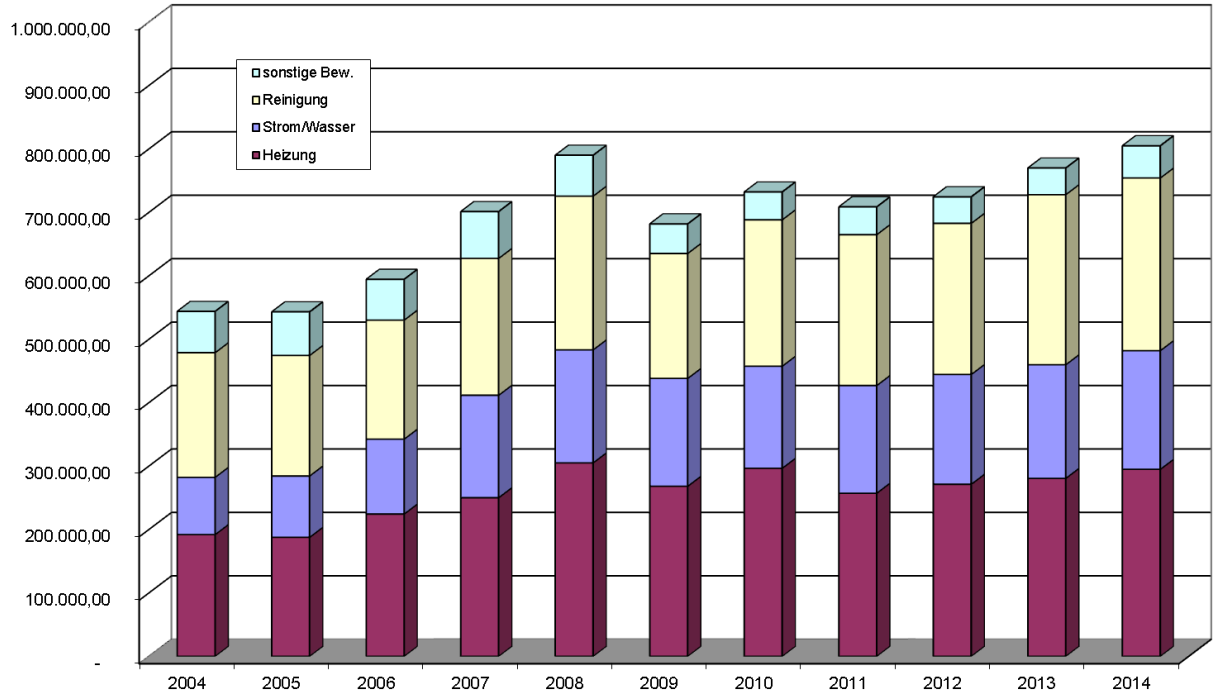
Die Bewirtschaftungsaufwendungen setzen sich im wesentlichen aus Heiz-, Strom-, Wasser- und Abwasserkosten und Reinigungskosten zusammen.

Die Kosten für Strom machen aktuell 23 % der Gesamtaufwendungen aus, 35 % sind für Heizenergie aufzubringen, 35 % machen die Reinigungsleistungen aus. (Stand 2013)

Im Zeitraum von 2004 bis 2013 haben sich diese Aufwendungen durch diverse Faktoren von 543 T€ auf 770 T€ erhöht. Dies enspricht einer Steigerung von ca. 42 %. Dabei sind die Stromkosten um ca. 100 % gestiegen und Reinigungsleistung bespielhaft lediglich um 37 %. Bei Reinigungsleistungen sind aktuell aber die Kostensteigerungen am deutlichsten, wohingehend seit 2009 die Stromkosten nahezu konstant verbleiben.

Der spezifische Aufwand pro qm Nutzfläche hat sich seit 2006 bis 2013 um 33 % gesteigert. Diese Steigerung ist deutlich geringer ausgefallen als im Vergleich der absoluten Kosten (s.o.: 42 %)

Aufwendungen 2004 bis 2014, aufgeteilt auf Kostenarten (2014 Planzahlen)



Die größten Kostensteigerungen sind seit 2004 bis 2013 im Bereich der Freizeit- und Kultureinrichtungen festzustellen (+187 %). Dies ist allein dem Zuwachs der Einrichtungen geschuldet, insbesondere dem Museums- und Vereinshaus. Bei den Verwaltungsobjekten kam es zu Kostensteigerungen von 47 % (auch hier insbesondere durch die Erweiterung um die Verwaltung von Grevesmühlen-Land), am geringsten fielen die Kostensteigerungen in Schulen und der Feuerwehr mit ca. 7 % aus.

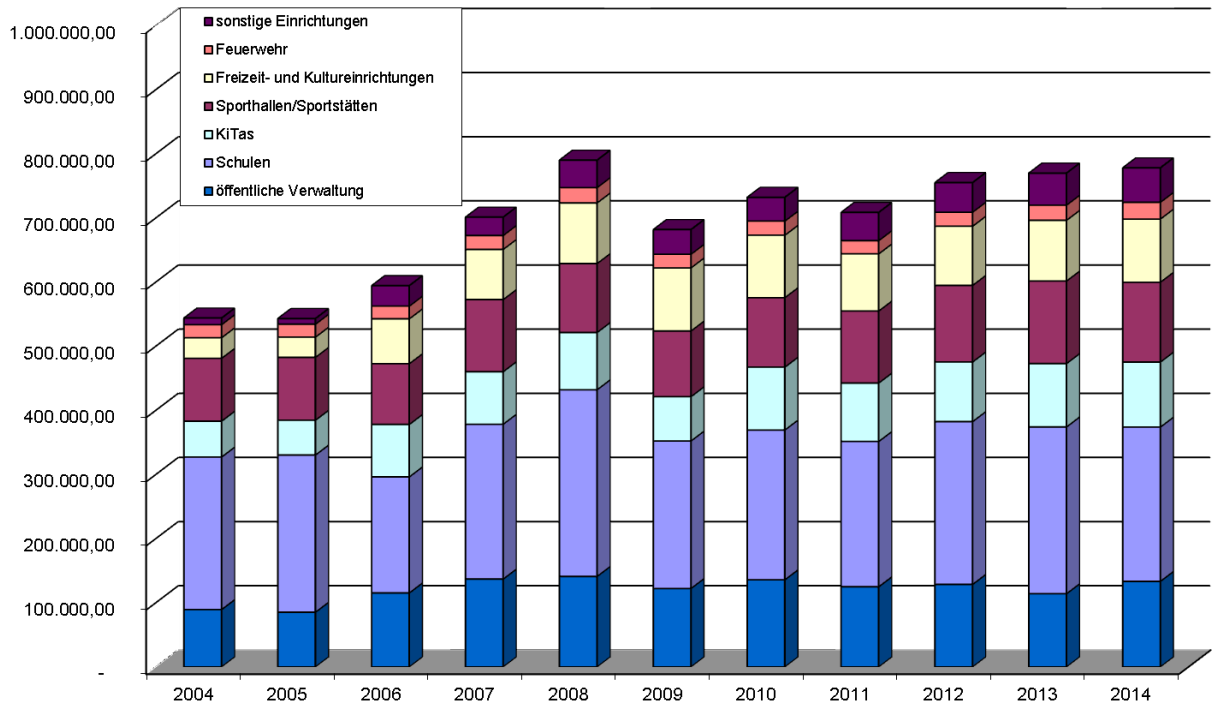
Nichts desto trotz machen die Schulen mit ca. 33 % der Gesamtkosten den größten Faktor der Bewirtschaftungsaufwendungen aus. Kultureinrichtungen sind bei 12 %, die Verwaltung macht 15 % aus. (Stand 2013)

Aktuell sind die Preissteigerungen bei KiTas, insbesondere wegen der erheblich gestiegenen Kosten für Reinigungsleistungen am deutlichsten. (2009-2013: + 20 %).

Die Gesamtfläche kommunaler (öffentlich) genutzter Gebäude ist von ca 27.000 qm in 2004 auf ca. 28.400 qm (2013) gestiegen. Neben dem Museums- und Vereinshaus spielt hier auch insbesondere die Erweiterung des Sportlerheims und die Zusammenlegung der Amtsverwaltung Grevesmühlen-Land und der Stadtverwaltung hinein.

Am geringsten sind aktuell die Kosten pro qm bei der Feuerwehr, am höchsten bei den Obdachlosenunterkünften. Dieser Vergleich ist aber aufgrund der Spezifik jedes Gebäudes und der Nutzung nicht weiter sinnvoll.

Aufwendungen 2004 bis 2013, aufgeteilt auf Nutzungsarten (2014 Planzahlen)



Deutlich sind im gleichen Zeitraum aber auch Einnahmen aus der dauerhaften Vermietung z.B. im Museums- und Vereinshaus gestiegen. 2004 waren dies ca. 15 T€, in 2012 ca. 40 T€.

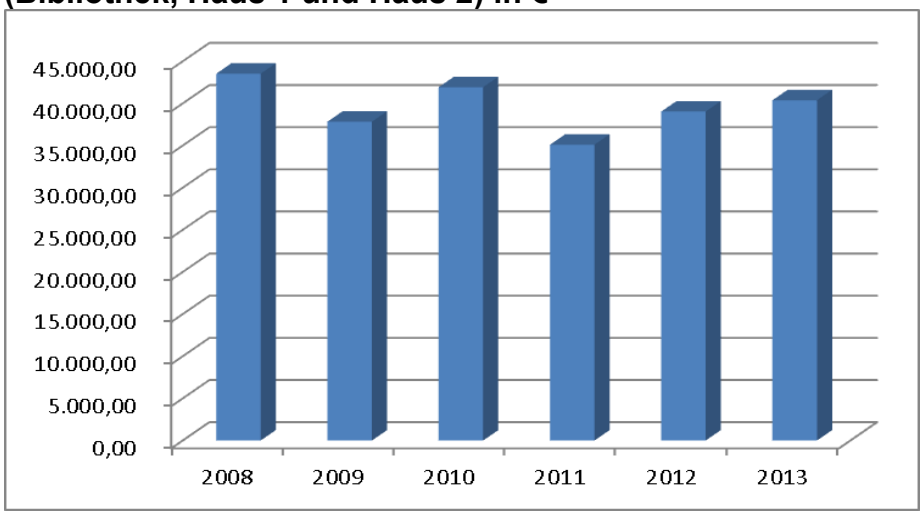
Die Aufwendungen für die bauliche Unterhaltung sind entsprechend des Bedarfes und der Abgrenzung zwischen Investition und Unterhaltung stark schwankend. So wie die Haushaltsplanungen explzit auf konkrete Maßnahmen abstellt, so ergeben sich auch deutlich unterschiedliche Kostenfestellungen. Ein Trend ist nicht eindeutig ablesbar, aber anzunehmen, da die Gesamtflächen gestiegen sind und zudem zahlreiche Objekte in den 90er Jahren errichtet oder umfassend modernisiert wurden und entsprechend der Nutzungsdauer nunmehr Instandhaltungsmaßnahmen nennenswert anstehen.

I.d.R. ist davon auszugehen, dass im Mittel in den vergangenen 5 Jahren ca. 190 T€/anno für die bauliche Unterhaltung aufgewendet wurden. Dies entspricht einem Aufwand für die bauliche Unterhaltung von 6,70 €/qm/anno. Ca. 7,50 bis 8,00 €/qm sind Literaturwerte für eine pauschale Instanhaltungsrücklage bzw. –kosten. Insofern ist davon auszugehen, dass der bisherige Instandhaltungsumfang nahezu das gebotene Maß der Werterhaltung mit sich bringt. Erheblicher Reparaturstau besteht aber bei den Einrichtungen des Rathausblocks und dem Kinder- und Jugendhaus.

Die Vermögenswerte sind durch umfassende Modernisierungen, Neubauten und Erweiterungen trotz fortlaufender Alterung der Immobilien im gleichen Zeitraumnahezu unverändert geblieben und betragen aktuell nach eigener Schätzung ca. 23,5 Mill. €.

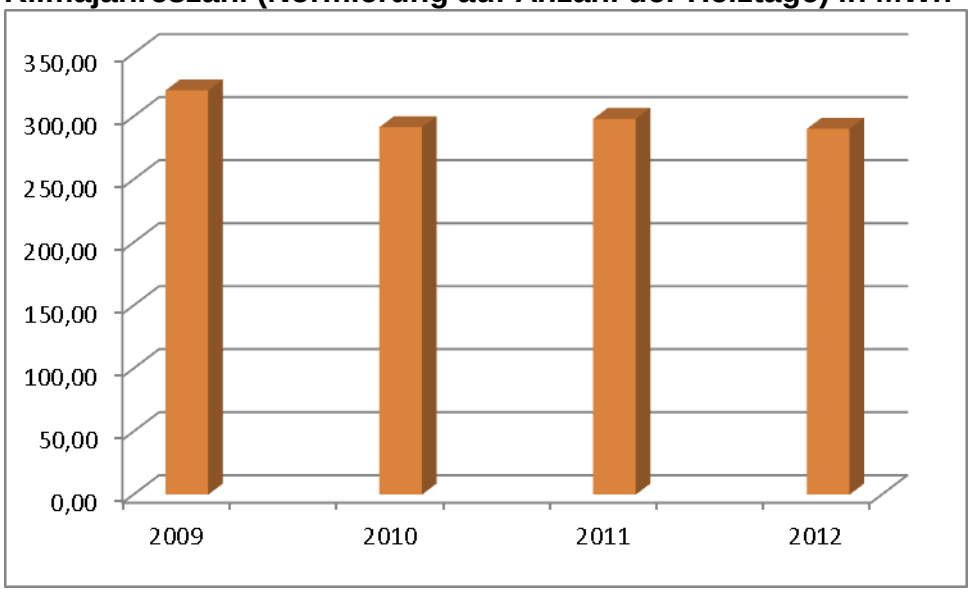
Für diesen Bericht sind explizit für den Rathausblock konkrete Verbrauchswerte analysiert worden und geben folgendes Bild:

Aufwendungen für Wärmeversorgung im Rathausblock (Bibliothek, Haus 1 und Haus 2) in €



Die Umstellung der Fernwärme Ende 2010 erbrachte tatsächlich eine Kostensenkung um 6 T€ brutto. Geschuldet ist dies insbesondere dem geringeren Verbrauch durch die Optimierung der Vorlauftemperaturen im Zuge der Umrüstung (ca. -10 %).

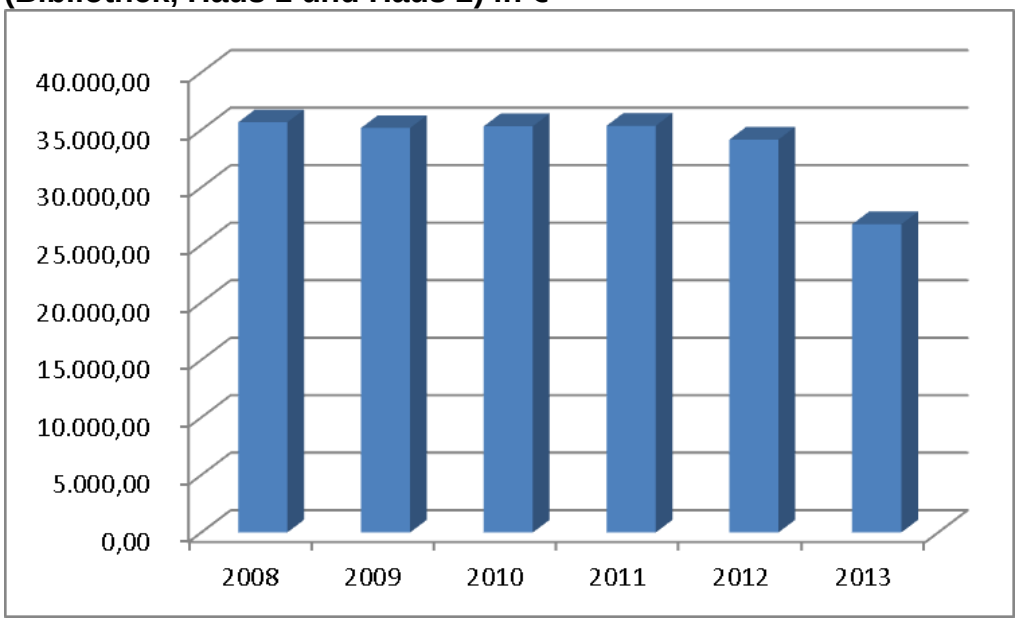
Verbrauch für die Wärmeversorgung im Rathausblock nach Korrektur durch die Klimajahreszahl (Normierung auf Anzahl der Heiztage) in MWh



Der fiskale Effekt ist durch die zwischenzeitliche Preisanpassung gemäß zugrunde gelegten Fernwärmepreisindex in 2012 erheblich geringer ausgefallen. Hier waren die Minderausgaben gegenüber 2010 lediglich 3 T€. Eine ähnliche Preissteigerung hätte sich indes auch bei einem anderen Energieträger ergeben.

2009 wurde die Servertechnik umgestellt auf Clientservertechnologie und hierdurch nennenswert der Stromverbrauch durch Wegfall der PC-Stationen erreicht. Insgesamt wurde der Verbrauch zwischen 2009 und 2013 um ca. 20 % reduziert.

Aufwendungen für die Stromversorgung im Rathausblock (Bibliothek, Haus 1 und Haus 2) in €



Die Reinigungskosten sind im gleichen Untersuchungszeitraum von 197 T € auf 269 T € gestiegen. Der Grund hierbei liegt explizit bei der Erhöhung der Stundensätze durch die Einführung von Mindestlohn und tarifliche Anpassungen.

Gegen gesteuert wurde jüngst durch die deutliche Reduzierung des Reinigungsumfanges. Ab 2014 wird hierdurch eine Reduzierung des Aufwandes von ca. **2 %** oder 5,3 T €/anno erwartet.

Im Ausblick ist mit weiteren Kostensteigerungen aufgrund von Lohnerhöhungen zu rechnen. Dem kann nur mit weiteren Reduzierungen im Reinigungsumfang, z.B. in den Schulen, entgegengewirkt werden. Insgesamt ist aber langfrsitig mit steigenden Ausgaben für Reinigung zu rechnen.

Private Bauvorhaben

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Zahl an Bauanträgen und Bauvoranfragen auf:

Jahr	Bauanträge	Bauvoranfragen	Genehmigungs-freistellungen
2005	87	11	
2006	53	13	
2007	72	7	
2008	57	4	8
2009	34	10	4
2010	40	3	10
2011	60	7	5
2012	50	5	2
2013	**56**	**12**	**4**

Die in 2013 genehmigten neuen Wohnflächen betragen ca. 1.560 qm. Dies ist eine deutliche Reduzierung zum Vorjahr und wohl der begrenzt zur Verfügung stehenden Bauflächen geschuldet.

Ca. 5.600 qm neue Gewerbeflächen wurden in 2013 genehmigt (Vorjahr 6.100 qm). Herausragend hierbei waren folgende Vorhaben:

- zwei Hallen zur Garnelenaufzucht (Gewerbepark Nordwest)
- Lagerhalle Rudebo (Grüner Weg)
- Hallen auf dem Gelände des Handwerkerhofs (Grüner Weg)
- Getriebewerkstatt Egly (Grüner Weg)
- Autohaus Martens (Langer Steinschlag)
- Erweiterung Einkaufsmarkt „Boost“ August-Bebel-Str. (Innenstadt)

Zudem wurden auf einer Grundstücksfläche von ca. 30.000 qm Photovoltaik-Freilandanlagen errichtet (ehem. ExRohr-Gelände und Anlage der Stadtwerke im Industrie- und Gewerbegebiet Nordwest).

Insgesamt ergibt sich hieraus ein abschätzbares Bauvolumen von ca. **4,36 Mio.** € im privaten und gewerblichen Bereich. (Vorjahr 6,5 Mio. €)

Bei den sog. kleinteiligen Maßnahmen im Altstadtbereich konnten in 2013 5 Maßnahmen bewilligt werden. Dabei wurden ca. 45.000 T€ gebunden und ca. 62 T€ ausgezahlt.

Jahr	Anzahl Bewil-ligungen	Bewilligungs-betrag	Anzahl Auszah-lungen	Auszahlungs-beträge	Bausumme
2006	2	40.000,00			
2007	2	22.500,00	2	22.500,00	44.000,00
2008	12	120.700.00	6	65.000,00	119.700,00
2009	16	209.500,00	17	217.000,00	390.750,00
2010	10	145.950,00	9	135.000,00	244.200,00
2011	8	90.000,00	10	116.700,00	205.100,00
2012	4	38.200,00	6	53.300,00	106.500,00
2013	**5**	**45.000,00**	**6**	**61.700,00**	**108.700,00**

Hochbauvorhaben der Stadt

Bahnhof

Feierlich und endlich konkret wurde das Bahnhofsempfangsgebäude zum Jahreswechsel überreicht. Bei der feierlichen Übergabe war die Finanzministerin mit anwesend und signalisierte bei diesem Anlass, dass das Vorhaben der Modernisierung zusätzlich zu den Mitteln aus dem LEADER-Wettbewerb mit Fördermitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm rechnen könne.

Bis Ende 2013 sind eine Mittelbereitstellung und das grundsätzliche Förderkonzept abgestimmt.

Am 08.02.2013 folgten der Ministerin ca. 100 Gästen für eine Besichtigungstour in das Gebäude und direkt anschließend am Abend ca. 300 Partygäste zu der sog. STEAM-Party, von der Disco K2 organisiert und finanziert.

Ab April des Jahres begannen dann die dringend notwendigen Abbruch- und Schwammsanierungsarbeiten, die in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege und dem beauftragten Holzschutzgutachter erfolgten.

Im diesem Zuge ist der westliche Anbau sowie Teile von Geschoss- und Wandbekleidungen und spätere Einbauten entfernt worden. Zudem erfolgten im weiteren Jahresverlauf gezielt Freilegungen, um das statische Prinzip des Gebäudes und den Zustand einzelner Bauteile zu überprüfen. Ferner erfolgte in diesem Zusammenhang auch die Sicherung durch Dachabdichtungen.

Im Frühjahr wurde die Bestandsaufnahme abgeschlossen und hierauf basierend eine europaweite Ausschreibung zur Vergabe der Architektenleistungen vorgenommen. Dies war aufgrund des zu erwartenden Honorars erforderlich und wurde zweistufig so aufgebaut, dass letztlich eine Jury nach einer Vorauswahl von 10 Büros nach verschiedenen Kriterien die Entscheidung gefällt hat. Das Verfahren wurde im Juni abgeschlossen mit dem einhelligen Ergebnis, dass das Büro Baldauf aus Schwerin den Zuschlag erhalten möge. Hauptgründe lagen im vorgeschlagenen sehr behutsamen Umgang mit dem Gebäude bei der Erstellung des Raumkonzeptes (Verzicht auf außenliegende Treppenhäuser usw.) sowie im Angebot einer breiten Bürgerbeteiligung im Planungsprozess.

Unmittelbar hiernach übernahm das Büro die Planungsleistungen und präsentierte bereits am 25.10.2013 im Rahmen des 2. BürgerBahnhofs erste Projektansätze, die dort zur Diskussion gestellt wurden. Erneut waren ca. 250 Gäste erschienen und beteiligten sich an Führungen, Ideentafeln, Spielen, Musik usw.

Letztlich hat sich heraus kristallisiert, dass ein Nutzungskonzept aus Fahrkartenausgabe, Kiosk und Multifunktionsraum im Erdgeschoss, Jugendklub und Musikschule im 1.OG und einer Einrichtung der Kinder- und Jugendtherapie im 2. Obergeschoss sowie der Verzicht der Nutzung des Spitzbodens weiter verfolgt werden sollte. Die Stadtvertretung hat einen entsprechenden Beschluss anschließend im Rahmen der weiteren Haushaltskonsolidierung gefasst. Denn in diesem Zusammenhang würde das Bestandsgebäude des Jugend- und Kinderzentrums an der Bürgerwiese aus der Nutzung genommen werden.

Dieses Planungskonzept wurde bis Jahresfrist vom Architekten und den beteiligten Fachplanern weiter verfolgt mit dem Ziel, in 2014 Bauantrag und Baubeginn zu realisieren.

Das Projekt wird stetig in den social medias mit Kurzinformationen beworben und war zudem durch einen Fernsehbeitrag des NDR bekannt gemacht worden.

Grundschule Am Ploggensee

Die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes wurde zum Ende der Sommerferien 2013 nach einjähriger Bauzeit abgeschlossen. In Haus 2 als letztem Objekt wurden wie in den weiteren Gebäuden des Schulkomplexes Druckanlagen eingebaut, die im Bedarfsfalle den einzig vorhandenen notwendigen Fluchtweg in jedem Falle rauchfrei halten. Hinzu waren die Türen sämtlich in ihrem Durchgangsmaß zu erweitern und mit den entsprechenden Brand- und Rauchschutzvorrichtungen zu versehen und eine Brandmeldeanlage zu integrieren.

Im Ergebnis sind die umfassenden Modernisierungsarbeiten in der Grundschule am Ploggensee mit diesen Maßnahmen weitestgehend abgeschlossen und in den weiteren Gebäuden zumindest Flurbereiche und Türen optisch in ein erheblich besseren Zustand gebracht worden. Die Türen erhielten in diesem Zusammenhang ein elektronisches Schlüsselsystem.

Die umfangreichen Baumaßnahmen verliefen trotz des parallelen Schulbetriebs weitestgehend reibungslos. Die Gesamtkosten des Projektes beliefen sich für alle drei Gebäude auf ca. 689 T€.

Grundschule Fritz-Reuter

Mit Beginn der Sommerferien begann das beauftragte Bauunternehmen den 3. Bauabschnitt, den weiteren Ausbau befestigter Flächen und den Bau von Fahrradunterständen und hielt den Schulbeginn als Termin für die Pflasterarbeiten.

Badeanstalt am Ploggensee

Für die Badesaison wurden die vom TÜV bemängelten Einstiegsbereiche und Halterungen überarbeitet und im Frühherbst dann die Befestigung des Weges zum Steg umgesetzt. Beides waren Restarbeiten aus dem Hauptauftrag des Stegbaus aus dem vorherigen Jahr.

Straßen- und Tiefbaumaßnahmen

Spielplätze

Spielplätze werden kontinuierlich vom Bauhof gesichtet und einmal jährlich einer Güterprüfung unterzogen. Bei den Spielplätzen in West II und Klützer Straße übernehmen Anwohner als ehrenamtliche Spielplatzwärter teilweise die Sichtkontrollen. Reparaturarbeiten wurden vom Bauhof entsprechend der Prüffeststellungen zeitnah umgesetzt.

Theodor-Körner-Straße

Das Bauunternehmen Neuenfeld & Trete hat im Frühjahr 2013 die Arbeiten im Bereich der Gehwege sowie die Erneuerung der Gehwegbeleuchtung vorgenommen. Es entstanden Kosten i.H.v. ca. 68 T€.

Bahnbrücke

Diese Baumaßnahme des Straßenbauamtes wurde in 2013 weiter geführt. U.a. wurden die Straßenbauarbeiten vergeben. In diesem Zusammenhang wurden auch die von der Stadt letztlich zu finanzierenden Bestandteile der Maßnahme, Gehwege und Gehwegbeleuchtung ausgelöst.

Gegenüber dem vorherigen Zeitplan kam es aufgrund zusätzlicher Bauleistungen zu geringfügigen Verzögerungen, so dass eine teilweise Verkehrsfreigabe zum Jahresende nicht erreicht werden konnte.

Jahnstraße

Die Umwidmung dieser Straße sowie die weitere planerische Vorbereitung sind in 2013 erfolgt. Das Straßenbauamt hatte aber bis Jahresende nicht die Freigabe der Baumaßnahme vornehmen können, so dass die Straßenbauarbeiten noch nicht beginnen konnten.

In 2013 sind jedoch auf Veranlassung der Stadt notwendige Vorarbeiten, insbesondere Abrisse im Bereich des ehemaligen Bahngeländes umgesetzt worden. Die dabei entstandenen Kosten wurden in der redaktionell vorbereiteten Kostenteilungsvereinbarung berücksichtigt und werden im Nachgang erstattet.

Zudem hat die Stadt Bauerlaubnisse für den notwendigen Grunderwerb eingeholt. Im Kreuzungsbereich zur Rehnaer Straße wurde der notwendige Grunderwerb in Form eines Grundstückstauschs redaktionell vorbereitet.

Straßen in der Südstadt

Für sämtliche Straßenzüge der sog. Südstadt wurde die Entwurfsplanung abgeschlossen. Dies war insbesondere notwendig, um die Erneuerung der Gehwegbeleuchtung als separate Maßnahme weiter vorbereiten zu können und zudem ein Konzept für die Errichtung einer geordneten Straßenentwässerung zu

erarbeiteten. Dies sieht die Errichtung von Versickerungsanlagen vor, was ermöglicht, die bestehenden Hauptsammler in der bisherigen Dimensionierung zu erhalten.

Auf Grundlage dieser Planungsvorbereitungen wurden die Teilmaßnahmen „An der Burdenow“ und „Tannenbergstraße“ weiter geführt mit dem Ziel, diese Maßnahmen in 2014/15 baulich umsetzen zu können.

Schweriner Landstraße

Diese Maßnahme, bestehend aus der Deckensanierung für den Straßenkörper, Erneuerung von Gehwegbeleuchtung und eines Gehweges wurde bis zur Jahresfrist für die Ausschreibung vorbereitet, um sie bis Mitte 2014 baulich umgesetzt zu haben.

Im Einfahrtsbereich des Parkplatzes des Piraten-Open-Air wird eine Fußgängerinsel errichtet, um die Sicherheit zu erhöhen.

Klützer Straße/Rosenweg

In Kooperation mit dem Zweckverband wurden Teilbereiche der Straßen in diesem Wohngebiet im Zuge der Erneuerung von Schmutzwasserleitungen auch der Straßenkörper und Gehwegbereiche erneuert. Die Baumaßnahmen konnten bis zum Jahresende nicht abgeschlossen werden, da erhebliche Mehraufwendungen durch Maßnahmen weiterer Versorgungsträger entstanden.

Im gleichen Zuge erfolgte die Erneuerung der Straßenbeleuchtung.

Karl-Liebknecht-Platz

Diese Maßnahme erfolgt im Auftrage des Sanierungsträgers im Rahmen der Altstadtsanierung. In 2013 erfolgte die Ausführungsplanung und Ausschreibung der Bauleistungen.

Am 09.12.2013 fasste die Stadtvertretung den Beschluss zur Vergabe der Bauleistungen, die nach Jahresfrist dann in die Umsetzung gehen.

Gewerbegebiet Nordwest

Von April bis Juni 2013 erfolgten die Errichtung einer Schmutzwasserdruckleitung und die Erschließung mit Trinkwasser, Strom und Telekom des Gewerbegebietes. Die in 2013 dafür entstandenen Kosten betrugen ca. 230 T€.

Kirchstraße und weitere

Die Entwurfsplanung für diese Maßnahme der Altstadtsanierung wurde im Bauausschuss erstmalig am 24.01.2013 behandelt und anschließend anlässlich einer Begehung im Mai 2013 nochmals erörtert. Die diskutierten Fragestellungen betrafen insbesondere die Führung des Verkehrs, die Ausweisung von Parkplätzen und

Gehwegen. Es wurde hierzu letztlich Einvernehmen erzielt. Auf dieser Basis bereiteten Sanierungsträger und Planer die Unterlagen weiter für die förderrechtliche Antragstellung vor.

Gedenkstätte Cap Arcona

Im Januar 2013 wurden im Rahmen eines Gutachterverfahrens mehrere Konzepte von Planungsbüros von Mitgliedern der interfraktionellen Arbeitsgruppe bewertet und der Arbeitsgemeinschaft rutsch+rustch/TGP der Zuschlag für die Planungsleistungen erteilt.

Deren Konzept überzeugte aufgrund der inhaltlichen Herangehensweise und deren planerischen Umsetzung mit zusätzlichen Wegebeziehungen und Informationselementen.

Die Entwurfsplanungen wurden in 2013 erarbeitet und abgestimmt sowie am 09.12.2013 der Stadtvertretung präsentiert.

Die Verwaltung bemüht sich seit Herbst um Einwerbung von Fördermitteln zur Sicherung der Gesamtfinanzierung. Zur Jahresfrist konnte hierzu aber noch kein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden.

Straßenbeleuchtung

Im Zusammenhang mit der Umsetzung zur energetischen Erneuerung der Gehwegbeleuchtung aus 2011 hatte die Stadt die Aufgabe übernommen, verschlissene Einrichtungen Grund zu erneuern. Das entsprechende Erneuerungsprogramm wurde in 2013 weiter geführt und hierbei Maßnahmen in einem Gegenwert von ca. 680 T€ umgesetzt.

Die betreffenden, abgeschlossenen Teilmaßnahmen sind:

- Ortsteile Hamberge, Wotenitz, Büttlingen, Hoikendorf
- Theodor-Körner-Straße
- Hamburger Berg
- Sandstraße
- Am Kapellenberg
- Weg „Zur Mühle“
- Ploggensee
- Klützer Straße, Rosenweg
- Wismarsche Straße
- Vielbecker Weg, Bleicher Berg, Gänsebrink

In Umsetzung befanden sich zur Jahresfrist zudem folgende Maßnahmen:

- Lustgarten
- Grüner Weg (Zuwegung Bauhof)
- Karl-Marx-Straße, Pelzerstraße, R.-Breitscheid-Straße u.w.

In Ausschreibung wurde zum Jahresende zudem die Erneuerung der Beleuchtung in der sog. Südstadt gebracht. Diese Leistungen werden in 2014 umgesetzt.

Teilweise ergaben sich im Zuge der Baudurchführung erhebliche Mehraufwendungen, da insbesondere in Bereichen von DDR-Wohngebieten erhebliche Schneidarbeiten aufgrund von Betonfundamenten im Gehwegbereich erforderlich wurden.

Parallel haben die Stadtwerke ihr Umrüstungsprogramm in 2013 nahezu zum Abschluss gebracht, so dass inklusive der Investitionen der Stadt inzwischen ca. 80 % des Gesamtumfanges des bis 2015 umzusetzenden Programms bereits umgesetzt sind.

Im Rahmen dieser Maßnahmen waren stets Einwohnerversammlungen durchzuführen, so dass 9 derartige Veranstaltungen stattfanden.

Die laufenden Kosten für den Betrieb der Straßenbeleuchtung stellen sich wie folgt dar:

Jahr	Kosten Strom	Kosten Wartung und Instandhaltung	Kosten aus Bewirtschaftungsvertrag mit Stadtwerken
2008	**164.500_**	**17.200**	_
2009	**180.600**	**14.900**	_
2010	**117.900**	**_23.100**	_
2011	**137.800**	**29.800**	_
2012	**42.100**	**420**	**152.400**
2013		_	**202.500**

Wäre in 2012 kein Vertrag mit den Stadtwerken abgeschlossen worden und auch keine energetische Erneuerung der Straßenbeleuchtung erfolgt sowie die Nachtabschaltung von 2011 zurück gezogen worden, wäre aufgrund des dann fixen Stromverbrauches und den gestiegenen Kosten pro kWh allein für den Strombezug ein Aufwand von 206.640 € entstanden und somit ein Gesamtaufwand von ca. 235 T€ zu erwarten gewesen.

Grünanlagen

Seit Mitte 2013 hat das Bauamt diese Aufgabenstellung übernommen und sich hierfür fachlich fortgebildet und ein Konzept für die weitere Bearbeitung in Vorbereitung. In 2014 werden hieraus Vorschläge zur zukünftigen Herangehensweise unterbreitet, die insbesondere Fragestellungen nach Umfang und Inhalt eines Baumkatasters, Pflegepläne und Umsetzungsstrategien beinhalten werden.

Die laufenden Kosten für die Baumpflege, die Pflege von Grünanlagen und Wanderwege, die vom Bauhof erzeugt wurden, betrugen in 2013 ca. 159 T€.

Jahr	Kosten Baumpflege	Kosten Pflege Grünanlagen	Wanderwege	Summe
2008				**156.400**
2009	57.860	75.450	21.950	**155.300**
2010	51.500	70.530	12.900	**134.900**
2011	57.430	71.570	14.930	**143.900**
2012	55.840	72.830	16.000	**144.700**
2013				**159.300**

Sportanlagen

In 2013 wurde beauftragt, die Laufbahn der Sportanlage Grüner Ring zu sanieren. Das Auftragsvolumen beträgt ca. 18 T€.

Für ein Feld der Sportanlage Tannenberg wurde entsprechend eines Auftrages der Stadtvertretung eingehend geprüft, ob die Errichtung eines Kunstrasenplatzes technisch möglich und auch hinsichtlich einer Betriebskostenfolgeberechnung sinnvoll ist.

Hierzu wurde eine Baugrunduntersuchung in Auftrag gegeben, die ergeben hat, dass ein mächtig anstehender Torfkörper ausgetauscht werden müsste, um den für einen Kunstrasenplatz notwendigen Aufbau realisieren zu können. Dies würde erhebliche Mehrkosten erzeugen, die den etwaigen geringeren Aufwand in der Wartung nicht rechtfertigen.

Die laufenden Aufwendungen des Bauhofes, bezogen auf die jeweiligen Sportanlagen (nur Plätze) stellen sich wie folgt dar:

Laufende Aufwendungen des Bauhofs (nicht Gebäude)

Jahr	Tannenberg	Grüner Ring	Sportplatz Bürgerwiese
2008	59.000 (incl.Gebäude)	300	
2009	46.300	260	2.800
2010	42.600	2.400	4.200
2011	46.450	2.900	2.150
2012	46.700	2.560	3.150
2013	42.700	5.100	

Seit August 2013 ist der Bauhof dem Bauamt zugeordnet. In der inneren Organisation hat sich keine Veränderung ergeben.

Der Bauhof ist mit seinen insgesamt 16 Mitarbeitern im gesamten Stadtgebiet im Einsatz. Davon sind 4 Kollegen ständig vor Ort als Hausmeister in unseren 18 städtischen Einrichtungen beschäftigt. Nennenswert sind die 5 Bauhofmitarbeiter, die ihren Dienst als Kameraden bei der Freiwilligen Feuerwehr Grevesmühlen leisten. Eine personelle Änderung ergab sich insofern, dass die Hausmeisterleistung der Fritz-Reuter-Grundschule neu besetzt wurde.

Das Leistungsvolumen des Bauhofes umfasst auch weiterhin ein breites Spektrum an Aufgaben und kurzfristigen Arbeiten, welche im erheblichen Maße zum Erscheinungsbild der kommunalen Infrastruktur beitragen. Die frühe, aktive Einbindung des Bauhofes und enge Rückkopplung zwischen Bauamt und Bauhof haben sich hier bereits sehr positiv gezeigt.

Mit dem Ziel, gepflegte Grünanlagen zu gestalten, wurden an der B 105; Einfahrt L 01 Ri. Klütz, im Langen Steinschlag und am Sparkassenplatz Büsche und Sträucher entfernt und durch Raseneinsaat ersetzt.

In der Innenstadt hat der Bauhof zahlreiche Begrünungen betreut. Laufend werden Pflanzungen entsprechend der Witterung vorgenommen und gepflegt.

In Hoikendorf wurde der alte Turmhügel freigelegt und das Ufer des Teiches bereinigt.

Mit dem Umweltausschuss gemeinsam baute der Bauhof Nistkästen an und pflanzte verschiedene Bäume auf dem Kapellenberg sowie der Santower Landstraße nach.

In 2013 wurden die Leuchtstoffröhren auf Initiative des Bauhofes in der Tiefgarage auf LED umgestellt, um hiermit signifikant Strom einzusparen.

Bei der Umsetzung des Brandschutzprojektes in der Grundschule Am Ploggensee, führte der Bauhof den Umzug der Klassenräume durch.

Für die Pflege der Sportplatzanlagen in Grevesmühlen wurde im Mai 2013 ein neuer Spindelmäher angeschafft. Damit blieben uns zeitraubende und kostenintensive Unterbrechungen während der gesamten Mähsaison 2013 erspart.

Für den Kubota- Traktor machte sich die Anschaffung eines Frontkehrbesens als Anbaugerät notwendig, welcher jedoch in diesem Winter gut geschont werden konnte, da sich die Einsätze auf 8 reduzierten.

Jahresbericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Grevesmühlen

Dorina Reschke



„Die Karriereleiter“ , Gudrun Jeske

Vorbemerkung:

Frauenpolitik analysieren, begleiten, beeinflussen und gestalten: das ist - auf eine Kurzformel gebracht - die Aufgabe einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten so lässt sich auch die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Grevesmühlen beschreiben.
Was aber Frauenpolitik ist und was frauenpolitisch relevant ist, muss immer wieder neu beurteilt werden. Bemerkbar machte sich rückblickend, dass die Gleichstellungsarbeit aus personellen Gründen bis 2013 in Grevesmühlen ruhte. Zahlreiche genderpolitische Themen haben sich zwischenzeitlich aufgetan, ohne dass sich alte wirklich erledigt haben. So war das erste Jahr geprägt von der Erprobung neuer Themenfelder und ein Jahr der inhaltlichen Vertiefung der in der Vergangenheit bewährten Arbeitsbereiche.
In der Hauptsache aber ging es um die stete Weiterentwicklung frauenpolitisch relevanter Fragen und frauenpolitischer Kooperationen. Breiten Raum nahmen die Öffentlichkeitsarbeit und die Mitwirkung in städtischen und landesweiten Gremien und frauenpolitischen Zusammenschlüssen ein.

Gesetzliche Grundlagen

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die Tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau und Wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“

(Artikel3, Abs. 2 Grundgesetz)

Der Auftrag

Der Gleichstellungsauftrag der Gemeinden ergibt sich aus Art. 13 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) bestellen hauptamtlich verwaltete Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern und Einwohnerinnen sowie die Landkreise gemäß § 118 Abs. 1 KV M-V hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte. Sie erfüllen im Rahmen der gemeindlichen Allzuständigkeit Aufgaben, die der Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frauen und Männern dienen. Sie haben Benachteiligungen von Frauen im öffentlichen Leben, die in Einzelfällen auch Männern entstehen, aufzudecken und wirken auf deren Abbau hin.

Sie nehmen Querschnittsaufgaben wahr, die fachübergreifend alle Bereiche der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung berühren können. Verwaltungsintern wirken die Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten darauf hin, dass die gleichstellungspolitischen Interessen der weiblichen Beschäftigten der Behörde, in Bereichen in denen sie unterrepräsentiert sind, gewahrt werden.

Die Aufgaben, das Angebot:



Ziel meiner Arbeit ist es, sich für die Anliegen von Frauen und Männern einzusetzen, Chancen und Lebensperspektiven von Frauen zu verbessern und strukturelle Benachteiligung abzubauen. Ich bin Anlauf- und Informationsstelle für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Die Schwerpunkte meiner Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte (10 Std.) lagen in 2013 in folgenden Bereichen:

1. Beratungen
2. Durchführung von Veranstaltungen
3. Initiierung bzw. Mitarbeit in Arbeits- kreisen und Projekten
4. Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Institutionen
5. Beteiligung in der Verwaltung
6. Öffentlichkeitsarbeit

1. Beratungen und Unterstützung

Das Gleichstellungsbüro ist Kontakt-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für Frauen und Männer, die in einer besonders Schwierigen Lebenssituation Rat und Hilfe suchen. Das Beratungsangebot war offen und enthielt Elemente des Informierens, Ordnens, Systematisierens und Gewichtung von Problemlagen auf der Basis einfühlender und personenorientierter Kommunikation. Von Januar bis Dezember fanden zahlreiche persönliche Beratungsgespräche statt.

Die Themen waren, nach Häufigkeit genannt:

- Wiedereinstieg in den Beruf , insbesondere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit bei Frauen,
- gesundheitliche und psychische Probleme,
- Schwierigkeiten mit dem ALG II, “Hartz IV“ (Unterstützung bei Behördengängen u.a.)
- Probleme mit Trennung/ Scheidung (Unterstützung bei Umgangsregelungen,
- Wohnungssuche, Betreuungsprobleme der Kinder u.a.),
- Häusliche Gewalt in der Familie auch mit familiärem Suchterkrankungen

2 .Veranstaltungen 2013 - Ein Überblick

07. März 2014 - Frauenaktionswoche:

Im Rahmen der Frauenaktionswoche lud die Gleichstellungsbeauftrage zur Eröffnung einer Ausstellung am 07. März um 12.00 Uhr, in das Rathausfoyer ein. Gezeigt wurden zwei Ausstellungselemente:

„Frauenrechte sind Menschenrechte“ vom 07. März bis zum 05.04.2013 eine Wanderausstellung des Fritz-Erler-Forums:

Am 19. März 1911 begehen Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen in Deutschland, Dänemark, Österreich-Ungarn, der Schweiz und den USA erstmals einen Internationalen Frauentag. Den Anstoß dazu haben zwei südwestdeutsche SPD-Politikerinnen gegeben:
Clara Zetkin und Käte Duncker, die Redakteurinnen des in Stuttgart erscheinenden SPD-Frauenorgans „Die Gleichheit“. Welche Vorgeschichte hat diese folgenreiche Aktion, welche Ziele knüpfen sich an sie und wie entwickelt sich die „Frauenfrage“ in Deutschland in den folgenden 100 Jahren? Unsere kleine Ausstellung ging all diesen Fragen nach und nahm dabei außer Clara Zetkin und Käte Duncker auch einige weitere Vorkämpfer/innen in den Blick. Von den ersten Frauenrechtlerinnen zu Zeiten der französischen und der deutschen Revolutionen spannte die Ausstellung zunächst einen Bogen über Anfänge und Aufstieg der proletarischen Frauenbewegung bis hin zum ersten internationalen Frauentag 2011 Schlaglichtartig wurden sodann die Geschehnisse jener 100 Jahre beleuchtet, die seit diesem ersten Internationalen Frauentag vergangen sind: die Erringung des Frauenwahlrechts im Jahr 1918 und die sich daran knüpfenden Erfolge, aber auch die bitteren Abwehrkämpfe der späteren Weimarer Republik, die Erringung des Gleichheitsgrundsatzes im Jahr 1949 sowie das zähe Ringen um seine Umsetzung im bürgerlichen Recht, die frauenpolitischen

Impulse der siebziger Jahre und schließlich die „Ära der Frauenbeauftragten“ und unsere eigene Gegenwart.

„ Frauen verändern ihre Welt“ vom 07. März bis zum 18.03.2013

Diese Ausstellung wurde von der ASW, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. zusammengestellt, die weltweit Schwerpunktmäßig Frauenprojekte fördern. Ihr Ziel ist es, Frauen Räumer zu eröffnen, in denen sie sich austauschen, ihre eigenen Stärken erfahren und sich organisieren können damit sie selbstbewusst für eine gerechtere Gesellschaft eintreten können. Die Ausstellung illustriert mit Bildtafeln die Situation von Frauen in Indien, Brasilien und in Afrika. Sie zeigte Frauen, die sich zusammengeschlossen haben um für ein Leben ohne Gewalt zu kämpfen und die sich für die Teilhabe an sozialen und politischen Prozessen und für bessere Bildungs- und Existenzchancen einsetzen.

24. April Girls Day Mädchen –Zukunftstag

Bundesweiter Berufsorientierungstag für Mädchen

Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften riefen gemeinsam alle Unternehmen und Organisationen des Landes auf, sich am Girls´Day – Mädchen-Zukunftstag am 25. April 2013 zu beteiligen.
Überall in Deutschland konnten an diesem Tag Schülerinnen in Werkstätten und Laboren aktiv werden und frei von Vorurteilen und Klischees ihre Neigung für Technik entdecken. Vielleicht sind diese Entdeckungen für manche Schülerin ein Anlass, später Elektronikerin statt Friseurin zu werden oder ein technisches Studium anstatt eines sozialwissenschaftlichen aufzunehmen.
Unsere Unternehmen nutzen diesen Aktionstag, um insbesondere Mädchen auf sich und ihre gewerblich-technischen, IT- und Handwerksberufe aufmerksam zu machen und um zu zeigen, welche interessanten Arbeitsplätze auch nach einem ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Studium in unserem Land warten. Sie steigern damit nicht nur ihren Bekanntheitsgrad und profitieren in Form von Praktikums- und Lehrstellenanfragen, sondern tragen gemeinsam mit Schulen und Eltern dazu bei, ein breites Spektrum für die berufliche Orientierung von Mädchen anzubieten. Vor allem viele weibliche Fachkräfte oder Auszubildende waren in die Gestaltung des Aktionstages eingebunden.“

04.Mai Europäischer Aktionstag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen



Auf die Situation von Menschen mit Behinderung in Deutschland aufmerksam machen und sich dafür einsetzen, dass alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können: Das ist Ziel des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Seit 20 Jahren veranstalten Verbände und Organisationen der Behindertenhilfe und -selbsthilfe rund um den 5. Mai überall in Deutschland Aktionstage zum Thema Inklusion. Mit der Ausstellung „Kunst Für Alle“ und der diesjährigen City Nacht haben wir einen aktiven Beitrag für eine lebendige, tolerante und - Ausstellung „Kunst Für Alle“ zeigte Kunstwerke im Rathausfoyer die von Menschen mit Behinderungen angefertigt wurden. Zudem wurde das Konzept der 5. Grevesmühlener Citynacht auf das Thema Inklusion und Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ausgerichtet. Das Netzwerk aus Vereinen, Institutionen und Akteuren, welches sich in Vorbereitung dieser Veranstaltung gegründet hat, bildet eine wichtige Grundlage für die Inklusionsarbeit in unserer Stadt und ist Beispielgebend für das soziale Engagement unsere Bürgerinnen und Bürger.

25. November Internationaler Anti Gewalttag

Um den 25. November, dem internationalen Gedenktag "NEIN zu Gewalt an Frauen", werden jährlich weltweit Anti-Gewalt-Veranstaltungen durchgeführt. Der von der UNO seit 1999 offiziell anerkannte Gedenktag geht zurück auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst nach monatelanger Folter getötet wurden.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Grevesmühlen, führte in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises am 25. November in Grevesmühlen die Eröffnungsveranstaltung der Anti-Gewalt-Woche im Landkreis Nordwestmecklenburg durch. Neben den Gleichstellungsbeauftragten der Region Westmecklenburg, nahm auch die Vizepräsidentin des Landtages MV, Frau Silke Gajek, an dieser Veranstaltung teil.



Im Rathaussaal Grevesmühlen fand ab 9.30 Uhr eine Filmvorführung ("Festung") und um 12.00 Uhr die Ausstellungseröffnung: „Der richtige Standpunkt: Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ statt. Landrätin Birgit Hesse und Bürgermeister Jürgen Ditz hissten an der Malzfabrik (9 Uhr) und am Rathaus (12.30 Uhr) die Anti-Gewalt-Fahnen. Der Film "Festung" ging an den darauffolgenden Tagen im Landkreis auf Tour.

Die Ausstellung wurde vom 25.11.-16.12.2013 im Foyer des Rathauses gezeigt. Sie gliederte sich in zwei Bereiche:

-Fotos von Aussagen und Menschen, die sich an der Kampagne beteiligt haben – als positives Beispiel, wie jeder einzelne / jede einzelne sich gegen Gewalt gegen Mädchen und Frauen einsetzen kann.
-Die Darstellung des Hilfe und Unterstützungsangebotes in Niedersachsen, Aufgaben und Angebote der Beratungsstellen des Verbundes, Formen und Folgen von Gewalt.
-Zusätzlich gab es eine Medienbox, in der die BesucherInnen verschiedene Spots zu unterschiedlichen Aspekten von Gewalt und der Verarbeitung anschauen können.

Nur ein gesichertes Netz ambulanter Hilfeeinrichtungen gewährleistet Prävention, Schutz und Bewältigung von körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Kinder.
Ich möchte mit meiner Arbeit auch künftig eine breite Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren, Hilfsangebote aufzeigen, Zivilcourage fördern und präventive Angebote darstellen.

13. Dezember Tag Für Alleinerziehende

Die meisten Kinder wachsen bei ihren leiblichen Elternteilen auf. Gleichzeitig gibt es aber immer mehr Mütter und Väter, die ihre Kinder alleineerziehen. Das ist heute glücklicher-weise kein persönlicher Makel mehr. Repräsentative Untersuchungen zeigen, dass sich die meisten dieser Familienschnell stabilisieren und ein Großteil der

betroffenen Kinder Trennung und Scheidung der Eltern gut bewältigt. Trotzdem sind viele Alleinerziehende auf Unterstützung angewiesen – von Familien und Freunden aber rauch von Seiten des Staats.
Kinder von alleinerziehenden Eltern sind vielstärker von Armut betroffen als Kindermit zwei Elternteilen. Für die alleinerziehende Mutter oder den Vater ist es auch ungleichschwerer, arbeiten zu gehen und dennoch Zeit für die Familie zu haben. Die gesamte Verantwortung lastet auf ihren Schultern. Mir ist wichtig, dass Alleinerziehende und ihre Familien die Chance haben, auf wirtschaftlich eigenen Füßen zu stehen. So wie Kinder kein Armutsrisiko sein dürfen, darf auch das Fehlen eines Elternteils kein Armutsrisiko sein.

Den Alleinerziehenden in Grevesmühlen wurden am Aktionstag das Jobcenter und seine Partner sowie die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten mit ihren jeweiligen Unterstützungsmöglichkeiten und Angeboten vorgestellt. Mit unseren lokalen Projektpartnern wollten wir im Rahmen der Fachkräfteoffensive besonders das Projekt „Beschäftigungschancen für Alleinerziehende erschließen“ in den Fokus des Tages rücken. Angesprochen wurden alle Alleinerziehenden, seien sie arbeitssuchend, im eigenen Haushalt tätig oder in Beschäftigung.
Geboten wurde außer der Vorstellung der Hilfsangebote in Grevesmühlen auch ein vielfältiges Rahmenprogramm.



3. Initiierung bzw. Mitarbeit in Arbeitskreisen und Projekten

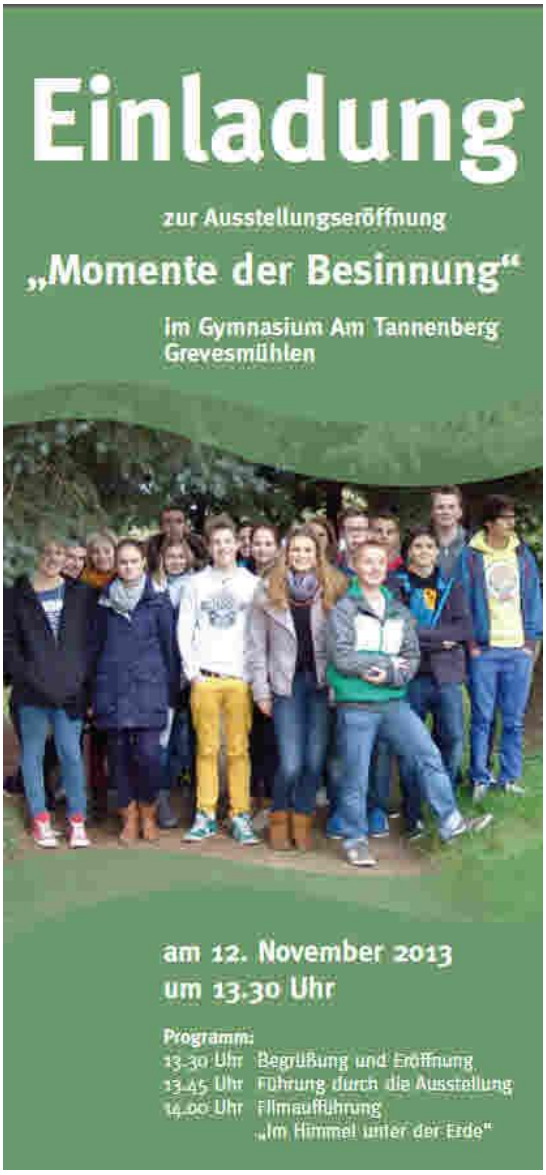
1.Inklusives Sportfest am 20.06.2013



In Kooperation mit dem Diakoniewerk im nördlichen Mecklenburg, dem Behinderten- und Reha Sportverein e.V. und dem Gymnasium am Tannenberg veranstaltete die Stadt Grevesmühlen das erste „Inklusive Sportfest“ in Grevesmühlen.
Über 300 Sportgegeisterte Teilnehmer mit und ohne Handicap nahmen an Mannschaftswettkämpfen und Einzel-Wettkämpfen teil und bewegten sich sportlich aktiv in verschiedenen Leichtathletik Disziplinen.
Sport bietet aufgrund seines Charakters fast optimale Möglichkeiten für das gemeinsame Tun von behinderten und nichtbehinderten Menschen. Man gewinnt oder verliert gemeinsam; Kommunikation entsteht. Erfahrungsgemäß werden Vorurteile beim gemeinsamen Spiel im Mannschaftssport extrem schnell abgebaut, wenn das Leistungsdenken nicht oberste Priorität genießt. Das gesamte Sportfest diente als soziales Trainingsfeld für das selbstverständliche Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen. Als Pilotprojekt 2013 begonnen ,soll es in den kommenden Jahren in dieser Form als fester Bestandteil der städtischen Sportveranstaltungen weitergeführt werden und ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit sein und den Integrationsprozess in unserer Gesellschaft weiter vorantreiben und darauf abzielen,, das eine gleichberechtigte Kooperation von Menschen mit und ohne Behinderungen „normal“ ist und eine gleichberechtigte Teilhabe aller Minderheiten zukünftig möglich wird .

Projekt GAT Zur „Jüdischen Geschichte in Grevesmühlen“

Im Rahmen der Aktionswoche gegen Antisemitismus, lud die Gleichstellungsbeauftragte gemeinsam mit der Projektgruppe des GAT Grevesmühlen zur Ausstellungeröffnung:



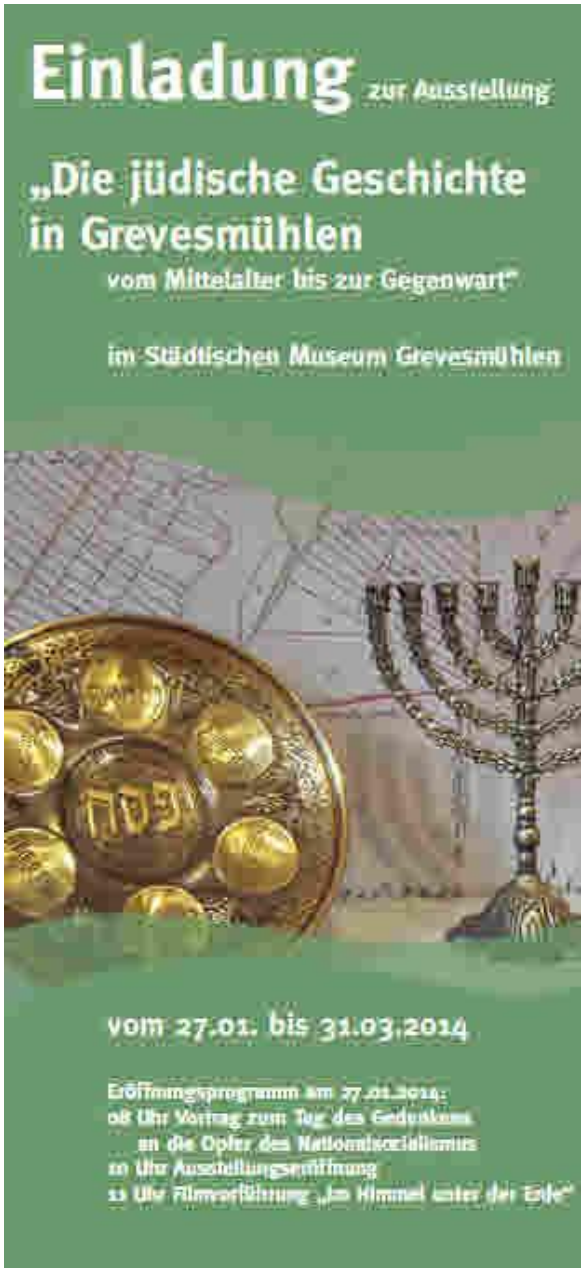
„Momente der Besinnung“ am 12. November um 13.30 Uhr in das Gymnasium am Tannenberg ein.
Die Stadt Grevesmühlen und der Verein zur Förderung des Gymnasiums am Tannenberg e.V. initiierten am Gymnasium das Projekt zur Erarbeitung der jüdischen Geschichte in Grevesmühlen vom Mittelalter bis zu Gegenwart. Das Projekt ist auf ein Jahr angelegt und wird von der Amadeo Antonio Stiftung unterstützt. Es soll die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus anregen, ein wichtiges Stück Regionalgeschichte erhalten und die letzten Zeichen jüdischer Kultur in Grevesmühlen stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung rücken:

www.spurensuche-grevesmuehlen.jimdo.com

Die Ausstellung zeigte Fotografien vom Jüdischen Friedhof in Berlin Weißensee, einer der schönsten, erhaltenen Friedhöfe Europas.
Auch in Grevesmühlen gibt es einen jüdischen Friedhof, der seinerzeit hübsch angelegt und gepflegt war. Die Ereignisse der Reichskristallnacht vom 09. zum 10. November 1938 nahmen die Nationalsozialisten zum Anlass, den jüdischen Friedhof komplett zu zerstören. Heute erinnert und mahnt ein Gedenkstein an die Ereignisse jener Zeit.

Im Anschluss wurde um 14.00 Uhr im Foyer des Gymnasiums der Film „Im Himmel unter der Erde“, von Britta Wauer gezeigt, sie war immer wieder mit ihrem Kameramann auf dem jüdischen Friedhof in Berlin Weißensee und hat dort einen höchst lebendigen Ort vorgefunden. Menschen aus aller Welt kommen dorthin und können von jüdischer, Berliner und zugleich deutscher Geschichte erzählen von der dieser Ort erfüllt ist.

Oftmals wird von Touristen und Einheimischen die Frage gestellt: Warum befindet sich in Grevesmühlen ein gut gepflegter jüdischer Friedhof? Die Antwort darauf kennt kaum noch jemand, aber wir finden sie in der Geschichte unserer Stadt, die auf eine lange Tradition jüdischer Mitbewohner zurückblicken kann. Außer dem jüdischen Friedhof lassen sich keine Spuren oder zusammenhängende Dokumentationen der jüdischen Gemeinde in Grevesmühlen mehr finden. Ein wichtiges Stück Regionalgeschichte droht in Vergessenheit zu geraten. Mit dem laufenden Projekt soll ein dieses verhindert werden. Die letzten Zeichen jüdischer Kultur in Grevesmühlen rücken so stärker in das Bewusstsein der Menschen.
Mit der Ausstellung wurde zu mehr Verständnis für die Geschichte und das Leben der jüdischen Bevölkerung beigetragen und anhand von Dokumentationen ein wichtiger Beitrag zur Pflege der Erinnerungskultur geleistet. Die feierliche Eröffnung der Ausstellung „Die jüdische Geschichte in Grevesmühlen vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ fand anlässlich des Internationalen Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus im Städtischen Museum Grevesmühlen statt. Die Finanzierung des Projektes konnte durch Fördermittel der Amadeo Antonio Stiftung realisiert werden. Der Schulförderverein des Gymnasiums Am Tannenberg und die Stadt Grevesmühlen unterstützten aktiv die Umsetzung des Projektes.



4. Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Institutionen

Bei den regelmäßigen Arbeitstreffen der regionalen Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten (LAG) Westmecklenburg, der LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Mecklenburg-Vorpommern und mit der Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung, wurden Sachthemen mit gleichstellungsrelevanten Auswirkungen und Inhalten besprochen. Schwerpunkte waren die drohende Schließung von Frauenschutzhäusern, Gewalt gegen Frauen und Kindern, Zwangsprostitution und Menschenhandel, Vereinbarkeit von Familie und Beruf … um einige zu nennen.

5. Beteiligung in der Verwaltung

Die regelmäßige Teilnahme an den Amtsleiterberatungen beim Bürgermeister ermöglichte mir, Planungen und Vorhaben in der Stadt Grevesmühlen zu einem frühen Zeitpunkt auf frauen- und gleichstellungsspezifische Aspekte zu prüfen.
Bei Bedarf zu spezifischen Problemen aus Sicht der Gleichstellung war ohne Aufwand eine Unterredung mit dem Bürgermeister oder den Amtsleitern möglich. Eine Beteiligung zu personellen Angelegenheiten wurde mir immer gewährleistet. An den verschiedenen Ausschusssitzungen und Stadtvertretersitzungen habe ich immer teilgenommen und das Rederecht wahrgenommen. Es war mir jederzeit möglich Stellung zu beziehen und meine Meinung zu äußern. Probleme der Gleichstellung gab es in diesen Bereichen nicht.

6. Öffentlichkeitsarbeit

Flyer: Um das Angebot des Gleichstellungsbüros in die Öffentlichkeit zu bringen erstellt die Gleichstellungsbeauftragte einen Flyer zum Thema „Gleiche Chancen für Frauen und Männer“, dieser liegt bei Behörden, im Bürgerbüro und im Stadtgebiet aus.

Bürgerbroschüre: In der neuen Bürgerbroschüre wirbt die Gleichstellungsbeauftragte für ihr Beratungsangebot und Informiert über ein Hilfsangebot bei häuslicher Gewalt

Internet: Auf der Internetseite der Stadt werden aktuelle Informationenaus dem Gleichstellungsbüro angeboten und Aktionstage, sowie Veranstaltungen angekündigt

Pressemitteilungen: Regelmäßig erfolgten Zuarbeiten an die Presse mit Informationen, Berichten und Einladungen zu gleichstellungsrelevanten Themen und Aktionen.

Rechtliche Änderungen und rechtlich verankerte Hilfsangebote

1. Bundesebene: Gesetze

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und zur Änderung des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr.72 vom 17. Dezember 2013, Seite 4118

- Siebenundvierzigstes Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafbarkeit der Verstümmelung weiblicher Genitalien
  13 (47. Strafrechtsänderungsgesetz – 47. StrÄndG)
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 58 vom 27. September 2013, Seite 3671

- Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 8 vom 20. Februar 2013, Seite 250

- Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes (Betreuungsgeldgesetz)
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 8 vom 20. Februar 2013, Seite 254

- Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeverwaltungsvereinfachungsgesetz – KJVVG)
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 53 vom 3. September 2013, Seite 3464

- Gesetz zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 18 vom 19. April 2013, Seite 795

- Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil II Nr. 33 vom 22. November 2013, Seite 1530

- Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil II Nr. 35 vom 13. Dezember 2013, Seite 1581

- Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu § 9 Absatz 7 Lebenspartnerschaftsgesetz
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 12 vom 12. März 2013, Seite 428

- Gesetz zur Änderung personenstandsrechtlicher Vorschriften (Personenstandsrechts-Änderungsgesetz – PstRÄndG)
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 23 vom 14. Mai 2013, Seite 1122

- Gesetz zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt
  Bundesgesetzblatt Jahrgang 2013 Teil I Nr. 53 vom 3. September 2013, Seite 3458

2. Bundesebene: Richtlinien, Beschlüsse, Verfahrensänderungen

- Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen über die ärztliche Betreuung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung („Mutterschafts-Richtlinien“) in der Fassung vom 10. Dezember 1985 (veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 60 a vom 27. März 1986)
  zuletzt geändert am 21. März 2013 veröffentlicht im Bundesanzeiger AT 29.05.2013 B5

- Rechtliches zum Kurantrag: Entscheidung über Mütter- oder Mutter-Kind-Kur innerhalb von 3 Wochen
  Pressemitteilung Elly Heuss-Knapp-Stiftung, Deutsches Müttergenesungswerk 13. August 2013

- Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Änderung der Richtlinien über die ärztliche Betreuung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung (Mutterschafts-Richtlinien): Ultraschallscreening in der Schwangerschaft vom 21. März 2013 BAnz AT 29.05.2013 B5

- Bundesweites Hilfe-Telefon für Frauen 08000 116 016 am 6. März gestartet
  Das Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen bietet Betroffenen erstmals die Möglichkeit, sich bundesweit zu jeder Zeit (rund um die Uhr) anonym, kompetent, sicher und barrierefrei beraten zu lassen.
  Die Mitarbeiterinnen stehen hilfesuchenden Frauen vertraulich zur Seite und leiten sie bei Bedarf an die passenden Unterstützungsangebote vor Ort weiter.
  Die telefonische Beratung ist außer auf Deutsch auch auf Türkisch, Russisch, Französisch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch, Italienisch, Polnisch, Serbokroatisch, Griechisch, Bulgarisch, Rumänisch, Arabisch, Persisch und Vietnamesisch möglich.
  Weitere Informationen unter www.hilfetelefon.de

- Fonds sexueller Missbrauch für den familiären Bereich steht seit 1. Mai 2013 zur Verfügung
  Antragsberechtigt sind Betroffene, die als Kinder oder Jugendliche im familiären Bereich sexuell missbraucht wurden.
  Betroffene können Hilfen in Form von Sachleistungen (z.B. Beratung, Therapien, Weiterbildung) bis zu einem Gesamtbetrag von 10.000,- € beantragen.
  Anträge können seit dem 1. Mai 2013 bis zum 30. April 2016 gestellt werden.
  Antragsformulare und alle weiteren Informationen unter: www.fonds-missbrauch.de.
  Kostenfreies und anonymisiertes Info-Telefon: 0800 4001050.

3. Landesebene: Rechtliche Änderungen

- Verordnung über die Entschädigung der in den Gemeinden, Landkreisen, Ämtern und Zweckverbänden tätigen Ehrenamtlichen (Entschädigungsverordnung)
  Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern 2013, Nr.15, Seite 512

- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kinderwunschbehandlungen
  Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales
  Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern 2013, Nr. 37, Seite 643

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-414** Status: öffentlich Aktenzeichen:
Federführender Geschäftsbereich: Finanzen	Datum: 17.03.2014 Verfasser: Brigitte Stoffregen

Übertragung von Haushaltsansätzen in das Jahr 2014

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
31.03.2014	Finanzausschuss Stadt Grevesmühlen				
08.04.2014	Hauptausschuss Stadt Grevesmühlen				
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

Sachverhalt:

Gemäß § 15 (5) Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-D) ist der Stadtvertretung eine Übersicht der Übertragung von Ermächtigungen zur Kenntnisnahme vorzulegen.
Die einzelnen Übertragungen sind in der Anlage erläutert.

Die Übertragung der Haushaltsansätze aus dem Jahr 2013 bewirkt die Abnahme der liquiden Mittel im Haushaltsjahr 2014, welche im Finanzhaushalt 2013 berücksichtigt wurde.

Anlage/n:
Übersicht über die Übertragung von Haushaltsansätzen aus dem Jahr 2013

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

Nr.	Bezeichnung	Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Übertragene Ansätze nach § 15 GemHVO-Doppik
		in €		
1. Aufwandsermächtigungen				
	Summe Aufwandsermächtigungen			
2. Auszahlungsermächtigungen				
2.1	**Ordentliche und außerordentliche Auszahlungen**			
	Summe ordentliche und außerordentliche Auszahlungen			
2.2	**Auszahlungen und Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**			
	11401.14211000S-034 zum Verkauf bestimmte bebaute und unbebaute Grundstücke-B-Plan Nr. 29 "Industrie- und Gewerbegebiet Nordwest"	338.183,88 €	228.739,10 €	109.444,78 €
	11401.14211000S-099 zum Verkauf bestimmte bebaute und unbebaute Grundstücke-B-Plan Gebiet Nr. 34 Grevesmühlen "Mühlenblick"	111.443,19 €	4.321,53 €	107.121,66 €
	11402.01900000S-041 Anzahlungen auf Sachanlagen-Kauf Ausstattung Bauhof (Werkzeuge, Fahrzeuge, Aufbauten)	45.000,00 €	33.747,77 €	11.252,23 €
	11403.01900000S-056 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände-Kauf EDV-Software (auch Updates)	4.300,00 €	1.496,31 €	2.803,69 €
	11403.09100000S-002 Anzahlungen auf Sachanlagen-Kauf technische Ausstattung für das Rathaus	12.100,00 €	3.599,72 €	8.500,28 €
	11403.09100000S-107 Anzahlungen auf Sachanlagen-Planung und Einführung DMS-System (Document Management System)	26.436,75 €	17.002,56 €	9.434,19 €
	12601.09100000S-087 Anzahlungen auf Sachanlagen-Umstellung der Feuerwehr auf Digitale Alarmierung	1.685,54 €	0,00 €	1.685,54 €
	21102.09100000S-003 Anzahlungen auf Sachanlagen-Kauf EDV / Hardware-Ausstattung	5.000,00 €	0,00 €	5.000,00 €
	21102.09600000S-037 Anlagen im Bau-Gestaltung eines kindgerechten Schulhofes	93.238,59 €	70.442,08 €	22.796,51 €
	21102.09600000S-145 Anlagen im Bau-Maßnahmen zur Umsetzung des Brandschutzgutachtens an der Grundschule "Fritz-Reuter"	90.000,00 €	0,00 €	90.000,00 €
	21103.09100000S-009 Anzahlungen auf Sachanlagen-Kauf Ausstattung Schulräume	7.600,00 €	1.909,65 €	5.690,35 €
	21103.09100000S-010 Anzahlungen auf Sachanlagen-Kauf EDV / Hardware-Ausstattung	3.000,00 €	0,00 €	3.000,00 €
	27201.09100000S-123 Anzahlungen auf Sachanlagen-Anschaffung EDV-Ausstattung (Hardware+Software) für die Bibliothek	2.000,00 €	711,03 €	1.288,97 €
	42400.09600000S-096 Anlagen im Bau-Konzept Freizeitanlage "Am Ploggensee"	55.113,78 €	14.294,76 €	40.819,02 €
	51101.14211000S-035 zum Verkauf bestimmte bebaute und unbebaute Grundstücke-Umgestaltung Bahnhof und Bahnhofumfeld inklusive Grunderwerb	559.401,00 €	144.677,19 €	414.723,81 €
	51102.14211000S-165 zum Verkauf bestimmte bebaute und unbebaute Grundstücke-Ankauf div. Flurstücke, Flur 16, Gemarkung Grevesmühlen - Betriebsstandort Raiffeisen (West I)	750.000,00 €	683.248,05 €	66.751,95 €
	54101.09600000S-019 Anlagen im Bau-Gehwegerneuerung Puschkinstraße/Maxim-Gorki-Straße	30.000,00 €	0,00 €	30.000,00 €
	54101.09600000S-090 Anlagen im Bau-Straßenausbau "Rosenweg"	350.000,00 €	198.438,40 €	151.561,60 €
	54101.09600000S-103 Anlagen im Bau-Gehwegerneuerung "Am Wasserturm"	38.000,00 €	0,00 €	38.000,00 €
	54101.09600000S-127 Anlagen im Bau-Erneuerung Gehweg "Theodor-Körner-Straße"	86.257,63 €	68.616,76 €	17.640,87 €
	54101.09600000S-128 Anlagen im Bau-Grunderneuerung der Straßenbeleuchtung der Stadt Grevesmühlen	846.511,91 €	552.839,37 €	293.672,54 €
	54101.09600000S-129 Anlagen im Bau-Straßenneubau Südstadt	43.300,81 €	3.159,45 €	40.141,36 €
	54101.09600000S-131 Anlagen im Bau-Deckensanierung "Schweriner Landstraße"	340.000,00 €	5.203,31 €	334.796,69 €
	54301.09600000S-015 Anlagen im Bau-Ersatzneubau Brücke Landesstraße 02 "Schweriner Straße" Anteil für Gehweg, Radweg u.ä.	206.962,36 €	46.121,59 €	160.840,77 €
	54500.09100000S-010 Anzahlungen auf Sachanlagen-Kauf Schneezäune	5.400,00 €	1.864,19 €	3.500,00 €
	55101.09100000S-151 Anzahlungen auf Sachanlagen-Anschaffung einer Parkbank für die Bürgerwiese	20.000,00 €	0,00 €	20.000,00 €
	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			*1.990.466,81 €*
	21103.23316200H-106 Anzahlungen auf Sonderposten aus Zuwendungen vom Land-Maßnahmen zur Umsetzung des Brandschutzkonzeptes am Schulkomplex "Am Ploggensee" (alle Häuser)	209.000,00 €	198.550,00 €	10.450,00 €
	42400.23316000H-096 Anzahlungen auf Sonderposten aus Zuwendungen von der EU-Konzept Freizeitanlage "Am Ploggensee" (Freibad)	26.000,00 €	0,00 €	26.000,00 €

	51101.23316000H-035 Anzahlungen auf Sonderposten aus Zuwendungen von der EU-Umgestaltung Bahnhof und Bahnhofumfeld inklusive Grunderwerb	106.400,00 €	28.096,00 €	78.304,00 €
	55101.23317100H-151 Anzahlungen auf Sonderposten aus Zuwendungen von privaten Unternehmen-Anschaffung einer Parkbank für die Bürgerwiese	10.000,00 €	0,00 €	10.000,00 €
	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit			*124.754,00 €*
	Saldo 2014 (Auszahlungen - Einzahlungen)			**1.865.712,81 €**
2.3	**Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit**			
	Summe Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit			
	Summe Auszahlungsermächtigungen			
		genehmigte Festsetzung des Haushaltsjahres	davon im Haushaltsjahr in Anspruch genommen	fortgeltende Ansätze nach § 52 Abs. 3 KV M-V
		in €		
3. Ermächtigungen für die Aufnahme von Krediten für Investitionen				
	Summe Ermächtigungen für die Aufnahme von Krediten für Investitionen			

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen (gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO-Doppik)	Gesamtbetrag	Planungsdaten des Haushaltsfolgejahres	Planungsdaten des zweiten Haushaltsfolgejahres	Planungsdaten des dritten Haushaltsfolgejahres	Planungsdaten weiterer Haushaltsfolgejahre
	in €				
Summe					

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-420** Status: öffentlich Aktenzeichen:
Federführender Geschäftsbereich: Bauamt	Datum: 21.03.2014 Verfasser: G. Matschke

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung gemäß § 13a BauGB hier: Abwägungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
01.04.2014	Bauausschuss Stadt Grevesmühlen				
08.04.2014	Hauptausschuss Stadt Grevesmühlen				
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

1. Die während der erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 4a Abs. 3 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB, der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4a Abs. 3 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB und den Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen hat die Stadt Grevesmühlen unter Beachtung des Abwägungsgebotes mit folgendem Ergebnis, wie im Abwägungsvorschlag (Anlage 1) dargestellt, geprüft. Es ergeben sich:
- zu berücksichtigende Anregungen und Stellungnahmen,
- teilweise zu berücksichtigende Anregungen und Stellungnahmen,
- nicht zu berücksichtigende Anregungen und Stellungnahmen.

Den Abwägungsvorschlag und das Abwägungsergebnis macht sich die Stadt Grevesmühlen zu Eigen und ist Bestandteil des Beschlusses.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die Anregungen erhoben bzw. Stellungnahmen abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Sachverhalt:
Die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen hat in ihrer Sitzung am 02.09.2013 die geänderten Entwurfsunterlagen gebilligt und zur erneuten öffentlichen Auslegung bestimmt. Die Planunterlagen lagen in der Zeit vom 25. Oktober 2013 bis einschließlich 28. November 2013 in der Stadtverwaltung Grevesmühlen öffentlich aus. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der erneuten Auslegung benachrichtigt und um Abgabe einer erneuten Stellungnahme gebeten. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange haben Stellungnahmen im Verfahren abgegeben. Während der erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung wurden keine Stellungnahmen von der Öffentlichkeit zur Planung abgegeben.

Die Stadt Grevesmühlen hat die im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen gesammelt, bewertet und gewichtet.
Es ergeben sich:
- zu berücksichtigende Stellungnahmen,
- teilweise zu berücksichtigende Stellungnahmen und
- nicht zu berücksichtigende Anregungen und Stellungnahmen.

Darüber hinaus liegen Stellungnahmen vor, die keine abwägungserheblichen Belange beinhalten und somit zur Kenntnis genommen werden.

Die Zusammenfassung und die Abwägungsvorschläge zu den einzelnen Stellungnahmen als Gegenüberstellung sind dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügt. Die Abwägungsvorschläge sind durch die Stadtvertretung zu beraten und zu entscheiden.
Die Planunterlagen sind um die Ergebnisse der Abwägung zu ergänzen. Die Einarbeitung der Abwägungsergebnisse führt nicht zu einer erneuten Auslegung der Planunterlagen.

Information zum Einfluss dieser Entscheidung auf Leitbilder:
Leitbild 2: „Grevesmühlen, die wachsende Stadt“
Projekt 18: Entwicklung der Flächen südlich der Klützer Straße für den Einfamilienhausbau

Finanzielle Auswirkungen:
Sämtliche anfallenden Planungs- und Erschließungskosten werden von der Grevesmühlener Kommunalen Bau GmbH übernommen, die gleichzeitig auch Grundstückseigentümer ist.

Anlage1:
- Tabellarische Zusammenstellung eingegangener Anregungen und Stellungnahmen mit Abwägungsvorschlägen

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung

Erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB

ERNEUTER ENTWURF

Lfd.Nr.	Träger öffentlicher Belange	Aufforderung	Posteingang	Schreiben vom	1	2	3
I.	Planungsanzeige						
I.1	Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg						
II.	Träger öffentlicher Belange						
II.1	Landkreis Nordwestmecklenburg	26.09.2013	01.11.2013	29.10.2013	x		
II.2	Amt f. Raumordnung u. Landesplan.	26.09.2013	04.11.2013	25.10.2013		x	
II.3	Staatliches Amt für Umwelt u. Natur	26.09.2013	04.11.2013	29.10.2013		x	
II.4.	LA f. Umwelt, Naturschutz u. Geologie	26.09.2013					
II.5.	Straßenbauamt Schwerin	26.09.2013	15.10.2013	10.10.2013		x	
II.6	Industrie- und Handelskammer	26.09.2013					
II.7	Handwerkskammer Schwerin	26.09.2013					
II.8	Deutsche Telekom	26.09.2013	22.11.2013	22.11.2013		x	
II.9	Ev.-luth. Landeskirche	26.09.2013					
II.10	Katholische Kirche	26.09.2013					
II.11	Zweckverband f. Wasserversorgung	26.09.2013	28.10.2013	24.10.2013		x	
II.12	Stadtwerke Grevesmühlen GmbH	26.09.2013	25.10.2013	25.10.2013		x	
II.13	E.ON edis AG	26.09.2013	17.10.2013	15.10.2013		x	
II.14	E.ON Hanse AG	26.09.2013	02.10.2013	02.10.2013		x	
II.15	50 Hertz Transmission GmbH	26.09.2013	10.10.2013	08.10.2013		x	
II.16	GDMcom	26.09.2013	17.10.2013	15.10.2013		x	
II.17	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	26.09.2013					
II.18	Landesamt f. Kultur u. Denkmalpflege	26.09.2013	11.11.2013	08.11.2013			x
II.19	Landesforst M-V	26.09.2013					
II.20	Forstamt Grevesmühlen	26.09.2013	23.10.2013	21.10.2013			x
II.21	Landgesellschaft M-V	26.09.2013					
II.22	BUND	26.09.2013					
II.23	NABU	26.09.2013					
II.24	Wasser- und Bodenverband "Stepenitz/Maurine"	26.09.2013	24.10.2013	23.10.2013		x	
II.25	Betrieb f. Bau u. Liegenschaften	26.09.2013	28.10.2013	24.10.2013		x	
II.26	LA f. Brand- u. Katastrophenschutz	26.09.2013	10.10.2013	10.10.2013		x	
II.27	Polizeiinspektion Wismar	26.09.2013	09.10.2013	09.10.2013			x
II.28	Freiwillige Feuerwehr	26.09.2013	13.12.2013	13.12.2013		x	
II.29	Landesanglerverband	26.09.2013	14.10.2013	07.10.2013		x	
II.30	Landesjagdverband	26.09.2013	21.11.2013	15.11.2013		x	
II.31	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	26.09.2013					
III.	Nachbargemeinden						
III.1	Gemeinde Bernstorf	26.09.2013	08.10.2013	08.10.2013			x
III.2	Gemeinde Börzow	26.09.2013	08.10.2013	08.10.2013			x
III.3	Gemeinde Warnow	26.09.2013	08.10.2013	08.10.2013			x
III.4	Gemeinde Plüschow	26.09.2013	08.10.2013	08.10.2013			x
III.5	Gemeinde Upahl	26.09.2013	08.10.2013	08.10.2013			x
III.6	Gemeinde Gägelow	26.09.2013	15.10.2013	15.10.2013			x
III.7	Gemeinde Damshagen	26.09.2013	06.12.2013	04.12.2013			x
III.8	Gemeinde Hohenkirchen	26.09.2013	16.12.2013	16.12.2013			x
IV.	Öffentlichkeit						
V.	Belange, die noch im Verfahren zu klären sind						
VI.	nochmalige Aufforderung an TÖB und Antwort dazu						
VI.1	LK NWM, untere Immissionsschutzbehörd	20.12.2013	23.12.2013	23.12.2013		x	
VI.2	LK NWM, untere Wasserbehörde	15.01.2014	03.02.2014	16.01.2014	x		
VI.3	LK NWM, untere Naturschutzbehörde	13.01.2014	25.01.2014	24.01.2014		x	
VI.4	Zweckverband Grevesmühlen	03.03.2014		04.03.2014		x	
VI.5	Freiwillige Feuerwehr	17.03.2014	19.03.2014	18.03.2014		x	
1	Stellungnahmen mit abwägungsrelevanten Anregungen						
2	Stellungnahmen ohne Anregungen/ mit Hinweisen						
3	Stellungnahme ohne Anregungen und Hinweise						

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
1	Landkreis Nordwestmecklenburg **Die Landrätin** Fachdienst Bauordnung und Planung II.1 Landkreis Nordwestmecklenburg • Postfach 1566 • 23958 Wismar Stadt Grevesmühlen GB Bauamt Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen R | WV | Eilt | 2291 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 01. Nov. 2013 Bgm | HA | KÄ | BA | OA Auskunft erteilt Ihnen: **Heike Gielow** Dienstgebäude: **Börzower Weg 3, 23936 Grevesmühlen** Zimmer **2.219** Telefon **03841/3040-6314** Fax **-86314** E-Mail: **h.gielow@nordwestmecklenburg.de** Unser Zeichen: Ort, Datum: **GVM, den 2013-10-29** **B-Plan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung gem. § 13 a BauGB** hier: Stellungnahme des Landkreises gem. § 4 Abs.2 BauGB auf Grund des Anschreibens vom 26.09.2013 hier eingegangen am 01.10.2013 Sehr geehrter Herr Prahler, Grundlage der Stellungnahme bilden die Entwurfsunterlagen zum B-Plan Nr.30 der Stadt Grevesmühlen mit Planzeichnung im Maßstab 1:750, Planungsstand vom 02.09.2013 und die dazugehörige Begründung mit gleichem Bearbeitungsstand. Die Beteiligung gem. § 4 Abs.2 BauGB erfolgte in den nachfolgenden Fachdiensten und beim Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises: **FD Umwelt** Untere Naturschutzbehörde Untere Wasserbehörde Untere Abfallbehörde Untere Immissionsschutzbehörde **Bereich Kommunalaufsicht** **FD Öffentlicher Gesundheitsdienst** **Stabsstelle Wirtschafts- und Regionalentwicklung** **FD Bauordnung und Planung** Bauordnung Brandschutz Bauleitplanung Untere Denkmalschutzbehörde **FD Ordnung und Sicherheit/Straßenverkehr** Untere Straßenverkehrsbehörde **FD Bau- und Gebäudemanagement** Untere Straßenaufsichtsbehörde Straßenbaulastträger Die eingegangenen Stellungnahmen sind diesem Schreiben als Anlage beigefügt und in der weiteren Bearbeitung zu beachten. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Heike Gielow SB Bauleitplanung	Zu 1. Die Stellungnahme des Landkreises wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahmen der Fachdienste werden behandelt.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
A	Anlagen FD Umwelt **Untere Wasserbehörde: Frau Hüls** **Az uWB: 66.11-20/20-74026-126-13** Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind. Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen. X Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin. **1. Wasserversorgung:** Das Vorhaben befindet sich in der Trinkwasserschutzzone III B der Wasserfassung Grevesmühlen-Wotenitz. Die Versorgungspflicht mit Trink- und Brauchwasser für die Bevölkerung, die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen besteht gem. § 43 Abs. 1 LWaG für den Zweckverband Grevesmühlen. Entsprechende Anschlussgestattungen für die Versorgung sind mit dem Zweckverband zu vereinbaren. **2. Abwasserentsorgung:** Nach § 40 Abs. 1 LWaG obliegt die Abwasserbeseitigungspflicht den Gemeinden. Die Gemeinde hat diese Pflicht gemäß § 40 Abs. 4 Satz 1 LWaG auf den Zweckverband Grevesmühlen übertragen. Damit hat der Zweckverband das im überplanten Gebiet anfallende häusliche Abwasser zu beseitigen, die entsprechenden Anschlussgestattungen sind zu beantragen. **3. Niederschlagswasserbeseitigung:** Das von bebauten oder künstlich befestigten Flächen abfließende Niederschlagswasser ist entsprechend § 54 des WHG als Abwasser einzustufen. Damit unterliegt es grundsätzlich der Abwasserbeseitigungspflicht des beauftragten Zweckverbandes Grevesmühlen. Auf der Grundlage des § 55 Abs. 2 WHG sollte unbelastetes Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche oder sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. Die Beseitigungs- und Überlassungspflicht entfällt für Niederschlagswasser, wenn dieses verwertet oder versickert wird, von öffentlichen Verkehrsflächen im Außenbereich abfließt oder im Rahmen des Gemeingebrauchs in ein oberirdisches Gewässer/ Küstengewässer eingeleitet wird. Die Benutzung eines Gewässers, hierzu gehört auch die Einleitung von Niederschlagswasser, bedarf grundsätzlich der Erlaubnis, ausgenommen hiervon ist der Gemeingebrauch an oberirdischen Gewässern, Küstengewässern und die erlaubnisfreie Benutzung des Grundwassers (Regelung der Gemeinde durch Satzung). Voraussetzung für Gewässerbenutzungen ist jeweils mindestens die Einhaltung des Standes der Technik. Das	A Zu 0. Der Abwägungsbeachtlichkeit der nachfolgenden jeweiligen Belange kann nicht vorangestellt werden, dass die Belange berücksichtigt werden müssen. Die vorgetragenen Belange sind zu prüfen und im Ergebnis ergeben sich Anforderungen an die Stadt. Zu 1. Die Ausführungen zur Trinkwasserschutzzone III B und zur Versorgungspflicht des ZVG mit Trinkwasser sind bekannt und wurden in den Planunterlagen berücksichtigt. Der ZVG wurde im Verfahren beteiligt. Es ergeben sich insofern keine abwägungsrelevanten Sachverhalte. Zu 2. Die Anforderungen an die Schmutzwasserbeseitigung sind bereits in der Begründung berücksichtigt und wurden mit dem ZVG abgestimmt. Damit sind die Belange beachtet. Zu 3. Die allgemeinen Ausführungen zur Niederschlagswasserbeseitigung werden zur Kenntnis genommen.	Nicht zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Merkblatt M 153 der DWA enthält Hinweise zur Niederschlagswassernutzung, -rückhaltung, -reinigung, -ableitung und -einleitung jeweils unter Beachtung der hydraulischen und stofflichen Kriterien und ist mit der Antragstellung zur Gewässerbenutzung nachzuweisen. Ist die Anlage von Regenrückhaltebecken vorgesehen, sind entsprechend fachtechnisch ermittelte Flächen im Plangebiet auszuweisen. Die ortsnahe und schadlose Versickerung von **gefasstem** Niederschlagswasser unter Ausnutzung der natürlichen Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens ist wasserwirtschaftlich erwünscht. Sie ist allerdings insbesondere vom Grad der Verunreinigung des Niederschlagswassers, dem Flurabstand des Grundwassers, der Topografie und den Bodenverhältnissen abhängig. Eine Vernässung von benachbarten Grundstücken ist beim Betrieb der Versickerungsanlagen auszuschließen. Auf ausreichenden Abstand der Anlagen zu Gebäuden ist zu achten, entsprechende Hinweise enthält das DWA-Arbeitsblatt A 138. Die Gemeinde kann entsprechend § 32 Abs. 4 LWaG satzungsrechtliche Regelungen im B-Plan zur erlaubnisfreien Versickerung außerhalb von Wasserschutzgebieten treffen. Vorraussetzung dafür ist, dass die grundsätzliche Möglichkeit der Versickerung besteht und diese durch Festsetzung gem. § 9 Abs. 1 BauGB planungsrechtlich gesichert werden kann. Ohne diese Regelung ist die Versickerung erlaubnispflichtig und bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. Eine erlaubnisfreie Versickerung, wie unter Pkt. 13.3 der Begründung angeführt, ist ohne satzungsrechtliche Regelung durch die Stadt Grevesmühlen nicht zulässig. Bedingung zur Versickerung des Niederschlagswassers ist der gesicherte Nachweis (Fachgutachten) zur Durchführung einer schadfreien Versickerung anhand der Grundstücksgröße, der Bodenkennwerte und der erforderlichen Flächen für die Versickerungsanlagen, dafür ist der ungünstigste Einzelfall zu betrachten. Ist im B-Plangebiet die Versickerung des Niederschlagswassers über eine zentrale Versickerungsanlage (Anschluss mehrerer Grundstücke) geplant, sind entsprechende, fachtechnisch ermittelte Flächen dafür vorzusehen und eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. **Ungefasstes** und nicht belastetes Niederschlagswasser, welches unmittelbar am Ort des Anfalls großflächig natürlich versickert, ist kein Gewässernutzungstatbestand und damit nicht erlaubnispflichtig. Zu beachten sind aber auch in diesen Fällen die topographischen Gegebenheiten und die Gefahr eines oberflächigen Abflusses. Der natürliche Abfluss wild abfließenden Wassers darf nicht zum Nachteil eines tiefer liegenden Grundstückes verstärkt oder auf andere Weise verändert werden. **Zur geplanten Niederschlagsentwässerung sind im B-Plan eindeutige Aussagen zu treffen und ein Entwässerungskonzept vor Satzungsbeschluss der unteren Wasserbehörde vorzulegen. Die Aufnahmekapazitäten der Entwässerungsanlagen des Zweckverbandes Grevesmühlen sind dabei zu berücksichtigen.** **4. Gewässerschutz:** Mit den Bauarbeiten sind auf dem Grundstück eventuell vorhandene Drainageleitungen und sonstige Vorflutleitungen in ihrer Funktionsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Jeglicher Umgang mit wassergefährdenden Stoffen hat auf der Grundlage des § 62 WHG und § 20 LWaG so zu erfolgen, dass eine Gefährdung des Grund- und Oberflächenwassers nicht zu besorgen ist. Werden bei der Durchsetzung der Planung Erdaufschlüsse (auch Flächenkollektoren oder Erdwärmesonden für Wärmepumpen) notwendig, mit denen unmittelbar bzw. mittelbar auf die Bewegung oder die Beschaffenheit des Grundwassers eingewirkt wird, sind diese gemäß § 49 Abs. 1 des WHG einen Monat vor Baubeginn bei der unteren Wasserbehörde anzuzeigen. Dies trifft ebenso für eventuell notwendige Grundwasserabsenkungen während der Baumaßnahmen zu.	Zu 4. Das Plangebiet befindet sich derzeit außerhalb des Geltungsbereiches der Versickerungssatzung des ZVG. Die Stadt Grevesmühlen hat am 05.02.2014 einen Antrag auf Aufnahme der im Plangebiet gelegenen Grundstücke in den Geltungsbereich der Versickerungssatzung des ZVG als Abwasserbeseitigungspflichtigem gestellt. Für den Plangeltungsbereich liegt eine baugrundtechnische Stellungnahme zu den Untergrundverhältnissen – Gründungsbeurteilung von Dipl. Ing. Palasis vom August 2012 vor. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass eine Regenwasserversickerung gemäß DWA A138 im Plangebiet möglich ist. Das vorliegende Fachgutachten wurde dem ZVG zur Aufnahme des Plangebietes in die Versickerungssatzung übergeben. Die Entscheidung der Verbandsversammlung zur Aufnahme in die Versickerungssatzung ist für den 14.05.2014 vorgesehen. Die Nichtaufnahme des Plangebietes in die Versickerungssatzung hat zur Folge, dass der ZVG als Abwasserbeseitigungspflichtiger eine andere Lösung zu realisieren hätte. Eine Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses erfolgt somit erst nach der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung. Die Stadt Grevesmühlen kann gemäß § 32 Abs. 4 Landeswassergesetz keine satzungsrechtliche Regelungen im Bebauungsplan treffen. Das Landeswassergesetz enthält keine Ermächtigungsgrundlage gemäß § 9 Abs. 4 BauGB, entsprechende Regelungen zu treffen. Es kommen somit in der Regel Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 14, 15 und 20 BauGB in Betracht. Von der Möglichkeit, solche Festsetzungen zu treffen, kann die Stadt Grevesmühlen Gebrauch machen. Es handelt sich hierbei nicht um zwingende Festsetzungen, sondern um Festsetzungen die im Ermessen der Planungshoheit der Stadt Grevesmühlen getroffen werden. Die Stadt Grevesmühlen möchte bei Aufnahme des Plangebietes in die Versickerungssatzung keine weiteren Regelungen für den Bauherrn treffen und verzichtet somit auf zusätzliche Flächen- und Maßnahmefestsetzungen. Der Private hat geeignete Maßnahmen vorzusehen, die Niederschlagswasserbeseitigung auf dem Grundstück zu gewährleisten. Das DWA-Arbeitsblatt A 138 ist zu beachten. Bei Veräußerung der Grundstücke durch den Vorhabenträger ist dies im Kaufvertrag zu sichern. Zu 5. Die allgemeinen Ausführungen zu ungefasstem Niederschlagswasser werden zur Kenntnis genommen. Zu 6. Zur geplanten Niederschlagswasserbeseitigung im Plangebiet werden im Bebauungsplan eindeutige Aussagen in Abstimmung mit dem Abwasserbeseitigungspflichtigen, dem ZVG getroffen. Das Entwässerungskonzept wird gemäß technischer Planung auf der Grundlage des Fachgutachtens übernommen. Zu 7. Die Hinweise zum Gewässerschutz sind bereits im Teil-B Text und in der Begründung enthalten.	Teilweise zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
B	**Untere Abfallbehörde und Untere Bodenschutzbehörde: Herr Scholz** Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind. Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen. Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin. **X** Die bereits erteilten abfall- und bodenschutzrechtlichen Stellungnahmen haben Bestand. Eine neue Stellungnahme ist nicht erforderlich.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine entgegenstehenden Belange vorliegen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
		Zu 2. Die Stellungnahmen zum Abfall- und Bodenschutzrecht werden den Verfahrensunterlagen beigefügt. Der Verweis auf alte Rechtsgrundlagen wird nicht berücksichtigt.	Teilweise zu berücksichtigen.
C	**Untere Naturschutzbehörde: Frau Hamann** Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind. Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen. **X** Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin.	Zu 1. Der Abwägungsbeachtlichkeit der nachfolgenden jeweiligen Belange kann nicht vorangestellt werden, dass die Belange berücksichtigt werden müssen. Die vorgetragenen Belange sind zu prüfen und im Ergebnis ergeben sich Anforderungen an die Stadt.	Nicht zu berücksichtigen.
		Zu 2. Der Baumbestand in der Klützer Straße wurde als solcher – einseitige Baumreihe nach § 19 Abs. 1 NatSchAG M-V – in den Planunterlagen dargestellt und beachtet. Die Hinweise auf den vorangegangenen Entwürfen wurden beachtet.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	Baum- und Alleenschutz: Frau Hamann Im vorangegangenen Planverfahren habe ich bereits darauf hingewiesen, dass der Baumbestand an der Klützer Straße als einseitige Baumreihe nach § 19 Abs. 1 NatSchAG M-V gesetzlich geschützt ist. Eine Beseitigung sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder nachteiligen Veränderung der einseitigen Baumreihe führen können, sind unzulässig. Nach dem erneuten Satzungsentwurf ist es weiterhin beabsichtigt im Bereich der einseitigen Baumreihe eine 3 m hohe und 16 m lange Lärmschutzwand zu errichten. Von der Errichtung der Lärmschutzeinrichtung ist der Wurzelbereich eines Baumes der geschützten Reihe betroffen. Beeinträchtigungen des Wurzel- und Kronenbereiches des Baumes können auf Grund der eingereichten Planungsunterlagen nicht ausgeschlossen werden. Da der Baum noch nicht voll ausgewachsen ist, ist auch eine baumartentypische Ausbildung der Kronen des Baumes im Bereich der Lärmschutzwand nicht zu erwarten. Die Beschädigung des Baumes der einseitigen Baumreihe ist unzulässig.	Zu 3. Die Stadt Grevesmühlen hat sich im erneuten Planentwurf mit dem Erhalt der einseitigen geschützten Baumreihe beschäftigt. Ebenso hat sich die Stadt Grevesmühlen mit der Sicherung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse für den geplanten Wohnstandort beschäftigt. Hierbei sind zur Gewährleistung der gesunden Wohn- und Lebensverhältnisse aktive Lärmschutzmaßnahmen zum Schutz vor Gewerbelärm erforderlich. Zur Sicherung der gesunden Wohn- und Lebensverhältnisse ist die Errichtung einer Lärmschutzwand erforderlich. Die Lage und Höhe der Lärmschutzwand wurde gutachterlich bestimmt und ist somit auch städtebaulich begründet. Die Errichtung der Lärmschutzwand beeinträchtigt den letzten Baum der geschützten Baumreihe. Die Anforderungen an den Baumschutz werden unter Berücksichtigung der konkreten Vorgabe für die Lärmschutzwand getroffen. Entsprechend der Wahl der Lärmschutzwand, geständert oder als Lärmschutzwand mit Fundament, ergeben sich andersartige Auswirkungen. Eine Errichtung mit Hülsenfundamenten hat geringere Auswirkungen und führt nach Beurteilung dazu, dass nachteilige Veränderungen ausgeschlossen werden können; andernfalls mit einem durchlaufenden Fundament kann hiervon nicht ausgegangen werden und es ist ein Befreiungsantrag zu stellen.	Zu berücksichtigen.
	Eingriffe in die geschützte Baumreihe bedürfen nach 19 Abs. 2 NatSchAG M-V einer Befreiung durch die untere Naturschutzbehörde. Eine Befreiung kann erteilt werden, wenn die Voraussetzungen des § 67 Abs. 1 und 3 BNatSchG vorliegen. Diese wären im Antrag der Stadt Grevesmühlen darzulegen. Der Ausgleich richtet sich nach dem Alleenerlass. Ich weise darauf hin, dass im Befreiungsverfahren die nach § 30 NatSchAG M-V anerkannten Naturschutzverbände zu beteiligen sind.	Zu 4. Nach Prüfung der technischen Ausführungen und unter dem Gesichtspunkt des Erhalts des Baumes wurde ein Befreiungsantrag durch die Stadt Grevesmühlen gestellt. Der Erhalt des Baumes kann gewährleistet werden – jedoch kann eine Beeinträchtigung des letzten Baumes der geschützten Baumreihe nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Das Befreiungsverfahren ist vor Satzungsbeschluss abzuschließen.	Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Artenschutz: Herr Dr. Podelleck Dem Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag des Büros Bauer, Grevesmühlen, vom 25. 09.2011 ist zu folgen. Die Abrissarbeiten sind in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. März durchzuführen. In diesem Zeitraum besteht das geringste Konfliktpotenzial gegenüber Gebäude besiedelnden Vogelarten oder Fledermäusen. Darüber hinaus sind Verletzungen artenschutzrechtlicher Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz nicht anzunehmen. Im Zusammenhang mit der neuen Erschließung des Gebietes sind nach Möglichkeit Beleuchtungsköper mit Insekten schonenden Lichtfarben anzuwenden.	5 Zu 5. Die artenschutzrechtliche Zustimmung wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zum Artenschutz wurden im Teil B-Text und in der Begründung beachtet. Der Hinweis zu den Beleuchtungskörpern wird ergänzt.	Zu berücksichtigen.
	Untere Immissionsschutzbehörde: Frau Warda (D) Die Stellungnahme weist auf erhebliche entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung kaum überwindbar sind. Die Stellungnahme weist auf entgegenstehende Belange hin, die im Rahmen der bauleitplanerischen Abwägung berücksichtigt werden müssen. Die Stellungnahme weist auf keine entgegenstehenden Belange hin. X	D	
	1. Lärmemissionen Mit dem o.g. Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die städtebauliche Entwicklung und Neuordnung einer Brachfläche (ehemalige Gärtnerei) östlich des Rosenweges geschaffen werden. Das Plangebiet wird im Norden durch ein Einkaufszentrum in der Klützer Straße, im Osten durch den in Aufstellung befindlichen B-Plan Nr. 34 „Mühlenblick", im Süden durch Brachflächen und im Westen durch die vorhandene Wohnbebauung im Rosenweg begrenzt. Zur Beurteilung der Schallimmissionen wurde für den o.g. Plan als auch für den sich in Aufstellung befindlichen B-Plan Nr. 34 durch den TÜV Nord mit Datum vom 05.08.2013	1 Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine entgegenstehenden Belange vorliegen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	(Auftrags-Nr.: 8000637500/912UBS13/10) eine abschließende schalltechnische Untersuchung erarbeitet. Zur Beurteilung der Geräuschimmissionen innerhalb des Plangebietes wurden drei Immissionsorte mit den jeweils geringsten Abständen zu den potenziellen Emissionsquellen betrachtet. Die Immissionsorte befinden sich im Bereich der Grenzen der Baufelder der B-Pläne. Die Ermittlung und Beurteilung der Geräuschimmissionen erfolgte entsprechend der DIN 18 005 /4/. Auf das Plangebiet wirken Geräuschemissionen des Straßenverkehrs sowie der nördlich und östlich gelegenen gewerblichen Nutzungen ein. Die Ermittlung der Geräuschemissionen für den Straßenverkehr erfolgte mittels Prognose der Verkehrsbelastung auf der Basis der Verkehrsmengenkarte aus dem Jahre 2010 sowie aus einer Erhebung für die Plangebiete. Für die gewerblichen Schallemittenten wurden die prognostisch maximalen Betriebsabläufe mit den Betreibern abgestimmt. Die Untersuchungen wurden für die folgenden Betriebsabläufe jeweils für den Tag- und Nachtzeitraum durchgeführt: (Normalbetrieb außerhalb des Erntezeitraumes, Betrieb innerhalb	2 Zu 2. Die allgemeinen Ausführungen zum Schallschutz werden zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
		3 Zu 3. Die Darlegungen zum Gutachten werden zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	der Ernte ohne Anlieferung von Getreide, Betrieb innerhalb der Ernte mit Anlieferung von Getreide). Folgende Untersuchungen wurden durchgeführt:: - Berechnung der Geräuschimmissionen für den derzeitigen Betrieb der gewerblichen Einrichtungen in der Nachbarschaft des Bebauungsplanes - Prüfen von aktiven Schallschutzmaßnahmen für die Schallquellen, die zu einer Überschreitung der Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete im Plangebiet führen - Berechnung der Beurteilungspegel unter Berücksichtigung der Schallschutzmaßnahmen Der Gutachter kommt zu folgenden Ergebnissen. Die Beurteilungspegel des Straßenverkehrs liegen im Plangebiet für den Tages- und den Nachtzeitraum unterhalb der Orientierungswerte der DIN 18005. Für die Emittentenart Gewerbe werden außerhalb der Ernte die Orientierungswerte im Tag- und Nachtzeitraum eingehalten. Für den Betriebsablauf innerhalb der Ernte werden die Tag-Orientierungswerte überwiegend eingehalten. Im nordöstlichen Bereich besteht jedoch eine Überschreitung von 1 dB(A) im Obergeschoss. Mit einer Schallschutzwand mit einer Höhe von 3 m im Plan-gebiet kann der Tag-Orientierungswert für das gesamte Plangebiet eingehalten werden. Im Nachtzeitraum werden die Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete ohne und mit Anlieferung um bis zu 5 dB(A) überschritten. Verursacht werden diese Überschreitungen durch die Ventilatoren zur Kühlung des Getreides in der nördlich gelegenen Lagerhalle Weizen. Durch eine Änderung des Lüftungskonzeptes (Einbau von 2 Ventilatoren mit einem immissionswirksamen Schallleistungspegel von 85 dB(A)) lässt sich der Nacht-Orientierungswert von 40 dB(A) ohne die Anlieferung von Getreide einhalten. Die Überschreitungen der Orientierungswerte infolge der Anlieferung von Getreide betragen maximal 3 dB(A). Für die Fahrwege wurden mehrere Schallschutzvarianten untersucht (Verlegung des Fahrweges an die Nordseite der Lagerhalle Weizen, Schallschutzwälle im östlichen Bereich des B-Planes Nr. 34 sowie unmittelbar angrenzend parallel zur Zufahrt zur Waage). Letztlich wurde die Variante Verlegung des Fahrweges an die Nordseite der Lagerhalle Weizen favorisiert. 3		
	Die vorgelegte Schallimmissonsprognose wird von Seiten der unteren Immissionsschutzbehörde als schlüssig und plausibel beurteilt. Die Berechnungen erfolgten auf Grundlage der anzuwendenden Berechnungs-und Beurteilungsvorschriften. Die unter Pkt. 8.2 „Vorschläge zu Abwägungen und zu Festsetzungen" zum B-Plan der Schalltechnischen Untersuchung aufgeführten Vorschläge wurden im Textteil B unter Pkt. 6 „Schallschutzmaßnahmen" der o.g. Satzung richtigerweise festgesetzt. Außerdem wurde im Pkt. 7 der Festsetzungen ein aufschiebend bedingtes Baurecht für die in der Planzeichnung gekennzeichnete Fläche im nordöstlichen Teil des WA 1 festgesetzt. Als nachrichtliche Übernahme wurde unter Pkt. 6 „Schallschutzmaßnahmen" festgelegt, dass die Sicherung der Realisierung der festgelegten Schallschutzmaßnahmen gemäß o.g. Gutachten in einem städtebaulichen Vertrag erfolgt, welcher vor Satzungsbeschluss wirksam sein muss. 4	Zu 4. Die Bestätigung der Umsetzung der Ergebnisse des Schallgutachtens wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	2. Geruchsemissionen Im Rahmen der Aufstellung des B-Planes Nr. 34 der Stadt Grevesmühlen „Wohngebiet Mühlenblick" wurde eine Emissions- und Immissionsprognose für Geruch durch die LMS mit Datum vom 16.05.2013 erstellt, um festzustellen, ob entsprechend der Geruchsimmissions-Richtlinie M-V durch die Vorbelastung die vorgeschriebenen Immissionswerte für Geruch am geplanten Wohngebiet eingehalten werden. In dem vorgelegten Gutachten bleibt der südliche Teil des Landwirtschaftsbetriebes unberücksichtigt. Offensichtlich wurden aktuelle Tätigkeiten laut Luftbild 2012 nicht betrachtet. So wurden z.B eine Silagefläche und zwei Lagerbehälter für Silosickersaft nicht berücksichtigt. 5 6	Zu 5. Die allgemeinen Aussagen zum Geruchsgutachten werden zur Kenntnis genommen. Zu 6. Eine Überarbeitung des Gutachtens gemäß Erfordernis ist erfolgt. Eine Stellungnahme der Immissionsschutzbehörde hierfür liegt vor. Es kann davon ausgegangen werden, dass Beeinträchtigungen durch Gerüche nicht entstehen. Die Mängel, die die Behörde aufgezeigt hat, wurden durch den Gutachter entsprechend beachtet. Die Verwendung des Gutachtens für den B-Plan Nr. 34 ist auch für den B-Plan Nr. 30 geeignet. Anpassungen sind aus Sicht der Stadt Grevesmühlen nicht vorgesehen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

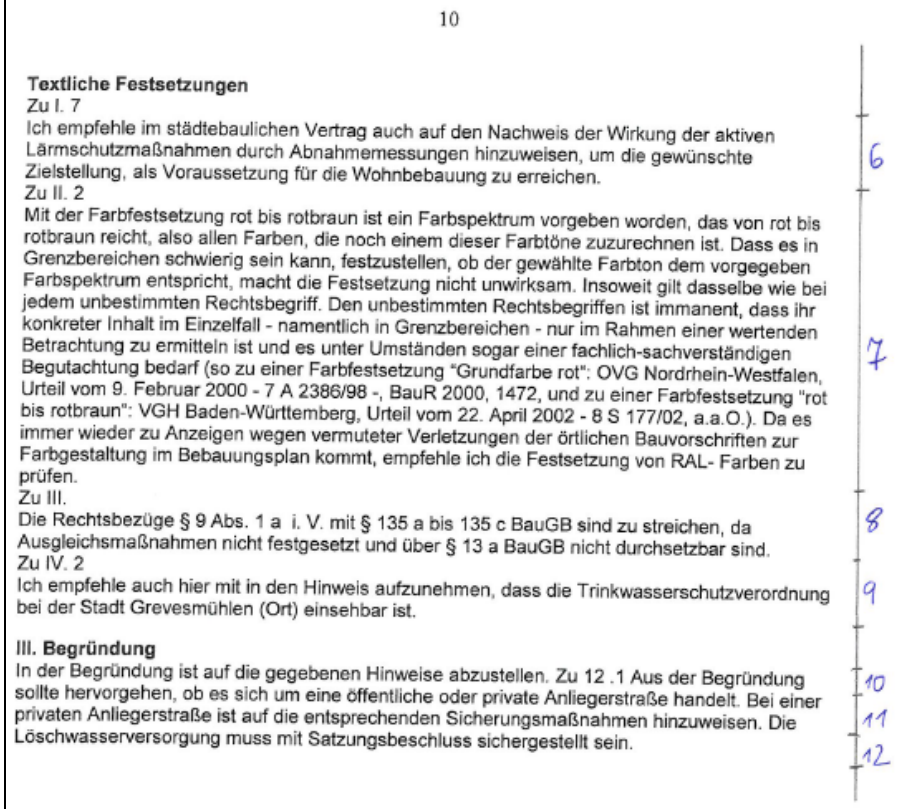
lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Eine Begründung, warum der südliche Teil des Landwirtschaftbetriebes nicht in die Geruchsimmissionsprognose mit einbezogen wurde, einschließlich der Beschreibungen zu den Nutzungen der einzelnen Hallen in diesem Bereich wurde nicht abgegeben. Außerdem wurde die Geruchsimmissionsprognose für den B-Plan Nr. 34 erstellt und wäre somit an den vorliegenden B-Plan (Nr. 30) anzupassen. Im Übrigen handelt es sich bei dem zu untersuchenden Landwirtschaftsbetrieb um eine Anlage nach BImSchG (4.BImSchV, Pkt. 7.1.5.). Daher ist eine entsprechende immissionsschutzrechtliche Stellungnahme durch die zuständige Behörde, dem StALU WM, einzuholen. BImSchG[1], 4. BImSchV[2],BImSchG[3], GIRL[4], DIN 18005[5], TA Lärm[6]	Zu 7. Die Stadt Grevesmühlen hat das StALU beteiligt und die Stellungnahme des StALU liegt vor. Das StALU wird über das Geruchsgutachten und die Stellungnahme der unteren Immissionsschutzbehörde des Landkreises unterrichtet.	Zu berücksichtigen.
	Rechtsgrundlagen **WHG** Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts in der Neufassung des Art.1 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31.Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) zuletzt geändert mit Art.1 des Gesetzes zur Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie sowie zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes und des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes vom 11.06.2011 (BGBl. I S. 1986) **LWaG** Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 30.November 1992 (GVOBl. M-V S.669), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ergänzung und Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes und Änderung anderer Gesetze vom 4.Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 759) **BauGB** Baugesetzbuch In der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) m.W.v. 21.06.2013 bzw. 20.09.2013 **NatSchAG M-V** Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 23. Februar 2010, verkündet als Artikel 1 des Gesetzes zur Bereinigung des Landesnaturschutzrechts vom 23.02.2010 (GVOBl. M-V S. 65) **BNatSchG** Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. Teil I Nr. 51, S. 2542) **BArtSchV** Bundesartenschutzverordnung vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2705), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2873) **Alleenerlass** Neuanpflanzungen von Alleen und einseitigen Baumreihen in Mecklenburg-Vorpommern, Gemeinsamer Erlass des Wirtschaftsministers und des Umweltministers vom 19.04.2002 - V 540/556-07-X 200c/5323.1- veröffentlicht im Amtsblatt M-V 2002 Nr. 21 S. 510 ff **BBodSchG** Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist **BBodSchV** Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), die zuletzt durch Artikel 5 Absatz 31 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist **KrWG** Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) [1] Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) vom 26. September 2002 (BGBl. I, S. 3830) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I Nr. 17, S. 734) in Kraft getreten am 2. Mai 2013 [2] 4. BImSchV - Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen vom 2. Mai 2013 (BGBl. I Nr. 21, S. 973) in Kraft getreten am 2. Mai 2013 [3] Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) vom 26. September 2002 (BGBl. I, S. 3830) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I Nr. 17, S. 734) in Kraft getreten am 2. Mai 2013 [4] Richtlinie zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen in Mecklenburg-Vorpommern (Geruchsimmissions-Richtlinie – GIRL M-V) - vom 15. August 2011 [5] DIN 18005 (Deutsches Institut für Normung e.V. - Normenausschuß Bauwesen), Teil 1 Mai 1987 Schallschutz im Städtebau [6] Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm) vom 26.08.1998, GMBl. 1998, Nr. 26, S. 503)	E Zu 1. Die Rechtsgrundlagen sind zu beachten und werden, soweit noch nicht vorhanden, in der Begründung ergänzt.	Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	LBodSchG Gesetz über den Schutz des Bodens im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbodenschutzgesetz - LBodSchG M-V) vom 4. Juli 2011 (GVOBl. M-V.S. 759) **BImSchG** vom 26. September 2002 (BGBl. I, S. 3830) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I Nr. 17, S. 734) in Kraft getreten am 2. Mai 2013 **4. BImSchV** - Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen vom 2. Mai 2013 (BGBl. I Nr. 21, S. 973) in Kraft getreten am 2. Mai 2013 **Gesetz zum Schutz** vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – **BImSchG** vom 26. September 2002 (BGBl. I, S. 3830) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I Nr. 17, S. 734) in Kraft getreten am 2. Mai 2013 Richtlinie zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen in Mecklenburg-Vorpommern (Geruchsimmissions-Richtlinie – GIRL M-V) - vom 15. August 2011 **DIN 18005** Deutsches Institut für Normung e.V. - Normenausschuß Bauwesen), Teil 1 Mai 1987 Schallschutz im Städtebau **Sechste Allgemeine** Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm) vom 26.08.1998, GMBl. 1998, Nr. 26, S. 503)	F Zu 1. Von der Kommunalaufsicht ist keine Stellungnahme abgegeben worden.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	Kommunalaufsicht	G Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken bestehen. Die Parkmöglichkeiten innerhalb des verkehrsberuhigten Bereiches werden gesondert ausgewiesen.	Zu berücksichtigen.
	FD Ordnung und Sicherheit/Straßenverkehr **Unter Straßenverkehrsbehörde** Zu o. g. Planung gibt es aus verkehrsrechtlicher Sicht keine Bedenken. Hinweisen möchte ich aber darauf, dass ein Teil der geplanten Erschließungsstraße eine erhebliche Ausbaubreite ausweist. Bei Festsetzung als verkehrsberuhigter Bereich müssen dann Parkmöglichkeiten gesondert ausgewiesen werden.	H Zu 1. Der Bebauungsplan gibt einen Rahmen für die öffentlichen Verkehrsflächen innerhalb der Straßenbegrenzungslinien vor. Ebenso wird die Zweckbestimmung der öffentlichen Verkehrsflächen – hier verkehrsberuhigter Bereich – festgesetzt. Neben dem festgesetzten Rahmen für die Verkehrsflächen werden Empfehlungen für die möglichen Regelprofile getroffen. Diese Regelprofile sind keine Festsetzungen sondern Empfehlungen und sind im Rahmen der technischen Planung veränderbar und gestaltbar.	Zu berücksichtigen.
	FD Bau- und Gebäudemanagement **Untere Straßenaufsichtsbehörde** Entsprechend den vorliegenden Planunterlagen ergeht folgende Stellungnahme: Für die zu planenden Straßen und Nebenanlagen sind die Ausbaubreiten, Sicherheitsabstände, Grundmaße für Verkehrsräume und lichte Räume von Kraftfahrzeugen, Radfahrern und Fußgängern, Flächen für Kurvenfahrten (Kurvenverbreiterungen) und Sichtweiten entsprechend RASt 06 einzuhalten. Maste der Straßenbeleuchtung, Schaltschränke usw. sind außerhalb des Lichtraumprofils/Sicherheitsstreifens der Straßen und Nebenanlagen anzuordnen. Flächen für Abstände zu Grundstückseinfriedungen oder Einbauten wie z.B. Straßenlampen neben den Fahrbahnen sind bei den öffentlichen Verkehrsflächen zusätzlich zu berücksichtigen. Die vorgesehene Seitenstreifenbreite von 0,25 m lässt die Aufstellung von z.B. Beleuchtungsmasten nicht mehr zu. Für den Begegnungsfall PKW/PKW ist nach RASt 06 bei eingeschränkten Bewegungsspielräumen eine Fahrbahnbreite von 4,10 m erforderlich. In den Einmündungsbereichen Klützer Straße sind die notwendigen Eckausrundungen bei den öffentlichen Verkehrsflächen zu berücksichtigen. Die Ausführungsunterlagen für die Erschließungsstraßen sind gemäß § 10 StrWG-MV der Straßenaufsichtsbehörde in 3-facher Ausfertigung zur Erteilung der Fachgenehmigung vorzulegen.	Der Straßenraum lässt ausreichend Möglichkeiten zur Ausgestaltung. Die Straßenrandbereiche werden mit 50 cm vorgesehen beidseits der befestigten Fläche. Somit bleiben 5,50 m für die weitere Ausgestaltung innerhalb des Verkehrsraumes. Die Verkehrsflächen lassen somit die Anforderungen der Behörde umsetzen. Die Einmündungsbereiche werden unter Berücksichtigung des möglichst sparsamen Umgangs mit Grund und Boden und der Bereitstellung der maximalen Ansiedlungsfläche gemäß technischer Planung vorbereitet. Zu 2. Die Ausführungsunterlagen sind unabhängig vom B-Planverfahren der Behörde zur Erteilung der Fachgenehmigung vorzulegen.	Zu berücksichtigen.
	Straßenbaulastträger Zum o. a. B-Plan gibt es unsererseits keine Einwände. Es sind keine Straßen und Anlagen in unserer Trägerschaft betroffen.	I Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	FD öffentlicher Gesundheitsdienst Wenn die Schallschutzmaßnahmen der Schalltechnischen Untersuchung der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG umgesetzt werden, bestehen von Seiten des Gesundheitsamtes keine Bedenken zu o.g. Vorhaben. Es dürfen keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Lärm und Gerüche entstehen.	K Zu 1. Die Stellungnahme des Gesundheitsdienstes wird zur Kenntnis genommen. Die Stadt hat auf Anregung des Landkreises, untere Immissionsschutzbehörde das Geruchsgutachten überarbeiten lassen. Bei Einhaltung der Anforderungen der Gutachten zu Schall und Gerüchen können schädliche Auswirkungen ausgeschlossen werden.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Abfallwirtschaftsbetrieb des LK Zum o.g. B-Plan gibt es aus abfallwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken oder Anregungen. **FD Bauordnung und Planung** **Brandschutz** Die unter Abschnitt 13.4 der Begründung zum B-Plan enthaltenen Belange des Brandschutzes, insbesondere zur Löschwasserversorgung und zu den Flächen der Feuerwehr sind im Zuge der Ausführungs- und Fachplanungen im vollem Umfang zu beachten und einzuhalten. **Bauleitplanung** Die Stadt Grevesmühlen hatte bereits 2007 begonnen, die hier zu beurteilenden Flächen einer Bebauung zuzuführen und entsprechend dem wirksamen Flächennutzungsplan mit einem WA-Gebiet zu überplanen. Die 2007 eingeleitete Planung wird nunmehr 2013 weitergeführt. Das Baugesetzbuch unter Berücksichtigung des Europarechtsanpassungsgesetzes findet Anwendung. Nachfolgend werden Hinweise gegeben und Belange geltend gemacht. **I. Allgemeines** Die Stadt beabsichtigt mit dem vorliegenden Bebauungsplan Nr.30 und dem weiterführenden Bebauungsplan Nr.34 unter Ausnutzung von ehemaligen Flächen der Gärtnerei und brachgefallener Gewerbeflächen bzw. ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude, einen attraktiven Wohnstandort eingebettet zwischen Wohnbebauung im Westen, Kleingärten im Süden, einem Landwirtschaftsbetrieb mit Rinderhaltung und Marktfruchtbetrieb im Osten und Nordosten sowie Einkaufseinrichtungen im Norden zu entwickeln. Aus der Begründung geht nicht hervor, dass alternative Standorte im Stadtbereich untersucht wurden, es wird lediglich dargelegt, dass dieser Standort gegenüber dem unbebauten Landschaftsraum im Hinblick auf die Bodenschutzklausel alternativlos ist. Die Stadt steht in der Verantwortung zur Wahrung gesunder Wohn- und Lebensbedingungen den Anforderungen des Trennungsgrundsatzes aus § 50 BIMSCHG gerecht zu werden. Die Stadt kennt das Konfliktpotential zwischen Wohnbebauung und Getreidetrocknung. Trotzdem wird an einen bestehenden Landwirtschaftsbetrieb herangeplant, der zudem über städtebaulichen Vertrag in die Pflicht genommen werden soll, seinen bisherigen Betriebsablauf und Technische Einrichtungen so zu verändern, dass dadurch in einem Teilbereich des hier zu beurteilenden B- Planes Nr.30 und im gesamten B- Plan Nr. 34 erst eine Bebauung möglich gemacht wird. Für die gutachterliche Ermittlung wurde auf den IST – Zustand abgestellt und ein allgemeines Wohngebiet in der Planung betrachtet. Ich weise darauf hin, dass in der Abwägung auch die Belange des Landwirtschaftsbetriebes hinsichtlich seiner zukünftigen Entwicklung zu berücksichtigen sind, wie es auch unter Punkt 11.2 der Begründung ausgeführt ist, um keinem Abwägungsdefizit zu unterliegen und somit gegen das Abwägungsgebot zu verstoßen. Die Stadt wendet das beschleunigte Verfahren gem. § 13 a Abs.1 Nr.1 BauGB an. In der Begründung wird dieser Bebauungsplan immer auch im Zusammenhang mit dem zukünftigen Bebauungsplan Nr.34 gesehen, selbst die eingereichten Gutachten beziehen sich schon darauf. Von daher ist dieser bei der Nachweisführung zum beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs.1 Nr. 1 …, die in einem engen sachlichen, räumlichen oder zeitlichen Zusammenhang aufgestellt *werden*, sind mitzurechnen…- auch zu berücksichtigen. Die Begründung ist dahingehend zu überprüfen. **II. Planungsrechtliche Festsetzungen** **Planzeichnung** Es ist zu prüfen, ob die Planunterlage den Anforderungen des § 1 Planzeichenverordnung entspricht. Auf der Planzeichnung sind 3 unterschiedliche Isopletenlinien in Abhängigkeit von 3 unterschiedlichen Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. In den Textlichen Festsetzungen wird nur auf eine aktive Schallschutzmaßnahme abgestellt. Es ist, entsprechend dem städtebaulichen Vertrag, Übereinstimmung herzustellen.	L Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen oder Bedenken bestehen. M Zu 1. Die Anforderungen an den Brandschutz sind zu beachten. Dies ist bereits Gegenstand der Begründung und im Zuge der Ausführungs- und Fachplanung umzusetzen. Somit sind weitere Anforderungen nicht zu beachten. N Zu 1. Allgemeine Ausführungen zur Rechtslage werden zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der anzuwendenden Überleitungsvorschriften im Planverfahren ergänzt. Zu 2. Eine Standortanalyse von Entwicklungskapazitäten für Wohnbauflächen wurde im Rahmen der Fortschreibung des ISEK 2008 durchgeführt. Die Stadt Grevesmühlen hat die Fortschreibung des ISEK 2008 beschlossen und berücksichtigt die Ergebnisse dieser informellen Planung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes. Ein strategisches Entwicklungsziel des ISEK 2008 beinhaltet die Stärkung des Wohnstandortes Grevesmühlen. Im ISEK wurden Nachverdichtungspotentiale und Standortallernativen für Wohnbauflächen untersucht. Die Entwicklung der Fläche südlich der Klützer Straße für den Einfamilienhausbau wurde als Entwicklungsmaßnahme dargestellt (Projekt 18). Eine Entwicklung der Fläche sollte entsprechend des nachgefragten Bedarfs erfolgen und für eine nachhaltige Stadtentwicklung nicht als Konkurrenz zu anderen Flächen entwickelt werden. In der Begründung ist dargelegt, dass in der Stadt Grevesmühlen die vorbereiteten Wohnbauflächen im wesentlichen realisiert sind und neue Standorte für die Absicherung des Eigenbedarfs an Wohnraum erforderlich werden. Die Stadt Grevesmühlen hat sich entschieden, die Zielsetzungen des ISEK 2008 umzusetzen und die Flächen südlich der Klützer Straße als Wohnbauflächen zu entwickeln. Es entsteht keine Konkurrenz zur Entwicklung des Wohngebietes West. Die Entwicklung dieses Standortes ist mit den gleichartigen Problemen – Heranrücken von Wohnbebauung an bestehende gewerbliche Anlagen – behaftet. Die Entwicklung des Standortes südlich der Klützer Straße ist eine Wiedernutzbarmachung von brachgefallenen Flächen, die nach dem Rückbau der baulichen Anlagen der ehemaligen Gärtnerei für die Wohnbebauung zur Verfügung stehen sollen. Die Stadt Grevesmühlen hat in der Begründung nicht dargelegt, dass dieser Standort gegenüber dem unbebauten Landschaftsraum im Hinblick auf die Bodenschutzklausel alternativlos ist, sondern dass Alternativstandorte innerhalb des unbebauten Landschaftsraumes nicht geprüft werden. Ungeachtet dessen ist der sparsame Umgang mit Grund und Boden stets zu beachten und dieser städtebaulichen Zielsetzung wird die Stadt Grevesmühlen durch die Wiedernutzbarmachung einer brachgefallenen Fläche gerecht. Die Begründung wird um die durchgeführte Standortanalyse im ISEK 2008 ergänzt.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

Abfallwirtschaftsbetrieb des LK Zum o.g. B-Plan gibt es aus abfallwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken oder Anregungen. **FD Bauordnung und Planung** **Brandschutz** Die unter Abschnitt 13.4 der Begründung zum B-Plan enthaltenen Belange des Brandschutzes, insbesondere zur Löschwasserversorgung und zu den Flächen der Feuerwehr sind im Zuge der Ausführungs- und Fachplanungen im vollem Umfang zu beachten und einzuhalten. **Bauleitplanung** Die Stadt Grevesmühlen hatte bereits 2007 begonnen, die hier zu beurteilenden Flächen einer Bebauung zuzuführen und entsprechend dem wirksamen Flächennutzungsplan mit einem WA-Gebiet zu überplanen. Die 2007 eingeleitete Planung wird nunmehr 2013 weitergeführt. Das Baugesetzbuch unter Berücksichtigung des Europarechtsanpassungsgesetzes findet Anwendung. Nachfolgend werden Hinweise gegeben und Belange geltend gemacht. **I. Allgemeines** Die Stadt beabsichtigt mit dem vorliegenden Bebauungsplan Nr.30 und dem weiterführenden Bebauungsplan Nr.34 unter Ausnutzung von ehemaligen Flächen der Gärtnerei und brachgefallener Gewerbeflächen bzw. ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude, einen attraktiven Wohnstandort eingebettet zwischen Wohnbebauung im Westen, Kleingärten im Süden, einem Landwirtschaftsbetrieb mit Rinderhaltung und Marktfruchtbetrieb im Osten und Nordosten sowie Einkaufseinrichtungen im Norden zu entwickeln. Aus der Begründung geht nicht hervor, dass alternative Standorte im Stadtbereich untersucht wurden, es wird lediglich dargelegt, dass dieser Standort gegenüber dem unbebauten Landschaftsraum im Hinblick auf die Bodenschutzklausel alternativlos ist. Die Stadt steht in der Verantwortung zur Wahrung gesunder Wohn- und Lebensbedingungen den Anforderungen des Trennungsgrundsatzes aus § 50 BIMSCHG gerecht zu werden. Die Stadt kennt das Konfliktpotential zwischen Wohnbebauung und Getreidetrocknung. Trotzdem wird an einen bestehenden Landwirtschaftsbetrieb herangeplant, der zudem über städtebaulichen Vertrag in die Pflicht genommen werden soll, seinen bisherigen Betriebsablauf und Technische Einrichtungen so zu verändern, dass dadurch in einem Teilbereich des hier zu beurteilenden B- Planes Nr.30 und im gesamten B- Plan Nr. 34 erst eine Bebauung möglich gemacht wird. Für die gutachterliche Ermittlung wurde auf den IST – Zustand abgestellt und ein allgemeines Wohngebiet in der Planung betrachtet. Ich weise darauf hin, dass in der Abwägung auch die Belange des Landwirtschaftsbetriebes hinsichtlich seiner zukünftigen Entwicklung zu berücksichtigen sind, wie es auch unter Punkt 11.2 der Begründung ausgeführt ist, um keinem Abwägungsdefizit zu unterliegen und somit gegen das Abwägungsgebot zu verstoßen. Die Stadt wendet das beschleunigte Verfahren gem. § 13 a Abs.1 Nr.1 BauGB an. In der Begründung wird dieser Bebauungsplan immer auch im Zusammenhang mit dem zukünftigen Bebauungsplan Nr.34 gesehen, selbst die eingereichten Gutachten beziehen sich schon darauf. Von daher ist dieser bei der Nachweisführung zum beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs.1 Nr. 1 …, die in einem engen sachlichen, räumlichen oder zeitlichen Zusammenhang aufgestellt *werden*, sind mitzurechnen…- auch zu berücksichtigen. Die Begründung ist dahingehend zu überprüfen. **II. Planungsrechtliche Festsetzungen** **Planzeichnung** Es ist zu prüfen, ob die Planunterlage den Anforderungen des § 1 Planzeichenverordnung entspricht. Auf der Planzeichnung sind 3 unterschiedliche Isopletenlinien in Abhängigkeit von 3 unterschiedlichen Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. In den Textlichen Festsetzungen wird nur auf eine aktive Schallschutzmaßnahme abgestellt. Es ist, entsprechend dem städtebaulichen Vertrag, Übereinstimmung herzustellen.	Zu 3. Die Stadt Grevesmühlen hat zur Ermittlung und Bewertung der Emissionen aus dem Landwirtschaftsbetrieb und den angrenzenden Verbrauchermärkten Gutachten erstellen lassen. Die Gutachten wurden sowohl für den Bebauungsplan Nr. 30 als auch für den Bebauungsplan Nr. 34 erstellt. Hier werden die gutachterlichen Aussagen für den Bebauungsplan Nr. 30 zugrunde gelegt. Dem Trennungsgrundsatz des § 50 BImSchG kommt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung insbesondere bei einer Neuplanung besondere Bedeutung zu. Die räumliche Trennung sich gegenseitig beeinträchtigender Nutzungen ist hierbei das wirksamste Mittel der Konfliktlösung, jedoch kann bei überwiegenden städtebaulichen Belangen von dem räumlichen Trennungsgrundsatz abgewichen werden, wenn ein möglicher Immissionskonflikt durch andere Maßnahmen gelöst werden kann. In der Stadt Grevesmühlen stehen nicht unbegrenzt konfliktfreie Flächen für Siedlungsentwicklung zur Verfügung. Die Standortalternativen wurden im Rahmen des ISEK 2008 untersucht. Bei der Entwicklung dieser Fläche handelt es sich um eine Wiedernutzbarmachung einer brachgefallenen Fläche. Der vorhandene Wohnstandort Klützer Straße – Rosenweg wird erweitert und vorhandene Verkehrswege und Infrastruktureinrichtungen können genutzt werden bzw. werden erweitert. Die Entwicklung dieser Fläche gewährleistet auch die verbrauchernahe Versorgung. In Angrenzung an das Wohngebiet befinden sich die erforderlichen Einzelhandelseinrichtungen. Dem Grundsatz vom sparsamen Umgang mit Grund und Boden wird Rechnung getragen und einer Zersiedlung der Landschaft sowie die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen wird entgegen gewirkt. Diese städtebaulichen Belange sind nunmehr mit der Gewährleistung von gesunden Wohn- und Lebensverhältnissen zu vereinbaren. Neben dem räumlichen Trennungsgrundsatz hat die Stadt Grevesmühlen andere Maßnahmen geprüft und im Ergebnis festgestellt, dass aktive Schallschutzmaßnahmen ein geeignetes Mittel sind, gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse im Plangebiet zu gewährleisten. Die Möglichkeit der aktiven Schallschutzmaßnahmen wurde gutachterlich dargestellt. Es werden aktive Schallschutzmaßnahmen durch Verlegung von Lüftern und Fahrwegen sowie eine Lärmschutzwand vorgesehen. Diese aktiven Maßnahmen sind geeignet, gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse im Plangebiet zu gewährleisten; hierzu gehört ebenso der Schutz	Nicht zu berücksichtigen.

Abfallwirtschaftsbetrieb des LK Zum o.g. B-Plan gibt es aus abfallwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken oder Anregungen. **FD Bauordnung und Planung** **Brandschutz** Die unter Abschnitt 13.4 der Begründung zum B-Plan enthaltenen Belange des Brandschutzes, insbesondere zur Löschwasserversorgung und zu den Flächen der Feuerwehr sind im Zuge der Ausführungs- und Fachplanungen im vollem Umfang zu beachten und einzuhalten. **Bauleitplanung** Die Stadt Grevesmühlen hatte bereits 2007 begonnen, die hier zu beurteilenden Flächen einer Bebauung zuzuführen und entsprechend dem wirksamen Flächennutzungsplan mit einem WA-Gebiet zu überplanen. Die 2007 eingeleitete Planung wird nunmehr 2013 weitergeführt. Das Baugesetzbuch unter Berücksichtigung des Europarechtsanpassungsgesetzes findet Anwendung. Nachfolgend werden Hinweise gegeben und Belange geltend gemacht. **I. Allgemeines** Die Stadt beabsichtigt mit dem vorliegenden Bebauungsplan Nr.30 und dem weiterführenden Bebauungsplan Nr.34 unter Ausnutzung von ehemaligen Flächen der Gärtnerei und brachgefallener Gewerbeflächen bzw. ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude, einen attraktiven Wohnstandort eingebettet zwischen Wohnbebauung im Westen, Kleingärten im Süden, einem Landwirtschaftsbetrieb mit Rinderhaltung und Marktfruchtbetrieb im Osten und Nordosten sowie Einkaufseinrichtungen im Norden zu entwickeln. Aus der Begründung geht nicht hervor, dass alternative Standorte im Stadtbereich untersucht wurden, es wird lediglich dargelegt, dass dieser Standort gegenüber dem unbebauten Landschaftsraum im Hinblick auf die Bodenschutzklausel alternativlos ist. Die Stadt steht in der Verantwortung zur Wahrung gesunder Wohn- und Lebensbedingungen den Anforderungen des Trennungsgrundsatzes aus § 50 BIMSCHG gerecht zu werden. Die Stadt kennt das Konfliktpotential zwischen Wohnbebauung und Getreidetrocknung. Trotzdem wird an einen bestehenden Landwirtschaftsbetrieb herangeplant, der zudem über städtebaulichen Vertrag in die Pflicht genommen werden soll, seinen bisherigen Betriebsablauf und Technische Einrichtungen so zu verändern, dass dadurch in einem Teilbereich des hier zu beurteilenden B- Planes Nr.30 und im gesamten B- Plan Nr. 34 erst eine Bebauung möglich gemacht wird. Für die gutachterliche Ermittlung wurde auf den IST – Zustand abgestellt und ein allgemeines Wohngebiet in der Planung betrachtet. Ich weise darauf hin, dass in der Abwägung auch die Belange des Landwirtschaftsbetriebes hinsichtlich seiner zukünftigen Entwicklung zu berücksichtigen sind, wie es auch unter Punkt 11.2 der Begründung ausgeführt ist, um keinem Abwägungsdefizit zu unterliegen und somit gegen das Abwägungsgebot zu verstoßen. Die Stadt wendet das beschleunigte Verfahren gem. § 13 a Abs.1 Nr.1 BauGB an. In der Begründung wird dieser Bebauungsplan immer auch im Zusammenhang mit dem zukünftigen Bebauungsplan Nr.34 gesehen, selbst die eingereichten Gutachten beziehen sich schon darauf. Von daher ist dieser bei der Nachweisführung zum beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs.1 Nr. 1 …, die in einem engen sachlichen, räumlichen oder zeitlichen Zusammenhang aufgestellt *werden*, sind mitzurechnen…- auch zu berücksichtigen. Die Begründung ist dahingehend zu überprüfen. **II. Planungsrechtliche Festsetzungen** **Planzeichnung** Es ist zu prüfen, ob die Planunterlage den Anforderungen des § 1 Planzeichenverordnung entspricht. Auf der Planzeichnung sind 3 unterschiedliche Isopletenlinien in Abhängigkeit von 3 unterschiedlichen Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. In den Textlichen Festsetzungen wird nur auf eine aktive Schallschutzmaßnahme abgestellt. Es ist, entsprechend dem städtebaulichen Vertrag, Übereinstimmung herzustellen.	der Außenwohnbereiches sowie die Möglichkeit des Schlafens bei geöffnetem Fenster. Neben den aktiven Schallschutzmaßnahmen wurden Festsetzungen zur Geschossigkeit und Dachneigung getroffen sowie Flächen mit einem bedingten Baurecht belegt. Die Realisierung der festgelegten aktiven Schallschutzmaßnahmen ist in einem städtebaulichen Vertrag zwischen dem Landwirtschaftsbetrieb, der Stadt Grevesmühlen und dem Vorhabenträger verankert. Der Landwirtschaftsbetrieb wird nicht über einen städtebaulichen Vertrag in die Pflicht genommen Betriebsabläufe etc. zu ändern, sondern er ist Vertragspartner und über die Maßnahmen durch die vorhandenen Gutachten in den Planungsprozess involviert. Für die Umsetzung der aktiven Schallschutzmaßnahmen stehen dem Landwirtschaftsbetrieb 3 Möglichkeiten zur Verfügung. Diese Flächen sind mit einem bedingten Baurecht belegt. Entwicklungsmöglichkeiten für den Landwirtschaftsbetrieb bestehen in nördlicher und nordöstlicher Richtung. Die Stadt Grevesmühlen geht davon aus, dass die Konfliktbewältigung durch geeignete aktive Schallschutzmaßnahmen, durch Festsetzungen zu Geschossigkeit und Dachneigung sowie durch bedingte Baurechte erfolgt ist. Passive Schallschutzmaßnahmen sieht die Stadt Grevesmühlen für die Konfliktbewältigung als nicht geeignet an, da diese Maßnahmen eine Konfliktlösung auch tatsächlich gewährleisten müssen. Hier wären dann die immissionsschutzrechtlichen Vorgaben der TA Lärm zu berücksichtigen. Für den Bebauungsplan Nr. 30 ist aus Sicht der Stadt Grevesmühlen die Konfliktbewältigung auf der Ebene der Bauleitplanung erfolgt. Zu 4. Die Stadt Grevesmühlen führt das Planverfahren nach § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB wie in der Begründung dargelegt durch. Für den Bebauungsplan Nr. 34 wurde ein Aufstellungsbeschluss gefasst, der nicht auf einen Bebauungsplan der Innenentwicklung abstellt; somit ist die geforderte Nachweisführung unbegründet. Der Stadt Grevesmühlen ist es unbenommen Gutachten zu beauftragen, die über den Plangeltungsbereich hinausgehen und auf zukünftige Planungsabsichten abstellen, sofern die gutachterlichen Aussagen deutlich auf die vorliegende Planung auch abstellen. Weitergehende gutachterliche Betrachtungen über den Plangeltungsbereich hinaus sind für eine geordnete städtebauliche Entwicklung des Bereiches durchaus legitim. Zu 5. Die Anforderungen an § 1 PlanZVO sind aus Sicht der Stadt Grevesmühlen erfüllt. Zur besseren Übersichtlichkeit wurde im Verfahren der Maßstab M 1:750 gewählt. Die Satzungsexemplare werden im Maßstab M 1:500/1.000 gefertigt. Die textlichen Festsetzungen zum bedingten Baurecht werden in Bezug auf die möglichen aktiven Schallschutzmaßnahmen in Übereinstimmung gebracht. Es wird eine Nummerierung der Isolinien vorgenommen. Die mit der südlichen Isolinie [1] festgesetzten Schallschutzmaßnahmen werden erforderlich, um im Plangebiet gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Nachtzeitraum während der Ernte einzuhalten. Zur Lesbarkeit der Planunterlagen für das bedingte Baurecht ist die Darstellung dieser Linie erforderlich. Die Isolinien [2] und [3] sind verbunden mit weitergehenden aktiven Schallschutzmaßnahmen, deren Realisierung erst erfolgt sein muss, um die beabsichtigte Nutzung realisieren zu können. Die Festsetzung des bedingten Baurechts oberhalb der Isolinie [3] ist entbehrlich, da in diesem Bereich keine überbaubaren Grundstücksflächen festgesetzt werden. Die Begründung wird hierzu ergänzt.	Nicht zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
		Zu 6. Der städtebauliche Vertrag enthält Regelungen zur Bestimmung der Wirksamkeit der aktiven Schallschutzmaßnahmen der Lüfterumverlegung. Zu 7. Die Festsetzung wird wie folgt überarbeitet: „Die Fassaden der Hauptbaukörper sind nur in hellem Putz oder rotem und rotbraunem Sichtmauerwerk auszuführen.“ Zu 8. Die Rechtsbezüge werden gestrichen. Zu 9. Die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Grevesmühlen-Wotenitz vom 22. September 2010 ist bei der Stadt Grevesmühlen einsehbar. Das wird in den textlichen Festsetzungen ergänzt. Zu 10. Die Begründung wird um die gegebenen Hinweise ergänzt. Zu 11. Es handelt sich um öffentliche Verkehrsflächen. Dies wird in den Planunterlagen ergänzt. Zu 12. Die Sicherung der Löschwasserversorgung wird in der Begründung dargelegt.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

Anlage: Stellungnahme Landkreis Nordwestmecklenburg, untere Abfallbehörde zum Entwurf vom 18.10.2007

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ist gemäß § 20 Abs. 1 LWaG bei der unteren Wasserbehörde anzuzeigen. Erdaufschlüsse, die bis ins Grundwasser reichen, sind gemäß § 33 Abs. 1 LWaG bei der unteren Wasserbehörde anzeigepflichtig. Sollte bei geplanten Bauvorhaben eine offene oder geschlossene Wasserhaltung erforderlich sein, ist diese ebenfalls rechtzeitig vor Beginn der unteren Wasserbehörde anzuzeigen (Grundwasserabsenkungen). Diese Stellungnahme berechtigt nicht - zum Bau bzw. zur Veränderung oder zum Anschluss an vorhandene wasserwirtschaftliche Anlagen, - zur Ausübung einer Gewässerbenutzung nach § 3 Abs. 1 und 2 WHG und §§ 4 und 5 des LWaG , - zum Ausbau, Herstellung und zur Beseitigung von Gewässern nach § 31 WHG, - zur Errichtung wasserrechtlich zulassungsfreier baulicher Anlagen in, an, über oder unter oberirdischen Gewässern nach § 82 LWaG ohne vorherige Anzeige, - zur Errichtung von baulichen Anlagen im Uferbereich gemäß § 81 LWAG, - zur Errichtung von Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen gemäß § 19 g WHG und § 20 LWaG. **Untere Abfallbehörde – Bearbeiter: Herr Scholz** Abfallrechtliche Stellungnahme 1. Für das Plangebiet liegen keine Erkenntnisse über das Vorliegen von Altlasten oder altlastverdächtigen Flächen im Sinne des Bundes-Bodenschutzgesetzes vor. Mit dieser Auskunft wird keine Gewähr für die Freiheit des Grundstücks von Altlasten oder altlastverdächtigen Flächen übernommen. 2. Die Planung hat die Belange einer stets geordneten Abfallentsorgung zu beachten. Dies schließt ggf. Einrichtungen für die Getrennthaltung von Abfällen ein. **Untere Immissionsschutzbehörde – Bearbeiter: Frau Gruhn** Zur weiteren Bearbeitung übergebe ich hiermit meine **immissionsschutzrechtliche** Stellungnahme. Eine Beurteilung der Geruchsimmissionen, welche durch die nordöstlich des Plangebietes befindliche Milchviehanlage des Landwirtschaftsbetriebes Grevesmühlen e. G. hervorgerufen werden, kann durch meine Behörde nicht vorgenommen werden, da es sich bei dem Betrieb um eine Anlage nach § 4 BImSchG[1] handelt. Daher ist diese zuständigkeitshalber durch das STAUN Schwerin einzuholen. Nach Rücksprache mit dem STAUN Schwerin, Abt. Immissionsschutz, Herrn Sahr, sind jedoch die Lärmimmissionen, die durch den landwirtschaftlichen Betrieb im [1] BImSchG - Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 2006 (BGBl. I, Nr. 62, S. 3180)) in Kraft getreten am 1. Januar 2007 Seite: 4	Zu 5. Die Hinweise zu denen die Stellungnahme nicht berechtigt, werden zur Kenntnis genommen. B Zu 1. Es wird berücksichtigt, dass keine Erkenntnisse zu Altlasten vorliegen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit von Altlasten dennoch nicht ausgeschlossen werden kann. Zu 2. Die geordnete Abfallentsorgung ist zu sichern. C Zu 1. Die Erkenntnisse wurden durch eine Geruchsimmissionsprognose derart ergänzt, dass ausgeschlossen werden kann, dass Beeinträchtigungen durch Gerüche entstehen. Zu 2. Die Belange des Lärms vom landwirtschaftlichen Betrieb wurden behandelt. Neben dem ursprünglichen Gutachten wurden neue gutachterliche Ergebnisse zusammengestellt und erarbeitet. Grundlage war eine Erörterung mit dem Landwirtschaftsbetrieb. Daraus werden Vorschläge für die weitere Vorgehensweise getroffen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg **- Die Amtsleiterin -** II.2 Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg Schloßstraße 6 - 8, 19053 Schwerin R | WV | Eilt | 7284 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 04. Nov. 2013 Bgm | HA | KÄ | BA | OA Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Bearbeiter: Frau Ecks Telefon: 0385 588 89 142 Fax: 0385 588 89 190 E-Mail: doerte.ecks@afrlwm.mv-regierung.de AZ: 120-506-56/13 Datum: 25.10.2013 Die angezeigten Planungsabsichten werden nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung gemäß Landesplanungsgesetz, Landesraumentwicklungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern (LEP M-V) und dem Regionalen Raumentwicklungsprogramm Westmecklenburg (RREP WM) beurteilt. **Landesplanerische Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 30 „Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung" der Stadt Grevesmühlen** Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB Ihr Schreiben vom 26.09.2013 (Posteingang 01.10.2013) Ihr Zeichen: 6004./mat **Bewertungsergebnis** Der Bebauungsplan Nr. 30 „Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung" der Stadt Grevesmühlen ist mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar. 1. **Vorgelegte Unterlagen und Planungsziele** Zur Bewertung hat der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 30 bestehend aus Planzeichnung (Stand 09/2013) und Begründung vorgelegen. Mit der vorliegenden Planung möchte die Stadt Grevesmühlen die bau- und planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohnhäusern schaffen. 2. **Raumordnerische Bewertung** Die amtsfreie Stadt Grevesmühlen befindet sich im Landkreis Nordwestmecklenburg. Gemäß RREP WM liegt das Stadtgebiet im ländlichen Raum mit günstiger Wirtschaftsbasis, im Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft, im Tourismusentwicklungsraum und teilweise im Vor- 3.	Zu 1. Die Begründung wird um die Vereinbarkeit der Planung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung ergänzt. Zu 2. Die vorgelegten Unterlagen und die Darlegung von Planungszielen werden zur Kenntnis genommen. Zu 3. Die raumordnerische Bewertung wird in der Begründung ergänzt.	Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	rang- bzw. Vorbehaltsgebiet Naturschutz und Landschaftspflege. Die Stadt Grevesmühlen ist weiterhin als Mittelzentrum eingestuft. Am 31.12.2012 konnten in der Stadt Grevesmühlen 10 621 Einwohner registriert werden. 2.1 Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 30 umfasst Flächen einer ehemaligen Gärtnerei. Durch die Umnutzung dieser Brachfläche werden zunächst Standortreserven der Stadt Grevesmühlen für die Siedlungsentwicklung in Anspruch genommen. Die Planung trägt somit zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden bei und schließt an die bestehende Bebauung an (vgl. Pkt. 4.1 (2), (3) und (5) RREP WM). 3. Raumordnerische Belange stehen dem Bebauungsplan Nr. 30 nicht entgegen. **Abschließende Hinweise** Die landesplanerische Stellungnahme bezieht sich auf die Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung und greift der erforderlichen Prüfung durch die zuständige Genehmigungsbehörde nicht vor. Sie gilt nur solange, wie sich die Beurteilungsgrundlagen für das Vorhaben nicht wesentlich ändern. 4. Die Gebietskörperschaft wird gebeten, ein Exemplar (Text- und Kartenteil) des genehmigten Planes dem Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg zur Übernahme in das Raumordnungskataster gemäß § 19 LPlG zu übersenden. 5. Dr. G. Hoffmann **Verteiler** Landkreis Nordwestmecklenburg, Fachdienst Bauordnung und Planung - per Mail EM VIII 410-1 - per Mail	Zu 4. Der abschließende Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der Beurteilungsgrundlagen ist nicht beabsichtigt. Das Verfahren soll mit dem Satzungsbeschluss beendet werden.	Zu berücksichtigen.
		Zu 5. Die Planunterlagen werden durch die Stadt Grevesmühlen übergeben.	Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg II.3 StALU Westmecklenburg Bleicherufer 13, 19053 Schwerin Stadt Grevesmühlen z. H. Frau Matschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen R | WV | Elit | 2283 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 04. Nov. 2013 Bgm | HA | KA | BA | OA Telefon: 0385 / 59 58 6-124 Telefax: 0385 / 59 58 6-570 E-Mail: Heike.Six@staluwm.mv-regierung.de Bearbeitet von: Heike Six AZ: StALU WM-12c-322-13-Grevesmühlen (Bitte bei Schriftverkehr angeben) Schwerin, 25. Oktober 2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung** Ihr Schreiben vom 26. September 2013 Nach Prüfung der mir übersandten Unterlagen nehme ich in meiner Funktion als Träger öffentlicher Belange und aus fachtechnischer Sicht wie folgt Stellung: **1. Landwirtschaft/EU-Förderangelegenheiten** Die o. g. Planungsunterlagen habe ich aus landwirtschaftlicher Sicht geprüft. Die geplante Maßnahme findet auf einem ehemaligen Gärtnereigelände statt. Es sind lt. Unterlagen keine Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Daher werden keine weiteren Bedenken und Anregungen geäußert. **2. Integrierte ländliche Entwicklung** Als zuständige Behörde zur Durchführung von Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse nach dem 8. Abschnitt des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes und des Flurbereinigungsgesetzes möchte ich mitteilen, dass das Gebiet, auf das sich die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen - für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung - bezieht, in keinem Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse befindet. Bedenken und Anregungen werden deshalb nicht geäußert. 1. 2.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus landwirtschaftlicher Sicht die Unterlagen geprüft wurden und keine Bedenken und Anregungen geäußert werden. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht. Zu 2. Das Plangebiet befindet sich in keinem Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse. Bedenken und Anregungen werden nicht geäußert. Abwägungserhebliche Belange bestehen nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
3.	**3. Naturschutz, Wasser und Boden** 3.1 Naturschutz Von dem Vorhaben sind meine Belange nach §§ 5 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und 40 Abs. 2 Nr. 2 Naturschutzausführungsgesetz (NatSchAG M-V) nicht betroffen. Die Belange anderer Naturschutzbehörden nach §§ 2, 3, 4, 6 und 7 NatSchAG M-V sind zu prüfen. 3.2 Wasser Gewässer erster Ordnung gem. § 48 Abs. 1 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) und wasserwirtschaftliche Anlagen in meiner Zuständigkeit werden nicht berührt, so dass von hier gegen das Vorhaben keine wasserwirtschaftlichen Bedenken bestehen. 3.3 Boden Das Altlasten- und Bodenschutzkataster für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, Goldberger Straße 12, 18273 Güstrow, anhand der Erfassung durch die Landräte der Landkreise und Oberbürgermeister/Bürgermeister der kreisfreien Städte geführt. Entsprechende Auskünfte aus dem Altlastenkataster sind dort erhältlich. Werden in Bewertung dieser Auskünfte oder darüber hinaus durch Sie schädliche Bodenveränderungen, Altlasten oder altlastverdächtige Flächen im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind Sie in Grundlage von § 2 des Gesetzes zum Schutz des Bodens im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbodenschutzgesetz – LBodSchG M-V) verpflichtet, den unteren Bodenschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte hierüber Mitteilung zu machen. **4. Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft** 4.1 Immissions- und Klimaschutz 4.1.1 Genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) Im Planungsbereich und seiner immissionsschutzrelevanten Umgebung ist folgende Anlage bekannt, die nach dem BImSchG durch mich genehmigt wurde: - Landwirtschaftsbetrieb Grevesmühlen e.G. (Anlage zum Halten und zur Aufzucht von Rindern) Diese Anlage genießt Bestandsschutz. Davon ist bei allen weiteren Planungsmaßnahmen auszugehen. Die Geruchsprognose von Mai 2012 (LMS) geht von einem Tierbestand wie auch genehmigt (Gez.: 37/04) vom 03.11.2004 von 818 Rinder- und 90 Kälberplätzen aus. Im April 2010 erfolgte durch den Landwirtschaftsbetrieb e.G. eine Tierplatzerhöhung um 42 Kuhplätze und 35 Jungrinder- bzw. 5 Kälberplätze. Somit ergibt sich ein einzuhaltender Tierbestand von 895 Rinder- und 95 Kälberplätzen. Daher wird empfohlen, das vorliegende Geruchsgutachten an die Tierplätze anzupassen. Sofern dann der Richtwert für ein Allgemeines Wohngebiet ≤ 10 % der Jahresstunden eingehalten wird, kann dem Vorhaben zugestimmt werden. Schallschutztechnisch ergeben sich keine Bedenken.	Zu 3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass Belange des Naturschutzes aus Sicht des StALU nicht betroffen sind. Die anderen Naturschutzbehörden wurden im Verfahren beteiligt (siehe dort).	Zur Kenntnis zu nehmen.
4.		Zu 4. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bestehen keine Bedenken.	Zur Kenntnis zu nehmen.
5.		Zu 5. Die zuständige Behörde wurde im Verfahren beteiligt (siehe dort).	Zur Kenntnis zu nehmen.
6.		Zu 6. Der Hinweis ist bereits in den Planunterlagen enthalten.	Zur Kenntnis zu nehmen.
7.		Zu 7. Der Landwirtschaftsbetrieb Grevesmühlen e.G. wurde in der Planung gutachterlich bewertet und findet Berücksichtigung. Die Begründung wird um die Aussage des Bestandsschutzes ergänzt.	Zu berücksichtigen.
8.		Zu 8. Das vorliegende Geruchsgutachten wurde überarbeitet und an den vorhandenen und hier benannten Tierbestand angepasst. Der Richtwert für ein allgemeines Wohngebiet wird deutlich unterschritten. Es werden 2-3 % der Jahresstunden gutachterlich festgestellt. Die Begründung wird ergänzt.	Zu berücksichtigen.
9.		Zu 9. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich schallschutztechnisch keine Bedenken ergeben.	Zur Kenntnis zu nehmen.

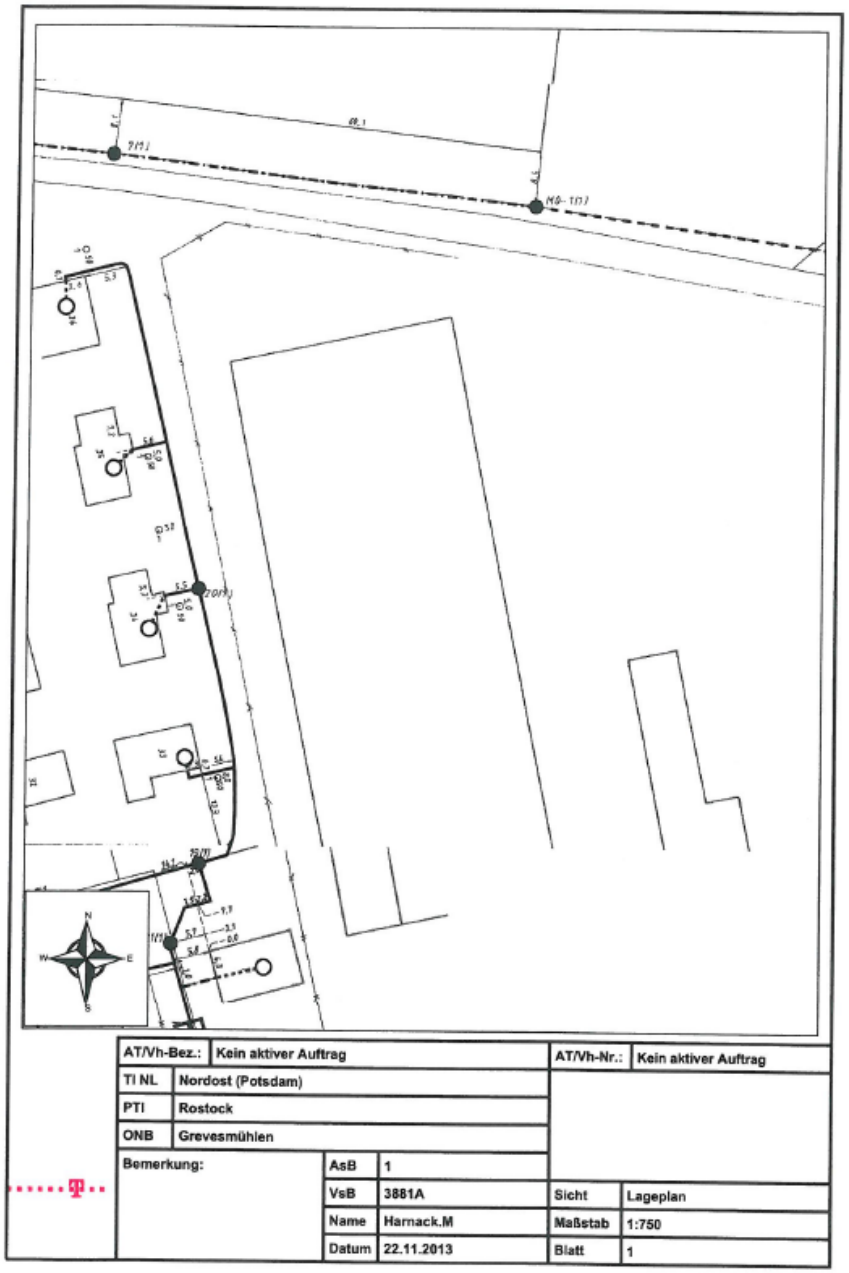
lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	4.1.2 Lärmimmissionen Zur Gewährleistung des Immissionsschutzes sind die schalltechnischen Orientierungswerte für die städtebauliche Planung entsprechend DIN 18005 im Gebiet selbst wie auch in den angrenzenden Gebieten, je nach ihrer Einstufung gemäß Baunutzungsverordnung einzuhalten und nach Möglichkeit zu unterschreiten. Folgende Immissionsrichtwerte „Außen" (Lärm) dürfen nicht überschritten werden: Allgemeine Wohngebiete (WA) tags 55 dB (A) nachts 45 dB (A) bzw. 40 dB (A) Der niedrigere Nachtwert gilt für Gewerbe- und Freizeitlärm sowie für Lärm von vergleichbaren öffentlichen Betrieben. Kurzzeitige Geräuschspitzen müssen vermieden werden, wenn sie die o. g. Richtwerte tags um mehr als 30 dB (A) und nachts um mehr als 20 dB (A) überschreiten. 4.2 Abfall und Kreislaufwirtschaft Alle Baumaßnahmen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass von den Baustellen und fertiggestellten Objekten eine (sach- und umweltgerechte Abfallentsorgung nach den gesetzlichen Bestimmungen) gemeinwohlverträgliche und geordnete Abfallentsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Landkreises Nordwestmecklenburg erfolgen kann. Sollten bei Erdarbeiten Auffälligkeiten wie unnatürliche Verfärbungen bzw. Gerüche des Bodens auftreten, ist der Landrat des Landkreises Nordwestmecklenburg zu informieren. Der Grundstücksbesitzer ist als Abfallbesitzer nach § 15 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubs verpflichtet. Im Auftrag Thomas Friebel 10. 11. 12.	Zu 10. Die allgemeinen Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Schallschutzproblematik wurde gutachterlich dargelegt, die Gewährleistung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse wird nach Umsetzung von aktiven Schallschutzmaßnahmen sichergestellt. Zu 11. Der Hinweis wird in den Planunterlagen (Teil B-Text Hinweise und Begründung) ergänzt. Zu 12. Der Hinweis ist bereits in den Planunterlagen enthalten.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Straßenbauamt Schwerin Straßenbauamt Schwerin · Postfach 16 01 42 · 19091 Schwerin Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Bearbeiter: Herr Müller-Berthold Telefon: 0385/511-4422 Telefax: 0385/511-4150 E-Mail: Matthias.Mueller-Berthold@sbv.mv-regierung.de Geschäftsz: 2220-512-00 Satzung B-Plan 30 Datum: 10.10.2013 **Stellungnahme** **zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung** Sehr geehrte Damen und Herren, bezüglich Ihrer Anfrage vom 26.09.2013 teile ich Ihnen mit, dass von der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 keine Bundes- oder Landesstraßen betroffen sind. Seitens des Straßenbauamtes bestehen somit derzeit keinerlei Bedenken in verkehrlicher, straßenbaulicher und straßenrechtlicher Hinsicht. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Greßmann	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken bestehen. Abwägungserhebliche Belange wurden nicht vorgetragen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	ERLEBEN, WAS VERBINDET. DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH 01059 Dresden Stadt Grevesmühlen GB Bauamt z.H. Frau Matschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen II.8 ZEN IER PTI 23, Martina Harnack IER +49 385 72379560 UM 22.11.2013 FFT Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße Sehr geehrte Frau Matschke, wir bitten die verspätete Bearbeitung zu entschuldigen. die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Wir bitten Sie, die Ihnen überlassene Planunterlage nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben. Die Aufwendungen der Telekom müssen bei der Verwirklichung des Bebauungsplans so gering wie möglich gehalten werden. Deshalb bitten wir, unsere Belange wie folgt zu berücksichtigen: Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden. Wir bitten, die Verkehrsflächen so an die vorhandenen umfangreichen Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH anzupassen, dass diese Telekommunikationslinien nicht verändert oder verlegt werden müssen.	Zu 1. - Zu 2. Die Beauftragung und Bevollmächtigung wird zur Kenntnis genommen. Zu 3. Die vorhandenen Telekommunikationslinien sind bereits in den Planunterlagen dargestellt und beachtet. Zu 4. Die nachfolgend aufgeführten Belange werden in die Abwägung eingestellt. Zu 5. Im Rahmen der Durchführung der Erschließung des Plangebietes erfolgt eine Koordinierung der Straßenbaumaßnahme. Ziel der Stadt Grevesmühlen ist hier ein koordinierter Ablauf und die Einbindung aller Versorgungsträger. Die Koordinierung mit dem Straßenbau erfolgt mit der Realisierung der Erschließung. Ein geeigneter Hinweis erfolgt in der Begründung. Zu 6. Im Plangebiet befinden sich nur zwei Telekommunikationslinien, eine unterirdische im Rosenweg und eine oberirdische in der Klützer Straße. Die unterirdische Telekommunikationslinie befindet sich bereits in einer öffentlichen Verkehrsfläche. Eine Verlegung ist nicht beabsichtigt. Die oberirdische Telekommunikationslinie befindet sich ebenso innerhalb einer öffentlichen Verkehrsfläche, die im Rahmen der Erschließung des Plangebietes noch weiter auszubauen wäre. Die Forderung des Erhalts der oberirdischen Telekommunikationslinie erscheint zweifelhaft.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Teilweise zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	DATUM 22.11.2013 EMPFÄNGER Stadt GVM SEITE 2 Wir machen darauf aufmerksam, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine Versorgung des Bebauungsgebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur in unterirdischer Bauweise nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung sowie einer ausreichenden Planungssicherheit möglich ist. Wir bitten daher sicherzustellen, dass – für den Ausbau des Telekommunikationsliniennetzes im Erschließungsgebiet die ungehinderte, unentgeltliche und kostenfreie Nutzung der künftigen Verkehrswege möglich ist, – entsprechend § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB ein Leitungsrecht (beschränkte persönliche Dienstbarkeit) im Planungsgebiet zugunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn festgesetzt wird, – der Erschließungsträger verpflichtet wird, rechtzeitig verlässliche Angaben zum Zeitpunkt der Bebauung der Grundstücke sowie der Dimensionierung und Nutzung der Gebäude zu liefern, – eine rechtzeitige und einvernehmliche Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt, – die geplanten Verkehrswege in Lage und Verlauf nicht mehr verändert werden. 7. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989; siehe insbesondere Abschnitt 3, zu beachten. Einer Überbauung der Telekommunikationslinien der Telekom stimmen wir nicht zu, weil dadurch der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung verhindert wird und ein erhebliches Schadensrisiko für die Telekommunikationslinie der Telekom besteht. 8. Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten. 9. Die Übergabe der Bestandspläne durch die Deutsche Telekom Technik GmbH an die bauausführende Firma ist kostenpflichtig. Eine kostenlose Trassenauskunft kann über die Internetadresse https://trassenauskunft-kabel.telekom.de eingeholt werden. Dieser Service der Telekom bietet registrierten Anwendern die Möglichkeit Lagepläne der Telekom einzusehen und nach entsprechender Anforderung als PDF-Datei herunterzuladen. 10.	Zu 7. Die allgemeinen Anforderungen der Telekom zur Versorgung des Baugebietes werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Erschließung des Baugebietes beachtet. Es ist beabsichtigt, die öffentlichen Verkehrsflächen für die Verlegung aller Medien zu nutzen. Die Umsetzung der Forderungen erfolgt im Rahmen der Erschließungsplanung. Bedingt durch die öffentlichen Verkehrsflächen geht eine zusätzliche Festsetzung von Leitungsrechten ins Leere und erfolgt nicht. Die Sicherung von Hausanschlüssen obliegt den jeweiligen Grundstückseigentümern. Zu 8. In den Planunterlagen befindet sich ein allgemeiner Hinweis zur Beachtung der Forderungen der Versorgungsträger. Eine Überbauung der vorhandenen Telekommunikationslinien ist bereits mit der öffentlichen Straße Rosenweg erfolgt. Der Umgang mit der oberirdischen Telekommunikationslinie wäre gesondert zu prüfen. Zu 9. Die allgemeinen Hinweise wurden bereits in den Planunterlagen beachtet. Der vorhandene Leitungsbestand ist zu beachten und bei der Ausführung von Bauarbeiten entsprechend zu berücksichtigen. Zu 10. Die Übergabe von Bestandsplänen erfolgt im Rahmen der Realisierung der Erschließungsplanung. In diesem Verfahren ist davon auszugehen, dass die Belange der Telekom im dazugehörigen Beteiligungsverfahren beachtet werden.	Teilweise zu berücksichtigen. Teilweise zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen in der Erschließungsplanung.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	DATUM 22.11.2013 EMPFÄNGER Stadt GVM SEITE 3 Mit freundlichen Grüßen i.A. Martina Harnack Martina Harnack Anlagen: Lageplan Kabelschutzanweisung		


AT/Vh-Bez.: Kein aktiver Auftrag
AT/Vh-Nr.: Kein aktiver Auftrag
TI NL Nordost (Potsdam)
PTI Rostock
ONB Grevesmühlen
Bemerkung:
AsB 1
VsB 3881A
Sicht Lageplan
Name Harnack.M
Maßstab 1:750
Datum 22.11.2013
Blatt 1

Kabelschutzanweisung



Bearbeitet und Herausgegeben von der Telekom Deutschland GmbH

Anweisung zum Schutze unterirdischer Telekommunikationslinien und -anlagen der Telekom Deutschland GmbH bei Arbeiten Anderer

Stand: 21.02.2011

Die im Erdreich verlegten Telekommunikationslinien und Telekommunikationsanlagen der Telekom Deutschland GmbH, sind ein Bestandteil ihres Telekommunikationsnetzes. Sie können bei Arbeiten, die in Ihrer Nähe am oder im Erdreich durchgeführt werden, leicht beschädigt werden. Durch solche Beschädigungen wird der für die Öffentlichkeit wichtige Telekommunikationsdienst der Telekom Deutschland GmbH erheblich gestört. Beschädigungen an Telekommunikationslinien/-anlagen sind nach Maßgabe der § 317 StGB. strafbar, und zwar auch dann, wenn sie fahrlässig begangen werden. Außerdem ist derjenige, der für die Beschädigung verantwortlich ist, der Telekom Deutschland GmbH zum Schadensersatz verpflichtet. Es liegt daher im Interesse aller, die solche Arbeiten durchführen, äußerste Vorsicht walten zu lassen und dabei insbesondere Folgendes genau zu beachten, um Beschädigungen zu verhüten.

1. Bei Arbeiten jeder Art am oder im Erdreich, insbesondere bei Aufgrabungen, Pflasterungen, Bohrungen, Baggern, Setzen von Masten und Stangen, Eintreiben von Pfählen, Bohrern und Dornen, besteht immer die Gefahr, dass Telekommunikationslinien/-anlagen der Telekom Deutschland GmbH beschädigt werden.

2. Telekommunikationslinien/-anlagen der Telekom Deutschland GmbH werden nicht nur in oder an öffentlichen Wegen, sondern auch durch private Grundstücke (z.B. Felder, Wiesen, Waldstücke) geführt. Die Kabel liegen gewöhnlich in einer Tiefe von 60 cm (in Einzelfällen 40 cm) bis 100 cm. Eine abweichende Tiefenlage ist wegen Kreuzungen anderer Anlagen, infolge nachträglicher Veränderung der Deckung durch Straßenumbauten u. dgl. und aus anderen Gründen möglich. Die Kabel können in Röhren eingezogen, mit Schutzhauben aus Ton, mit Mauersteinen usw. abgedeckt, durch Trassenband aus Kunststoff gekennzeichnet oder frei im Erdreich verlegt sein. Röhren, Abdeckungen und Trassenband schützen die Kabel jedoch nicht gegen mechanische Beschädigungen. Sie sollen lediglich den Aufgrabenden auf das Vorhandensein von Kabeln aufmerksam machen (Warnschutz).

Bei Beschädigung von Kabeln[1] der Telekom Deutschland GmbH, kann Lebensgefahr für damit in Berührung kommende Personen bestehen.
Von unbeschädigten Kabeln der Telekom Deutschland GmbH mit isolierender Außenhülle gehen auf der Trasse keine Gefahren aus.

[1] Betrieben werden:
- Telekomkabel -Telekomkabel mit Fernspeisestromkreise
-Kabel (Energiekabel), die abgesetzte Technik mit Energie versorgen

Kabelschutzanweisung

Stand: 21.02.2011

Von Erdern und erdfühlig verlegten Kabeln (Kabel mit metallischem Außenmantel) können insbesondere bei Gewitter Gefahren ausgehen. Gem. DIN VDE 0105 Teil 100, Abschnitt 6.1.2 Wetterbedingungen, sollen bei Gewitter die Arbeiten an diesen Anlagen eingestellt werden.

Glasfaserkabel sind auf der Kabelaußenhülle mit einem ∿ gekennzeichnet. Hier kann es beim Hineinblicken in den Lichtwellenleiter zu einer Schädigung des Auges kommen.
Bei Beschädigung von Telekommunikationslinien/-anlagen gilt immer:
Alle Arbeiter müssen sich aus dem Gefahrenbereich der Kabelbeschädigung entfernen. Die Telekom Deutschland GmbH ist unverzüglich und auf dem schnellsten Wege zu benachrichtigen, damit der Kabelschaden behoben werden kann.

3. Vor der Aufnahme von Arbeiten am oder im Erdreich der unter Ziffer 1 bezeichneten Art ist deshalb entweder über das Internet unter der Adresse https://trassenauskunft-kabel.telekom.de oder bei der für das Leitungsnetz zuständigen Niederlassung festzustellen, ob und wo in der Nähe der Arbeitsstelle Telekommunikationslinien/-anlagen der Telekom Deutschland GmbH liegen, die durch die Arbeiten gefährdet werden können. Die Anschrift der zuständigen Niederlassung und die Telekontakte können sowohl der o. g. Internetadresse als auch dem Telefonbuch entnommen werden.

4. Sind Telekommunikationslinien/-anlagen der Telekom Deutschland GmbH vorhanden, so ist die Aufnahme der Arbeiten der zuständigen Niederlassung rechtzeitig vorher schriftlich, in eiligen Fällen telefonisch voraus, mitzuteilen, damit - wenn nötig, durch Beauftragte an Ort und Stelle - nähere Hinweise über deren Lage gegeben werden können.

5. Jede unbeabsichtigte Freilegung von Kabelanlagen der Telekom Deutschland GmbH ist dieser Niederlassung unverzüglich und auf dem schnellsten Wege zu melden. Freigelegte Kabel sind zu sichern und vor Beschädigung und Diebstahl zu schützen. Die Erdarbeiten sind an Stellen mit freigelegten Kabeln bis zum Eintreffen des Beauftragten der Telekom Deutschland einzustellen.

6. Bei Erdarbeiten in der Nähe von unterirdischen Telekommunikationslinien/-anlagen dürfen spitze oder scharfe Werkzeuge (Bohrer, Spitzhacke, Spaten, Stoßeisen) nur so gehandhabt werden, dass sie höchstens bis zu einer Tiefe von 10 cm über der Telekommunikationslinie/-anlage in das Erdreich eindringen. Für die weiteren Arbeiten sind stumpfe Geräte, wie Schaufeln usw., zu verwenden, die möglichst waagerecht zu führen und vorsichtig zu handhaben sind. Spitze Geräte (Dorne, Schnurpfähle) dürfen oberhalb von Telekommunikationslinien/-anlagen nur eingetrieben werden, wenn sie mit einem von der Spitze nicht mehr als 30 cm entfernten fest angebrachten Teller oder Querriegel versehen sind. Da mit Ausweichungen der Kabellage oder mit breiteren Kabelkanälen gerechnet werden muss, sind die gleichen Verhaltensmaßnahmen auch in einer Breite bis zu 50 cm rechts und links der bezeichneten Kabellage zu beachten. Bei der Anwendung maschineller Baugeräte in der Nähe von Kabeln ist ein solcher Abstand zu wahren, dass eine Beschädigung des Kabels ausgeschlossen ist. Ist die Lage oder die Tiefenlage von Kabeln nicht bekannt, so ist besondere Vorsicht geboten. Gegebenenfalls muss der Verlauf der Kabel durch in vorsichtiger Arbeit herzustellender Querschläge ermittelt werden.

7. In Gräben, in denen Kabel freigelegt worden sind, ist die Erde zunächst nur bis in die Höhe des Kabelauflagers einzufüllen und fest zu stampfen. Dabei ist darauf zu achten, dass das Auflager des Kabels glatt

Kabelschutzanweisung

Stand: 21.02.2011

und steinfrei ist. Sodann ist auf das Kabel eine 10 cm hohe Schicht loser, steinfreier Erde aufzubringen und mit Stampfen fortzufahren, und zwar zunächst sehr vorsichtig mittels hölzerner Flachstampfer. Falls sich der Bodenaushub zum Wiedereinfüllen nicht eignet, ist Sand feinkiesig (Größtkorn 6,3 mm) einzubauen. Durch Feststampfen steinigen Bodens unmittelbar über dem Kabel kann dieses leicht beschädigt werden.

8. Bei der Reinigung von Wasserdurchlässen, um die Kabel herumgeführt sind, sind die Geräte so vorsichtig zu handhaben, dass die Kabel nicht beschädigt werden.

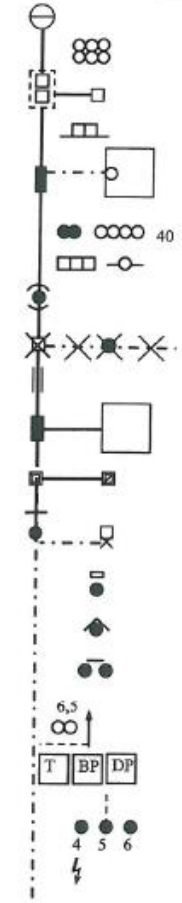
9. Jede Erdarbeiten ausführende Person oder Firma ist verpflichtet, alle gebotene Sorgfalt aufzuwenden. Insbesondere müssen Hilfskräfte genauestens an- und eingewiesen werden, um der bei Erdarbeiten immer bestehenden Gefahr einer Beschädigung von Telekommunikationslinien/-anlagen zu begegnen. Nur so kann sie verhindern, dass sie zum Schadenersatz herangezogen wird.

10. Die Anwesenheit eines Beauftragten der Telekom Deutschland GmbH an der Aufgrabungsstelle hat keinen Einfluss auf die Verantwortlichkeit des Aufgrabenden in Bezug auf die von der Person verursachten Schäden an Kabeln der Telekom Deutschland GmbH. Der Beauftragte der Telekom Deutschland GmbH hat keine Anweisungsbefugnis gegenüber den Arbeitskräften der die Aufgrabung durchführenden Firma.

Kabelschutzanweisung

Erläuterungen der Zeichen und Abkürzungen in den Lageplänen der Telekom Deutschland GmbH

Bearbeitet und Herausgegeben von der Telekom Deutschland GmbH	Stand: 21.02.2011



Vermittlungsstelle

Kabelrohrverband aus 2*3 Kunststoffrohren (lichte Weite 100 mm)
Kabelschacht mit 2 Einstiegsöffnungen
Kabelschacht mit 1 Einstiegsöffnung

Kabelkanal aus Betonformstein mit 2 Zugöffnungen

Abzweigkasten mit Erdkabel zum Abschlusspunkt Linie APL im Gebäude

Querschnittsbild der in einer Trasse verlaufenden Telekommunikationsanlage:
hier: 2 Erdkabel und 4 Kunststoffrohre (lichte Weite 40 mm)
hier: 3 Betonformsteine und 1 Stahlhalbrohr doppelt

Rohr-Unterbrechungsstelle mit Verbindungsstelle, hier: Muffe

Im Erdreich verbliebener Teil eines aufgegebenen Kabelschachtes mit aufgegebenen vorhandenen Erdkabel und aufgegebener vorhandener Verbindungsstelle

Mit Halbrohren bzw Schraubklemmfitting überbrückte Rohr-Unterbrechungsstelle

Abzweigkasten / Unterflurbehälter mit unbelegter Kabelkanal-Hauszuführung

Kabelschacht, verschlossen / Kabelschacht, verschlossen und elektrisch geschützt
Rohrende, Beginn der Erdkabelverlegung
Abzweigmuffe mit Erdkabel zum Telefonhäuschen, -zelle, -haube, -säule, Telestation

Unmittelbar im Erdreich ausgelegtes Telekom-Kabel; abgedeckt
- mit Mauerziegel oder Abdeckplatten, (kann auch doppelt abgedeckt sein)

- mit Kabelabdeckhauben

- mit gelben Trassenband als Warnschutz

2 Kabelschutzrohre aus Kunststoff, Stahl, verzinktem Stahl oder Asbestzement; ab der Strichlinie in Pfeilrichtung 6,5 m lang

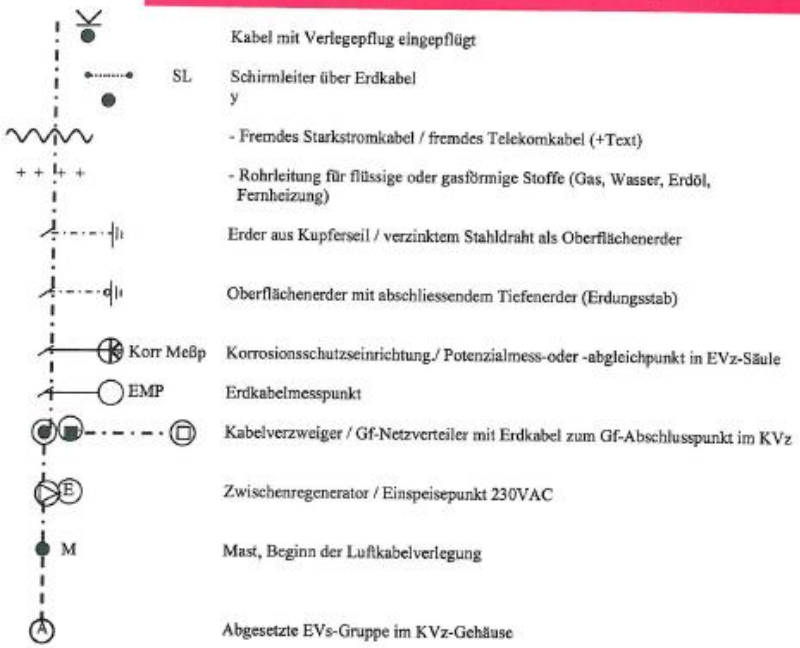
Kabelmarke (aus Kunststoff) oder Kabelmerkstein (aus Beton)

Kennzeichnung der Einmeßachse durch eine Strichlinie, auf die alle Abstand-Maße zum Kabelverband (Kabel Nr. 4 bis 6) bezogen sind.

Hinweis auf Gefährdung durch Fernspeisung, soweit der Grenzwert nach VDE 800, Teil 3 überschritten wird, und Ortsspeisung mit 230 VAC

4 von 5

Kabelschutzanweisung

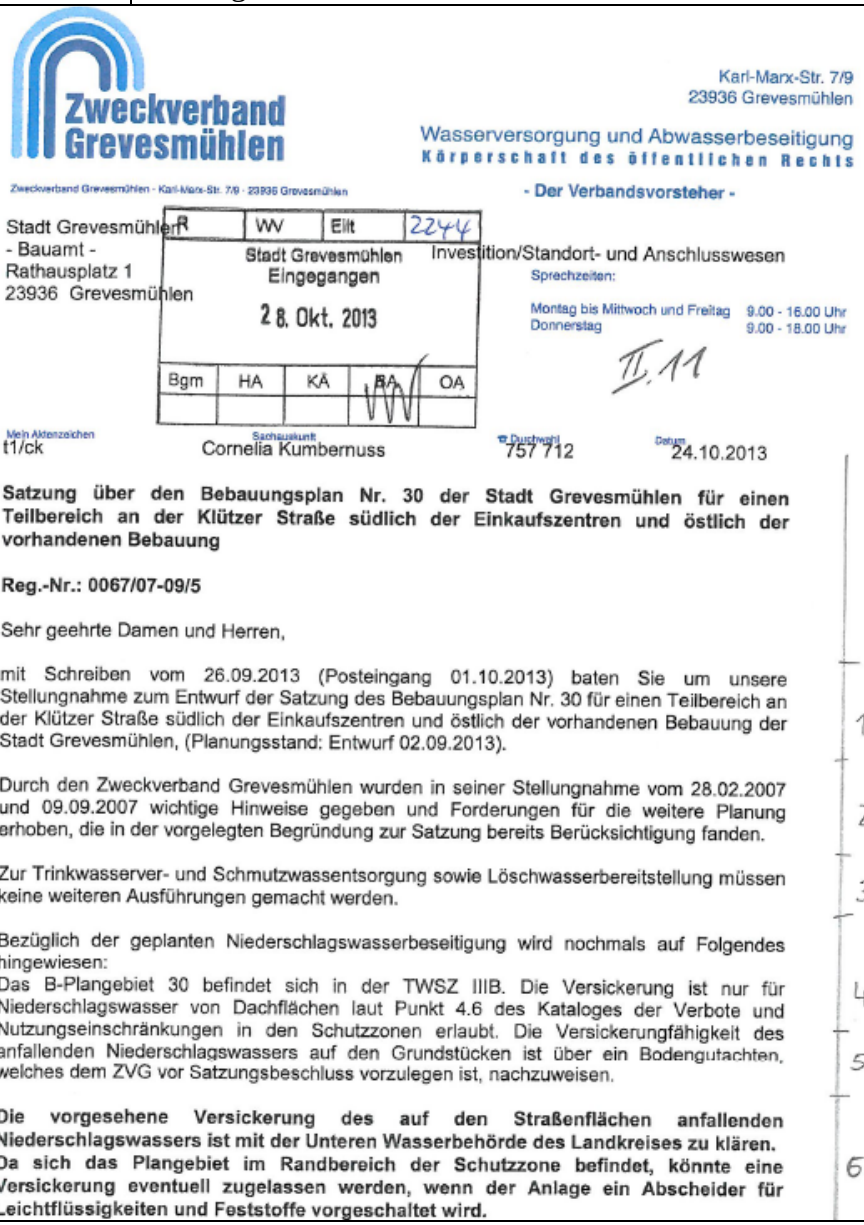


Lediglich die in den Plänen vermerkten Maße (nicht die zeichnerische Darstellung!) geben einen Anhalt für die Lage der dargestellten Telekommunikationsanlagen. Einmessungen an Kabelkanälen beziehen sich auf die Mitte der Abdeckung (Deckel). Alle Maße sind in Meter vermerkt.

Bitte beachten Sie, dass es aufgrund von nachträglicher Bautätigkeit zu Veränderungen in der Verlegetiefe der Kabel kommen kann! Im Bereich von Verbindungsmuffen und Kabelverbänden ist mit größeren Ausbiegungen der Kabellage zu rechnen!

Kreuzungen und Näherungen von Starkstromkabeln und Rohrleitungen sind nur eingezeichnet worden, soweit sie bei Arbeiten an den Telekommunikationsanlagen vorgefunden wurden oder in anderer Weise nachträglich bekanntgeworden sind.

Oberflächenmerkmale und deren Abkürzungen sind der DIN18 702 „Zeichen für Vermessungsrisse, großmaßstäbige Karten und Pläne“ zu entnehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
			

Zweckverband Grevesmühlen
Karl-Marx-Str. 7/9
23936 Grevesmühlen
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
Körperschaft des öffentlichen Rechts
- Der Verbandsvorsteher -
Zweckverband Grevesmühlen - Karl-Marx-Str. 7/9 - 23936 Grevesmühlen

Stadt Grevesmühlen
- Bauamt -
Rathausplatz 1
23936 Grevesmühlen

R | WV | Ellt | 2244
Stadt Grevesmühlen Eingegangen 28. Okt. 2013
Bgm | HA | KÄ | BA | OA

Investition/Standort- und Anschlusswesen
Sprechzeiten:
Montag bis Mittwoch und Freitag 9.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag 9.00 - 18.00 Uhr

II.11

Mein Aktenzeichen: t1/ck
Sachauskunft: Cornelia Kumbernuss
Durchwahl: 757 712
Datum: 24.10.2013

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung

Reg.-Nr.: 0067/07-09/5

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 26.09.2013 (Posteingang 01.10.2013) baten Sie um unsere Stellungnahme zum Entwurf der Satzung des Bebauungsplan Nr. 30 für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung der Stadt Grevesmühlen, (Planungsstand: Entwurf 02.09.2013).

Durch den Zweckverband Grevesmühlen wurden in seiner Stellungnahme vom 28.02.2007 und 09.09.2007 wichtige Hinweise gegeben und Forderungen für die weitere Planung erhoben, die in der vorgelegten Begründung zur Satzung bereits Berücksichtigung fanden.

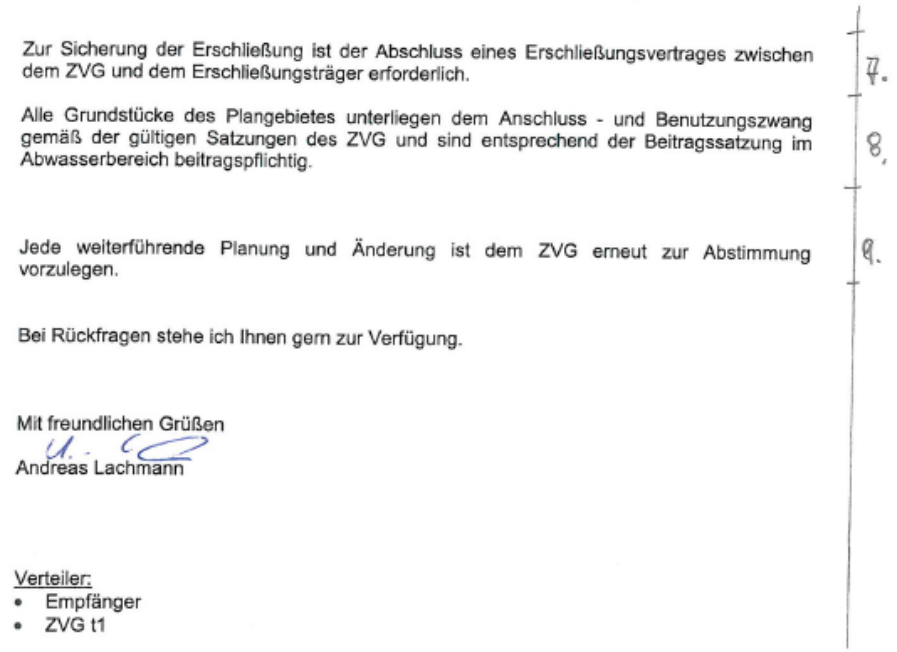
Zur Trinkwasserver- und Schmutzwassentsorgung sowie Löschwasserbereitstellung müssen keine weiteren Ausführungen gemacht werden.

Bezüglich der geplanten Niederschlagswasserbeseitigung wird nochmals auf Folgendes hingewiesen:
Das B-Plangebiet 30 befindet sich in der TWSZ IIIB. Die Versickerung ist nur für Niederschlagswasser von Dachflächen laut Punkt 4.6 des Kataloges der Verbote und Nutzungseinschränkungen in den Schutzzonen erlaubt. Die Versickerungfähigkeit des anfallenden Niederschlagswassers auf den Grundstücken ist über ein Bodengutachten, welches dem ZVG vor Satzungsbeschluss vorzulegen ist, nachzuweisen.

Die vorgesehene Versickerung des auf den Straßenflächen anfallenden Niederschlagswassers ist mit der Unteren Wasserbehörde des Landkreises zu klären. Da sich das Plangebiet im Randbereich der Schutzzone befindet, könnte eine Versickerung eventuell zugelassen werden, wenn der Anlage ein Abscheider für Leichtflüssigkeiten und Feststoffe vorgeschaltet wird.

1. 2. 3. 4. 5. 6.

	Zu 1. -	Zur Kenntnis zu nehmen.
	Zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die bereits abgegeben Stellungnahmen in den vorliegenden Planunterlagen berücksichtigt wurden.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	Zu 3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zur Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung sowie zur Löschwasserbereitstellung keine weiteren Belange dargestellt werden.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	Zu 4. Die Lage des Plangebietes in der Trinkwasserschutzzone III B ist in den Planunterlagen bereits beachtet. Die Verbote und Nutzungseinschränkungen hinsichtlich der Versickerung für Niederschlagswasser von Dachflächen werden ergänzt. Die Wassergebietsschutzverordnung Grevesmühlen-Wotenitz ist darüber hinaus im Bauamt der Stadt Grevesmühlen einzusehen. Dieser Verweis erfolgt in den Planunterlagen.	Zu berücksichtigen.
	Zu 5. Ein Bodengutachten zum Nachweis der Versickerungsfähigkeit des Bodens wurde dem ZVG mit dem Antrag auf Aufnahme in den Geltungsbereich in die Versickerungssatzung vorgelegt.	Zu berücksichtigen.
	Zu 6. Für die Versickerung des Oberflächenwassers der öffentlichen Verkehrsflächen wurde eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde beantragt. Die Ausführung obliegt der technischen Planung, die Gegenstand des Antrages war. Die Aussagen werden in der Begründung ergänzt.	Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	2  Zur Sicherung der Erschließung ist der Abschluss eines Erschließungsvertrages zwischen dem ZVG und dem Erschließungsträger erforderlich. Alle Grundstücke des Plangebietes unterliegen dem Anschluss - und Benutzungszwang gemäß der gültigen Satzungen des ZVG und sind entsprechend der Beitragssatzung im Abwasserbereich beitragspflichtig. Jede weiterführende Planung und Änderung ist dem ZVG erneut zur Abstimmung vorzulegen. Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen Andreas Lachmann Verteiler: • Empfänger • ZVG t1	Zu 7. Die Begründung wird ergänzt, dass der Abschluss eines Erschließungsvertrages zwischen dem ZVG und dem Erschließungsträger erforderlich ist. Zu 8. In der Begründung wird ergänzt, dass alle Grundstücke dem Anschluss- und Benutzungszwang den jeweiligen Satzungen des ZVG unterliegen. Zu 9. Es erfolgten in im Rahmen des Planverfahrens Änderungen der Planung, die mit dem ZVG abgestimmt wurden.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Matschke, Gabriele **Von:** Kuesel, Werner <kuesel@stadtwerke-gvm.de> **Gesendet:** Freitag, 25. Oktober 2013 14:19 **An:** Matschke, Gabriele **Cc:** Burmeister, Bernd **Betreff:** Stellungnahme zur Begründung zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen II.12 Sehr geehrte Damen und Herren, zur o.g. Begründung nehmen wir wie folgt, Stellung: - Tz. 13.5 Die Stadt Grevesmühlen wird über das Netz der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH mit Elektroenergie versorgt. Die EDIS AG betreibt im Stadtgebiet keine der örtlichen Versorgung dienenden Netze. Die im Eigentum der EDIS AG stehenden Netze dienen der überörtlichen Versorgung. Dementsprechend finden sich in den Bestandsunterlagen der EDIS AG auch nur deren Netze. Vorrangig sind die Netze der Stadtwerke Grevesmühlen GmbH zu berücksichtigen, die diese gesondert dokumentieren. 1. - Tz 13.6 Die zur Tz. 13.5 gemachten Bemerkungen gelten analog für die Gasversorgung Grevesmühlen GmbH. Die Netze der E.ON Hanse AG dienen ebenfalls der überörtlichen Versorgung. Wir erklären grundsätzlich unsere Bereitschaft, einen Anschluss des Plangebietes an das vorhandene Gasnetz vorzunehmen. 2. Mit freundlichen Grüßen Werner Küsel Leiter Technik Stadtwerke Grevesmühlen GmbH Grüner Weg 26 23936 Grevesmühlen Tel.: 03881/78 45 62 E-Mail: kuesel@stadtwerke-gvm.de Bankverbindung Sparkasse Mecklenburg Nordwest IBAN DE93 1405 1000 1000 0335 85 BIC NOLADE21WIS Vorsitzender des Aufsichtsrates Jürgen Ditz Geschäftsführer Dipl.-Ing. Heiner Wilms Sitz der Gesellschaft Grevesmühlen HRG Amtsgericht Schwerin HRB 2073 Steuernummer 080/125/00034	Zu 1. Die Begründung wird um die gegebenen Hinweise ergänzt. Zu 2. Die Begründung wird um die gegebenen Hinweise ergänzt. Der Anschluss des Plangebietes an das vorhandene Gasnetz ist möglich.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	e.dis E.DIS AG · Langewahler Straße 60 · 15517 Fürstenwalde/Spree Stadt Grevesmühlen GB Bauamt Frau Matschke Rahthausplatz 1 23936 Grevesmühlen II. 13 E.DIS AG Regionalbereich Mecklenburg-Vorpommern Betrieb Verteilnetze Ostseeküste Am Stellwerk 12 18233 Neubukow www.e-dis.de Postanschrift Neubukow Am Stellwerk 12 18233 Neubukow Jörn Suhrbier T 038294 75-230 T 038294 75-226 joern.suhrbier @e-dis.de Unser Zeichen NR-M-O-NN Neubukow, 15. Oktober 2013 **Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung, Bitte stets angeben: Upl/13/29** Ihr Schreiben vom 26. September 2013, Aktenzeichen: 6004./mat Sehr geehrte Frau Matschke, gegen die o.g. Planung bestehen unserseits keine Bedenken. Als Anlage übersenden wir Ihnen Planungsunterlagen mit unserem eingetragenen Leitungs- und Anlagenbestand. Wir weisen darauf hin, dass diese Eintragungen nur zu Ihrer Information bestimmt sind und keine Einweisung darstellen. Zu unseren vorhandenen elektrischen Betriebsmitteln sind grundsätzlich Abstände nach DIN VDE 0100 und DIN VDE 0101 einzuhalten. Vorhandene und in Betrieb befindliche Kabel dürfen weder freigelegt noch überbaut werden. Zur Gewährleistung der geforderten Mindesteingrabetiefen sind Abtragungen der Oberfläche nicht zulässig. In Kabelnähe ist Handschachtung erforderlich. Sollte eine Umverlegung von Leitungen erforderlich werden, erbitten wir einen rechtzeitigen Antrag, aus welchem die Baugrenzen ersichtlich sind. Auf dieser Grundlage werden wir dem Antragsteller ein Angebot für die Umverlegung unserer Anlagen unterbreiten. 1. 2. 3. 4. Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Thomas König Vorstand: Bernd Dubberstein (Vorsitzender) Manfred Paasch Dr. Andreas Reichel Sitz: Fürstenwalde/Spree Amtsgericht Frankfurt (Oder) HRB 7488 St.Nr. 043/100/00076 Ust.Id. DE 812/729/567 Commerzbank AG	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen die Planung keine Bedenken bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
		Zu 2. Der vorhandene Leitungsbestand wurde bereits bekannt gegeben und in die Planunterlagen nachträglich übernommen. Die Leitungen wurden bereits beachtet.	Zur Kenntnis zu nehmen.
		Zu 3. In den Planunterlagen im Teil B-Text befindet sich bereits der Hinweis, dass der vorhandene Leitungsbestand hinreichend zu berücksichtigen ist. Die Begründung wird um diesen Hinweis noch ergänzt.	Zu berücksichtigen.
		Zu 4. Der Hinweis zu Umverlegungen ist bereits in der Begründung enthalten.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	e.dis Bitte beachten Sie, dass rechtzeitig vor Beginn eventueller Bauarbeiten eine Einweisung durch den Meisterbereich Tel.-Nr.: 038294 75-221 erfolgen muss. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen E.DIS AG i.V. Schr. i.A. Bau Jörn Suhrbier Mario Bauschat **Anlage** Lageplan 5.	Zu 5. Der Hinweis ist bereits in der Begründung enthalten und wird noch um die Telefonnummer ergänzt.	Zu berücksichtigen.

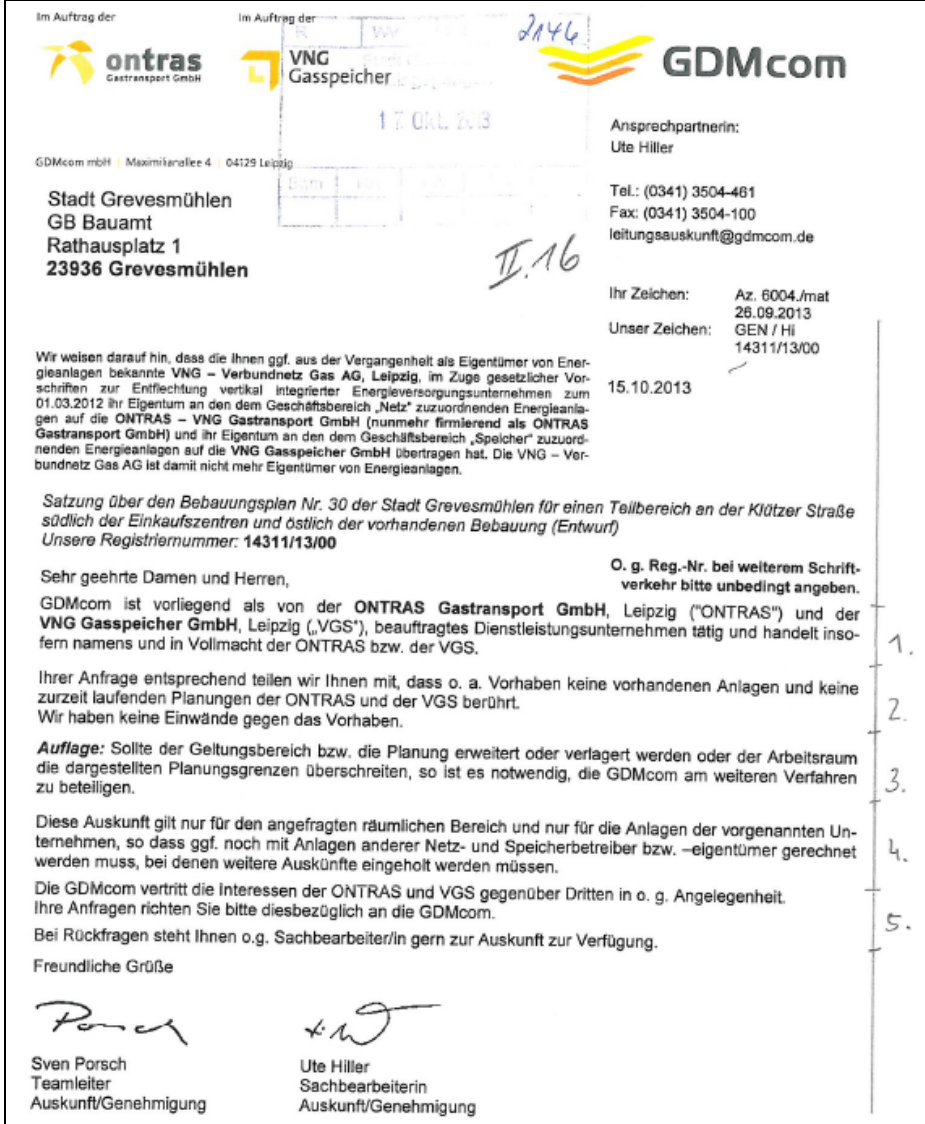
Anlage 1 zum Beschluss 2014-_____- B-Plan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung



lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	e·on Hanse **Leitungsauskunft** II.-14 Stadt Grevesmühlen Frau G. Matschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen E.ON Hanse AG Netzdienste MVP Jägersteg 2 18246 Bützow netzanschluss_nc_mv@eon-hanse.com F 038461-51-2134 Reiner Klukas T +49 38461 51-2127 02.10.2013 (Eingang per E-Mail) **Reg.-Nr.: 129880** (bei Rückfragen bitte angeben) **Baumaßnahme:** Entwurf zum B-Plan Nr.: 30 --Teilbereich an der Klützer Str, südl. der Einkaufszentren u. östl. der vorh. Bebauung--, hier: TöB **Ort:** Stadt Grevesmühlen, Klützer Str./Rosenweg **E.ON Hanse AG** bei Störungen und Gasgerüchen **0385 - 58 975 075** Tag und Nacht besetzt Sehr geehrte Damen und Herren, Aufgrund Ihrer Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass im o. a. Bereich keine Versorgungsanlagen aus dem Verantwortungsbereich der E.ON Hanse AG vorhanden sind. Freundliche Grüße Reiner Klukas 1. Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Thomas König Vorstand: Matthias Boxberger (Vorsitzender) Udo Bottländer Andreas Fricke Sitz Quickborn Amtsgericht Pinneberg HRB5802 PI Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift gültig.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich keine Leitungen aus dem Verantwortungsbereich der E.ON Hanse AG im Plangebiet befinden.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Anmerkungen: Hinweis für die Antragstellung: In dem von Ihnen genannten Bereich befinden sich Anlagen/Leitungen in Rechtsträgerschaft der Gasversorgung Grevesmühlen GmbH. Auf Veranlassung der Gasversorgung Grevesmühlen erfolgt die Antragstellung seit 01.07.1998 für den Bereich Grevesmühlen (einschließlich der zur Zeit gasversorgten Orte Grevesmühlen, Wotenitz, Neu Degtow, Upahl) an folgende Adresse: Gasversorgung Grevesmühlen Grüner Weg 26 23936 Grevesmühlen Die vorliegenden Unterlagen schicken Sie bitte für eine weitere Bearbeitung an die Gasversorgung Grevesmühlen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Gasversorgung Grevesmühlen, Telefon -03881/78450. 2. 3.	Zu 2. Der vorhandene und bekanntgegebene Leitungsbestand der Gasversorgung Grevesmühlen GmbH wurde bereits in den Planunterlagen nachrichtlich dargestellt und somit beachtet. Zu 3. Die Gasversorgung Grevesmühlen GmbH wurde im Verfahren beteiligt (siehe dort).	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	50hertz II.15 50Hertz Transmission GmbH - Eichenstraße 3A - 12435 Berlin Stadt Grevesmühlen Bauamt Frau Matschke Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen R | WV | EP 2088 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 10. Okt. 2013 Bgm | 1A | 2A | 3A | 4A **50Hertz Transmission GmbH** TG Netzbetrieb Eichenstraße 3A 12435 Berlin Datum 08.10.2013 Unsere Zeichen Fr 20130923-0 Ansprechpartner/in Frau Friedrich Telefon-Durchwahl 030-5150-2068 Fax-Durchwahl 030-5150-2707 E-Mail sylvia.friedrich@50hertz.com oder leitungsauskunft@50hertz.com Ihre Zeichen 6004./mat Ihre Nachricht vom 26.09.2013 Vorsitzender des Aufsichtsrates Daniel Dobbeni Geschäftsführer Boris Schucht, Vorsitz Udo Gliegerich Dr. Frank Golletz Dr. Dirk Biermann Sitz der Gesellschaft Berlin Handelsregister Amtsgericht Charlottenburg HRB 84446 Bankverbindung BNP Paribas, NL FFM BLZ 512 106 00 Konto-Nr. 9223 7410 19 DE75 5121 0600 9223 7410 19 BNPADEFF USt.-Id.-Nr. DE813473551 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung** Sehr geehrte Frau Matschke, Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten. Folgende Unterlagen lagen uns von Ihnen zur Einsichtnahme vor: - *Satzung* - *Begründung* Nach Prüfung der Unterlagen können wir Ihnen mitteilen, dass sich im o. g. Plangebiet derzeit keine Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH (u. a. Umspannwerke, Freileitungen und Informationsanlagen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Freundliche Grüße 50Hertz Transmission GmbH i.V. Vehma i.A. Friedrich 1.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangeltungsbereich keine Anlagen der 50 Hertz Transmission GmbH befinden oder in nächster Zeit geplant werden. Es ergeben sich keine abwägungserheblichen Belange.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
			

Im Auftrag der ontras Gastransport GmbH

Im Auftrag der VNG Gasspeicher

GDMcom

2146

17 OKT. 2013

GDMcom mbH | Maximilianallee 4 | 04129 Leipzig

Stadt Grevesmühlen
GB Bauamt
Rathausplatz 1
23936 Grevesmühlen

II.16

Ansprechpartnerin:
Ute Hiller

Tel.: (0341) 3504-461
Fax: (0341) 3504-100
leitungsauskunft@gdmcom.de

Ihr Zeichen: Az. 6004./mat 26.09.2013
Unser Zeichen: GEN / Hi 14311/13/00

15.10.2013

Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. aus der Vergangenheit als Eigentümer von Energieanlagen bekannte **VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig**, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an dem Geschäftsbereich „Netz" zuzuordnenden Energieanlagen auf die **ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH)** und ihr Eigentum an dem Geschäftsbereich „Speicher" zuzuordnenden Energieanlagen auf die **VNG Gasspeicher GmbH** übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümer von Energieanlagen.

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung (Entwurf)
Unsere Registriernummer: **14311/13/00**

O. g. Reg.-Nr. bei weiterem Schriftverkehr bitte unbedingt angeben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

GDMcom ist vorliegend als von der **ONTRAS Gastransport GmbH**, Leipzig ("ONTRAS") und der **VNG Gasspeicher GmbH**, Leipzig („VGS"), beauftragtes Dienstleistungsunternehmen tätig und handelt insofern namens und in Vollmacht der ONTRAS bzw. der VGS.

1.

Ihrer Anfrage entsprechend teilen wir Ihnen mit, dass o. a. Vorhaben keine vorhandenen Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der ONTRAS und der VGS berührt.
Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.

2.

Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, die GDMcom am weiteren Verfahren zu beteiligen.

3.

Diese Auskunft gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Netz- und Speicherbetreiber bzw. –eigentümer gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen.

4.

Die GDMcom vertritt die Interessen der ONTRAS und VGS gegenüber Dritten in o. g. Angelegenheit.
Ihre Anfragen richten Sie bitte diesbezüglich an die GDMcom.

Bei Rückfragen steht Ihnen o.g. Sachbearbeiter/in gern zur Auskunft zur Verfügung.

5.

Freundliche Grüße

Sven Porsch
Teamleiter
Auskunft/Genehmigung

Ute Hiller
Sachbearbeiterin
Auskunft/Genehmigung

	Zu 1. Die Bevollmächtigung wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	Zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände gegen die Planung bestehen.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	Zu 3. Erweiterungen vom Plangeltungsbereich bedürfen grundsätzlich einer erneuten Beteiligung.	Zur Kenntnis zu nehmen.
	Zu 4. Weitere Versorgungsträger wurden im Verfahren beteiligt (siehe dort).	Zur Kenntnis zu nehmen.
	Zu 5. Die Vertretung/Vollmacht wird zur Kenntnis genommen.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
1.	**Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern – Archäologie und Denkmalpflege –** II.18 Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Postfach 11 12 52 19011 Schwerin Stadt Grevesmühlen Der Bürgermeister Bauamt Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen R | WV | Eilt 2344 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 11. Nov. 2013 Bgm | HA | KÄ | BA | OA Ihr Schreiben: 26.09.2013 Ihr Zeichen: 6004./mat Bearbeitet von: Bauleitplanung Telefon: 0385/5 88 79 - 311 Fr. Beuthling 0385/5 88 79 - 312 Fr. Bohnsack 0385/5 88 79 - 313 Hr. Gurny Mein Zeichen: 01-2-NWM/Grevesmühlen, Stadt-30-03 Schwerin, den 08.11.2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufzentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren; erneute Beteiligung der Behörden** Stellungnahme des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege Sehr geehrte Damen und Herren, in der vorliegenden Planung werden die Belange der Baudenkmalpflege und Bodendenkmalpflege berücksichtigt. Weitere Anregungen werden nicht gegeben. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag nachrichtlich an: Untere Denkmalschutzbehörde, NWM gez. Dr. Klaus Winands Landeskonservator Das Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Belange der Bau- und Bodendenkmalpflege bereits berücksichtigt sind.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss

Landesforst
Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Der Vorstand

II.20

Forstamt Grevesmühlen

Forstamt Grevesmühlen · An der B 105 · 23936 Gostorf

Stadt Grevesmühlen
Rathausplatz 1

23936 Grevesmühlen

Stadt Grevesmühlen
Eingegangen
23. Okt. 2013

WV	Eilt	2202

HA	ÖA	BA	OA

Bearbeiter: Herr Lohmann
Telefon: 03881/7599-0
Fax: 03881/7599-17
e-mail: grevesmuehlen@lfoa-mv.de

Aktenzeichen: 7442.3
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Gostorf, 21. Oktober 2013

Ihr Zeichen: 6004./mat
B-Plan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufzentren und östlich der vorhandenen Bebauung
hier: Stellungnahme der Unteren Forstbehörde

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Schreiben vom 26.09.2013 beantragten Sie die forstrechtliche Stellungnahme im o. g. Verfahren.

Im Auftrag der Landesforst MV nehme ich zu o. g. Antrag für den Geltungsbereich des BWaldG und des LWaldG als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Von Seiten der Forstbehörde wird das Einvernehmen für die o. g. Satzung erteilt.

Begründung:
Wald ist von der Planung insoweit nicht betroffen, als dass sich alle geplanten baulichen Anlagen in einem größeren Abstand als 30 m zum Wald befinden.

1.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

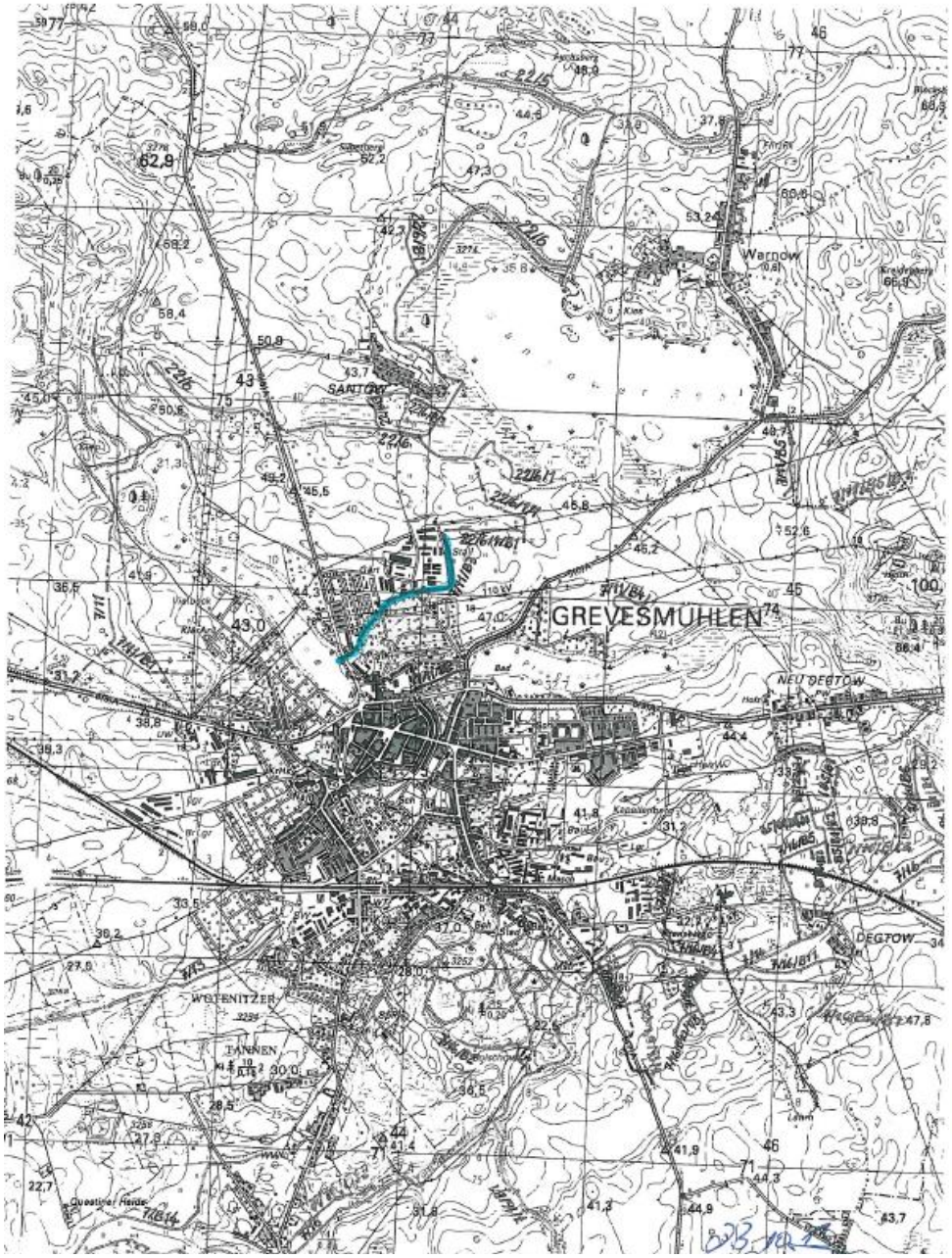
Peter Rabe
Forstamtsleiter

Zu 1.
Es wird zur Kenntnis genommen, dass von Seiten der Forstbehörde das Einvernehmen zur vorliegenden Satzung erteilt wird. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht.

Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Wasser- und Bodenverband Stepenitz-Maurine Körperschaft des öffentlichen Rechts Degtower Weg 1 23936 Grevesmühlen Telefon: 03881 / 2505 und 71 44 15 Telefax: 03881 / 71 44 20 e-mail: WBV-Grevesmuehlen@wbv-mv.de Wasser- und Bodenverband Stepenitz-Maurine, Degtower Weg 1 · 23936 Grevesmühlen **Stadt Grevesmühlen** **Rathausplatz 1** **23936 Grevesmühlen** R | WV | Eilt | 2223 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 24. Okt. 2013 Bgm | HA | KÄ | BA | OA II.24 Ihre Zeichen: 6004./mat · Ihre Nachricht vom: 26.09.13 · Unsere Zeichen: HB/KM · Grevesmühlen, den: 23.10.2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Strasse südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB** Information über die erneute öffentliche Auslegung des Entwurfs nach § 4a Abs. 3 Satz 1BauGB i.V. m.§ 3 Abs. 2 BauGB Erneute Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß 3 4a Abs. 3 BauGB i.V. m. § 4 Abs. 2 BauGB Sehr geehrte Damen und Herren, der Wasser- und Bodenverband Stepenitz- Maurine hat keine grundsätzlichen Bedenken gegen den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen. 1. Die Vorflut für diesen Bereich bildet das Gewässer 7/11/B3, welches sich in der Unterhaltungspflicht des Wasser- und Bodenverbandes Stepenitz –Maurine befindet. Dazu senden wir Ihnen in der Anlage einen topographischen Kartenauszug M 1: 25.000 und ein Luftbild, denen Sie den Verlauf des Gewässers 7/11/B3 entnehmen können. 2. Für die Nutzung von Gewässern zweiter Ordnung zur Ableitung, ist in Abstimmung mit dem Wasser- und Bodenverband gemäß § 7a des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und § 8 des Landeswassergesetzes (LWaG M-V) eine Einleiterlaubnis der zuständigen Wasserbehörde einzuholen. Es ist ein hydraulischer Nachweis zu erbringen, dass die Einleitmenge in die natürliche Vorflut dem derzeit natürlichen Wasserabfluss der Flächen entspricht. 3. Ein möglicher Gewässerausbau des unterirdisch verlaufenden Abschnittes des 7/11/B3 zur Nutzung als Ausgleichspotential sieht der WBV positiv. 4. Diese Stellungnahme berechtigt nicht zur Ausführung jeglicher Arbeiten ohne Zustimmung der unteren Wasserbehörde des Landkreises NWM als unsere Genehmigungsbehörde. 5. Mit freundlichen Grüßen Andrea Bruer Geschäftsführerin Verteiler: untere Wasserbehörde beim Landkreis NWM Anlagen: topographischer Kartenauszug M 1:25000, Luftbild	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass grundsätzlich keine Bedenken gegen den geänderten Entwurf der Planung bestehen. Zu 2. Die Begründung enthält bereits Aussagen zur Vorflut Das Gewässer II. Ordnung befindet sich außerhalb des Plangebietes. Zu 3. Es ist nicht beabsichtigt, das vorhandene Gewässer II. Ordnung für die Ableitung von Oberflächenwasser zu nutzen. Ein hydraulischer Nachweis ist somit nicht erforderlich. Das Niederschlagswasser im Plangebiet soll so vor Ort zur Versickerung gebracht werden. Die Aufnahme des Gebietes in die Versickerungssatzung des ZVG wurde beachtragt. Die Versickerungsfähigkeit des Bodens wurde gutachterlich nachgewiesen. Zu 4. In diesem Planverfahren ist ein möglicher Gewässerausbau nicht beabsichtigt; Ausgleichserfordernisse durch diese Planung bestehen nicht. Die Stadt Grevesmühlen nimmt den Hinweis zur Kenntnis und kann ggf. für andere Maßnahmen, z. B. für den B-Plan Nr. 34 der Stadt Grevesmühlen, der sich im östlichen Anschluss befindet, die vorgeschlagene Maßnahme als Ausgleichspotential nutzen. Zu 5. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Arbeiten an dem Gewässer II. Ordnung sind im Rahmen dieser Planung nicht vorgesehen.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen zum späteren Zeitpunkt. Zur Kenntnis zu nehmen.

Anlage 1 zum Beschluss 2014-_____- B-Plan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung



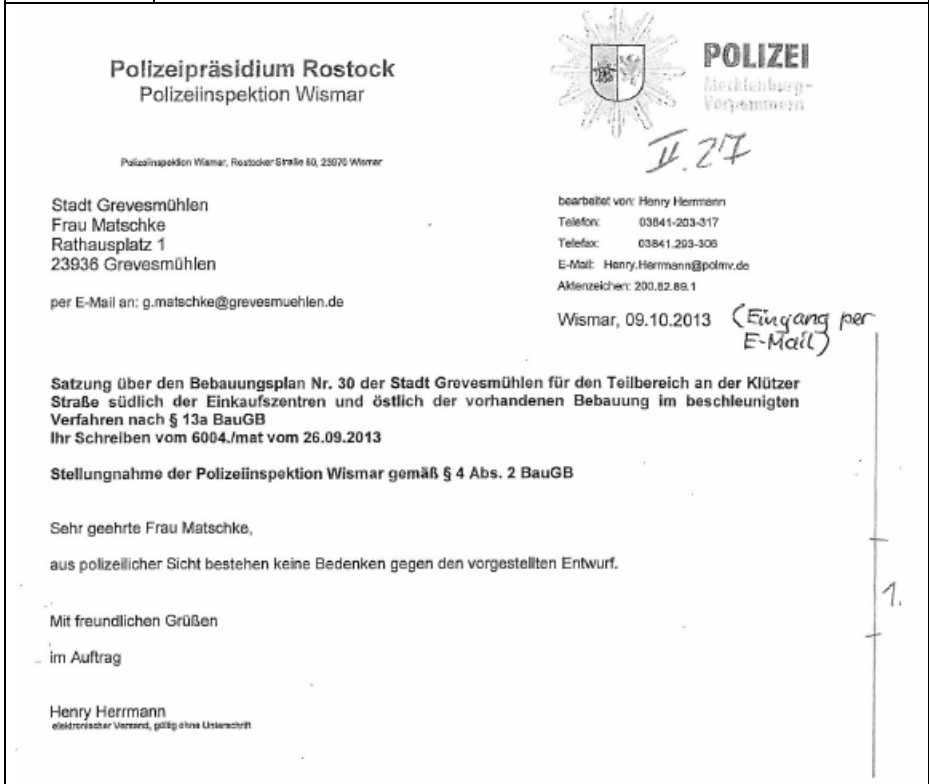


23.10.13

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern **Geschäftsbereich Schwerin** Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern, 19055 Schwerin, Wiesenstraße 4 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen R | WV | Eilt | 2246 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 28. Okt. 2013 Bgm | HA | KÄ | BA | OA II.25 Bearbeiter: L. Michaelis Tel.: 0385 50987251 AZ: SN-B1028-TÖB-05-43.04/2013 Schwerin, 24.10.2013 Beteiligung Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB in der Fassung des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau (EAG Bau) vom 24.06.2004 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung** Ihr Schreiben vom 26.09.2013 mit Anlagen Sehr geehrte Damen und Herren, nach Prüfung der oben genannten Unterlagen teile ich Ihnen mit, dass nach derzeitigem Kenntnisstand für den zum Sondervermögen BBL M-V gehörenden Grundbesitz des Landes Mecklenburg-Vorpommern weder Bedenken zu erheben noch Anregungen vorzubringen sind. 1. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich im Plangeltungsbereich forst-, wasser- oder landwirtschaftliche sowie für Naturschutzzwecke genutzte Landesflächen befinden. Für eventuelle Hinweise und Anregungen zu diesen, gem. § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Modernisierung der Liegenschaftsverwaltung des Landes M-V sowie des Staatlichen Hochbaus vom 17.12.2001 nicht zum Sondervermögen BBL M-V gehörenden Grundstücken sind die jeweiligen Ressortverwaltungen zuständig. 2. Ich gehe davon aus, dass bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eine Einbindung dieser Fachverwaltungen erfolgt ist. Mit freundlichen Grüßen Michael Bleyder Leiter des Geschäftsbereiches Schwerin	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass weder Bedenken noch Anregungen zur Planung vorgetragen werden. Zu 2. Weitere Ressortverwaltungen, sofern sie gemäß TÖB-Erlass zu beteiligen sind, wurden beteiligt. Weitere Stellungnahmen wurden im Verfahren dazu nicht abgegeben. Eine darüber hinaus gehende Einbindung weiterer Fachverwaltungen obliegt dem TÖB BBL M-V selbst.	Zur Kenntnis zu nehmen. Teilweise zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern LPBK M-V, Postfach 10048 Schwerin II.26 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen bearbeitet von: Frau Iwe Telefon: (0385) 2070-2832 Telefax: (0385) 2070-2198 E-Mail: abteilung3@lpbk-mv.de Aktenzeichen: LPBK-Abt3-TÖB-7521 Schwerin, 10. Oktober 2013 – Eingang per EMail **B-Plan 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGb** Ihre Anfrage vom 26.09.2013 Sehr geehrte Damen und Herren, mit Ihrem o. a. Schreiben baten Sie das Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern (LPBK) um eine Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange zu dem im Bezug stehenden Vorhaben. 1. Als Träger der in der Zuständigkeit des Landes liegenden Belange von Brandschutz und Katastrophenschutz nehme ich wie folgt Stellung: Aus der Sicht der landesrelevanten Gefahrenabwehr im Brand- und Katastrophenschutz bestehen keine Bedenken. 2. Um gleichnamige kommunale Belange im Verfahren berücksichtigen zu können, sollten Sie jedoch die sachlich und örtlich zuständige Kommunalbehörde beteiligt haben. 3. Außerhalb der öffentlichen Belange weise ich darauf hin, dass in Mecklenburg-Vorpommern Munitionsfunde nicht auszuschließen sind. 4. Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) der in Rede stehenden Fläche erhalten Sie gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsdienst des LPBK. Ein entsprechendes Auskunftsersuchen empfehle ich rechtzeitig vor Bauausführung! 5.	Zu 1. - Zu 2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus Sicht der landesrelevanten Gefahrenabwehr keine Bedenken bestehen. Zu 3. Die sachlich und örtlich zuständige Kommunalbehörde wurde beteiligt (siehe dort). Zu 4. Der Hinweis ist bereits in den Planunterlagen enthalten. Zu 5. Der Hinweis ist bereits in den Planunterlagen enthalten.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
6.	Rechtshinweis: Gemäß § 70 Abs. 1 Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg – Vorpommern (SOG M-V) ist der Eigentümer einer Sache, die die öffentlichen Sicherheit oder Ordnung stört, für diese Sache verantwortlich. Ihm obliegt die Verkehrssicherungspflicht für sein Eigentum. Der Bauherr ist gemäß § 52 Landesbauordnung Mecklenburg – Vorpommern (LBauO M-V) i.V. m. VOB Teil C / DIN 18299 analog verpflichtet, Angaben zu vermuteten Kampfmitteln im Bereich der Baustelle zu machen sowie Ergebnisse von Erkundungs- und Beräumungsmaßnahmen mitzuteilen. Im Weiteren wird an dieser Stelle auf die **Pflichten des Bauherren und des Bauunternehmers** gemäß §§ 4 und 5 Arbeitsschutzgesetz, der BGR 161 „Arbeiten im Spezialtiefbau" Punkte 4.1.2. „Gefährdungsermittlung und Unterweisung", 4.1.8. „Maßnahmen vor Arbeitsbeginn" sowie der BGI 5103 „Tiefbauarbeiten" Punkte B 141 „Rammen", B 142 „Bohrgeräte im Spezialtiefbau", D 150 „Arbeiten in kontaminierten Bereichen" verwiesen. Hiernach sind vor Baubeginn Erkundungen über eine mögliche Kampfmittelbelastung des Baufeldes einzuholen. Ein Pflichtverstoß kann zu Schadensersatzansprüchen führen. Im Schadensfall, d.h. bei der Explosion eines Munitionskörpers kann auch § 319 StGB „Baugefährdung" herangezogen werden. Mit freundlichen Grüßen im Auftrag gez. Eva Iwe (elektronisch versandt, gültig ohne Unterschrift)	Zu 6. Die allgemeinen Rechtshinweise werden zur Kenntnis genommen und sind im nachfolgenden Verfahren beachtlich. Gesetze und Verordnungen sind ohnehin einzuhalten.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
		Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken bestehen. Es ergeben sich keine abwägungserheblichen Belange.	Zur Kenntnis zu nehmen.

Polizeipräsidium Rostock
Polizeiinspektion Wismar

POLIZEI Mecklenburg-Vorpommern

IV. 27

Polizeiinspektion Wismar, Rostocker Straße 80, 23970 Wismar

Stadt Grevesmühlen
Frau Matschke
Rathausplatz 1
23936 Grevesmühlen

per E-Mail an: g.matschke@grevesmuehlen.de

bearbeitet von: Henry Herrmann
Telefon: 03841-203-317
Telefax: 03841.203-306
E-Mail: Henry.Herrmann@polmv.de
Aktenzeichen: 200.82.89.1

Wismar, 09.10.2013 (Eingang per E-Mail)

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für den Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
Ihr Schreiben vom 6004./mat vom 26.09.2013

Stellungnahme der Polizeiinspektion Wismar gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Frau Matschke,

aus polizeilicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen den vorgestellten Entwurf.

1.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Henry Herrmann
elektronischer Versand, gültig ohne Unterschrift

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen **Der Bürgermeister** SG Ordnungsangelegenheiten Zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Plüschow, Roggenstorf, Rüting, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow Stadt Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23936 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Bauamt Frau Matschke Rathausplatz 01 23936 Grevesmühlen II.78 Zimmer: 1.2.04 GB Hauptamt Es schreibt: Thomas Heinze Durchwahl: 03881 / 723225 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de t.heinze@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: Datum: 13.12.2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen** **Stellungnahme der FF Grevesmühlen zur Löschwasserversorgung** Sehr geehrte Frau Matschke, am südwestlichen und am nordöstlichen Rand des B-Plangebietes befinden sich jeweils ein Unterflurhydrant des Zweckverbandes auf einer 100er Leitung, deren Durchflussmengen bei 1,5 bar Vordruck mit mehr als 48 m³ je Stunde im Hydrantenverzeichnis vom 30.01.2013 angegeben sind. Würden diese Durchflussmengen tatsächlich zu jeder Zeit erreicht werden, wäre das ausreichend für den Grundschutz gemäß § 2 (1) Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz M-V vom 04.03.2009. Weil es im benachbarten Rosenweg einen leistungsstärkeren Hydranten gibt, der für die Löschwasserversorgung dieses Wohngebietes besser geeignet ist, war es bis jetzt nicht notwendig, die beiden Hydranten in die Nutzungsvereinbarung zwischen dem Zweckverband und der Stadt aufzunehmen. Deshalb konnten die ausgewiesenen Durchflussmengen bisher von der FF Grevesmühlen nicht praktisch überprüft werden. Zur Absicherung der Löschwasserversorgung im Gebiet des B-Planes müssen für diese beiden Hydranten nun aktuelle Messprotokolle vom Zweckverband angefordert werden, die ihre Eignung zur Gewährleistung des Grundschutzes zweifelsfrei belegen. Wenn das gegeben ist, müssen sie in die für andere Hydranten bestehende Nutzungsvereinbarung aufgenommen werden. Im Nordosten gibt es außerdem in einer Entfernung von etwa 300 Metern einen DIN – gerechten Löschteich, dem im Notfall zusätzlich zu den Hydranten Wasser entnommen werden kann. Wegen der relativ langen Strecke, die sich im Grenzbereich des Vertretbaren befindet, und seiner Sicherungsfunktion für andere Objekte, ist er allein zur Absicherung des Grundschutzes im B-Plangebiet nicht geeignet Mit freundlichem Gruß im Auftrag Thomas Heinze SGL Ordnungsangelegenheiten 1. 2. 3. 4.	Zu 1. Die Löschwasserversorgung des Plangebietes könnte nach Aussage der Stadt Grevesmühlen, die für die Gewährleistung und Sicherung der Löschwasserbereitstellung des Grundschutzes verantwortlich ist, über zwei vorhandene Unterflurhydranten des ZVG gesichert werden. Die Durchflussmenge bei 1,5 bar Vordruck ist mit mehr als 48 m³/h im Hydrantenverzeichnis vom 30.01.2013 angegeben. Zu 2. Die Löschwasserversorgung des angrenzenden Wohngebietes Rosenweg ist über einen anderen leistungsstarken Hydranten gesichert, für den auch eine Nutzungsvereinbarung mit dem ZVG besteht. Die Sicherung der Löschwasserbereitstellung für den Grundschutz im angrenzenden Plangebiet wird zur Kenntnis genommen. Zu 3. Für die mögliche Absicherung der Löschwasserbereitstellung des Grundschutzes hat die Stadt Grevesmühlen Varianten untersucht. Vor Satzungsbeschluss wäre die Absicherung dieser Varianten durch die Stadt Grevesmühlen durchzuführen und die bestehende Nutzungsvereinbarung mit dem ZVG um die zusätzlichen Hydranten, sofern diese für die Löschwasserbereitstellung und Sicherung geeignet sind, zu erweitern. Sollte dies nicht möglich sein, ist die Sicherung der Löschwasserbereitstellung erneut zu prüfen und zu gewährleisten. Zu 4. Der im Nordosten in einer Entfernung von ca. 300 m zum Plangebiet gelegene Löschteich wird zur Ergänzung der Löschwassersicherung des Grundschutzes betrachtet und dient nicht ausschließlich zur Absicherung des Grundschutzes.	Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	LANDESANGLERVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN e.V. – gesetzlich anerkannter Naturschutzverband – Landesanglerverband M-V e.V. · Siedlung 18a · 19065 Görslow 2113 II.29 Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Eingegangen 14 Okt. 2013 Ihre Zeichen / Ihre Nachricht vom / Unsere Zeichen Fr / Datum 07.10.2013 Rechtsetzungsverfahren zum Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB Stellungnahme Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der von uns wahrzunehmenden Belange (Boden, Wasser und aquatische Fauna und Flora) bestehen keine Einwände gegen den o.a. Bebauungsplan. Natürliche stehende oder fließende Oberflächengewässer sind im Plangebiet nicht vorhanden. Im Plangeltungsbereich gibt es ebenfalls keine Restriktionen aus Landschaftsschutzgebieten, EU-Vogelschutz- bzw. FFH-Gebieten. Somit sind erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushalts aus Sicht der von uns zu bewertenden Belange nicht zu erwarten. Beabsichtigte oder bereits eingeleitete Maßnahmen für diese Fläche liegen seitens des Landesanglerverbandes M-V e.V. nicht vor. Mit freundlichen Grüßen i.A. Horst Friedrich Dipl.-Ing. 1. 2. 3.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände gegen die Planung aus Sicht des Anglerverbandes bestehen. Zu 2. Aus Sicht des Anglerverbandes sind keine erheblichen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes zu erwarten. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich somit nicht. Zu 3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass Maßnahmen des Anglerverbandes auf dieser Fläche nicht vorgesehen sind.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Hermann Wittig 19055 Schwerin, am 15. 11. 2013 Klein Medewege 1 Tel. 0385/4781441 R | WV | Eilt 1600 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 21. Nov. 2013 Bgm | HA | KÄ | BA | OA II.30 Stadt Grevesmühlen GB Bauamt Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Betr.: Satzung zum Bebauungsplan Nr.30 für einen Teilbereich in der Klützer Straße in Grevesmühlen erneuter Entwurf Akz:6004./mat Sehr geehrte Frau Matschke. Die Unterlagen zur Innerstädtischen Bebauung haben wir dankend im Namen des Kreisjagdverbandes Nordwestmecklenburg erhalten.Jagdliche Interessen sind wegen der Innerstädtischen Bebauung nicht zu erwarten. Als größter anerkannter Naturschutzverband vermissen wir jedoch eine planerische Vorgabe für die Begrünung zur Straßenfront in Planzeichnung Teil A.Sie wollen dies bitte ergänzen lassen. Mit freundlichen Grüßen Im Namen des Kreisjagdverbandes Nordwestmecklenburg	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine jagdlichen Interessen betroffen sind. Zu 2. Regelungen zur Begrünung der Straßenfront sind in den textlichen Festsetzungen unter Punkt 6 der örtlichen Bauvorschriften – Einfriedungen enthalten. Sie ergeben sich darüber hinaus durch die Regelung zu Garagen und überdachten Stellplätzen unter Punkt 4 der textlichen Festsetzungen. Diese sind zwischen Straßenbegrenzungslinie und straßenseitiger Baugrenze (Baulinie) ausgeschlossen. Zusätzlich wurden Festsetzungen zur Begrünung von Abfallbehältern getroffen. Es wurden ebenso Festsetzungen zu Anpflanzungen auf öffentlichen Flächen getroffen. Die Baumstandorte sind in der Ausführungsplanung festzulegen. Die getroffenen Festsetzungen erachtet die Stadt Grevesmühlen als ausreichend. Es handelt sich um einen Einfamilienhausstandort mit einer Mindestgrundstücksgröße von 500 m², so dass die jeweiligen Grundstückseigentümer ihre Grundstücke individuell begrünen können.	Zur Kenntnis zu nehmen. Nicht zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen **Der Bürgermeister** Zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Plüschow, Roggenstorf, Rüting, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow Für die Gemeinde Bernstorf Stadt Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23936 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen III.1 Fachbereich: GB Bauamt Zimmer: 2.1.10 Es schreibt Ihnen: Frau Matschke Durchwahl: 03881 723 165 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de g.matschke@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: 6004.mat Datum: 08.10.2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB** **hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zum erneuten Entwurf (Stand: 02.09.2013)** Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Bernstorf bestehen keine Anregungen zum o.g. Entwurf. Wahrzunehmende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung der Stadt Grevesmühlen mit dem o.g. Bebauungsplan nicht berührt. 1. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag i. V. L. Prahler Leiter Bauamt	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass nachbarschaftliche Belange nicht berührt werden. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen **Der Bürgermeister** Zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Plüschow, Roggenstorf, Rüting, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow Für die Gemeinde Börzow Stadt Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23936 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen III. 2 Fachbereich: GB Bauamt Zimmer: 2.1.10 Es schreibt Ihnen: Frau Matschke Durchwahl: 03881 723 165 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de g.matschke@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: 6004.mat Datum: 08.10.2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB** **hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zum erneuten Entwurf (Stand: 02.09.2013)** Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Börzow bestehen keine Anregungen zum o.g. Entwurf. Wahrzunehmende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung der Stadt Grevesmühlen mit dem o.g. Bebauungsplan nicht berührt. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag L. Prahler Leiter Bauamt 1.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass nachbarschaftliche Belange nicht berührt werden. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen **Der Bürgermeister** Zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Plüschow, Roggenstorf, Rüting, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow Für die Gemeinde Warnow Stadt Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23936 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen IV.3 Fachbereich: GB Bauamt Zimmer: 2.1.10 Es schreibt Ihnen: Frau Matschke Durchwahl: 03881 723 165 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de g.matschke@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: 6004.mat Datum: 08.10.2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB** **hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zum erneuten Entwurf (Stand: 02.09.2013)** Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Warnow bestehen keine Anregungen zum o.g. Entwurf. Wahrzunehmende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung der Stadt Grevesmühlen mit dem o.g. Bebauungsplan nicht berührt. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag L. Prahler Leiter Bauamt 1.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass nachbarschaftliche Belange nicht berührt werden. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen **Der Bürgermeister** Zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Plüschow, Roggenstorf, Rüting, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow Für die Gemeinde Plüschow Stadt Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23936 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen III. 4 Fachbereich: GB Bauamt Zimmer: 2.1.10 Es schreibt Ihnen: Frau Matschke Durchwahl: 03881 723 185 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de g.matschke@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: 6004.mat Datum: 08.10.2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB** **hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zum erneuten Entwurf (Stand: 02.09.2013)** Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Plüschow bestehen keine Anregungen zum o.g. Entwurf. Wahrzunehmende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung der Stadt Grevesmühlen mit dem o.g. Bebauungsplan nicht berührt. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag L. Prahler Leiter Bauamt	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass nachbarschaftliche Belange nicht berührt werden. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen **Der Bürgermeister** Zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Plüschow, Roggenstorf, Rüting, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow Für die Gemeinde Upahl III. 5 Stadt Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23936 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Fachbereich: GB Bauamt Zimmer: 2.1.10 Es schreibt Ihnen: Frau Matschke Durchwahl: 03881 723 165 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de g.matschke@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: 6004.mat Datum: 08.10.2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB** **hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zum erneuten Entwurf (Stand: 02.09.2013)** Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Upahl bestehen keine Anregungen zum o.g. Entwurf. Wahrzunehmende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung der Stadt Grevesmühlen mit dem o.g. Bebauungsplan nicht berührt. 4. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag L. Pahler Leiter Bauamt	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass nachbarschaftliche Belange nicht berührt werden. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen **Der Bürgermeister** Zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Pläschow, Roggenstorf, Rüting, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow Für die Gemeinde Gägelow III.6 Stadt Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23936 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen Fachbereich: GB Bauamt Zimmer: 2.1.10 Es schreibt Ihnen: Frau Matschke Durchwahl: 03881 723 165 E-Mail-Adresse: info@grevesmuehlen.de g.matschke@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: 6004.mat Datum: 15.10.2013 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB** **hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zum erneuten Entwurf (Stand: 02.09.2013)** Sehr geehrte Damen und Herren, von Seiten der Gemeinde Gägelow bestehen keine Anregungen zum o.g. Entwurf. Wahrzunehmende nachbarschaftliche Belange werden durch die Planung der Stadt Grevesmühlen mit dem o.g. Bebauungsplan nicht berührt. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag i.V. L. Prahler Leiter Bauamt 1.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass nachbarschaftliche Belange nicht berührt werden. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Amt Klützer Winkel Schloßstraße 1 23948 Klütz **BESCHLUSSAUSZUG** III.4 **der Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Damshagen vom 27.11.2013** **Protokoll vom öffentlichen Teil der Sitzung** **zu 11 Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufzentren und östlich der vorhandenen Bebauung** **Hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde** **Vorlage: GV Damsh/13/7772** **Beschluss:** Die Gemeindevertretung der Gemeinde Damshagen beschließt zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufzentren und östlich der vorhandenen Bebauung weder Anregungen noch Bedenken zu äußern. A **Abstimmungsergebnis:** gesetzl. Anzahl der Vertreter: .11 davon anwesend: .11 Zustimmung: .11 Ablehnung: .0 Enthaltung: .0 Befangenheit: .0 F. d. R. d. A. i. A. S. Seemann Verw.-fachangestellte	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen und Bedenken geäußert werden. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Amt Klützer Winkel Schloßstraße 1 23948 Klütz Klütz, 16.12.2013 III.8 **Beschlussauszug** **Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Hohenkirchen vom 11.12.2013** Öffentlicher Teil **8 Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufzentren und östlich der vorhandenen Bebauung im beschleunigten Verfahren** **Hier: Stellungnahme als Nachbargemeinde** **Vorlage: GV Hokir/13/7777** **Beschluss:** Die Gemeindevertretung der Gemeinde Hohenkirchen beschließt zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufzentren und östlich der vorhandenen Bebauung weder Anregungen noch Bedenken zu äußern. **Abstimmungsergebnis:** gesetzl. Anzahl der Vertreter: .13 davon anwesend: .11 Zustimmung: .11 Ablehnung: .0 Enthaltung: .0 Befangenheit: .0 F.d.R.d.A. i.A. Arné Longerich	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen und Bedenken geäußert werden. Abwägungserhebliche Belange ergeben sich nicht.	Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	An: Matschke, Gabriele **Cc:** Gielow, Heike **Betreff:** Nachtrag zur Geruchsprognose B-Plan Nr.30 "Wohngebiet Mühlenblick" vom 16.05.2012 Sehr geehrte Frau Matschke, die Hinweise meiner immissionsschutzrechtlichen Stellungnahme vom 16.10.2013 zum B-Plan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen „Wohngebiet Mühlenblick" hinsichtlich der Geruchsemissionen wurden im Nachtrag zur Geruchsprognose B-Pl. Nr. 30 vom 16.05.2012 der LMS mit Datum vom 20.12.2013 berücksichtigt. Es erfolgte eine Beschreibung der Nutzung der einzelnen Hallen, der südlichen Silagefläche sowie der Lagerbehälter. Außerdem wurden die südlich gelegene Fahrsilofläche als Emissionsquelle und die erhöhten Tierplatzzahlen gemäß der Stellungnahme des StALU WM bei der Ermittlung der Beurteilungsflächenwerte berücksichtigt. Dabei kommt die LMS zu dem Ergebnis, dass im Bereich des B-Planes Nr. 30 die prognostizierten Beurteilungsflächenwerte mit 2 bis 3 % der Jahresstunden deutlich unter dem Immissionswert der Geruchsimmissions-Richtlinie M-V für Wohn-/Mischgebiete von 10 % der Jahresstunden liegen. Somit haben sind die immissionsschutzrechtlichen Hinweise durch die Stadt Grevesmühlen ihre Berücksichtigung gefunden. Mit freundlichen Grüßen Kerstin Warda Landkreis Nordwestmecklenburg Fachdienst Umwelt untere Immissionsschutzbehörde Post: 23970 Wismar, Rostocker Straße 76 Haus: 23936 Grevesmühlen, Börzower Weg 3, Zi. 4.203 Tel.: 03841-3040-6641 Sek.: 03841-3040-6601 Fax.: 03841-3040-86641 www.nordwestmecklenburg.de k.warda@nordwestmecklenburg.de	Zu 1. Die Stadt Grevesmühlen hat eine Präzisierung der vorhandenen Geruchsprognose vom 16.05.2012 beauftragt und mit Datum vom 20.12.2013 der zuständigen Behörde mit Bitte um Prüfung und erneute Stellungnahme vorgelegt. Das Gutachten kommt unter Beachtung der Tierplatzerhöhung zu dem Ergebnis, dass die prognostizierten Beurteilungsflächenwerte mit 2-3 % der Jahresstunden deutlich unter dem Richtwert für allgemeine Wohngebiete von 10 % der Jahresstunden liegen. Die Begründung wird um den Sachverhalt ergänzt. Die Werte für ein allgemeines Wohngebiet werden deutlich auch unter Beachtung der Tierplatzerhöhung unterschritten.	Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Landkreis Nordwestmecklenburg **Die Landrätin** untere Wasserbehörde IV 2 Landkreis Nordwestmecklenburg • Postfach 1565 • 23958 Wismar Stadt Grevesmühlen Bauamt Rathausplatz 1 23936 Grevesmühlen R WV SW 179 Stadt Grevesmühlen Eingegangen 03. Feb. 2014 Tgm HA Auskunft erteilt Ihnen: Frau Hüls Dienstgebäude: Börzower Weg 3, 23936 Grevesmühlen Zimmer 4.207 Telefon 03841-3040 6614 Fax 03841-3040 86614 E-Mail: k.huels@nordwestmecklenburg.de Unser Zeichen: 66.11-20/20-74026-126-13 Ort, Datum: Grevesmühlen, den 16.01.2014 **Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen** hier: Beseitigung des anfallenden Niederschlagswassers Ihr Schreiben vom 14.01.2014 (per mail) Sehr geehrte Frau Matschke, das in der Stellungnahme zum B-Plan (erneuter Entwurf vom 2.9.2013) geforderte Konzept zur Niederschlagswasserbeseitigung wurde der unteren Wasserbehörde in Form einer Entwurfsplanung zur Entwässerung mit einem Baugrundgutachten vorgelegt. Die grundsätzliche Möglichkeit zur Versickerung wurde mit dem Gutachten festgestellt. Die Differenzierung zwischen der Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers von der öffentlichen Verkehrsfläche und den privaten Grundstücken ist aus Sicht der unteren Wasserbehörde richtig. Für die Versickerung des gefassten Niederschlagswassers der öffentlichen Verkehrsflächen über Rohrrigolen ist eine Einleiterlaubnis bei der unteren Wasserbehörde durch die Stadt Grevesmühlen zu beantragen. Die Versickerungsmöglichkeit des unbelasteten Niederschlagswassers der Dachflächen und befestigten Flächen der Grundstücke ist mit dem vorgelegten Baugrundgutachten nachgewiesen. Ich gehe davon aus, dass die Planung zur Versickerung auf den privaten Grundstücken mit dem beseitigungspflichtigen ZVG abgestimmt ist. In dem B-Plan sind **die Flächen** für die dezentrale Abwasserbeseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 9 Abs. 1 BauGB auszuweisen und festzustellen (siehe Urteil vom 30.08.2001, 4 CN 9/00). Einer Versickerung des unbelasteten Niederschlagswassers steht die WSGVO Grevesmühlen-Wotenitz[1] nicht entgegen. 1. 2. 3. 4. 5.	Zu 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Forderungen der unteren Wasserbehörde nach einem Entwässerungskonzept in Verbindung mit dem gutachterlichen Nachweis der Versickerungsfähigkeit des anstehenden Bodens erfüllt wurden. Es wurde gutachterlich nachgewiesen, dass die grundsätzliche Möglichkeit zur Versickerung gegeben ist. Zu 2. Die Differenzierung zwischen der Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers von den öffentlichen Verkehrsflächen und den privaten Grundstücksflächen wird entsprechend den Ausführungen der technischen Planung ergänzt. Der Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis für die Versickerung des gefassten Niederschlagswassers der öffentlichen Verkehrsflächen ist bei der unteren Wasserbehörde zu stellen. Eine Entscheidung dazu ist vor Satzungsbeschluss erforderlich. Zu 3. Die Stadt Grevesmühlen hat am 05.02.2014 einen Antrag auf Aufnahme der im Plangebiet gelegenen Grundstücke in den Geltungsbereich der Versickerungssatzung auf der Grundlage des vorliegenden Fachgutachtens gestellt. Die Planung zur Versickerung ist somit mit dem ZVG abgestimmt. Zu 4. Die Stadt Grevesmühlen kann in einem Bebauungsplan Flächen und Maßnahmen für die dezentrale Abwasserbeseitigung des Niederschlagswassers gemäß § 9 Abs. 1 BauGB ausweisen und auch festsetzen. Dazu bedarf es, wie im gesamten Urteil aufgeführt, eines schlüssigen Entwässerungskonzeptes, auf dessen Grundlage flächenkonkrete Regelungen zur dezentralen Versickerung auf den einzelnen Baugrundstücken zu treffen sind und als Maßnahme zum Schutz von Boden und Natur erfolgt die Rückführung des Regenwassers in den öffentlichen Wasserkreislauf. Die Stadt Grevesmühlen beabsichtigt nicht diese speziellen Festsetzungen zu treffen, da anderweitig die Versickerung des Regenwassers geregelt werden kann. Im Geltungsbereich der Versickerungssatzung, welcher für das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 30 erweitert werden soll, ist die Versickerung des Regenwassers auf den Baugrundstücken gegeben, ohne dass es erforderlich ist, spezielle Flächen dafür festzusetzen. Die Realisierung der Versickerung obliegt dem Grundstückseigentümer in Abstimmung mit dem ZVG. Zu 5. In den textlichen Festsetzungen wird auf die Lage des Plangebietes im Geltungsbereich der Versickerungssatzung des ZVG verwiesen. Aufgrund der Wasserschutzgebietsverordnung der Trinkwasserschutzzone Grevesmühlen-Wotenitz werden die Einschränkungen festgesetzt.	Zur Kenntnis zu nehmen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Nicht zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Die Versickerung von Niederschlagswasser, welches von unbeschichteten kupfer-, zink- oder bleigedeckten Dachflächen abfließt, ist auszuschließen. Die Regelung zur erlaubnisfreien Versickerung in dem B-Plangebiet ist neben der bauleitplanerischen Festsetzung über die Satzung des entsorgungspflichtigen Zweckverbandes Grevesmühlen (Niederschlagswassersatzung – NSchlWS) zu treffen. Ich bitte Sie mir nach Abstimmung mit dem ZVG mitzuteilen, ob eine entsprechende Veränderung der Versickerungssatzung des ZVG vorgesehen ist. Mit freundlichen Grüßen im Auftrag K. Hüls Anlagen - Urteil vom 30.08.2001 BVerwG AZ 4 CN 9/00 - Beschluss VG Greifswald AZ 3 B 1296/11 vom 04.April 2012 zu 5. 6. 7. 8.	Zu 6. Die Regelungen zur erlaubnisfreien Versickerung im Plangeltungsbereich werden in der Versickerungssatzung des ZVG getroffen, in welche das Plangebiet aufgenommen werden soll. Weitergehende Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB für Flächen und Maßnahmen zur Versickerung sind keine zwingenden Festsetzungen in einem Bebauungsplan und werden somit nicht getroffen. Sie unterliegen der Planungshoheit der Stadt Grevesmühlen. Festsetzungen aufgrund von § 9 Abs. 4 BauGB sind aufgrund der fehlenden Ermächtigungsgrundlage im Landesgesetz nicht möglich. Zu 7. Die Abstimmung hierzu obliegt der Stadt Grevesmühlen. Zu 8. Urteile werden zur Kenntnis genommen.	Teilweise zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen.

Recherchieren unter juris | Das Rechtsportal

Langtext

Gericht:	BVerwG 4. Senat	**Quelle:**	juris
Entscheidungsdatum:	30.08.2001		
Aktenzeichen:	4 CN 9/00	**Normen:**	§ 18a Abs 1 WHG, § 18a Abs 2 WHG, § 9 Abs 1 Nr 14 BauGB, § 9 Abs 1 Nr 15 BauGB, § 9 Abs 1 Nr 20 BauGB
Dokumenttyp:	Urteil		

Festsetzung privater Versickerungsmulden; Notüberlaufsystem auf privaten Grünflächen; Sicherung des Planvollzugs; Abwägungsgebot

Baurechtsprechung 99/180

Leitsatz

1. Zur Beseitigung von Niederschlagswasser in einem Neubaugebiet kann nach § 9 Abs. 1 Nrn. 14, 15 und 20 BauGB ein dezentrales System privater Versickerungsmulden und Grünflächen festgesetzt werden.

2. Die planerische Festsetzung eines derartigen Entwässerungskonzepts setzt u.a. voraus, dass wasserrechtliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, die Vollzugsfähigkeit des Plans dauerhaft gesichert ist und Schäden durch abfließendes Niederschlagswasser auch in benachbarten Baugebieten nicht zu besorgen sind.

Orientierungssatz

(zu LS1) Die Festsetzung von Flächen oder Maßnahmen nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB kann ebenso wie etwa Festsetzungen nach Nrn. 16, 18 und 25 eine doppelte Funktion besitzen: Neben die eigentliche städtebauliche Zielsetzung kann der naturschutzrechtlich begründete Zweck hinzutreten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft auszuschließen und unvermeidbare Beeinträchtigungen auszugleichen (vgl. § 8 Abs. 2 BNatSchG). Diese Doppelfunktion wird in § 1 a Abs. 3 Satz 1 BauGB vorausgesetzt.

Fundstellen

BVerwGE 115, 77-89 (Leitsatz und Gründe)
BWGZ 2002, 42-44 (Leitsatz und Gründe)
DVBl 2002, 269-272 (Leitsatz und Gründe)
NVwZ 2002, 202-205 (Leitsatz und Gründe)
Info BRS 2002, Heft 1, 4-7 (Leitsatz und Gründe)
Buchholz 406.11 § 9 BauGB Nr 97 (Leitsatz und Gründe)
UPR 2002, 108-110 (Leitsatz und Gründe)
BauR 2002, 424-429 (Leitsatz und Gründe)
DWW 2002, 70-75 (Leitsatz und Gründe)
DÖV 2002, 296-299 (Leitsatz und Gründe)
ZfBR 2002, 164-168 (Leitsatz und Gründe)
ZUR 2002, 222-225 (Leitsatz und Gründe)
NuR 2002, 349-352 (Leitsatz und Gründe)
HGZ 2002, 439-442 (red. Leitsatz und Gründe)
BRS 64 Nr 36 (2001) (Leitsatz und Gründe)

weitere Fundstellen

IBR 2002, 100 (Leitsatz)
KommunalPraxis BY 2002, 236 (Leitsatz)
Schrift u Rspr 2000-2003, 55 (Leitsatz)

Verfahrensgang

vorgehend Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, 17. Mai 2000, Az: 8 C 10196/99, Urteil

Diese Entscheidung wird zitiert

Rechtsprechung
Vergleiche Oberverwaltungsgericht des Saarlandes 2. Senat, 29. April 2010, Az: 2 C 224/08
Anschluss Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz 8. Senat, 6. März 2002, Az: 8 C 10817/01

Literaturnachweise
Axel Maser, IBR 2002, 100 (Anmerkung)

Tatbestand

1 Die Antragsteller wenden sich im Wege der Normenkontrolle gegen den Bebauungsplan "Beim Kirschbäumchen - Am Obstgarten - Auf dem Bautel" der Antragsgegnerin, der zum 30. Oktober 1998 rückwirkend in Kraft gesetzt wurde. Der Plan setzt auf der Grundlage des Baugesetzbuchs 1998 für ein Neubaugebiet von 18 ha Größe ein allgemeines Wohngebiet (ca. 170 Einzelhäuser) fest. Das Plangebiet liegt auf einem Hang (Durchschnittsgefälle 7 v.H.) und erhält vier Straßenanschlüsse zu der unmittelbar außerhalb des Plangebiets parallel zur Plangrenze verlaufenden F.-Straße, an der das mit einem Wohnhaus bebaute Grundstück der Antragsteller liegt.

2 Dem Plan liegt hinsichtlich der Beseitigung des im Plangebiet anfallenden Niederschlagswassers ein besonderes Entwässerungssystem als Pilotprojekt zu Grunde: Es sieht vor, dass auf jedem Baugrundstück Mulden mit einem bestimmten Volumen anzulegen sind, in denen das abgeleitete Regenwasser sich ansammeln, versickern und verdunsten kann. Die Straßenentwässerung erfolgt ebenfalls in Mulden, die in straßenbegleitenden Pflanzstreifen anzulegen sind. Die privaten und die straßenbegleitenden Mulden sind durch Notüberläufe mit hangabwärts anzulegenden Grünstreifen verbunden, die als private Grünfläche festgesetzt sind und hintereinander geschaltete Speichermulden enthalten sollen. Ein weiterer der Regenwasserrückführung dienender Grünstreifen ist entlang der gesamten hangabwärts gelegenen Plangrenze am äußersten Rand der dort ausgewiesenen Wohnbauflächen festgesetzt. Im Plangebiet sind ferner zwei öffentliche Grünflächen ausgewiesen, die in das Notüberlaufsystem einbezogen sind. Eine Regenwasserkanalisation sieht das Entwässerungskonzept nicht vor. Die Antragsgegnerin hat die Erschließung des Baugebiets und die Herstellung des Muldensystems durch Vertrag einem Erschließungsträger übertragen.

3 Mit ihrem Normenkontrollantrag haben die Antragsteller im Wesentlichen geltend gemacht: Der Bebauungsplan sei nichtig, da er an Verfahrens- und Abwägungsfehlern leide. Ihr Interesse, von erhöhtem Verkehrslärm verschont zu bleiben, sei unzureichend gewürdigt worden. Das System der dezentralen Niederschlagswasserbeseitigung gefährde die talwärts liegende Bebauung außerhalb des Plangebiets entlang der F.-Straße. Es sei fraglich, ob die Isolierungen der bestehenden Gebäude dem konzentrierten Abfluss des Niederschlagswassers standhalten könnten. Die Hangneigung des Plangebiets führe bereits jetzt dazu, dass bei starken Niederschlägen Regenwasser in die Altortslage abfließe. Das Funktionieren des Versickerungssystems sei nicht hinreichend geprüft worden. Die Antragsgegnerin habe es zu Unrecht unterlassen, ein spezielles hydrogeologisches Gutachten zur Bewirtschaftung des Oberflächerwassers einzuholen. Die Antragsgegnerin ist diesen Einwänden entgegengetreten.

4 Das Normenkontrollgericht hat den Antrag der Antragsteller mit Urteil vom 17. Mai 2000 zurückgewiesen: Verfahrensfehler bei der Planaufstellung seien nicht ersichtlich. Die Lärmschutzbelange der Antragsteller seien fehlerfrei abgewogen. Die geplante verkehrliche Erschließung des Baugebiets beruhe auf sachgerechten Erwägungen. Auch das Entwässerungskonzept der Antragsgegnerin sei nicht zu beanstanden. Insoweit beruhten die planerischen Festsetzungen auf § 9 Abs. 1 Nrn. 14 und 20 BauGB. Die Entscheidung gegen eine Einleitung des Oberflächenwassers in das Kanalsystem entspreche dem wasserwirtschaftlichen öffentlichen Interesse, die mit der Bebauung einhergehenden nachteiligen Veränderungen des natürlichen Wasserkreislaufs möglichst gering zu halten. Das Mulden- und Überlaufsystem sei für einen "fünfjährigen Regen" ausgelegt. Ein hydrogeologisches Gutachten zur Versickerungsfähigkeit des Bodens im Plangebiet sei entbehrlich gewesen, weil die Dimensionierung des gesamten Entwässerungssystems keine günstigen Versickerungsmöglichkeiten voraussetze, die Erschließung des Plangebiets in der Hand eines Erschließungsträgers liege und die Ursachen, die in der Vergangenheit zu einer Beeinträchtigung der unterliegenden Grundstücke durch aus dem Neubaugebiet abfließendes Oberflächenwasser geführt hätten, inzwischen beseitigt worden seien. Außerdem bestehe die

Möglichkeit, derartige Beeinträchtigungen auch noch durch die nachträgliche Anordnung technischer Schutzmaßnahmen auszuschließen.

5 Mit der Revision gegen dieses Urteil verfolgen die Antragsteller ihre Einwände gegen das im Bebauungsplan festgesetzte System der dezentralen Niederschlagswasserbeseitigung weiter. Sie rügen die Verletzung von § 9 Abs. 1 Nrn. 14 und 20 BauGB.

6 Die Antragsgegnerin und der Oberbundesanwalt verteidigen das angefochtene Urteil.

Entscheidungsgründe

7 Die zulässige Revision ist nur zu einem geringen Teil begründet. Die Rechtsansicht des Normenkontrollgerichts, die Antragsgegnerin habe ihr Konzept der dezentralen Beseitigung von Niederschlagswasser im Plangebiet auf der Grundlage von § 9 Abs. 1 BauGB im Bebauungsplan festsetzen dürfen und fehlerfrei abgewogen, verletzt - abgesehen von der planerischen Anordnung der Trinkwassersubstitution - Bundesrecht nicht. Die hiergegen erhobenen Einwände der Revision greifen nicht durch.

8 Nach § 123 Abs. 1 BauGB ist die Erschließung eines Baugebiets grundsätzlich Aufgabe der Gemeinde. Zu dieser gebietsbezogenen Erschließung gehört auch die Sicherstellung der Beseitigung des von den bebauten und befestigten Flächen abfließenden Niederschlagswassers. Für den Fall, dass aus Niederschlägen stammendes Wasser nach den planerischen Vorstellungen der Gemeinde nicht in eine Abwasseranlage (z.B. Kanalisation) oder einen Vorfluter abfließen, sondern am Ort des Anfalls im Baugebiet gesammelt werden, versickern und verdunsten soll, sieht § 9 Abs. 1 BauGB ein spezielles Festsetzungsmittel für ein flächendeckendes Entwässerungssystem nicht vor. Ein derartiges komplexes System kann bauplanerisch nur durch eine Kombination verschiedener zeichnerischer und textlicher Festsetzungen aus dem Katalog des § 9 Abs. 1 BauGB abgesichert werden. Ein Festsetzungsfindungsrecht besitzt die Gemeinde nicht. Das zwingt dazu, die einzelnen Bestandteile des Entwässerungskonzepts gesondert daraufhin zu überprüfen, ob sie durch eine der in § 9 Abs. 1 BauGB abschließend aufgeführten Festsetzungsmöglichkeiten gedeckt sind. Das ist hier auf der Grundlage von § 9 BauGB in der am 1. Januar 1998 in Kraft getretenen Fassung des Bau- und Raumordnungsgesetzes 1998 vom 18. August 1997 (BGBl I S. 2081) zu entscheiden, da die Antragsgegnerin in diesem Sinne von dem ihr in § 233 Abs. 1 Satz 2 BauGB eingeräumten Wahlrecht Gebrauch gemacht hat.

9 1. Das System der privaten und straßenbegleitenden Mulden kann durch die Verbindung von § 9 Abs. 1 Nrn. 14, 15 und 20 BauGB festgesetzt werden.

10 1.1 Die textliche Festsetzung des umstrittenen Plans

11 "Das durch Versiegelung und Überbauung dem örtlichen Wasserkreislauf entnommene Regenwasser ist in diesen zurückzuführen (Regenwasserrückführung).

12 Hierzu ... ist das durch Versiegelung und Überbauung gesammelte Niederschlagswasser in flachen und begrünten Mulden mit einem Volumen von 50 Litern pro qm Dachfläche/befestigte Fläche am Ort des Anfalles, d.h. auf dem Baugrundstück bzw. im Straßenraum zurückzuhalten und in den Wasserkreislauf zurückzuführen (Versickerung, Evapotranspiration) ..."

13 ist durch § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB gedeckt. Nr. 14 dieser Vorschrift kommt nicht zum Zuge, da sie allein die Festsetzung von F l ä c h e n , auf denen Maßnahmen zur Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser ergriffen werden können, vorsieht, nicht jedoch die Festsetzung dieser Maßnahmen selbst. Das Anlegen der privaten und straßenbegleitenden Mulden ist eine Maßnahme zum Schutz von Boden und Natur im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB. Das Normenkontrollgericht hat hierzu festgestellt, dass dieses Entwässerungskonzept die mit der Bebauung einhergehenden nachteiligen Veränderungen des natürlichen Wasserkreislaufs möglichst gering halten soll. Es verweist ergänzend auf ein Rundschreiben der Bezirksregierung zur kostengünstigen, ökologisch orientierten Abwasserbeseitigung sowie Planungskonzepte zum Umgang mit dem Regenwasser, in dem ausgeführt wird, dass ein Muldensystem den Oberflächenabfluss des Regenwassers wesentlich reduziert (und damit zur Neubildung von Grundwasser beträgt) und dass im Oberflächenwasser enthaltene Schadstoffe bei der Versickerung durch die belebte Bodenzone zurückgehalten werden. Das erfüllt die Zielsetzung von § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB. Die Festsetzung ist hier auch aus "städtebaulichen Gründen" (vgl. § 9 Abs. 1, 1. Halbsatz BauGB) erfolgt; denn die Beseitigung von Niederschlagswasser in einem Baugebiet ist aus Grün-

den einer geordneten städtebaulichen Entwicklung (§ 1 Abs. 1 und 3 BauGB) erforderlich und soll hier über eine bestimmte Form der Bodennutzung (Anlegen von Mulden) erreicht werden. Diese städtebauliche Zielsetzung entfällt nicht dadurch, dass der Plangeber mit der Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB zugleich den wasserhaushaltsrechtlichen Zweck eines wirksamen Grundwasserschutzes (vgl. § 1 a ff. WHG) verfolgt.

14 Der städtebaulichen Zielsetzung der Versickerungsmulden steht nicht entgegen, dass das Muldensystem nach den planerischen Festsetzungen der Antragsgegnerin auch die zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft vermeiden oder ausgleichen soll (Eingriffsregelung nach dem BNatSchG - § 1 a Abs. 2 Nr. 2, § 9 Abs. 1 a BauGB). Nach dem landespflegerischen Planungsbeitrag, der Bestandteil des Bebauungsplans ist, dient die Regenwasserversickerung u.a. der Vermeidung von Eingriffen in Oberflächengewässer (zwei Bäche im Plangebiet) und in das Grundwasser sowie als Ausgleich für Eingriffe in das Schutzgut Boden. Die Festsetzung von Flächen oder Maßnahmen nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB kann ebenso wie etwa Festsetzungen nach Nrn. 16, 18 und 25 eine doppelte Funktion besitzen: Neben die eigentliche städtebauliche Zielsetzung kann der naturschutzrechtlich begründete Zweck hinzutreten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft auszuschließen und unvermeidbare Beeinträchtigungen auszugleichen (vgl. § 8 Abs. 2 BNatSchG). Diese Doppelfunktion wird in § 1 a Abs. 3 Satz 1 BauGB vorausgesetzt.

15 1.2 Zur Regenwasserrückführung setzt der Bebauungsplan ferner fest,

16 dass "ein Sicherheitssystem aus hintereinander geschalteten Mulden in den multifunktionalen Grünstreifen für etwaige Überläufe aus den privaten und öffentlichen Flächen ohne weitere Überlaufmöglichkeit aus dem Baugebiet zu schaffen" ist.

17 Diese Grünstreifen, die die Baugrundstücke hangabwärts durchqueren, sind zeichnerisch als private Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Windschutz, Luftaustauschbahn, Regenwasserrückführung, Gliederung der Baugebiete", als Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft und als Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nrn. 15, 20 und 25 BauGB) festgesetzt. Die Grünstreifen dienen ferner der Vermeidung von Eingriffen in die Schutzgüter Oberflächengewässer und Grundwasser sowie als Ausgleichsmaßnahme für die baulichen Eingriffe in das Schutzgut Boden (§ 1 a Abs. 2 Nr. 2, § 9 Abs. 1 a Satz 1 BauGB). Diese Überlagerung verschiedener Festsetzungen auf Flächen nach Nr. 20 sind - wie ausgeführt - zulässig. Die Mehrfachfunktion wirft keine Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung auf.

18 Mit der textlichen Festsetzung, in den "multifunktionalen Grünstreifen" hintereinander geschaltete Mulden zur Rückführung des Niederschlagwassers anzulegen, verbindet der Plan zwei Festsetzungsmöglichkeiten nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB: die Festsetzung von Flächen und von Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft. In der Sache werden damit zugleich - wenn auch nicht ausdrücklich - Flächen für die Abwasserbeseitigung, nämlich für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser, im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB festgesetzt. Die Steuerung einer dezentralen Niederschlagswasserversickerung auf privaten Baugrundstücken im Wege der Flächenfestsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB ist zulässig (ebenso Spannowsky, ZfBR 2000, 449 <456>; Mitschang, ZfBR 1996, 63 <68, 72> - jeweils m.w.N.). Wortlaut und Zweck der Nr. 14 beschränken die Festsetzung nicht auf Flächen für öffentliche Anlagen der Beseitigung von Niederschlagswasser. Wasserrechtliche Vorschriften über die Abwasserbeseitigungspflicht öffentlich-rechtlicher Körperschaften (vgl. § 18 a WHG) stehen dieser Auslegung nicht entgegen (vgl. dazu unten 2.).

19 1.3 Der Bebauungsplan trifft schließlich die textliche Festsetzung: Zur Regenwasserrückführung "ist gesammeltes Niederschlagswasser zur Gartenbewässerung oder im Haushalt zu verwenden (Trinkwassersubstitution)". Diese Festsetzung ist rechtswidrig und nichtig, da es ihr an "städtebaulichen Gründen" im Sinne von § 9 Abs. 1, 1. Halbsatz BauGB fehlt. Die (Wieder-)Verwendung von Niederschlagswasser findet in § 9 Abs. 1 BauGB schon deshalb keine Rechtsgrundlage, weil sie nicht den für Festsetzungen im Bebauungsplan erforderlichen bodenrechtlichen Bezug besitzt. Der Einsatz des Niederschlagswassers zur Gartenbewässerung oder im Haushalt (z.B. in Toiletten, Spül- oder Waschmaschinen) ist keine Bodennutzung im Sinne des Städtebaurechts. Das Gebot, Niederschlagswasser auf bestimmte Weise zu verwerten, stellt auch keine Maßnahme zum Ausgleich oder zum Ersatz für Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne von § 1 a Abs. 3, § 200 a Satz 1 BauGB dar. Nach § 1 a Abs. 1 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und

schonend umgegangen werden. Darunter fällt das mit dem über die öffentlichen Trinkwasserleitungen in die Haushalte gelangende Trinkwasser nicht. Der sparsame Gebrauch von Trinkwasser ist ökologisch sicher sinnvoll. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB enthält jedoch keine "ökologische Generalklausel" (Spannowsky, a.a.O., S. 456/457). Es ist nicht Aufgabe der Bauleitplanung, sinnvolle ökologische Ziele ohne gleichzeitig gegebene städtebauliche Rechtfertigung durchzusetzen.

20 2. Die Festsetzung der dezentralen Beseitigung von Niederschlagswasser durch ein Muldensystem auf den privaten Baugrundstücken ist mit der gesetzlichen Regelung der Abwasserbeseitigung vereinbar.

21 Nach § 18 a Abs. 1 Satz 1 WHG ist Abwasser so zu beseitigen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird. Abwasser im Sinne dieser Vorschrift ist auch das von Niederschlägen stammende, aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und in Versickerungsmulden abgeleitete Wasser (vgl. Czychowski, WHG, Kommentar, 7. Aufl. 1998, Rn. 4 zu § 7 a WHG; Dahme, in: Sieder/Zeitler/Dahme, WHG/AbwAG, Kommentar, 2000, Rn. 5 zu § 7 a WHG; vgl. auch BVerwG, Urteil vom 13. September 1985 - BVerwG 4 C 47.82 - Buchholz 445.4 § 18 a WHG Nr. 1 = ZfW 1986, 302; zu dem auf Verkehrsflächen anfallenden Niederschlagswasser). § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB bestätigt diese Rechtslage.

22 Nach § 18 a Abs. 2 Satz 1 WHG regeln die Länder, welche Körperschaften des öffentlichen Rechts zur Abwasserbeseitigung verpflichtet sind und die Voraussetzungen, unter denen a n d e r e n die Abwasserbeseitigung obliegt. Diese Rahmenvorschrift wird durch das Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 5. April 1995 (GVBl S. 69) ausgefüllt. Nach § 52 Abs. 1 Satz 1 LWG haben die kreisfreien Städte, die verbandsfreien Gemeinden und die Verbandsgemeinden als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung sicherzustellen, dass das in ihrem Gebiet anfallende Abwasser ordnungsgemäß beseitigt wird. Sie haben die dafür erforderlichen Einrichtungen und Anlagen zu errichten und zu betreiben. Von dieser allgemeinen Abwasserbeseitigungspflicht der genannten öffentlich- rechtlichen Körperschaften nimmt § 51 Abs. 2 Nr. 2 LWG das Niederschlagswasser unter der Voraussetzung aus, dass zu dessen Beseitigung keine zugelassenen öffentlichen Abwasseranlagen zur Verfügung stehen und das Niederschlagswasser am Ort des Anfalls verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit in anderer Weise beseitigt werden kann. Eine dem Wohl der Allgemeinheit entsprechende andere Weise der Beseitigung von Niederschlagswasser ergibt sich aus § 2 Abs. 2 Satz 3 LWG 1995. Danach soll Niederschlagswasser nur in dafür zugelassene Anlagen eingeleitet werden, soweit es nicht bei demjenigen, bei dem es anfällt, mit vertretbarem Aufwand verwertet oder v e r s i c k e r t werden kann, und die Möglichkeit, es mit vertretbarem Aufwand in ein oberirdisches Gewässer abfließen zu lassen, nicht besteht (vgl. hierzu näher Jeromin, in: Jeromin/Prinz, Kommentar zum LWG Rheinland-Pfalz und zum WHG Stand: Juni 2000, Rn. 56 ff. zu § 51 LWG/§ 18 a WHG).

23 Aus der Begründung des angegriffenen Bebauungsplans und aus dem Rundschreiben der Bezirksregierung, auf die das Normenkontrollgericht in seinen Urteilsgründen Bezug nimmt, ergibt sich, dass die landesrechtlichen Voraussetzungen für eine dezentrale Beseitigung des Niederschlagswassers in Form des festgesetzten Muldensystems am Ort des Anfalls, d.h. insbesondere auf den privaten Baugrundstücken, erfüllt sind. Die Vorschriften des Landeswassergesetzes Rheinland- Pfalz gehören zwar dem irrevisiblen Recht an, können jedoch vom Revisionsgericht selbständig angewendet werden, da das Normenkontrollgericht sich mit ihnen nicht befasst hat (vgl. BVerwG, Urteil vom 22. Februar 1972 - BVerwG 1 C 24.69 - BVerwGE 39, 329 <332> m.w.N.). Anhaltspunkte dafür, dass der Landesgesetzgeber hier den gesetzlichen Rahmen in § 18 a Abs. 2 Satz 1 WHG überschritten haben könnte, bestehen nicht.

24 3. Der angegriffene Bebauungsplan ist auch vollzugsfähig.

25 Das festgesetzte System der Niederschlagswasserbeseitigung funktioniert allerdings nur, wenn die Versickerungsmulden auf den Baugrundstücken und den "multifunktionalen Grünstreifen" auch tatsächlich angelegt werden. Die bauplanerische Festsetzung derartiger Maßnahmen und Flächen nach § 9 Abs. 1 Nrn. 14, 15 und 20 BauGB löst noch keine unmittelbare Verpflichtung der Grundstückseigentümer aus, Mulden anzulegen und dauerhaft zu unterhalten. Die Verwirklichung dieses Entwässerungskonzepts steht und fällt jedoch mit der Bereitschaft der Grundstückseigentümer zur Mitwirkung. Das geplante Entwässerungskonzept ist nur durchführbar, wenn die Mitwirkung der Grundeigentümer rechtlich abgesichert ist. Ein Bebauungsplan, der

aus tatsächlichen oder Rechtsgründen der Vollzugsfähigkeit entbehrt, vermag die Aufgabe der verbindlichen Bauleitplanung nicht zu erfüllen und verstößt deshalb gegen das in § 1 Abs. 3 BauGB enthaltene Gebot der Erforderlichkeit der Planung. Ein Bebauungsplan, dessen Verwirklichung im Zeitpunkt seines In-Kraft-Tretens dauerhafte Hindernisse tatsächlicher oder rechtlicher Art entgegenstehen würden, ist nichtig (BVerwG, Beschluss vom 25. August 1997 - BVerwG 4 NB 12.97 - Buchholz 406.11 § 6 BauGB Nr. 7 m.w.N.). Eine Planung, deren Umsetzung objektiv vor nicht überwindbaren Hindernissen steht, verfehlt ihren gestaltenden Auftrag (BVerwG, Urteil vom 19. Mai 1998 - BVerwG 4 A 9.97 - BVerwGE 107, 1 <16>).

26 Eine Gemeinde darf daher ein Muldensystem zur Beseitigung von Niederschlagswasser in einem Baugebiet nur dann in Form eines Bebauungsplans beschließen, wenn sie realistischerweise davon ausgehen kann, dass der Vollzug der Festsetzungen in einem späteren Verwaltungsverfahren oder auf andere Weise erfolgen kann und wird (vgl. auch BVerwG, Beschluss vom 25. August 1997 - BVerwG 4 BN 4.97 - Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 94). Die städtebaulichen Gebote der §§ 175 ff. BauGB enthalten keine gesetzliche Grundlage für die gemeindliche Anordnung, nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzte Versickerungsmulden anzulegen. Der Verwirklichung des hier umstrittenen Muldensystems stehen nach den Feststellungen des Normenkontrollgerichts und der ergänzend heranzuziehenden Planbegründung der Antragsgegnerin keine durchgreifenden Vollzugshindernisse entgegen:

27 Die Antragsgegnerin hat die Erschließung des Baugebiets einschließlich des Versickerungssystems zur Entsorgung des Niederschlagswassers durch Vertrag (§ 124 BauGB) einem Erschließungsträger übertragen. Aus der im Normenkontrollurteil in Bezug genommenen Niederschrift über die mündliche Verhandlung vom 23. Februar 2000 ergibt sich ferner, dass der Erschließungsträger sämtliche Grundstücke im ersten Bauabschnitt erworben und im Rahmen der Erschließung auch die im Plan als private Grünflächen festgesetzten "multifunktionalen Grünstreifen" hergestellt hat. Nach der Planbegründung sind in den Grunderwerbsvereinbarungen mit den Bauherren "zusätzlich dingliche Sicherungen in Form von Grunddienstbarkeiten und Baulasten" vorzusehen. Der Bebauungsplan selbst verweist in seinen textlichen Festsetzungen darauf, dass mit dem Bauantrag ein qualifizierter Freiflächengestaltungsplan mit Aussagen zur Regenwasserretention auf der Basis des Bebauungsplans einzureichen und mit der Gemeinde abzustimmen ist. Die daran anschließende Aussage, der Freiflächengestaltungsplan werde nach fachtechnischer Prüfung Bestandteil der Baugenehmigung, setzt allerdings voraus, dass die Wohnungsbauvorhaben im Plangebiet nach dem Bauordnungsrecht des Landes nicht genehmigungsfrei sind. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass es den zuständigen Landesbehörden obliegt, durch wirksame Kontrollen und ggf. nachträgliche Anordnungen sicherzustellen, dass die tatsächlichen Voraussetzungen für die plankonforme Beseitigung des Niederschlagswassers dauerhaft bestehen bleiben.

28 4. Das Normenkontrollgericht hat im Ergebnis zu Recht entschieden, dass die Antragsgegnerin die von ihrer Entwässerungskonzeption betroffenen öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 6 BauGB auch fehlerfrei gegeneinander abgewogen hat.

29 4.1 Die Festsetzung der Versickerungsmulden auf den einzelnen Baugrundstücken und den (auszumuldenden) "multifunktionalen Grünstreifen" ist eine zulässige Inhaltsbestimmung des Grundeigentums im Sinne von Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG. Entgegen der Revision führt sie nicht zu unverhältnismäßigen Belastungen der betroffenen Eigentümer. Die Antragsgegnerin war insbesondere nicht aus Gründen des Eigentumsschutzes (Art. 14 Abs. 1 GG) gehalten, die bis zu 15 m breiten, hangabwärts auf der Grenze benachbarter Grundstücke verlaufenden Grünstreifen als öffentliche Grünfläche nach § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB auszuweisen.

30 Ob eine Grünfläche als öffentliche oder (wie hier) private festzusetzen ist, beurteilt sich nach dem Nutzungszweck, den sie erfüllen soll. Dabei kann in der Regel auf den vorgesehenen Benutzerkreis abgestellt werden. Soll eine Grünfläche der Öffentlichkeit zugänglich sein, ist sie als öffentliche Grünfläche auszuweisen (z.B. öffentliche Parkflächen, Sport- oder Kinderspielplätze). Soll die Grünfläche der privaten Nutzung vorbehalten bleiben, ist sie als private festzusetzen (z.B. Kleingartengelände, Sportplätze eines Tennisvereins, private Hausgärten). In diesem Zusammenhang ist die rechtliche Organisationsform etwa eines Sport- oder Freizeitgeländes bedeutsam (gemeindliche Anlage, Vereinsgelände). Diese Abgrenzungskriterien versagen naturgemäß, wenn es um die Ausweisung einer Grünfläche geht, auf der Niederschlagswasser in Mulden versickert werden soll. Hier geht es nicht um die Zugänglichkeit für einen bestimmten Benutzerkreis, dem die Grünanlage offen stehen soll. Für die Ausweisung der Grünstreifen als öf-

fentliche oder private Flächen kommt es entscheidend auf den Verwendungszweck an, der sie bei wertender Betrachtung prägt.

31 Die (auszumuldenden) Grünstreifen erfüllen eine Entwässerungsaufgabe, die der Bebauungsplan im Einklang mit dem Wasserrecht den Grundeigentümern im Plangebiet auferlegt. Darin liegt eine zulässige Form der "Privatisierung" der Abwasserbeseitigung. Sie dient der privaten Grundstücksnutzung. Das Notüberlaufsystem der Grünstreifen verbindet eine eng begrenzte Anzahl benachbarter Baugrundstücke. Die Grünstreifen der Unterliegergrundstücke sollen zwar notfalls auch aus höher gelegenen Hanggrundstücken abfließende Niederschlagswasser aufnehmen. Insoweit konkretisiert das Überlaufsystem jedoch nur die Situationsgebundenheit der Unterliegergrundstücke. Die Festsetzung der Grünstreifen als private Grünflächen ist daher städtebaulich gerechtfertigt. Demgegenüber wäre eine Ausweisung als öffentliche Grünfläche etwa mit dem Ziel, Eigentum der Gemeinde zu begründen, ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Privateigentum.

32 Diesem Ergebnis steht der Umstand, dass die "privaten" Grünstreifen im Notfall auch Abflussspitzen aus dem öffentlichen Straßenraum aufnehmen sollen, nicht entgegen. Nach den vom Normenkontrollgericht in Bezug genommenen Planunterlagen sind die straßenbegleitenden Mulden so dimensioniert, dass sie im Regelfall das im Straßenraum anfallende Niederschlagswasser aufnehmen können. Die Notfunktion der Grünstreifen ist insoweit von untergeordneter Bedeutung. Die Antragsgegnerin durfte sie daher bei der Grünflächenfestsetzung vernachlässigen.

33 4.2 Das Normenkontrollgericht hat schließlich ausgeführt, dass die Antragsgegnerin die nach Lage der Dinge in die Abwägung einzustellenden Eigentümerbelange der Antragsteller ausreichend berücksichtigt und fehlerfrei abgewogen habe. Auch insoweit hat das Urteil Bestand. Der Einwand der Revision, das Normenkontrollgericht habe das Einholen eines hydrogeologischen Gutachtens zur Bodenbeschaffenheit des Plangebiets im Planaufstellungsverfahren zu Unrecht für entbehrlich gehalten, die hydrogeologischen Grundlagen des im Plan festgesetzten Systems zur Beseitigung von Niederschlagswasser hätten wegen der Hanglage des geplanten Wohngebiets gerade auch im Interesse der Unterlieger außerhalb des Plangebiets gutachterlich geklärt werden müssen, greift nicht durch. Nach den für das Revisionsgericht verbindlichen tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz (§ 137 Abs. 2 VwGO) besteht das gerügte Ermittlungsdefizit bei der gemeindlichen Abwägung nicht.

34 Das Normenkontrollgericht hat das Einholen eines hydrogeologischen Gutachtens aus den folgenden Gründen für entbehrlich gehalten: Die Versickerungsmulden und das Überlaufsystem seien so dimensioniert, dass sie die Kapazität eines "fünfjährigen Regens" (d.h. eines durchschnittlich alle fünf Jahre auftretenden Starkregens) bewältigen könnten. Diese Aufnahmekapazität entspreche in der Höhe dem Dreifachen des von der Abwassertechnischen Vereinigung für Regenrückhaltebecken empfohlenen Speichervolumens. Die Dimensionierung des gesamten Systems setze also keine günstigen Versickerungsbedingungen voraus. Das Funktionieren des Gesamtsystems sei gewährleistet, weil die Antragsgegnerin Herstellung und Unterhaltung der geeigneten Anlagen einem Erschließungsträger im Vertragswege aufgegeben habe. Bei dem von den Antragstellern beschriebenen und mit Lichtbildern dokumentierten Überfließen von Wasser aus dem Baugebiet in tiefer gelegene Wohngrundstücke habe es sich um einen einmaligen Vorfall gehandelt, dessen Ursachen inzwischen beseitigt worden seien. Im Übrigen könne die Bauaufsichtsbehörde im Baugenehmigungsverfahren oder bei Bedarf durch bauordnungsrechtliche Anordnungen Regelungen treffen, die die unschädliche Beseitigung des Abwassers auf Dauer sicherten. Eine Beeinträchtigung der Unterliegergrundstücke durch aus dem Neubaugebiet abfließende Oberflächenwasser sei daher eher unwahrscheinlich und auch noch nachträglich durch entsprechende technische Maßnahmen auszuschließen.

35 Nach alledem hat das Normenkontrollgericht erkannt und berücksichtigt, dass das festgesetzte System der Niederschlagswasserbeseitigung bestimmte naturräumliche Rahmenbedingungen, insbesondere einen hinreichend durchlässigen und speicherungsfähigen Untergrund voraussetzt. Es hat auch die Hanglage des Plangebiets nicht außer Acht gelassen und zutreffend zu Grunde gelegt, dass die Gemeinde bei der Erstellung des hier umstrittenen Entwässerungskonzepts auch die außerhalb des Plangebiets liegende Bebauung in den Blick nehmen und Vorkehrungen dafür treffen muss, dass diese Bebauung nicht der Gefahr von Wasserschäden durch Niederschlagswasser aus dem Baugebiet ausgesetzt wird. Von diesem rechtlich zutreffenden Ansatz aus hat das Normenkontrollgericht sodann die Einholung eines hydrogeologischen Gutachtens durch die Antragsgegnerin für entbehrlich gehalten, weil die Planung auch hinsichtlich

der an das Plangebiet angrenzenden, tiefer liegenden Wohnbebauung "auf der sicheren Seite" liegt. Die hierfür im Einzelnen angeführten Gründe beruhen auf Tatsachenfeststellungen und deren tatrichterlicher Würdigung, an die das Revisionsgericht mangels zulässiger und begründeter Revisionsrügen (§ 137 Abs. 2 VwGO) gebunden ist. Die Antragsteller haben eine substantiierte Aufklärungsrüge (§ 86 Abs. 1 VwGO), die den Darlegungsanforderungen (§ 133 Abs. 3 Satz 3 VwGO) entspricht, im Revisionsverfahren nicht erhoben; ihr Vorwurf, das Normenkontrollgericht habe bei seiner Sachverhaltswürdigung die Denkgesetze verletzt, trifft nicht zu. Der im Verlauf des Revisionsverfahrens vom Antragsteller erhobene Einwand, entgegen den Ausführungen im Normenkontrollurteil sei die Unterhaltung des Muldensystems nicht dem Erschließungsträger, sondern den Eigentümern der Baugrundstücke aufgegeben worden, ist unerheblich, da er das Funktionieren des planerisch festgesetzten Entwässerungskonzepts als solches nicht in Frage stellt.

36 5. Auf die Rüge, das Normenkontrollgericht habe Bestimmungen der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung zur Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fehlerhaft angewandt, kann die Revision nicht gestützt werden, da das Kommunalrecht insoweit zum nichtrevisiblen Landesrecht gehört (§ 137 Abs. 1 VwGO). Die Einwände der Revision, die die verkehrliche Erschließung des Plangebiets und den Lärmschutz der von der geplanten Verkehrsführung betroffenen Straßenanlieger außerhalb des Plangebiets betreffen, lassen in keiner Weise erkennen, dass das Normenkontrollgericht die Verkehrskonzeption der Antragsgegnerin rechtsfehlerhaft gewürdigt haben könnte. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Einwänden ist daher nicht veranlasst.

© juris GmbH

VERWALTUNGSGERICHT
GREIFSWALD

Aktenzeichen:
3 B 1296/11

BESCHLUSS

In dem einstweiligen Rechtsschutzverfahren

B.,
B-Straße, B-Stadt

Proz.-Bev.:
Rechtsanwältin C.,
C-Straße, C-Stadt

- Antragstellerin -

gegen

Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Festland B-Stadt, L.Str. 4, B-Stadt

Proz.-Bev.:
Rechtsanwälte A.,
A-Straße, A-Stadt

- Antragsgegner -

wegen

eines Anschlussbeitrags; hier vorläufiger Rechtsschutz

hat die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Greifswald am

4. April 2012

durch den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht Seppelt,
den Richter am Verwaltungsgericht Kalhorn und
die Richterin am Verwaltungsgericht Dr. Haustein

beschlossen:

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.
3. Der Streitwert wird auf 6.576,58 Euro festgesetzt.

Gründe:

I.

Die Beteiligten streiten um die Vollziehbarkeit von Anschlussbeitragsbescheiden.

Die Antragstellerin ist Eigentümerin der Grundstücke Gemarkung B-Stadt, G1mit einer Größe von 1.029 qm und G2 mit einer Größe von 5.497 qm. Der Antragsgegner betreibt in B-Stadt eine zentrale Anlage zur Niederschlagswasserbeseitigung als öffentliche Einrichtung. Die Grundstücke der Klägerin sind nicht an diese Anlage angeschlossen, liegen aber an Straßen an, in denen eine Hauptsammelleitung vorhanden ist. Mit Bescheiden vom 23.08.2010 (Nummer 200239) und vom 07.09.2010 (Nummer 200688) setzte der Antragsgegner gegen die Antragstellerin dafür Anschlussbeiträge in Höhe von 2.251,45 Euro und 24.054,87 Euro fest. Über die Widersprüche der Antragstellerin gegen diese Bescheide ist noch nicht entschieden. Einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung der Bescheide lehnte der Antragsgegner ab.

Am 23.12.2011 hat die Antragstellerin um vorläufigen Rechtsschutz nachgesucht. Sie nutze die Einrichtung nicht, das Niederschlagswasser werde in einem Brunnen aufgefangen bzw. versickere. Ihre Grundstücke seien nicht an die Anlage angeschlossen. Deshalb sei ihre Überlassungspflicht ausgeschlossen, sie habe die Befreiung vom Anschluss- und

Benutzungszwang beantragt. Für das gewerbliche Grundstück schreibe der Bebauungsplan sogar die Versickerung vor. Der Beitragssatz sei nicht nachvollziehbar. Es seien dabei nicht alle Grundstücke berücksichtigt worden.

Die Antragstellerin beantragt,

die aufschiebende Wirkung ihrer Widersprüche gegen die Bescheide vom 23.08.2010 (Nummer 200239) und vom 07.09.2010 (Nummer 200688) anzuordnen.

Der Antragsgegner beantragt,

den Antrag abzulehnen.

Die Beitragspflicht entstehe bereits mit der Anschlussmöglichkeit, auf die tatsächliche Benutzung der Anlage und eine Befreiung vom Anschlusszwang komme es nicht an. Die Kalkulation des Beitragssatzes sei fehlerfrei.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der übersandten Verwaltungsvorgänge verwiesen.

II.

1. Der nach § 80 Abs. 6 Satz 1 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zulässige Antrag ist nicht begründet. Gemäß § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann des Gericht der Hauptsache auf Antrag die aufschiebende Wirkung der Klage ganz oder teilweise anordnen, wenn diese wie hier gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 VwGO entfällt. Das Gericht ordnet die aufschiebende Wirkung in entsprechender Anwendung von § 80 Abs. 4 Satz 3 VwGO an, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angegriffenen Verwaltungsakts bestehen oder die Vollziehung für den Abgabenpflichtigen eine unbillige, nicht durch überwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte zur Folge hätte. Für eine unbillige Härte trägt die Antragstellerin nichts vor. Es bestehen zum jetzigen Zeitpunkt auch keine ernstlichen Zweifel an der Rechtmäßigkeit der mit Widerspruch angefochtenen Beitragsbescheide.

a) Gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 Kommunalabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern (KAG M-V) dürfen Abgaben nur aufgrund einer Satzung erhoben werden. Rechtsgrundlage der

Beitragserhebung ist hier die Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung – Festland B-Stadt vom 19.06.2006 in der Fassung der 6. Änderungssatzung (Niederschlagswasserbeitrags- und -gebührensatzung). An der Wirksamkeit dieser Satzung bestehen nach jetziger Erkenntnis keine ernstlichen Zweifel.

Das gilt insbesondere für die durch Artikel 1 Nr. 3 der 2. Änderungssatzung zur Niederschlagswasserbeitrags- und –gebührensatzung vom 12.07.2010 erfolgte Festsetzung des Beitragssatzes auf 5,47 Euro/qm (§ 5 Niederschlagswasserbeitrags- und -gebührensatzung). Diese Regelung beruht nach jetziger Erkenntnis auf einer ordnungsgemäßen Kalkulation. Der Antragsgegner hat den beitragsfähigen Aufwand im Wege der Globalkalkulation ermittelt. Das steht mit § 9 Abs. 2 Satz 2 KAG M-V in Einklang. Der notwendige Aufwand für die Herstellung der gesamten öffentlichen Einrichtung ist bei einer Globalkalkulation nach § 9 Abs. 2 Satz 2 KAG M-V auf der Grundlage einer vom Verband gewählten Konzeption zu ermitteln (OVG Greifswald, Urt. 14.09.2010 - 4 K 12/07, zit. n. juris). Der zum Zeitpunkt der Kalkulation feststehende Aufwand ist in tatsächlicher Höhe, der zukünftige Aufwand in prognostizierter Höhe einzustellen. So ist der Antragsgegner verfahren. Richtigerweise berücksichtigt die von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes beschlossene Kalkulation auch den Aufwand, der durch erstmalige Investitionen im Altanlagenbestand entstanden ist bzw. voraussichtlich entstehen wird. Auch insoweit handelt es sich nicht um einen Erneuerungsaufwand, sondern um Aufwand zur Herstellung der öffentlichen Einrichtung, der in die Beitragskalkulation einfließt und über den Herstellungsbeitrag bzw. über Kanalbenutzungsgebühren abgegolten wird (OVG Greifswald, Beschl. v. 21.04.1999 – 1 M 12/99, zit. n. juris). Solange sich die öffentliche Anlage in der Herstellungsphase befindet und noch nicht endgültig hergestellt ist, stellen sich alle notwendigen Maßnahmen an einzelnen Bestandteilen der Anlage als Herstellungsmaßnahmen dar, auch wenn sie einen Austausch vorhandener Anlagenbestandteile beinhalten (VG Greifswald, Urt. v. 05.10.2011 – 3 A 1427/10, zit. n. juris). Soweit der Antrag die Flächenermittlung in einem konkreten Punkt rügt, ist der Antragsgegner dem substantiiert entgegengetreten. Der Vortrag, für das Werftgelände bestehe keine Anschlussmöglichkeit, erscheint angesichts der natürlichen Entwässerungsmöglichkeit des Grundstücks in den Peenestrom nachvollziehbar. Gegebenenfalls wird dieser Frage im Hauptsacheverfahren weiter nachzugehen sein.

b) Auch an der Rechtmäßigkeit der Rechtsanwendung im Einzelfall bestehen keine ernstlichen Zweifel.

Die Grundstücke der Antragstellerin unterliegen entgegen ihrer Auffassung gemäß § 2 Abs. 1 Buchst. a und b Niederschlagswasserbeitrags- und -gebührensatzung der Beitragspflicht. Die Grundstücke sind Bauland gemäß §§ 30, 34 Baugesetzbuch (BauGB) und können an die öffentliche Einrichtung zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung angeschlossen werden. Die Beitragspflicht ist gemäß § 3 Abs. 1 Niederschlagswasserbeitrags- und –gebührensatzung entstanden. Für die Grundstücke entsteht die sachliche Beitragspflicht unabhängig vom tatsächlichen Anschluss an die Anlage unter Geltung einer wirksamen Beitragssatzung schon mit der Anschlussmöglichkeit an eine betriebsfertige Anlage. Die Anschlussmöglichkeit muss dabei tatsächlich möglich und rechtlich gesichert sein. Ohne Anschlussrecht besteht grundsätzlich keine Beitragspflicht (Aussprung in: Aussprung/Siemers/Holz, KAG M-V, Stand: August 2010, § 9, Anm. 7.1 m.w.N.). Ob die Antragstellerin wasser- oder kommunalrechtlich verpflichtet ist, die Anlage tatsächlich zu nutzen, ist dagegen ohne Belang. Es kommt nicht darauf an, ob Anschlusszwang besteht oder von diesem befreit wurde (vgl. a.a.O.).

Vorliegend besteht ein Anschlussrecht für die Grundstücke der Antragstellerin unabhängig von der Frage, ob ein Grundstücksanschluss vorhanden ist. Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung – Festland B-Stadt vom 19.06.2006 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 16.03.2011 (Abwassersatzung) erstreckt sich das Anschlussrecht auf solche Grundstücke, die an eine Straße grenzen, in der eine betriebsfertige und aufnahmefähige Niederschlagswasseranlage vorhanden ist. Das ist hier der Fall. Die öffentliche Einrichtung des Antragsgegners zur zentralen Niederschlagswasserbeseitigung umfasst gemäß § 1 Abs. 5 Satz 3 Abwassersatzung (nur) die Niederschlagswassersammelleitungen einschließlich ihrer Nebenanlagen bis zur Anschlussstelle des Grundstücksanschlusses sowie die Regenwasserrückhaltebecken. Die Grundstücksanschlüsse gehören nicht zur öffentlichen Einrichtung (§ 1 Abs. 5 Satz 4 Abwassersatzung). Das Vorhandensein eines Grundstücksanschlusses ist mithin keine Voraussetzung für das Vorhandensein der zentralen Niederschlagswasseranlage in der Straße an den fraglichen Grundstücken. Sobald die Antragstellerin den Anschluss ihrer Grundstücke an die Anlage verlangt, hat der Antragsgegner einen Grundstücksanschluss herzustellen und auf diese Weise die Benutzung der Anlage zu ermöglichen (§ 3 Abs. 2 Abwassersatzung).

Auf die textliche Festsetzung des Bebauungsplans Nr. 8 „Am Poppelberg" der Stadt B-Stadt, der „nach Möglichkeit" die Versickerung des Regenwassers auf den Grundstücken vorschreibt, kann sich die Antragstellerin in Ansehung des G. G2 nicht mit Erfolg berufen. Diese Festsetzung führt nicht zu einem rechtlichen Anschlusshindernis und zum Wegfall der Vorteilslage, denn sie ist nichtig. Der Katalog von möglichen Festsetzungen in einem Bebauungsplan in § 9 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ist abschließend, ein Festsetzungsfindungsrecht steht der Gemeinde nicht zu. Festsetzungen dürfen nur aus städtebaulichen Gründen erfolgen. Festsetzungen über eine bestimmte Verwendung von Niederschlagswasser haben in § 9 Abs. 1 BauGB keine Grundlage und sind deshalb unwirksam (BVerwG, Urt. v. 30.08.2001 – 4 CN 9/00, zit. n. juris).

Die bevorteilten Grundstücksflächen errechnen sich aus § 4 Abs. 2 Buchst. a und c, Abs. 3 Buchst. a und b Niederschlagswasserbeitrags- und -gebührensatzung, der festgesetzte Beitrag ergibt sich aus § 5 Niederschlagswasserbeitrags- und -gebührensatzung.

Schließlich stellt die Antragstellerin auch nicht in Abrede, dass sie Eigentümerin des Grundstücks Flur 29, Flurstück 89 ist. Soweit bei Erlass des Bescheides vom 23.08.2010 Miteigentum bestanden haben sollte, hinderte das die Heranziehung der Antragstellerin wegen der bestehenden Gesamtschuld (§ 6 Abs. 2 Satz 1 Niederschlagswasserbeitrags- und –gebührensatzung) nicht.

2. Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO. Den Streitwert hat die Kammer mit einem Viertel des Hauptsachewertes angenommen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen den Beschluss zu 1. steht den Beteiligten die Beschwerde zu.

Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich bei dem Verwaltungsgericht Greifswald, Domstraße 7, 17489 Greifswald, einzulegen.

Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung zu begründen. Die Begründung ist, sofern sie nicht bereits mit der Beschwerde vorgelegt wor-

den ist, bei dem Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern, Domstraße 7, 17489 Greifswald, einzureichen. Sie muss einen bestimmten Antrag enthalten, die Gründe darlegen, aus denen die Entscheidung abzuändern oder aufzuheben ist und sich mit der angefochtenen Entscheidung auseinandersetzen. Das Oberverwaltungsgericht prüft nur die dargelegten Gründe.

Vor dem Oberverwaltungsgericht müssen sich die Beteiligten durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht eingeleitet wird.

Als Prozessbevollmächtigte sind nur nachfolgende Personen zugelassen:

(1) Rechtsanwälte oder Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt;

(2) in Abgabenangelegenheiten Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Personen und Vereinigungen im Sinne des § 3 Nr. 4 des Steuerberatungsgesetzes sowie Gesellschaften im Sinne des § 3 Nr. 2 und 3 des Steuerberatungsgesetzes, die durch Personen im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes handeln;

(3) berufsständische Vereinigungen der Landwirtschaft für ihre Mitglieder;

(4) Gewerkschaften und Vereinigungen von Arbeitgebern sowie Zusammenschlüsse solcher Verbände für ihre Mitglieder oder für andere Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder;

(5) in Angelegenheiten der Kriegsopferfürsorge und des Schwerbehindertenrechts sowie der damit im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten Vereinigungen, deren satzungsgemäße Aufgaben die gemeinschaftliche Interessenvertretung, die Beratung und Vertretung der Leistungsempfänger nach dem sozialen Entschädigungsrecht oder der behinderten Menschen wesentlich umfassen und die unter Berücksichtigung von Art und Umfang ihrer Tätigkeit sowie ihres Mitgliederkreises die Gewähr für eine sachkundige Prozessvertretung bieten, für ihre Mitglieder;

(6) juristische Personen, deren Anteile sämtlich im wirtschaftlichen Eigentum einer der in den Nummern 4 und 5 bezeichneten Organisationen stehen, wenn die juristische Person ausschließlich die Rechtsberatung und Prozessvertretung dieser Organisation und ihrer Mitglieder oder anderer Verbände oder Zusammenschlüsse mit vergleichbarer Ausrichtung und deren Mitglieder entsprechend deren Satzung durchführt, und wenn die Organisation für die Tätigkeit der Bevollmächtigten haftet.

Bevollmächtigte, die keine natürlichen Personen sind, handeln durch ihre Organe und mit der Prozessvertretung beauftragte Vertreter.

Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen.

II.

Gegen den Beschluss zu 3. kann schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei dem Verwaltungsgericht Greifswald, Domstraße 7, 17489 Greifswald, Beschwerde eingelegt werden.

Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,-- Euro übersteigt oder das Verwaltungsgericht die Beschwerde in dem Beschluss zugelassen hat. Sie ist innerhalb von sechs Monaten einzulegen, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat; ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, so kann sie noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

Seppelt Kalhorn Dr. Haustein

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Landkreis Nordwestmecklenburg Die Landrätin **untere Naturschutzbehörde** VI. 3 Landkreis Nordwestmecklenburg • Postfach 15 65 • 23968 Wismar Planungsbüro Mahnel Rudolf-Breitscheid-Straße 11 23936 Grevesmühlen Auskunft erteilt Ihnen Frau Hamann Dienstgebäude Börzower Weg 3, 23936 Grevesmühlen Haus 4 Zimmer 202 Telefon (0 38 41) 3040-6637 Fax (0 38 41) 3040-86637 E-Mail G.Hamann@nordwestmecklenburg.de Aktenzeichen 66.03-311/2014/gvm-allee-b30 Ihr Zeichen Ort, Datum Grevesmühlen, den 2014-01-24 **B-Plan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen – Errichtung einer Lärmschutzwand** Bezug: Ihre Mail vom 13.01.2014 Sehr geehrter Herr Herzog, mit Ihrer Mail vom 13.01.2013 stellten Sie die Anfrage bezüglich erforderlicher Genehmigungsverfahren für die Errichtung einer Lärmschutzwand im Bereich des B-Planes Nr. 20 der Stadt Grevesmühlen. Die Lärmschutzwand soll in einem Abstand von 2,50 m parallel zu einer nach § 19 Abs. 1 Naturschutzausführungsgesetz (NatSchAG M-V) geschützten einseitigen Baumreihe errichtet werden. Von der Maßnahme ist ein Baum der geschützten Reihe betroffen. Nach § 19 Abs. 1 NatSchAG M-V sind eine Beseitigung sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder nachteiligen Veränderung der einseitigen Baumreihe führen können, unzulässig. 1. Mit Ihrer Mail reichten Sie mir einen Lageplanausschnitt (M 1: 250 vom 2012.2013) sowie eine Detailzeichnung der Lärmschutzwand (M 1: 50 vom 20.12.2013) ein. Auf Grund des geringen Abstandes zu der geplanten Stützwand sowie der geplanten Aufschüttung von ca. 70 cm im Wurzelbereich ist eine erhebliche Beeinträchtigung des geschützten Baumes nicht auszuschließen. Um die Beeinträchtigungen des Baumes durch die Errichtung der Stützmauer konkret zu bestimmen und geeignete Vermeidungsmaßnahmen festlegen zu können, ist eine Suchschachtung im Bereich der geplanten Stützmauer erforderlich. 2. Zur Vermeidung von Eingriffen in den geschützten Baumbestand ist im weiteren Planverfahren zum Beispiel zu prüfen, ob auf eine Anfüllung von 70 cm Boden im Wurzelbereich des Baumes nördlich der geplanten Lärmschutzwand verzichtet werden oder ob die Lärmschutzwand tiefer in das Ursprungsgelände eingebaut werden kann. Die erforderliche Höhe der Lärmschutzwand kann meines Erachtens durch ein längeres Stützelement erreicht werden. In diesem Fall kann auf eine Anschüttung im Wurzelbereich des Baumes vollständig verzichtet werden. 3. Sind Eingriffe in die geschützte Baumreihe nachweislich nicht zu vermeiden, bedarf die Errichtung der Lärmschutzwand nach 19 Abs. 2 NatSchAG M-V einer Befreiung von den Verboten des § 19 Abs. 1 NatSchAG M-V durch die untere Naturschutzbehörde. Eine Befreiung kann erteilt werden, wenn die 4.	Zu 1. Zur Gewährleistung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse im Plangebiet ist es erforderlich, aktive Schallschutzmaßnahmen zu realisieren. Diese beinhalten auch die Errichtung einer Lärmschutzwand, die lage- und höhenmäßig gutachterlich bestimmt wurde. Hierbei stellte sich heraus, dass eine Beeinträchtigung der geschützten einseitigen Baumreihe (letzter Baum) nicht vermieden werden kann. Das erforderliche Genehmigungsverfahren ist zur Sicherung der Realisierung der aktiven Schallschutzmaßnahme notwendig. Zu 2. Der Hinweis wird teilweise berücksichtigt. Unter Berücksichtigung der Eingriffsminimierung wurde die technische Ausbildung der Stützmauer überarbeitet. Es werden im unmittelbaren Baumbereich anstatt T-Elementen nur L-Elemente verbaut, deren Schenkel zur Straßen ausgebildet ist. Dadurch konnten gleichzeitig die geplanten Aufschüttungen erheblich reduziert werden. Eine Überbauung des Kronentraufbereiches konnte weitgehend vermieden werden. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen wurde der Eingriff in Bezug auf die geplante Überbauung des verbleibenden Wurzelbereiches ermittelt und dargestellt. In diesem Zusammenhang wurde auf gesonderte Suchschachtungen verzichtet. In Rahmen der konkreten Bauausführung werden jedoch im potentiellen Wurzelbereich Handschachtungen ausgeführt und baumpflegerisch begleitet, die den tatsächlichen Wurzelverlauf ermitteln. Zu 3. Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Minimierung bzw. Vermeidung des Eingriffs wurde geprüft. Auf den Einbau von längeren Stützelementen wurde verzichtet, da in diesem Fall durch die notwendigen Abgrabungen trotzdem eine Beeinträchtigung des Wurzelbereiches erfolgt. Die Planungen zur Lärmschutzwand wurden jedoch dahingehend überarbeitet, dass im unmittelbaren Baumbereich anstatt T-Elemente nur L-Elemente verbaut werden, deren Schenkel zur Straßen ausgebildet ist. Gleichzeitig wird im Bereich der L-Elemente auf Aufschüttungen verzichtet. Eine Beeinträchtigung des Kronentraufbereiches des Baumes wurde vollständig vermieden. Es sind nur noch randständig Beeinträchtigungen des potentiellen Wurzelbereiches (Kronentraufbereich + 1,5 m) vorhanden. Trotz dieser Beeinträchtigungen wird davon ausgegangen, dass der Baum dauerhafte erhalten werden kann. Zu 4. Der verbleibende Eingriff ist aufgrund der Sicherung der gesunden Wohn- und Lebensverhältnisse im Plangebiet auch unter dem Gesichtspunkt der Ausweisung von Wohnbauflächen zur Sicherung des Eigenbedarfs der Stadt Grevesmühlen und Beachtung der Innenentwicklung der Stadt Grevesmühlen nicht vermeidbar. Es wurde somit ein Befreiungsantrag gestellt und begründet.	Zu berücksichtigen. Teilweise zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Voraussetzungen des § 67 Abs. 1 und 3 BNatSchG vorliegen. Diese wären im Antrag umfassend darzulegen. Der Ausgleich richtet sich nach dem Alleenerlass[1]. Ich weise darauf hin, dass im Befreiungsverfahren die nach § 30 NatSchAG M-V anerkannten Naturschutzverbände zu beteiligen sind. Die Antragsunterlagen sind dazu in 6-facher Ausfertigung einzureichen. Gerne bin ich auch zu einem Abstimmungstermin mit Ihnen und dem technischen Planer bereit. Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag Hamann Sachbearbeiterin zu 4. 5. 6.	Zu 5. Die Antragsunterlagen wurden am 05.02.2014 in 6-facher Ausfertigung bei der UNB eingereicht. Die Genehmigung der Beeinträchtigung eines Ahorns einer einseitigen Baumreihe nördlich der Klützer Straße in der Ortslage Grevesmühlen wurde am 21.03.2014 erteilt. Grundlage war der Antrag auf Befreiung von den Verboten des § 19 Abs. 1 NatSchAG M-V vom 05.02.2014. Die Anforderungen zur Errichtung der Lärmschutzwand im Zusammenhang mit den Anforderungen des Baumschutzes werden gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB im Text Teil B und in der Begründung berücksichtigt. Zu 6. Der Hinweis zum Abstimmungstermin wird zur Kenntnis genommen.	Zu berücksichtigen. Zur Kenntnis zu nehmen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	VI.4 Zweckverband Grevesmühlen Zweckverband Grevesmühlen · Karl-Marx-Str. 7/9 · 23936 Grevesmühlen Ingenieurbüro Storm Fritz-Reuter-Straße 9 23936 Grevesmühlen Karl-Marx-Str. 7/9 23936 Grevesmühlen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Körperschaft des öffentlichen Rechts - Der Verbandsvorsteher - Standort- und Anschlusswesen Sprechzeiten: Montag bis Mittwoch und Freitag 9.00 - 16.00 Uhr Donnerstag 9.00 - 18.00 Uhr Mein Aktenzeichen t1/ck Sachauskunft Cornelia Kumbernuss Durchwahl 757 712 Datum 04.03.2014 **Vorhaben:** **Erschließung B-Plan 30 der Stadt Grevesmühlen** Reg.-Nr. 0067/07-09/5 Sehr geehrte Damen und Herren, gemäß Absprache in unserem Haus zur technischen Planung in Bezug auf die Beseitigung des anfallenden Niederschlagswassers der Straßenflächen stimme ich der Ausführung zu. Da aufgrund der Höhenlage ein direkter Anschluss an den bestehenden zentralen Regenwasserkanal des Rosenweges nicht möglich ist, kommt die Errichtung einer Versickerungsanlage mit Notüberlauf an den vorhandenen RW-schacht 40072R1020 zur Ausführung. 1. Bei Rückfragen oder Veränderungen geben Sie bitte immer die o.g. Reg.-Nr. an! Mit freundlichen Grüßen Cornelia Kumbernuss Verteiler: • Empfänger • ZVG-t1	Zu 1. Die Ergebnisse der Absprache zur technischen Planung zwischen der Stadt Grevesmühlen, dem technischen Planer und dem ZVG werden in der Begründung ergänzt. Sie sind ebenso Bestandteil der Ausführungsplanung.	Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen **Der Bürgermeister** Zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Papenhusen, Plüschow, Reggenstorf, Röbel, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow VI.5 Stadt Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23936 Grevesmühlen Stadt Grevesmühlen Bauamt Frau Matschke Rathausplatz 01 23936 Grevesmühlen Geschäftsbereich: GB Haupt- und Ordnungsamt Zimmer: 1.2.04 Es schreibt Ihnen: Thomas Heinze Durchwahl: 03881 / 723225 E-Mail-Adresse: t.heinze@grevesmuehlen.de info@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: Datum: 18.03.2014 **Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen** **Überarbeitete Stellungnahme zur Löschwasserversorgung für die FF Grevesmühlen** Sehr geehrte Frau Matschke, mit der am 17.03.2014 beantragten Übernahme des laut aktuellem Messprotokoll zur Löschwasserversorgung geeigneten Unterflurhydranten auf dem Grundstück Rosenweg 33 in die Nutzungsvereinbarung mit dem Zweckverband ist der Grundschutz gemäß § 2 (1) Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz M-V vom 04.03.2009 im Gebiet des B-Planes Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen prinzipiell gewährleistet. Weil der Zweckverband Grevesmühlen die ständige Aufrechterhaltung der zuletzt ermittelten Durchflussmenge an diesem Hydranten möglicherweise nicht garantieren kann, muss der in der Stellungnahme vom 13.12.2013 erwähnte Löschteich in etwa 300 Metern Entfernung nordöstlich vom B-Plangebiet dauerhaft funktionstüchtig erhalten bleiben. Dazu ist darin ein ständig verfügbares Wasservolumen von mindestens 100 m³ mit den für die FF Grevesmühlen erforderlichen Zugangs- und Entnahmemöglichkeiten zu gewährleisten. Mit freundlichem Gruß im Auftrag Thomas Heinze SGL Ordnungsangelegenheiten 1. 2.	Zu 1. Die Stadt Grevesmühlen hat die Prüfung vorgenommen, dass der Unterflurhydrant auf dem Grundstück Rosenweg 33 geeignet ist, den Grundschutz der Löschwasserversorgung im Plangebiet prinzipiell zu gewährleisten. Der Löschwasserhydrant wurde in die Planzeichnung nachrichtlich übernommen. Er befindet sich außerhalb des Plangeltungsbereiches. Zu 2. Zusätzlich soll zur Sicherung des Grundschutzes der im Nordosten des Plangebietes gelegene Löschteich (Entfernung ca. 300 m) zur Ergänzung der Löschwassersicherung dauerhaft funktionstüchtig erhalten bleiben. Der vorhandene Löschteich muss ständig über ein verfügbares Wasservolumen von mindestens 100 m³ verfügen. Die erforderlichen Zugangs- und Entnahmemöglichkeiten für die freiwillige Feuerwehr sind ständig zu gewährleisten. Die Stadt Grevesmühlen ist gesetzlich verpflichtet, die Löschwasserversorgung im Rahmen des Grundschutzes im Stadtgebiet und somit auch im Plangeltungsbereich sicherzustellen. Die Begründung wird um die Darlegung der Sicherung des Grundschutzes zur Löschwasserversorgung ergänzt.	Zu berücksichtigen. Zu berücksichtigen.

lfd. Nr.	Stellungnahme von/vom	Behandlung der Stellungnahmen	Entscheidung/Beschluss
	Stadt Grevesmühlen **Der Bürgermeister** Zugleich Verwaltungsbehörde für das Amt Grevesmühlen-Land mit den Gemeinden: Bernstorf, Börzow, Gägelow, Mallentin, Papenhusen, Plüschow, Roggenstorf, Röbel, Testorf-Steinfort, Upahl, Warnow KOPIE Stadt Grevesmühlen • Rathausplatz 1 • 23936 Grevesmühlen Zweckverband Grevesmühlen Karl-Marx-Straße 7 / 9 23936 Grevesmühlen Geschäftsbereich: GB Haupt- und Ordnungsamt Zimmer: 1.2.04 Es schreibt Ihnen: Thomas Heinze Durchwahl: 03881 / 723225 E-Mail-Adresse: t.heinze@grevesmuehlen.de info@grevesmuehlen.de Aktenzeichen: Datum: 17.03.2014 **Sondervereinbarung mit der Stadt Grevesmühlen zur Bereitstellung von Löschwasser aus Hydranten des Zweckverbandes** **Aufnahme des Hydranten auf dem Grundstück Rosenweg 33 in Grevesmühlen** Sehr geehrte Damen und Herren, zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung im Gebiet des B-Planes Nr. 30 an der „Klützer Straße" in Grevesmühlen bitte ich Sie darum, zum nächstmöglichen Zeitpunkt den Unterflurhydranten auf dem Grundstück Rosenweg 33 in die Sondervereinbarung des Zweckverbandes mit der Stadt Grevesmühlen aufzunehmen. Mit freundlichem Gruß im Auftrag Thomas Heinze 3.	Zu 3. Die Stadt Grevesmühlen hat die Aufnahme des Unterflurhydranten auf dem Grundstück Rosenweg 33 in die Sondervereinbarung des ZVG beantragt, um die Bereitstellung der Löschwasserversorgung zu berücksichtigen.	Zu berücksichtigen.

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-422** Status: öffentlich Aktenzeichen:
Federführender Geschäftsbereich: Bauamt	Datum: 25.03.2014 Verfasser: G. Matschke

Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung hier: Städtebaulicher Vertrag über die Planung und Herstellung der Erschließungsanlagen sowie der Lärmschutzmaßnahmen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
01.04.2014	Bauausschuss Stadt Grevesmühlen				
08.04.2014	Hauptausschuss Stadt Grevesmühlen				
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen überträgt lt. § 124 i.V.m. § 11 BauGB die Erschließung des geplanten Wohngebietes im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 30 für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung auf der Grundlage des vorliegenden städtebaulichen Vertrages über die Planung und Herstellung der Erschließungsanlagen sowie der Lärmschutzmaßnahmen (s. Anlage) an den Vorhaben- und Erschließungsträger

   Grevesmühlener Kommunale Bau GmbH
   Geschäftsführerin Frau Uta Woge
   August-Bebel-Straße 17
   23936 Grevesmühlen

2. Der Bürgermeister und der 1. Stellvertreter werden beauftragt mit der Geschäftsführerin der GKB GmbH einen städtebaulichen Vertrag (Erschließungsvertrag) lt. Anlage abzuschließen.

Sachverhalt:

Auf der Grundlage des § 124 BauGB kann die Erschließung durch Vertrag auf einen Dritten übertragen werden.
Der Erschließungsträger ist gleichzeitig Eigentümer der zu bebauenden Grundstücksflächen im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen und übernimmt die entstehenden Kosten laut städtebaulichem Vertrag (Erschließungsvertrag).

Information zum Einfluss dieser Entscheidung auf Leitbilder:
Leitbild 2: „Grevesmühlen, die wachsende Stadt“
Projekt 18: Entwicklung der Flächen südlich der Klützer Straße für den Einfamilienhausbau

Finanzielle Auswirkungen:

Der Vorhaben- und Erschließungsträger trägt den überwiegenden Anteil der anfallenden Kosten für die Gesamtplanung und Erschließung. Der Anteil der städtischen Kosten für den Einbau einer Lüftungsanlage lt. § 9

Anlage/n:

- Städtebaulicher Vertrag über die Planung und Herstellung der Erschließungsanlagen sowie Lärmschutzmaßnahmen zum Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung (Erschließungsvertrag)

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Städtebaulicher Vertrag über die Planung und Herstellung der Erschließungsanlagen sowie der Lärmschutzmaßnahmen zum Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung

- Erschließungsvertrag -

Die Stadt Grevesmühlen,
vertreten durch den Bürgermeister, Herrn Jürgen Ditz
und der 1. Stadträtin, Frau Kristine Lenschow,
Rathausplatz 1 in 23936 Grevesmühlen

nachfolgend **"Stadt"** genannt,

und

der Vorhabenträger des Bebauungsplanes Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen,
die Grevesmühlener Kommunale Bau GmbH
vertreten durch die Geschäftsführerin, Frau Uta Woge,
geschäftsansässig August-Bebel-Str. 17 in 23936 Grevesmühlen

nachfolgend **"Erschließungsträger"** genannt,

schließen folgenden Vertrag:

§ 1 Gegenstand des Vertrages

(1) Der Erschließungsträger übernimmt auf der Grundlage des § 124 i.V.m. § 11 BauGB die Planung und Herstellung der in Paragraph 3 dieses Vertrages genannten Erschließungsanlagen gemäß den sich aus Paragraph 2 dieses Vertrages ergebenen Vorgaben. Die Festsetzungen des zukünftigen Bebauungsplanes Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung sind für den Erschließungsträger bindend. Das zu erschließende Baugebiet ergibt sich aus dem in der Anlage beigefügten Lageplan. Es ist identisch mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 30. Der vorgenannte Bereich wird im Vertrag fortan als Erschließungsgebiet bezeichnet.

(2) Der Erschließungsträger verpflichtet sich zur Herstellung der in Paragraph 9 dieses Vertrages genannten erforderlichen Immissionsschutzmaßnahmen (Lärmschutzwand und Kostenbeteiligung Einbau Lüftungsanlage Landwirtschaftsbetrieb) auf der Grundlage des Bebauungsplanes Nr. 30.

(3) Der Erschließungsträger verpflichtet sich, das Erschließungsprojekt sowie die erforderlichen Erschließungsanlagen einschließlich der Lärmschutzwand gemäß § 3 dieses Vertrages im eigenen Namen und auf eigene Rechnung herzustellen.

(4) Die Stadt verpflichtet sich die Erschließungsanlagen bei Vorliegen der in Paragraph 8 dieses Vertrages genannten Voraussetzungen in ihre Unterhaltung und Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen.

§ 2 Fertigstellung der Anlagen

(1) Der Erschließungsträger verpflichtet sich, auf der Grundlage des Bebauungsplanes Nr. 30 ein Erschließungsprojekt über die Entwässerung, die Straßenfläche und Grün-/ Parkflächen des Erschließungsgebietes innerhalb von 1 Monat nach Wirksamwerden des Erschließungsvertrages anzufertigen und der Stadt zur Abstimmung vorzulegen.

(2) Mit der Durchführung der Erschließung darf erst nach Bestätigung des Erschließungsprojektes durch die Stadt begonnen werden. Die Erschließungsanlagen sollen zeitlich entsprechend den Erfordernissen der Bebauung hergestellt, spätestens bis zur Fertigstellung der anzuschließenden Bebauung benutzbar sein. Der Abschluss der Erschließungsarbeiten hat bis zum 31.12. des Jahres zu erfolgen, in dem die anzuschließende Bebauung fertig gestellt bzw. bezogen wurde, spätestens jedoch bis zum 31.12. 2016.

(3) Erfüllt der Erschließungsträger seine Verpflichtungen nicht oder fehlerhaft, so ist die Stadt berechtigt, ihm schriftlich eine angemessene Frist zur Ausführung der Arbeiten zu setzen. Erfüllt der Erschließungsträger bis zum Ablauf dieser Frist die vertraglichen Verpflichtungen nicht, tritt die Stadt von diesem Vertrag zurück. Die Stadt kann die Arbeiten auf Kosten des Erschließungsträgers ausführen oder ausführen lassen.

§ 3 Art und Umfang der Erschließungsanlagen

(1) Die Erschließung nach diesem Vertrag umfasst

a) die Fertigstellung der öffentlichen Erschließungsflächen
b) die erstmalige Herstellung der öffentlichen Straßen, Wege und Grün-/Parkanlagen im Erschließungsgebiet einschließlich
   - Fahrbahnen (tlw. mit Mischverkehrsfunktion)
   - Gehwege
   - Parkflächen
   - Straßenentwässerung
   - Straßenbeleuchtung
   - Straßenbegleitgrün und Grünanlagen
   - Straßenbenennungsschild
   - Verkehrszeichen
c) die Straßenentwässerungsanlagen (wie z.B. Regenwasseranlagen, Sickerschacht u. dgl.)
d) Schmutzwasserkanäle einschl. erforderlicher Hebeanlagen
e) Wasserversorgungsanlagen
f) Löschwasserversorgungsanlagen
g) Elektroversorgungsanlagen
h) Gas- / ggf. Fernwärmeversorgungsanlagen

i) ausschließlich im Zusammenhang mit der Errichtung der Lärmschutzwand erforderliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

nach Maßgabe der von der Stadt genehmigten Ausbauplanung.

(2) Der Erschließungsträger hat notwendige bau-, wasserbehördliche sowie sonstige Genehmigungen bzw. Zustimmungen vor Baubeginn einzuholen und der Stadt vorzulegen.

(3) Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen und Erschließungsanlagen im Erschließungsgebiet ausgehoben wird, ist im nutzbaren Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen. Seine Verbringung außerhalb des Erschließungsgebietes bedarf der Zustimmung der Stadt.

(4) Der Erschließungsträger verpflichtet sich eigenverantwortlich mit den Versorgungsträgern vertragliche Regelungen hinsichtlich der Anschlußkostenbeiträge zu vereinbaren.
Die Stadt ist von Anschlußkostenbeiträgen freizuhalten. Das Ergebnis der vertraglichen Vereinbarungen ist der Stadt mitzuteilen.

§ 4 Ausschreibungen, Vergabe und Bauleitung

(1) Mit der Ausschreibung und Bauleitung für das Erschließungsvorhaben beauftragt der Erschließungsträger ein leistungsfähiges Ingenieurbüro, das die Gewähr für die technisch beste und wirtschaftlichste Abwicklung der Baumaßnahme bietet. Der Abschluss des Ingenieurvertrages zwischen dem Erschließungsträger einerseits und dem Ingenieurbüro andererseits erfolgt im Einvernehmen mit der Stadt.

(2) Die Bauleistungen für die Erschließung sind auf der Grundlage der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) auszuschreiben und zu vergeben.

(3) Die erforderlichen Vermessungsarbeiten werden einem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur mit der Auflage in Auftrag gegeben, alle Arbeiten mit der Stadt abzustimmen.

§ 5 Baudurchführung

(1) Der Erschließungsträger hat durch Abstimmung mit Versorgungsträgern und sonstigen Leitungsträgern sicherzustellen, dass die Versorgungseinrichtungen für das Erschließungsgebiet (z.B. Fernmeldeversorgungsanlagen, Strom-, Fernwärme- bzw. Gas-, Wasser- und Schmutzwasserleitungen) so rechtzeitig in die Verkehrsflächen verlegt werden, dass die zügige Fertigstellung der Erschließungsanlagen nicht behindert und ein Aufbruch fertig gestellter Anlagen ausgeschlossen wird. Das Gleiche gilt für die Herstellung der Hausanschlüsse für die Grundstücksentwässerung an die öffentliche Abwasseranlage.

(2) Die Herstellung der Straßenbeleuchtung hat der Erschließungsträger im Einvernehmen mit der Stadt durch einen autorisierten Fachbetrieb zu veranlassen.

(3) Der Baubeginn ist der Stadt drei Wochen vorher anzuzeigen. Die Stadt oder ein von ihr beauftragter Dritter ist berechtigt, die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten zu überwachen, an Bauberatungen teilzunehmen und die unverzügliche Beseitigung festgestellter Mängel zu verlangen.

(4) Die Pflanzung von Bäumen im Straßenraum ist im Bereich von Leitungstrassen möglichst zu vermeiden; gegebenenfalls sind die Anordnungen der Stadt bzw. des Leitungsträgers zu beachten und die notwendigen Schutzvorkehrungen zu treffen.

(5) Der Erschließungsträger hat im Einzelfall auf Verlangen der Stadt von den für den Bau der Anlage eingesetzten Materialien nach den hierfür geltenden technischen Richtlinien Proben zu entnehmen und diese in einem von beiden Vertragsparteien anerkannten Baustofflaboratorium untersuchen zu lassen sowie die Untersuchungsergebnisse der Stadt vorzulegen. Der Erschließungsträger verpflichtet sich weiter, Stoffe oder Bauteile, die diesem Vertrag nicht entsprechen, innerhalb einer von der Stadt bestimmten Frist zu entfernen.

(6) Die Entwässerungsanlagen und die öffentliche Erschließungsstraße sind vor Beginn der Hochbauarbeiten herzustellen. Entstandene Schäden an den Erschließungsanlagen durch z.B. Hochbaumaßnahmen, Straßenaufbrüche u.a. sind vor Abnahme der Erschließungsanlagen fachgerecht durch den Erschließungsträger zu beseitigen.

§ 6 Haftung und Verkehrssicherung

(1) Vom Tage des Beginns der Erschließungsarbeiten an, übernimmt der Erschließungträger im gesamten Erschließungsgebiet die Verkehrssicherungspflicht.

(2) Der Erschließungsträger haftet bis zur Übernahme der Anlage durch die Stadt für jeden Schaden, der durch die Verletzung der bis dahin ihm obliegenden allgemeinen Verkehrssicherungspflicht entsteht und für solche Schäden, die infolge der Erschließungsmaßnahmen an bereits verlegten Leitungen oder sonstigen fertig gestellten Anlagen entstanden sind. Der Erschließungsträger stellt die Stadt insoweit von allen Schadenersatzansprüchen frei. Diese Regel gilt unbeschadet der Eigentumsverhältnisse. Vor Beginn der Baumaßnahmen ist das Bestehen einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachzuweisen.

§ 7 Gewährleistung und Abnahme

(1) Der Erschließungsträger übernimmt die Gewähr, dass seine Leistung zum Zeitpunkt der Abnahme durch die Stadt die vertraglich vereinbarten Eigenschaften hat, den anerkannten Regeln der Technik und Baukunst entspricht und nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem nach dem Vertrag vorausgesetzten Zweck aufheben oder mindern.

(2) Die Gewährleistung richtet sich nach den Regeln der VOB. Die Gewährleistungsfrist beträgt 4 Jahre. Sie beginnt mit der Abnahme der mangelfreien Erschließungsanlage durch die Stadt.

(3) Der Erschließungsträger zeigt der Stadt die vertragsgemäße Herstellung der Anlagen schriftlich an. Die Stadt setzt einen Abnahmetermin auf einen Tag innerhalb von 4 Wochen nach Eingang der Anzeige fest. Die Bauleistungen sind von der Stadt und dem Erschließungsträger gemeinsam abzunehmen. Das Ergebnis ist zu protokollieren und von beiden Vertragsparteien zu unterzeichnen. Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese innerhalb von zwei Monaten, vom Tage der gemeinsamen Abnahme an gerechnet, durch den Erschließungsträger beseitigen zu lassen.

§ 8 Übernahme der Erschließungsanlagen

(1) Im Anschluss an die Abnahme der mangelfreien Erschließungsanlage übernimmt die Stadt diese in ihre Baulast bzw. die zuständigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, wenn sie Eigentümer der öffentlichen Erschließungsflächen geworden sind, oder bei öffentlichen Abwasseranlagen, die nicht innerhalb der öffentlichen Erschließungsflächen verlegt worden sind, diese durch Grunddienstbarkeiten zu Gunsten der Stadt gesichert sind und der Erschließungsträger vorher

a) die Planungsunterlagen (Projekt) für das Erschließungsgebiet in Papierausfertigung und digitalisiert auf CD in pdf- und dwg-/dxf- Format, jeweils 1-fach, übergeben hat,

b) die vom Ingenieurbüro rechnerisch und fachtechnisch anerkannten Schlussrechnungen einschließlich der Aufmaße und Massenermittlungen und Bestandspläne der unter Paragraph 3 (1) dieses Vertrages genannten Erschließungsanlagen in 2- facher Ausfertigung übergeben hat,

c) die Schlußvermessung durchgeführt und eine Bescheinigung eines öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs über die Einhaltung der Grenzen übergeben hat, aus der sich weiterhin ergibt, dass sämtliche Grenzzeichen sichtbar sind,

d) einen Bestandsplan über die Entwässerungsanlagen übergeben hat und

e) Nachweise erbracht hat über
   - Untersuchungsbefunde der nach Ausbauplanung geforderten Materialien
   - die Schadensfreiheit der erstellten Kanalhaltungen durch einen von beiden Seiten anerkannten Sachverständigen.

(2) Die nach Absatz 1 vorgelegten Unterlagen und Pläne werden Eigentum der Stadt.

(3) Die Stadt bzw. die zuständigen Körperschaften bestätigen die Übernahme der Erschließungsanlagen in ihre Verwaltung und Unterhaltung schriftlich.

(4) Mit der Übernahme der Straße an die Stadt veranlasst die Stadt die öffentliche Widmung der Straße. Die Stadt wird Straßenbaulastträger und gruppiert diese als Gemeindestraße ein.

§ 9 Immissionsschutzanlagen

Der Erschließungsträger verpflichtet sich zur Herstellung der erforderlichen Immissionsschutzmaßnahmen (Lärmschutzwand und Kostenbeteiligung Lüftungsanlage Landwirtschaftsbetrieb) auf der Grundlage der „Schalltechnischen Untersuchung zu den Bebauungsplänen Nr. 30 und Nr. 34 der Stadt Grevesmühlen“ des TÜV NORD vom 05.08.2013.

Hiernach sind zur Umsetzung des städtebaulichen Konzeptes des Bebauungsplanes Nr. 30 folgende aktive Schallschutzmaßnahmen erforderlich:

1. Die Errichtung einer Lärmschutzeinrichtung in Form einer Lärmschutzwand (Höhe 3,00m und Länge 16,00m) im nördlichen Bereich des Bebauungsplanes Nr. 30 nördlich der Klützer Straße und auf der Böschung südlich von Marktkauf.

2. Der Einbau einer Lüftungsanlage mit 2 neuen Ventilatoren gemäß der im Schallgutachten unter Punkt 7.3.2 enthaltenen Einbauorte an der Südseite der Lagerhalle für Weizen des benachbarten Landwirtschaftsbetriebes. Die Kostenbeteiligung des Erschließungsträgers für diese zu erneuernde Lüftungsanlage ist bereits in einem separaten „Städtebaulichen Vertrag über die Umsetzung von aktiven Schallschutzmaßnahmen für die Bebauungspläne der Stadt Grevesmühlen Nr. 30 „Wohngebiet Klützer Straße“ und Nr. 34 „Wohngebiet Mühlenblick“ östlich des

Rosenweges“ zwischen der Stadt, dem Erschließungsträger und dem Landwirtschaftsbetrieb auf der Grundlage des Stadtvertreterbeschlusses vom 09.12.2013 geregelt.

3. Nach Einbau der in Nr. 2 genannten Lüftungsanlage an der Lagerhalle für Weizen des Landwirtschaftsbetriebes ist die Einhaltung des Schallleistungspegels durch Messungen gemäß der im Schallgutachten ausgewiesenen Einbauorte und Bedingungen lt Betriebsszenario im Anhang 5.4EN2 innerhalb der Ernte in den ersten 3 Jahren nach Beginn der Hochbaumaßnahmen nachzuweisen. Bei Notwendigkeit sind weitere Maßnahmen zur Einhaltung des Schallleistungspegels, wie z. B. Schalldämpfer oder Einhausungen der Lüfter, mit den Beteiligten des Vertrages abzustimmen und gemeinschaftlich umzusetzen.

§ 10 Sicherheitsleistungen

Nach der Abnahme der Maßnahme und Vorlage der Unterlagen laut § 8 dieses Vertrages ist für die Dauer der Gewährleistung eine Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von 3% der Baukosten vorzulegen.

§ 11 Kosten

(1) Der Erschließungsträger trägt die Kosten dieses Vertrages und die Kosten seiner Durchführung.

(2) Sofern der Stadt ein Aufwand für die Verschaffung des Eigentums an den öffentlichen Flächen entsteht, wird dieser vom Erschließungsträger innerhalb eines Monats nach Aufforderung erstattet.

§ 12 Rechtsnachfolge

Der Erschließungsträger verpflichtet sich, die in diesem Vertrag vereinbarten Pflichten und Bindungen seinem Rechtsnachfolger mit Weitergabepflicht weiterzugeben. Der heutige Erschließungsträger haftet der Stadt als Gesamtschuldner für die Erfüllung des Vertrages neben einem etwaigen Rechtsnachfolger, soweit die Stadt ihn nicht ausdrücklich aus der Haft entlässt.

§ 13 Haftungsausschluss

(1) Aus diesem Vertrag entstehen der Stadt Grevesmühlen keine Verpflichtungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 30. Eine Haftung der Stadt für etwaige Aufwendungen des Erschließungsträgers, die dieser im Hinblick auf die Aufstellung des Bebauungsplanes tätigt, ist ausgeschlossen.

(2) Für den Fall der Aufhebung des Bebauungsplanes können Ansprüche gegen die Stadt Grevesmühlen nicht geltend gemacht werden. Dies gilt auch für den Fall, dass sich die Nichtigkeit des Bebauungsplanes im Verlauf eines gerichtlichen Streitverfahrens herausstellt.

§ 14 Schlussbestimmungen

(1) Vertragsänderungen oder –ergänzungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Nebenabreden bestehen nicht. Der Vertrag ist zweifach auszufertigen und notariell zu beurkunden. Die Stadt und der Erschließungträger erhalten je eine Ausfertigung.

(2) Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck des Vertrages rechtlich und wirtschaftlich entsprechen.

§ 15 Wirksamwerden

Der Vertrag wird wirksam mit der Unterzeichnung beider Vertragsparteien nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen.

Grevesmühlen, den
für die Stadt:

Jürgen Ditz
Bürgermeister

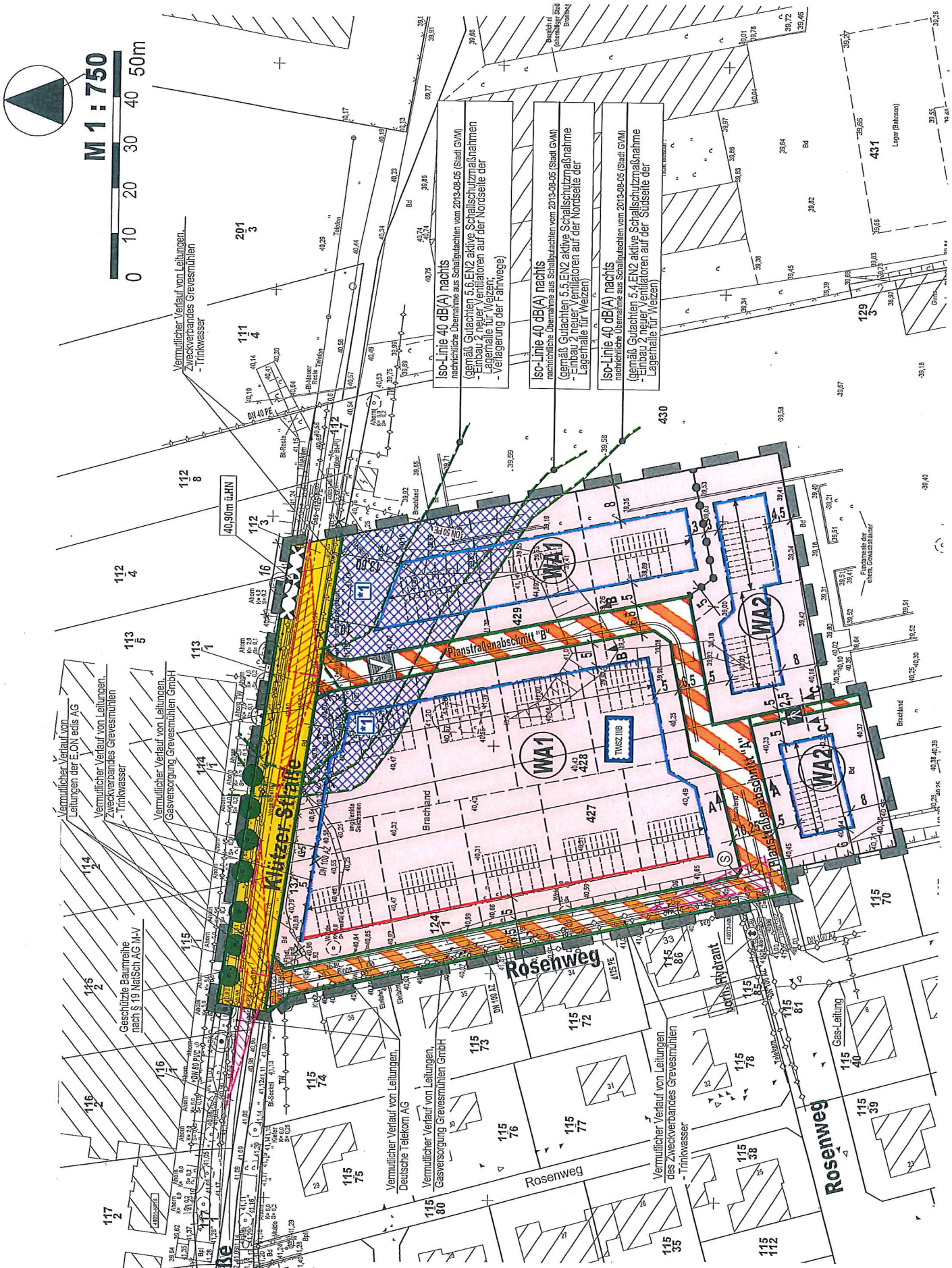
Kristine Lenschow
1. Stadträtin

Grevesmühlen, den
für den Erschließungsträger:

Uta Woge
Geschäftsführerin

Dieser Vertrag umfasst 7 Seiten und die Anlage „Erschließungsgebiet".

Anlage zum Städtebaulichen Vertrag:



Erschließungsgebiet (entspricht Geltungsbereich der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30)

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	**VO/12SV/2014-421**
	Status:	öffentlich
	Aktenzeichen:	
Federführender Geschäftsbereich:	Datum:	24.03.2014
Bauamt	Verfasser:	G. Matschke

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für den Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung gemäß § 13a BauGB hier: Satzungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
01.04.2014	Bauausschuss Stadt Grevesmühlen				
08.04.2014	Hauptausschuss Stadt Grevesmühlen				
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:

1. Aufgrund des § 10 BauGB Abs. 1 i.V.m. § 13a des BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11.06.2013 (BGBl. I, S.1548) sowie nach § 86 LBauO M-V beschließt die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen den Bebauungsplan Nr. 30 für den Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung begrenzt:
- im Norden durch ein Einkaufszentrum in der Klützer Straße,
- im Osten durch Flächen für die Landwirtschaft und künftig durch den in Aufstellung befindlichen B-Plan Nr. 34 „Mühlenblick“,
- im Süden durch Brachflächen,
- im Westen durch vorhandene Wohnbebauung im Rosenweg.

bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie den örtlichen Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen, als Satzung.

2. Die Begründung wird gebilligt.

3. Der Beschluss der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 durch die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Sachverhalt:

Die Satzungsunterlagen wurden um die Ergebnisse der Abwägung in Planzeichnung (Teil A), Text (Teil B) sowie den örtlichen Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen und der Begründung ergänzt. Die Planunterlagen wurden entsprechend der technischen Ausführungsplanung angepasst. In einem Teil wurde die Straßenverkehrsfläche von 10,00 m auf 10,25 m erweitert. Betroffene Dritte waren von der Anpassung nicht berührt. Die Befreiung von den Verboten des § 19 Abs. 1 NatSchAG M-V wurde durch die untere Naturschutzbehörde am 21.03.2014 genehmigt. Die damit verbundenen Auflagen werden Bestandteil der Planunterlagen. Der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan entwickelt, so dass eine Berichtigung desselben nicht vorgenommen werden muss. Mit Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß Hauptsatzung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Information zum Einfluss dieser Entscheidung auf Leitbilder:
Leitbild 2: „Grevesmühlen, die wachsende Stadt“
Projekt 18: Entwicklung der Flächen südlich der Klützer Straße für den Einfamilienhausbau

Finanzielle Auswirkungen:
Sämtliche anfallenden Planungs- und Erschließungskosten werden von der Grevesmühlener Kommunalen Bau GmbH übernommen, die gleichzeitig auch Grundstückseigentümer ist.

Anlage/n:

- Satzungsunterlagen zur Satzung über den B-Plan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen bestehend aus Begründung, Planzeichnung A3/A4 und Text-Teil B

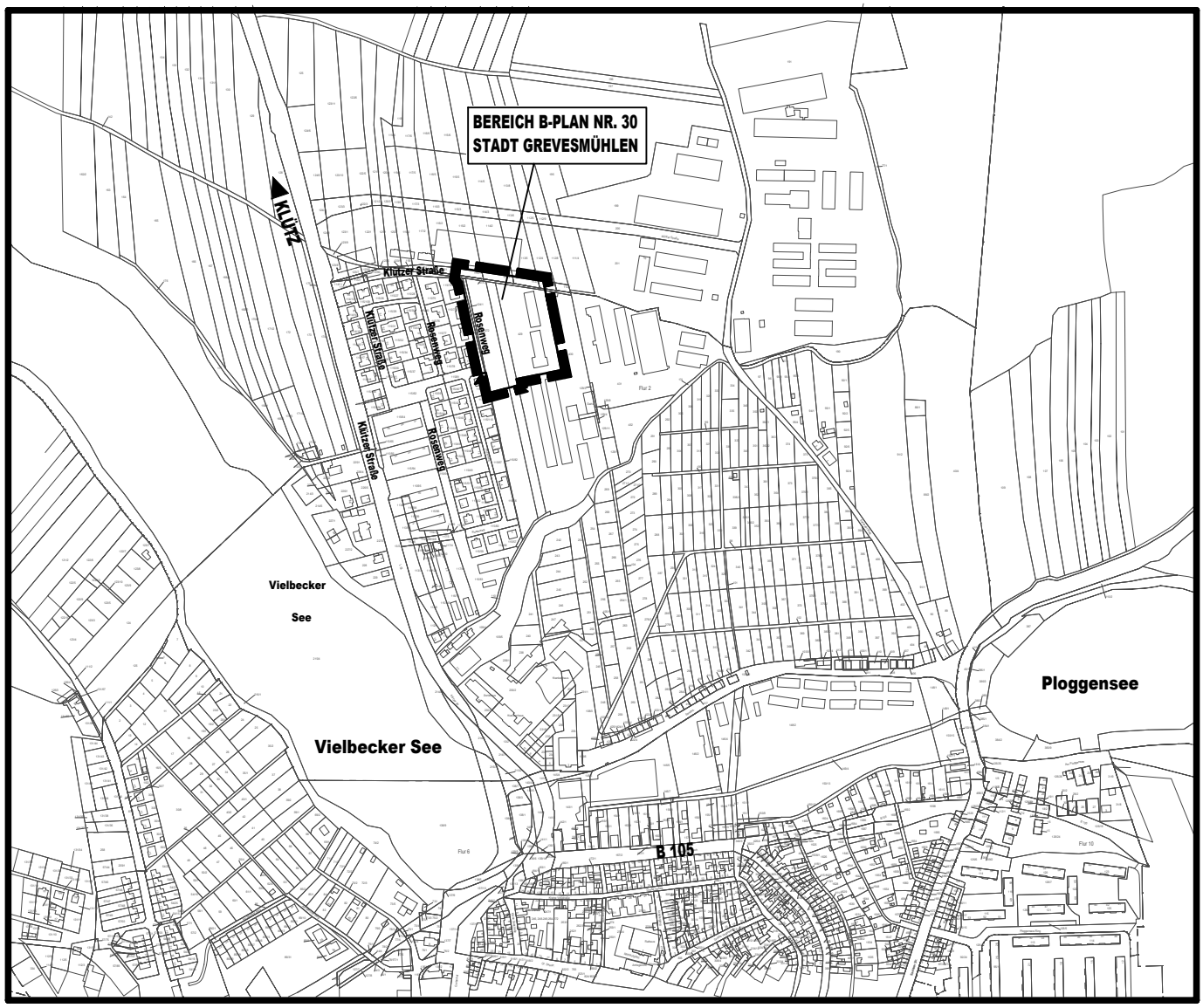
Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

BEGRÜNDUNG

ZUR SATZUNG ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 30 DER STADT GREVESMÜHLEN

FÜR EINEN TEILBEREICH AN DER KLÜTZER STRAßE SÜDLICH DER EINKAUFSZENTREN UND ÖSTLICH DER VORHANDENEN BEBAUUNG

Verfahrensaufstellung gemäß § 13a BauGB



Planungsbüro Mahnel

Rudolf-Breitscheid-Straße 11
23936 Grevesmühlen

Tel. 03881/7105-0
Fax 03881/7105-50

Planungsstand: 28. April 2014

BESCHLUSSVORLAGE SATZUNG

B E G R Ü N D U N G

zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung – Verfahrensaufstellung gemäß § 13a BauGB

INHALTSVERZEICHNIS SEITE

Teil 1 Städtebaulicher Teil 4

1. Bedeutung und Entwicklung der Stadt Grevesmühlen 4

2. Allgemeines 4

2.1 Abgrenzung des Plangeltungsbereiches 4
2.2 Kartengrundlage 4
2.3 Bestandteile des Bebauungsplanes 5
2.4 Rechtsgrundlagen 5
2.5 Quellenverzeichnis 7

3. Gründe für die Aufstellung des Bebauungsplanes 7

4. Einordnung in übergeordnete und örtliche Planungen 8

4.1 Landesraumentwicklungsprogramm 8
4.2 Regionales Raumentwicklungsprogramm 8
4.3 Flächennutzungsplan 9
4.4 Landschaftsplan 9

5. Städtebauliche Bestandsaufnahme 10

5.1 Planungsrechtliche Ausgangssituation 10
5.2 Naturräumlicher Bestand 11

6. Wahl des Planverfahrens im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB 12

7. Planungsziele 15

8. Inhalt des Bebauungsplanes 16

8.1 Art der baulichen Nutzung 16
8.2 Maß der baulichen Nutzung 17
8.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen 18
8.4 Größe der Baugrundstücke 18
8.5 Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen 18
8.6 Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden 19

8.7 Schallschutzmaßnahmen 19
8.8 Aufschiebend bedingtes Baurecht 19
8.9 Höhenlage 20
8.10 Flächennutzungen 21
8.11 Flächenbilanz 23

9. Örtliche Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen 23

9.1 Dächer 23
9.2 Außenwände 25
9.3 Abfallbehälter 25
9.4 Befestigung von Flächen auf privaten Grundstücken 25
9.5 Werbeanlagen 25
9.6 Einfriedungen 26
9.7 Festsetzung zu Bußgeldern 26

10. Grünflächen, Anpflanzungs- und Erhaltungsgebote 26

10.1 Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen 26
10.2 Bindungen von Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen 26

11. Immissions- und Klimaschutz 27

11.1 Geruchsimmissionen durch den landwirtschaftlichen Betrieb 27
11.2 Lärmimmission durch den landwirtschaftlichen Betrieb 28
11.3 Lärmimmissionen durch den Einkaufsmarkt 32
11.4 Klimaschutz 32

12. Verkehrliche Erschließung 33

12.1 Fließender Verkehr 33
12.2 Ruhender Verkehr 33
12.3 Öffentlicher Personennahverkehr 33

13. Ver- und Entsorgung 34

13.1 Wasserversorgung 34
13.2 Abwasserentsorgung – Schmutzwasser 35
13.3 Abwasserentsorgung – Oberflächenwasser 35
13.4 Brandschutz/ Löschwasser 37
13.5 Energieversorgung 38
13.6 Gasversorgung 39
13.7 Telekommunikation 39
13.8 Abfallentsorgung 40

14. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag 40

15. Auswirkungen der Planung 41

16. Nachrichtliche Übernahmen 43

16.1 Bau- und Kulturdenkmale/ Bodendenkmale 43

16.2 Lage in der Trinkwasserschutzzone 43

17. Hinweise 43

17.1 Bodenschutz 43
17.2 Verhaltensweise bei unnatürlichen Verfärbungen bzw. Gerüchen des Bodens 44
17.3 Munitionsfunde 44
17.4 Gewässerschutz 44
17.5 Versickerung von Niederschlagswasser 45
17.6 Ver- und Entsorgungsleitungen 45
17.7 Schallschutzmaßnahmen 45
17.8 Hinweise zu Anpflanzungen 45
17.9 Artenschutzrechtliche Belange 45
17.10 Gehölzschutzmaßnahmen 45

18. Realisierung des Bebauungsplanes 45

TEIL 2 Ausfertigung 46

1. Beschluss über die Begründung 46

2. Arbeitsvermerke 46

Teil 1 Städtebaulicher Teil

1. Bedeutung und Entwicklung der Stadt Grevesmühlen

Die zentrale Funktion der Stadt Grevesmühlen zwischen der Hansestadt Lübeck und der Hansestadt Wismar soll für die umliegenden Orte des Einzugsbereiches weiter ausgebaut werden. Durch die Nähe zur Autobahn A 20, die Lage an der Bundesstraße 105, welche die oben genannten Zentren miteinander verbinden, und die Lage an der Landesstraße L 03, die Grevesmühlen mit der Landeshauptstadt Schwerin verbindet, ist die Stadt Grevesmühlen sehr gut an das überörtliche Verkehrsnetz angebunden.

Grevesmühlen ist Zweigstelle der Verwaltung des Landkreises Nordwestmecklenburg und Sitz des Amtsgerichtes. Zum unmittelbaren Gebiet der Stadtgemeinde Grevesmühlen gehören die Ortsteile Degtow, Poischow, Questin, Wotenitz, Büttlingen, Hamberge, Santow, Everstorf, Hoikendorf, Barendorf, Grenzhausen, Neu Degtow und Drei Linden. Am 31.12.2012 konnten in der Stadt Grevesmühlen 10.621 Einwohner registriert werden.

Für das Mittelzentrum Grevesmühlen ist weiter Interesse an der Bereitstellung von Gewerbeflächen und Wohnbauflächen vorhanden.
Die Stadt weist in Anpassung an ihre zentralörtliche Bedeutung Gewerbe- und Wohnbauflächen vorrangig im Stadtgebiet aus. Für die ländlichen Ortsteile werden nur Bauflächen im Rahmen der Eigenentwicklung ausgewiesen.

2. Allgemeines

2.1 Abgrenzung des Plangeltungsbereiches

Das Plangebiet mit einer Größe von ca. 1,26 ha befindet sich im nördlichen Teil der Ortslage Grevesmühlen. Das Plangebiet umfasst die Flurstücke 113/1, 114/1, 124/1 und 429 sowie Teile von den Flurstücken 112/3, 115/1, 115/81, 427 und 428 der Gemarkung Grevesmühlen Flur 18.

Das Plangebiet wird begrenzt:

- im Norden durch ein Einkaufszentrum in der Klützer Straße,
- im Osten durch Flächen für die Landwirtschaft und künftig durch den in Aufstellung befindlichen B-Plan Nr. 34 „Mühlenblick“,
- im Süden durch Brachflächen,
- im Westen durch vorhandene Wohnbebauung im Rosenweg.

2.2 Kartengrundlage

Als Kartengrundlage für die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen dient eine Amtliche Plangrundlage im Maßstab M 1:500 mit der Bezugshöhe HN, erstellt durch das Vermessungsbüro der ÖBVI Holst und Krämer, Grevesmühlen.

2.3 Bestandteile des Bebauungsplanes

Die Planzeichnung der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen besteht aus:

- Teil A - Planzeichnung des Bebauungsplanes im Maßstab M 1 : 1.000 mit der Zeichenerklärung und
- Teil B - Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan sowie der
- Verfahrensübersicht.

Dem Bebauungsplan wird diese Begründung, in der Ziele, Zweck und wesentliche Auswirkungen des Planes dargelegt werden, beigefügt.

2.4 Rechtsgrundlagen

Die Gemeinde hat das Planverfahren vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548) förmlich eingeleitet und führt das Verfahren gemäß § 233 Abs. 1 BauGB nach den bisher geltenden Rechtsvorschriften zu Ende.

Der Aufstellung der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen liegen folgende Rechtsgrundlagen zugrunde:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBI. I S. 1509).
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBI. I S. 1548).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 1990) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).
- Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2006 (GVOBl. M-V S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 323).
- Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 13. Juli 2011, verkündet als Artikel 1 des Gesetzes über die Kommunalverfassung und zur Änderung weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V. S. 777).

Folgende weiterführende Rechtsgrundlagen liegen der Aufstellung der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen zugrunde.

- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Neufassung des Artikels 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I. S. 2585); zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. April 2013 (BGBl. I S. 734).

- Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG)
  Vom 30. November 1992, GVOBl. M-V S. 669, zuletzt geändert am 4. Juli 2011, GVOBl. M-V S. 759.

- BNatSchG Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege vom 29. Juli 2009 (BGBl. Teil I Nr. 51, S.2542).

- Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 12. Juli 2010 (GVOBl. M-V S. 383, 395).

- Alleenerlass Neupflanzungen von Alleen und einseitigen Baumreihen in Mecklenburg-Vorpommern, Gemeinsamer Erlass des Wirtschaftsministers und des Umweltministers vom 19.04.2002 – V 540/556-07-X-200c/5323.1- veröffentlicht im Amtsblatt M-V 2002 Nr. 21 S. 510ff.

- BArtSchV Bundesartenschutzverordnung vom 19.Dezember 1986 (BGBl. I S. 2873) geändert durch Art. 2 des Gesetze vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2873).

- BBodSchG Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 30 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist.

- BBodSchV Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), die zuletzt durch Artikel 5 Absatz 31 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist.

- KrWG Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I. S 212).

- LBodSchG Gesetz über den Schutz des Bodens im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbodenschutzgesetz – LBodSchG M-V) vom 4. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 759).

- Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S.3830), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Juni 2012 (BGBl. I S. 1421).

2.5 Quellenverzeichnis

Für die Ausarbeitung der Begründung für die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg- Vorpommern, 30. Mai 2005.
- Regionales Raumentwicklungsprogramm Westmecklenburg, 31. August 2011.
- Wirksamer Flächennutzungsplan der Stadt Grevesmühlen incl. der wirksamen Änderungen.
- Landschaftsplan der Stadt Grevesmühlen vom 04. Mai 2009.
- Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) – Fortschreibung 2008 vom 10.11.2008.
- Schalltechnische Untersuchung zu den B-Plänen Nr. 30 und 34 der Stadt Grevesmühlen der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG Geschäftsstelle Rostock vom 05.08.2013.
- Emissions- und Immissionsprognose Geruch zu den B-Plänen Nr. 30 und 34 der Stadt Grevesmühlen der LMS Agrarberatung GmbH vom 16.05.2012 ergänzt am 20.12.2013.
- Baugrundtechnische Stellungnahme zu den Untergrundverhältnissen – Gründungsbeurteilung von Dipl. Ing. Palasis vom August 2012.

3. Gründe für die Aufstellung des Bebauungsplanes

In der Stadt Grevesmühlen besteht die Notwendigkeit zur Bereitstellung neuer Flächen für Wohnbebauung. Die bisher in der Stadt Grevesmühlen vorbereiteten Wohnbauflächen sind im Wesentlichen realisiert. Die Stadt Grevesmühlen sieht es als erforderlich an, neue Standorte für die Absicherung des Eigenbedarfs an Wohnraum zu entwickeln. Für die Entwicklung ist der Bereich an der Klützer Straße vorgesehen. Die Stadt Grevesmühlen hat in diesem Bereich im Flächennutzungsplan Wohnbauflächen bereits ausgewiesen.

Eine Standortanalyse von Entwicklungskapazitäten für Wohnbauflächen wurde im Rahmen der Fortschreibung des ISEK 2008 durchgeführt. Die Stadt Grevesmühlen hat die Fortschreibung des ISEK 2008 beschlossen und berücksichtigt die Ergebnisse dieser informellen Planung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes. Ein strategisches Entwicklungsziel des ISEK 2008 beinhaltet die Stärkung des Wohnstandortes Grevesmühlen. Im ISEK wurden Nachverdichtungspotentiale und Standortallernativen für Wohnbauflächen untersucht. Die Entwicklung der Fläche südlich der Klützer Straße für den Einfamilienhausbau wurde als Entwicklungsmaßnahme dargestellt (Projekt 18). Eine Entwicklung der Fläche sollte entsprechend des nachgefragten Bedarfs erfolgen und für eine nachhaltige Stadtentwicklung nicht als Konkurrenz zu anderen Flächen entwickelt werden. . Es entsteht keine Konkurrenz zur Entwicklung des Wohngebietes West.

Mit dem Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die städtebauliche Entwicklung und Neuordnung einer Brachfläche (ehemalige Gärtnerei) östlich des Rosenweges erfolgen. Planungsziel ist die Entwicklung eines neuen attraktiven Wohnstandortes für den individuellen Eigenheimbau, der sich in den vorgegebenen städtebaulichen und gestalterischen Rahmen einfügt. Die Planung steht im Einklang mit den Stadtentwicklungszielen

basierend auf der Standortanalyse des ISEK 2008 zur Innenentwicklung und der Schaffung von attraktiven nachfrageorientierten Wohnangeboten innerhalb der Ortslage der Stadt Grevesmühlen.

4. Einordnung in übergeordnete und örtliche Planungen

4.1 Landesraumentwicklungsprogramm

Nach den Darstellungen des Landesraumentwicklungsprogramms für das Land Mecklenburg-Vorpommern (vom 30. Mai 2005) können folgende Aussagen getroffen werden:

- Die Kreisstadt Grevesmühlen wird als Mittelzentrum eingestuft und befindet sich an der großräumigen Entwicklungsachse Lübeck - Stettin.
- Die Stadt Grevesmühlen gehört zu einem Raum mit besonderer natürlicher Eignung für Fremdenverkehr und Erholung und gehört daher zu einem Vorbehaltsgebiet für Tourismus.
- Flächen südlich bzw. südöstlich der Stadt sind Vorbehaltsgebiete für Trinkwasser.
- Die unbebauten Flächen der Stadt befinden sich in einem Raum mit größerem Anteil landwirtschaftlich gut geeigneter Flächen und sind Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft.
- Infrastrukturell wird die Stadt Grevesmühlen durch die Bundesstraße B 105 und die Landesstraße L 03 in das überregionale Verkehrsnetz eingebunden. Etwa 4 km südlich von Grevesmühlen verläuft die Trasse der Bundesautobahn A 20. Mit der Anschlussstelle bei Upahl ist Grevesmühlen gut an das übergeordnete Verkehrsnetz angebunden.
- Durch die Stadt führt das großräumige Schienennetz.
- Nördlich der Stadt Grevesmühlen befindet sich ein Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege mit Überlagerung eines FFH – Gebietes.
- Nordöstlich befindet sich ein Vorbehaltsgebiet für Naturschutz und Landschaftspflege mit Überlagerung eines FFH – Gebietes.

Grevesmühlen ist als Mittelzentrum das bedeutendste politische und wirtschaftliche Zentrum des Landkreises Nordwestmecklenburg und gewinnt zunehmend an Bedeutung für die Erholung und den Fremdenverkehr.
Die Stadt besitzt gute Voraussetzungen als Wohn- und Gewerbestandort.

4.2 Regionales Raumentwicklungsprogramm

Im Regionalen Raumentwicklungsprogramm Westmecklenburg vom 31. August 2011 werden die Zielstellungen der übergeordneten Landesplanung untersetzt und weiter präzisiert.
Für die Stadt Grevesmühlen werden folgende Aussagen getroffen:

- Die Stadt Grevesmühlen befindet sich entlang einer überregionalen Achse Hamburg /Lübeck – Wismar /Schwerin – Rostock
- Die Stadt wird siedlungsstrukturell als Mittelzentrum definiert.
- Grevesmühlen/Upahl wird aus regionaler Sicht als bedeutsamer Entwicklungsstandort für Industrie und Gewerbe eingestuft.
- Die Stadt Grevesmühlen liegt in einem Tourismusentwicklungsraum.
- Nördlich und nordöstlich von Grevesmühlen befinden sich ein Vorrang- und ein Vorbehaltsgebiet für Naturschutz und Landschaftspflege. Das Plangebiet liegt nicht in diesen Bereichen.
- Grevesmühlen befindet sich in einem Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft. Das Plangebiet liegt außerhalb des Vorbehaltsgebietes.
- Die Stadt Grevesmühlen liegt in einem Vorranggebiet für Trinkwasser und südlich im Ortsteil Wotenitz in einem Vorbehaltsgebiet für Trinkwasser.

Konflikte mit anderen raumordnerischen Nutzungsansprüchen sind nicht erkennbar. Die Planung ist mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar.

Als Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung und als Versorgungsstandort ist Grevesmühlen als Mittelzentrum im ländlichen Raum in besonderem Maße zu sichern und zu stärken, um die Entfernungen für die Bewohner des Einzugsgebietes möglichst gering zu halten. Als Versorgungskern und Kristallisationspunkt für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Einrichtungen im ländlichen Raum ist die Stadt Grevesmühlen vorrangig zu entwickeln.

Die raumordnerische Bewertung kommt zu dem Ergebnis, das raumordnerische Belange der Planung nicht entgegenstehen.

4.3 Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan der Stadt Grevesmühlen berücksichtigt in seiner wirksamen Fassung derzeit in dem von der Planung betroffenen Bereich Wohnbauflächen gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO.
Die Aufstellung des Bebauungsplanes entspricht dem Entwicklungsgebot gemäß § 8 Abs. 2 BauGB. Der Bebauungsplan gilt als aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.
Eine Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung ist nicht erforderlich.

4.4 Landschaftsplan

Im Landschaftsplan der Stadt Grevesmühlen ist der Bereich des Plangebietes als Siedlungsfläche darstellt. Für den Bereich sowie angrenzende Flächen wurde als Ziel eine Ortsrandgestaltung ausgewiesen. Dieses Ziel soll durch Festsetzung maßstäbiger Bebauung umgesetzt werden.
Die Ziele des Landschaftsplanes stimmen daher mit den Zielen der verbindlichen Bauleitplanung überein

5. Städtebauliche Bestandsaufnahme

5.1 Planungsrechtliche Ausgangssituation

Das Plangebiet befindet sich am nördlichen Stadtrand von Grevesmühlen im direkten Anschluss an die vorhandene Wohnbebauung des Rosenweges. Das Gelände war bebaut mit Gewächshäusern und einem Heizhaus und wurde durch die ehemalige GPG Grevesmühlen als Gärtnerei genutzt. Die baulichen Anlagen wurden nach Nutzungsaufgabe zurückgebaut und das Gelände wurde weitgehend beräumt. Derzeit befinden sich noch Reste von Fundamenten und Stützmauern sowie Aufschüttungen geringer Höhe sowie Strauchwerk auf dem Gelände.



Abb. 1: Lage im Siedlungsbereich (Quelle: GeoPortal.MV)

Die Flächen im Plangeltungsbereich sind weitgehend eben und fallen von Nordwesten nach Südosten um weniger als einen Meter ab. Die mittlere Geländehöhe beträgt ca. 40,5 m bezogen auf HN.

Das Plangebiet befindet östlich der vorhandenen Wohnbebauung des Rosenweges. Es handelt sich hierbei um einen Wohnstandort mit gemischten Wohnformen. Neben Einfamilien- und Doppelhäusern sind auch Geschosswohnbauten vorhanden. Durch die Nähe zum Vielbecker See handelt es sich um einen nachgefragten Wohnstandort.

Nördlich des Plangeltungsbereiches befindet sich das Einkaufszentrum „Marktkauf“ mit Getränkemarkt, einem Discounter und weiteren Dienstleistungsangeboten. Der Standort übernimmt die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung in dem Wohngebiet und übernimmt auch Versorgungsfunktionen über die Gebietsversorgung hinaus.
Östlich des Plangebietes befinden sich Flächen mit alten Gebäuden des vorhandenen Landwirtschaftsbetriebes, die nicht mehr genutzt werden. Die Stadt Grevesmühlen hat diese Flächen erworben und hat bereits den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 34 „Mühlenblick“ gefasst. Diese Flächen sollen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung zugeführt werden.

Das Plangebiet stellt sich als integrierter Standort im Siedlungsbereich der Stadt Grevesmühlen dar. Die Entwicklungsmöglichkeiten auf diesen Flächen sollen genutzt werden.

Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes ist über die vorhandene Klützer Straße, den Rosenweg und nach Herstellung einer neuen Erschließungsstraße, die an die vorhandenen Straßen angebunden wird, gegeben.

5.2 Naturräumlicher Bestand

Das Plangebiet befindet sich innerhalb des Siedlungsraumes und die Umgebung ist durch die vorhandene Bebauung (Wohnbebauung und Einkaufszentrum) wesentlich vorgeprägt. Das Plangebiet ist anthropogen überprägt.

Aufgrund der inselartigen Lage im Siedlungsraum und der bereits erläuterten ehemaligen Nutzung nehmen die Brachflächen der ehemaligen Gärtnerei keine besondere Bedeutung für den Naturhaushalt ein. Im Plangeltungsbereich selbst befindet sich kaum Gehölzaufwuchs. Besonders geschützte Pflanzenarten sind nicht zu erwarten.

Entlang der nördlichen Grenze des Plangeltungsbereiches befindet sich eine Berg-Ahorn-Reihe, die dem Schutz nach § 19 NatSchAG M-V unterliegt.

Das faunistische Artenspektrum wird durch die Nähe der Siedlungsflächen geprägt, so dass innerhalb des Plangebietes synanthrope Arten charakteristisch sind.

Als Böden kommen grundwasserbestimmte Lehme und Tieflehme mit mittlerer Bedeutung vor (LINFOS). Im Plangebiet befinden sich keine Oberflächengewässer.

Grundwasser steht im Mittel bei mehr als 10 m Abstand zur Geländeoberfläche an und ist gut vor eindringenden Schadstoffen geschützt (LINFOS). Unter Berücksichtigung einer eher geringen Grundwasserneubildungsrate (Landschaftsplan Grevesmühlen) nimmt das Schutzgut eine mittlere Bedeutung ein.

6. Wahl des Planverfahrens im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB

Die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen hat am 18.12.2006 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.30 beschlossen. Das Planungsziel besteht in der Nachnutzung der brach gefallenen Flächen des Standortes der ehemaligen Gärtnerei als Wohnstandort.
Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde durchgeführt. Die Stellungnahmen wurden ausgewertet und die Erkenntnisse in den Planunterlagen zum Entwurf berücksichtigt.

Die Stadt Grevesmühlen hat am 09.07.2007 die Entwürfe der Planunterlagen gebilligt und zur Auslegung bestimmt. In diesem Zusammenhang hat die Stadt Grevesmühlen weiter bestimmt, das eingeleitete Planverfahren nunmehr als beschleunigtes Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB durchzuführen.
Das Planverfahren wurde erst im Jahr 2012 weitergeführt und die Auswertung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung ist erfolgt.

Seit 2007 ist ein längerer Zeitraum verstrichen und die Stadt Grevesmühlen hat bestimmt, eine erneute Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit durchzuführen. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Stellungnahmeverfahren ergeben sich insbesondere Anforderungen an den Schallschutz. Die Planunterlagen wurden um die Ergebnisse der Abwägung ergänzt. Das Gutachten entsprach nicht den für die Vorbereitung der Beschlussvorlage genannten Eingangsdaten und Vorschlägen zum Nachweis des ausreichenden Schallschutzes. Mit dem 2012 zur Verfügung gestellten Gutachten konnten die Belange des Schallschutzes und somit die Gewährleistung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse im Rahmen der Planung nicht hinreichend gesichert werden. Die Planunterlagen wurden mit den Inhalten wie in der Entwurfsvorlage unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Schalluntersuchung nicht erneut öffentlich ausgelegt.

Die Anforderungen an den Schallschutz werden nunmehr unter Berücksichtigung der neuen gutachterlichen Erkenntnisse eingearbeitet. Die Planunterlagen wurden erneut überarbeitet und in Teilbereichen wesentlich geändert. Hierbei wurde die schalltechnische Untersuchung der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG vom 05.08.2013 zugrunde gelegt.

Das Planverfahren wird nunmehr mit weitergeführt. Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt. Der Bebauungsplan dient der baulichen Wiedernutzbarmachung von brach gefallenen Flächen (ehemalige Gärtnerei) und der Nachverdichtung wenig genutzter und gering überbauter Bereiche am Siedlungsrand.

Die Stadt Grevesmühlen führt das Aufstellungsverfahren in Anwendung des § 13a BauGB als beschleunigtes Verfahren der Innenentwicklung durch. Es wird auf die gesonderte Durchführung einer Umweltprüfung und die Erstellung einer Eingriffs-/ Ausgleichsbilanz verzichtet werden. Um den Nachweis der Anwendbarkeit des Verfahrens der Innenentwicklung zu führen, wird nach den

Kriterien, die für Umweltberichte gemäß § 2a BauGB in der Begründung zu berücksichtigen sind, zusammenfassend der Nachweis geführt:

- Es ist das Ziel, eine erstmalige Inanspruchnahme von Fläche für Siedlungszwecke weiter zu verringern. Bei den Flächen handelt es sich um ein Plangebiet am Rand des Siedlungsbereiches, auf ehemalig bebauten Flächen. Daher wird die Planung als Maßnahme der Wiedernutzbarmachung von brach gefallenen Flächen angesehen. Es handelt sich um eine Fläche, die ursprünglich bebaut war und die nach dem Rückbau baulicher Anlagen des ehemaligen Gärtnereibetriebes für die Wohnbebauung zur Verfügung steht.

- Das Plangebiet befindet sich im Norden innerhalb des Siedlungsbereiches der Stadt Grevesmühlen. Nördlich grenzt ein Einkaufsmarkt, westlich grenzt ein Wohngebiet und weiter östlich ein landwirtschaftlicher Betrieb, u.a. mit einer Rinderaufzuchtanlage, an. Auf dem Betriebsgelände konzentrieren sich die Nutzungen auf den nordöstlichsten Teil. Die dem geplanten Wohngebiet nächstgelegenen Gebäude im südlichen Bereich des landwirtschaftlichen Betriebes werden nicht zur Tierhaltung genutzt.

- Die Flächen des Plangebietes wurden ehemals als Gärtnerei genutzt und waren bebaut. Die Gebäude umfassten ca. 550 m², die versiegelten Zufahrtsflächen ca. 350 m². Insgesamt waren ca. 900 m² vollversiegelt. Etwa im Jahr 2003 wurden die Versiegelungen zurückgebaut. Eine Anrechnung der Entsieglung im Sinne des Naturschutzrechtes erfolgte bisher nicht. Inzwischen stellen sich diese Flächen als Brachflächen des Siedlungsbereiches dar. Aufgrund der ursprünglichen Nutzung sind umfangreiche anthropogene Überprägungen des Plangebietes vorhanden, die sich auf alle Schutzgüter auswirken.

- Das Plangebiet umfasst ca. 1,26 ha. Da die zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 der Baunutzungsverordnung somit deutlich unter 20.000 m² liegt, kann auf eine gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 2 BauGB überschlägige Prüfung verzichtet werden und das Verfahren wird gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB geführt.

- Kumulierende Bebauungspläne der Innenentwicklung, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang stehen, sind nicht aufgestellt. Für den Bebauungsplan Nr. 34 „Mühlenblick“ wurde ein Aufstellungsbeschluss gefasst, der nicht auf einen Bebauungsplan der Innenentwicklung abstellt.

- Eingriffe sind in Bebauungsplänen, die den Anforderungen des § 13a BauGB genügen, zulässig. Eine Ermittlung des Eingriffes und der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen einer Eingriffs- und Ausgleichsermittlung wird daher nicht vorgenommen. Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass durch das Planvorhaben keine entscheidungserheblichen negativen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Die vorhandene Vegetation des Planungsraumes wird durch die Überbauung beseitigt. Auf den künftig unversiegelten Grundstücksflächen werden sich Vegetationsflächen entwickeln, welche ebenfalls einen bestimmten ökologischen Wert einnehmen. Erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes werden nicht erwartet. Die Empfindlichkeit des

Planungsraumes gegenüber Eingriffen wird aufgrund der anthropogenen Vorbelastungen nicht erheblich beeinträchtigt.

- Die Belange des § 44 Bundesnaturschutzgesetzes werden in der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung berücksichtigt.

- Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Union bzw. Vogelschutzgebiete im Sinne des BNatSchG sind in der Umgebung des Vorhabenstandortes nicht ausgewiesen.

- Gemäß Naturschutzausführungsgesetz M-V geschützte Biotope sind vom Vorhaben nicht betroffen.

- Nördlich der Klützer Straße, am nördlichen Rand des Plangebietes, befindet sich eine nach § 19 NatSchAG M-V gesetzlich geschützte einseitige Baumreihe, die zum Erhalt festgesetzt wird. Bei Abgängen sind entsprechende Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Kompensationspflichtige Auswirkungen der Planungsziele auf die Bäume der Baumreihe, die sich innerhalb sowie außerhalb des Geltungsbereiches befinden, sind nicht gegeben (siehe hierzu 5.2, Naturräumlicher Bestand und Text Teil B).

- Die mit der geplanten Bebauung verbundene, stärkere verkehrliche Frequentierung, wird als nicht erhebliche Beeinträchtigung eingeschätzt. Erhebliche Beeinträchtigungen des Erholungswertes und der Wohnfunktion des Planbereiches bzw. der Umgebung werden durch das Vorhaben nicht erwartet.

- Für den Bebauungsplan werden Maßnahmen zum Schutz vor den vorhandenen Lärmemissionen des Landwirtschaftsbetriebes festgelegt. Gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse können nicht ohne aktive Schallschutzmaßnahmen für den Wohnstandort gesichert werden.

- Bei Einhaltung des ordnungsgemäßen Umganges mit Betriebsmitteln sind baubedingte Risiken des Menschen durch Grundwasserverunreinigungen etc. ausschließbar. Dazu gehören u.a. Vorkehrungen zum Schutz vor Grundwasserverunreinigungen in der Bauzeit. Das Plangebiet befindet sich in der Trinkwasserschutzzone III B der Wasserfassung Grevesmühlen. Bei der Planung der Erschließung sind die sich aus der Trinkwasserschutzverordnung ergebenen Beschränkungen zwingend zu berücksichtigen und einzuhalten. Relevante Emissionen sind durch das Vorhaben nicht zu erwarten.

- Der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern ist durch die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften abgesichert.

- Die Ver- und Entsorgung des geplanten Gebietes ist gesichert.

- Kultur- und Sachgüter sind im Bereich des Bebauungsplanes nicht bekannt.

Insgesamt wird eingeschätzt, dass aus dem Vorhaben auch aufgrund der Lage und Größe keine erheblichen Beeinträchtigungen der Umweltbelange resultieren.

7. Planungsziele

Mit dem Bebauungsplan werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die städtebauliche Entwicklung und Neuordnung einer Brachfläche (ehemalige Gärtnerei) östlich des Rosenweges geschaffen. Die Planung dient der Entwicklung des vorhandenen Wohnstandortes und der Innenentwicklung der Stadt Grevesmühlen.

Das Planungsziel besteht in der Wiedernutzbarmachung einer brach gefallenen Fläche für die Schaffung von nachfragegerechten Wohnungsangeboten. Insbesondere sollen Angebote für einen attraktiven Standort des individuellen Eigenheimbaus geschaffen werden, der sich in den vorgegebenen städtebaulichen und gestalterischen Rahmen einfügt. Die Entwicklung eines locker bebauten und durchgrünten Wohngebietes mit einer guten Wohnqualität ist planerische Zielsetzung. Mit der vorliegenden Planung sollen die am Siedlungsrand vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten/ Verdichtungsmöglichkeiten genutzt werden.

Die verkehrliche Erschließung des Plangebietes ist über die vorhandene Klützer Straße, den Rosenweg und nach Herstellung einer neuen Erschließungsstraße, die an die vorhandenen Straßen anbindet, gegeben. Der Ausbau der neuen Erschließungsstraße ist als Ringstraße in verkehrsberuhigtem Ausbau geplant.

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens sind hinreichender Schallschutz und Ausschluss von Beeinträchtigungen durch Geruch, ausgehend von dem vorhandenen Landwirtschaftsbetrieb, zu prüfen und die Sicherung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass eine Verschärfung der Nutzungskonflikte durch den Bebauungsplan nicht erfolgt. Die Stadt Grevesmühlen hat zur Ermittlung und Bewertung der Emissionen aus dem Landwirtschaftsbetrieb und den angrenzenden Verbrauchermärkten Gutachten erstellen lassen.

Dem Trennungsgrundsatz des § 50 BImSchG kommt zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung insbesondere bei einer Neuplanung besondere Bedeutung zu. Die räumliche Trennung sich gegenseitig beeinträchtigender Nutzungen ist hierbei das wirksamste Mittel der Konfliktlösung, jedoch kann bei überwiegenden städtebaulichen Belangen von dem räumlichen Trennungsgrundsatz abgewichen werden, wenn ein möglicher Immissionskonflikt durch andere Maßnahmen gelöst werden kann. In der Stadt Grevesmühlen stehen nicht unbegrenzt konfliktfreie Flächen für Siedlungsentwicklung zur Verfügung.
Neben dem räumlichen Trennungsgrundsatz hat die Stadt Grevesmühlen andere Maßnahmen geprüft und im Ergebnis festgestellt, dass aktive Schallschutzmaßnahmen ein geeignetes Mittel sind, gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse im Plangebiet zu gewährleisten. Die Möglichkeit der aktiven Schallschutzmaßnahmen wurde gutachterlich dargestellt. Es werden aktive Schallschutzmaßnahmen durch Verlegung von Lüftern und Fahrwegen sowie eine Lärmschutzwand vorgesehen. Diese aktiven Maßnahmen sind geeignet, gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse im Plangebiet zu gewährleisten; hierzu gehört ebenso der Schutz der Außenwohnbereiches sowie die Möglichkeit des Schlafens bei geöffnetem Fenster. Neben den aktiven Schallschutzmaßnahmen wurden Festsetzungen zur Geschossigkeit und Dachneigung getroffen sowie

Flächen mit einem bedingten Baurecht belegt. Entwicklungsmöglichkeiten für den Landwirtschaftsbetrieb bestehen in nördlicher und nordöstlicher Richtung.

Das Planungsziel besteht in der Entwicklung dieser brachgefallenen Fläche als Wohnstandort. Der vorhandene Wohnstandort Klützer Straße – Rosenweg wird erweitert und vorhandene Verkehrswege und Infrastruktureinrichtungen können genutzt werden bzw. werden erweitert. Die Entwicklung dieser Fläche gewährleistet auch die verbrauchernahe Versorgung. In Angrenzung an das Wohngebiet befinden sich die erforderlichen Einzelhandelseinrichtungen. Dem Grundsatz vom sparsamen Umgang mit Grund und Boden wird Rechnung getragen und einer Zersiedlung der Landschaft sowie die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen wird entgegen gewirkt.

8. Inhalt des Bebauungsplanes

8.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB)

Allgemeine Wohngebiete (§§1 und 4 BauNVO)

Die Art der baulichen Nutzung wird als Allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO festgesetzt.

In den Allgemeinen Wohngebieten sind die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nach § 4 Abs. 3 BauNVO
Nr. 1 – Betriebe des Beherbergungswesens,
Nr. 2 – sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
Nr. 3 – Anlagen für Verwaltungen,
Nr. 4 – Gartenbaubetriebe und
Nr. 5 – Tankstellen
gemäß § 1 Abs. 6 Ziffer 1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und somit ausgeschlossen.

Mit dem Bebauungsplan wird maßgeblich das Ziel verfolgt, in Anlehnung an die angrenzenden Siedlungsstrukturen Grundstücke für die Bebauung mit Einzel- und Doppelhäusern vorzubereiten. Planungsziel ist die Sicherung des städtebaulichen und gestalterischen Zusammenhangs der geplanten Wohnbebauung mit dem vorhandenen Umgebungsrahmen.
Die sonst ausnahmsweise zulässigen Nutzungen gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO sollen aus stadtgestalterischen Gründen sowie wegen der mit diesen Nutzungen verbundenen Lärm- und Geruchsemissionen und des intensiven Flächenverbrauchs ausgeschlossen werden.
Die Planung stellt maßgeblich auf eine Bebauungsverdichtung ab, die kleinräumig parzelliert ist. Mit dem Ausschluss der ohnehin nur ausnahmsweise zulässigen Nutzungen soll möglichen Immissionsschutzkonflikten vorgebeugt werden, um eine gute Wohnqualität zu sichern und um der Nachfrage an Einfamilienhäusern für die Wohnnutzung in der Stadt Grevesmühlen nachkommen zu können. Für die ausgeschlossenen Nutzungen bieten sich an anderen Standorten innerhalb des Stadtgebietes Möglichkeiten der Ansiedlung.

8.2 Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§16,18 BauNVO)

Das Maß der baulichen Nutzung wird für das Plangebiet durch die Festsetzung
- der Grundflächenzahl (GRZ),
- der maximal zulässigen Traufhöhe (TH max),
- der maximal zulässigen Firsthöhe (FH max),
- die Zahl der Vollgeschosse,

in der Nutzungsschablone bestimmt.

Für das Plangebiet wird die Grundflächenzahl im Allgemeinen Wohngebiet mit 0,35 bemessen. Damit wird im Wesentlichen der in der Umgebung vorherrschenden Bebauungsdichte für Wohnbebauung entsprochen. Eine höher verdichtete Bebauung ist nicht Planungsziel der Stadt Grevesmühlen.

Die zulässige Höhe der baulichen Anlagen wird durch Festsetzung der maximalen Trauf- und Firsthöhe bestimmt.

Die Traufhöhe ist der Schnittpunkt der Dachhaut mit dem aufstrebenden traufseitigen Mauerwerk. Die festgesetzte Traufhöhe gilt nicht für Traufen von Dachaufbauten und Dacheinschnitten sowie für Nebengiebel und Krüppelwalm der Hauptgebäude.
Die Traufhöhe wird mit maximal 4,00 m über dem Erdgeschossfußboden festgesetzt.

Die Firsthöhe ist der Schnittpunkt der Dachaußenhautflächen. Die Firsthöhe wird mit maximal 9,00 m über dem Erdgeschossfußboden festgesetzt.

Die Festsetzungen zur maximalen Traufhöhe mit 4,00 m und der eingeschossigen Bauweise im Allgemeinen Wohngebiet entsprechen heute typischen Ausnutzungskriterien für Wohngebäude. Sie fügen sich in die Umgebung ein.
Im vorhandenen westlich angrenzenden Wohngebiet sind flach geneigte symmetrische Dächer typisch. Aufgrund der vorhandenen Siedlungsstruktur und unter Berücksichtigung der Schallschutzanforderungen werden im überwiegenden Teil des Plangebietes ebenfalls flach geneigte Dächer festgesetzt. Dies entspricht der vorhandenen städtebaulichen Struktur. Diese Festsetzung sollte ursprünglich nur auf die Bebauung am Rosenweg beschränkt werden. Zur Sicherung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse wird diese Festsetzung auch auf weitere Bereiche des Plangebietes übertragen. Lediglich im südlichen Bereich des Plangebietes, in den Baugebieten WA 2, ist die Errichtung von Wohngebäuden mit symmetrischen Steildächern zulässig
Es besteht somit ein unterschiedliches Angebot zur Auswahl der Gebäudetypen. Eine weitere Durchmischung von Dachformen ist nicht Ziel für das Plangebiet. Dachformen werden nur für bestimmte Teile des Gebietes festgesetzt. Die Festsetzung zur maximalen Firsthöhe von 9,00 m berücksichtigt die Zulässigkeit der Steildächer in den Gebieten WA 2.

8.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

Innerhalb des Plangebietes wird die gebietstypische offene Bauweise festgesetzt.
Die Lage der Gebäude wird durch die überbaubaren Grundstücksflächen im gesamten Plangeltungsbereich durch die Festsetzung von Baugrenzen und Baulinien bestimmt.
Die Baulinien werden aus städtebaulichen Gründen nur parallel zum Rosenweg festgesetzt. Ziel ist es, die vorhandene städtebauliche Struktur entlang des Rosenweges aufzunehmen. Durch die Festsetzung der Baulinie wird erreicht, dass die Gebäude als Raumkante zur Erschließungsstraße errichtet werden.

Mit der Festsetzung der Hauptfirstrichtung wird Einfluss auf das städtebauliche Bild innerhalb des Plangebietes genommen. Für das Plangebiet wird die Hauptfirstrichtung traufständig festgesetzt.

Mit der Festsetzung der Baulinie und der Hauptfirstrichtung wird dem im Ortsbild der vorhandenen Siedlungsstruktur am Rosenweg entsprochen und eine Weiterführung der städtebaulichen Struktur erzielt. Im östlichen und südlichen Bereich wird auf die Festsetzung der Baulinie verzichtet, da die Gebäude ohnehin bedingt durch den Verlauf der Erschließungsstraße in ihrer Lage verspringen und die Festsetzungen für das bedingte Baurecht im Zusammenhang mit der Sicherung der gesunden Wohn- und Lebensverhältnisse einschränkend auf die Baugrundstücke wirken.

8.4 Größe der Baugrundstücke

(§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

Innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes sind Grundstücke in den Gebieten in einer Mindestgröße von 500 m² vorzusehen. Ausnahmsweise sind in diesen Gebieten für einzelne Grundstücke Abweichungen, die bis zu 10 % der festgesetzten Mindestgrundstücksfläche betragen dürfen, nach unten zulässig.

Die in der Planzeichnung ohne Normcharakter dargestellten Grundstücksgrößen und Parzellierungen sind als Orientierung zu betrachten und können im Rahmen der Realisierung des Baugebietes abweichen.

Diese Festsetzung dient der Sicherung des städtebaulichen Konzeptes. Ein attraktiver Standort für den individuellen Eigenheimbau wird geschaffen. Das Ziel, ein locker bebautes und durchgrüntes Wohngebiet zu entwickeln, kann erreicht werden. Aufgrund der festgesetzten Grundflächenzahl, der Umgrenzung der überbaubaren Grundfläche und der festgesetzten Mindestgröße der Baugrundstücke wird davon ausgegangen, dass die Grundstücke in etwa gemäß der dargestellten Absicht realisiert werden. Der Spielraum für Abweichungen ist gering. Dies entspricht dem planerischen Willen der Stadt Grevesmühlen.

8.5 Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, § 12 und § 14 BauNVO)

Garagen und überdachte Stellplätze sind zwischen straßenseitiger Baugrenze/ Baulinie und der Straßenbegrenzungslinie unzulässig. Nebenanlagen,

ausgenommen davon sind eingefriedete Standorte für Abfallbehälter, sind zwischen straßenseitiger Baugrenze/ Baulinie und der Straßenbegrenzungslinie unzulässig.

Im gesamten Plangebiet werden innerhalb der Vorgartenbereiche – Fläche zwischen Baugrenze/ Baulinie und Straßenbegrenzungslinie – Garagen und überdachte Stellplätze und Nebenanlagen ausgeschlossen, um eine Vorgartengestaltung zu ermöglichen.
Um eine geordnete städtebauliche Entwicklung nicht nur im Hinblick auf die Hauptgebäude zu gewährleisten, trifft der Bebauungsplan einschränkende Festsetzungen für Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen innerhalb der Vorgartenbereiche. Die Vorgartenbereiche sollen nicht durch hervortretende Nebengebäude, Garagen oder überdachte Stellplätze gestört und optisch beeinträchtigt werden. In diesen Bereichen sind Garagen, überdachte Stellplätze und Nebengebäude unzulässig.

8.6 Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden
(§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in den Einzelhäusern wird mit maximal 2 Wohnungen begrenzt. Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Doppelhäusern wird mit maximal 2 Wohnungen je Doppelhaushälfte begrenzt.

Die Stadt hält diese Festsetzung zur Zahl der Wohnungen als sehr wichtig, um das typische Siedlungsbild erhalten zu können. Die Zahl der Wohnungen soll begrenzt werden, um in der Umgebung die Sicherheit für die Gewährung des Wohnumfeldes zu geben und um den Charakter einer individuellen Wohnbebauung dauerhaft zu sichern und dadurch eine besondere Wohnqualität zu erreichen.

8.7 Schallschutzmaßnahmen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Innerhalb der im Bebauungsplan festgesetzten Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen ist eine Lärmschutzeinrichtung in Form einer Lärmschutzwand zu errichten. Die Höhe der Lärmschutzwand beträgt 3,00 m. Die Länge der Lärmschutzwand beträgt 16,00 m. Als Bezugspunkt für die Höhe der Lärmschutzwand gilt 40,90 m über HN.

Im Baugebiet WA 1 ist der Ausbau des Dachgeschosses für schutzwürdige Aufenthaltsräume in Wohnungen unzulässig.

8.8 Aufschiebend bedingtes Baurecht
(§ 9 Abs. 1 Nr.1 i.V.m. § 9 Abs. 2 Nr. 2 und § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Die Nutzung der durch Planeintrag schraffierten und mit *1 bezeichneten Teilbereiche des Allgemeinen Wohngebietes ist erst dann zulässig, wenn nachgewiesen wird, dass die aktiven Lärmschutzmaßnahmen (Verlegung der Lüfter auf die Nordseite der Weizenhalle und Verlegung der Fahrwege) gemäß der Schalltechnischen Untersuchung der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG vom 05.08.2013 erfolgt sind.

Das aufschiebend bedingte Baurecht gilt nicht für Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO.

Die Festsetzung des bedingten Baurechts ergibt sich aus dem Gebot der planerischen Konfliktbewältigung. In den für das bedingte Baurecht festgesetzten Bereichen ist die schutzbedürftige Wohnbebauung erst dann zulässig, wenn die in der schalltechnischen Untersuchung vom 05.08.2013 benannten aktiven Schallschutzmaßnahmen umgesetzt wurden. In Angrenzung an das Plangebiet ist eine Erweiterung des Wohnstandortes durch die Stadt Grevesmühlen beabsichtigt.
Hierzu erfolgte eine Gesamtbetrachtung im Rahmen einer Schalltechnischen Untersuchung für den Bebauungsplan Nr. 30 und den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 34 für das Gebiet „Mühlenblick“ in Grevesmühlen. Zum Schutz vor Gewerbelärm vom Landwirtschaftsbetrieb sind außerhalb des Plangebietes in einer Gesamtbetrachtung mit dem in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 34 der Stadt Grevesmühlen aktive Schallschutzmaßnahmen vorzusehen.
Von der Festsetzung des bedingten Baurechts wurde Gebrauch gemacht, da davon auszugehen ist, dass der Eintritt der Bedingung, Realisierung der aktiven Schallschutzmaßnahmen, in einem überschaubaren Zeitraum zu erwarten ist.

Klarstellend wurde die Festsetzung getroffen, dass das bedingte Baurecht nicht für Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO gilt. Diese sind auf den Flächen des bedingten Baurechts zulässig, da für diese der Schutzanspruch nicht gilt; die Wohngebäude werden auf anderen Teilen dieser betroffenen Grundstücke gesichert.

8.9 Höhenlage

(§ 9 Abs. 3 BauGB)

Für die Grundstücke am Rosenweg gilt als unterer Bezugspunkt für die Höhenlage:

- die Oberkante der Fahrbahn in der Mitte des an die Straße angrenzenden Grundstückteils des jeweilig betrachteten Grundstücks.

Für die Grundstücke an den Planstraßen A und B gilt als unterer Bezugspunkt für die Höhenlage:

- die Oberkante der Fahrbahn, anhand der verkehrstechnischen Ausbauplanung ermittelt, in der Mitte des an die Straße angrenzenden Grundstückteils des jeweilig betrachteten Grundstücks.

Die konstruktive Sockelhöhe darf maximal 0,5 m über dem festgesetzten Bezugspunkt liegen. Das Maß der konstruktiven Sockelhöhe bezieht sich auf den vertikalen Abstand zwischen der Erdgeschossfußbodenoberkante und dem unteren Bezugspunkt. Die konstruktive Sockelhöhe ist gleich dem Schnittpunkt von Oberkante Erdgeschossfußboden (Fertigfußboden) und aufstrebendem Mauerwerk. Der Erdgeschossfußboden darf jedoch nicht unter dem Bezugspunkt liegen.

Die Festsetzung zur Höhenlage entlang der Rosenstraße wird getroffen, um die Anbindung der Baugrundstücke an die Rosenstraße sicher zu stellen.

Die Festsetzungen werden ebenso getroffen, um Einfluss auf die Kubatur der Bebauung innerhalb des Plangebietes zu nehmen und eine städtebauliche

Anbindung an die vorhandene Bebauungs- und Siedlungsstruktur zu erreichen. Damit wird im Wesentlichen der in der Umgebung vorherrschenden Bebauung entsprochen.

Die verkehrstechnische Ausbauplanung hat einen Planungsstand (Februar 2014) erreicht, bei dem davon auszugehen ist, dass die getroffene Höhenfestsetzung hinreichend bestimmt ist.

8.10 Flächennutzungen

Über die beschriebenen baulichen Nutzungen hinaus, werden folgende weitere flächenhafte Nutzungen dargestellt:

- Verkehrsflächen,
  - Straßenverkehrsfläche,
  - Straßenfläche mit besonderer Zweckbestimmung als verkehrsberuhigter Bereich,

Auf den beschriebenen Flächen baulicher und anderer oben beschriebener Nutzungen werden zusätzlich folgende Festsetzungen vorgenommen:

- überbaubare Grundstücksfläche durch Festsetzung von Baugrenze und Baulinie,
- Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes,
- bedingte Baurechte,
- Hauptfirstrichtungen,
- Vermutlicher Verlauf von unterirdischen und oberirdischen Leitungen,
- Umgrenzung des Geltungsbereiches
- Sichtdreiecke.

Ebenso werden in der Planzeichnung folgende linienhafte und punktuelle Festsetzungen getroffen:

- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen,
- Erhaltungsgebot für Bäume.

Darüber hinaus wird die Lage des Plangebietes in der Trinkwasserschutzzone III B nachrichtlich übernommen.
Ohne Normcharakter wird der Bereich des bedingten Baurechts durch Schraffur gekennzeichnet.

8.11 Flächenbilanz

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Größe von ca. 1,26 ha. Dabei ergibt sich folgende Flächenverteilung:

Flächennutzung		**Flächengröße**
Allgemeines Wohngebiet		**9.484 m²**
Gebiet – WA 1	7.450 m²	
Gebiet – WA 2	2.045 m²	
Verkehrsflächen		**3.093 m²**
Straßenverkehrsfläche	1.358 m²	
Verkehrsberuhigter Bereich	1.673 m²	
Fußgängerbereich	62 m²	
Gesamtfläche		**12.577 m²**

9. Örtliche Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen

(§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 86 LBauO M-V)

Die Stadt Grevesmühlen macht davon Gebrauch, einzelne Festsetzungen zur äußeren Gestaltung baulicher Anlagen gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 86 LBauO M-V für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes zu treffen.

Es werden die für das beabsichtigte Siedlungsbild unverzichtbaren baugestalterischen Festsetzungen getroffen. Ziel ist es, durch Festsetzungen u.a. zur Gestaltung baulicher Anlagen, ein gesamtheitliches städtebauliches Bild zu schaffen. Eine Vielzahl unterschiedlicher Materialen und Farben soll ausgeschlossen werden.

Insbesondere werden Festsetzungen nach folgenden Kriterien getroffen, für:

- Dächer,
- Außenwände,
- Abfallbehälter,
- Befestigung von Flächen auf privaten Grundstücken,
- Werbeanlagen,
- Einfriedungen.

Es wird davon ausgegangen, dass innerhalb des abgesteckten Rahmens ein ausreichender Gestaltungsspielraum für den Einzelnen gegeben ist.

9.1 Dächer

Die Dächer sind als symmetrische Satteldächer auszubilden und nur mit roten, braunen oder anthrazitfarbenen Dachziegeln als Hartdacheindeckung zu decken. Glänzende und reflektierende Deckungsmaterialien sind nicht zulässig (auszuschließen sind glasierte Dachziegel; zulässig sind matt engobierte Dachziegel).

Im Baugebiet WA 1 darf die Dachneigung für die Hauptbaukörper höchstens 20 Grad betragen.

Im Baugebiet WA 2 muss die Dachneigung für die Hauptbaukörper mindestens 38 Grad und darf höchstens 46 Grad betragen.

Im Baugebiet WA 2 müssen Dachaufbauten oder liegende Dachfenster zu den Ortgängen einen Abstand von mindestens 1,50 m einhalten. Liegende Dachfenster sind nur auf der straßenabgewandten Gebäudeseite zulässig. Gauben dürfen eine maximale Breite von 1/3 der Dachlänge nicht überschreiten. Es ist nur eine Gaubenform in jeweils gleicher Ausführung auf dem Dach zulässig. Zwischen der Traufe und dem Dachaufbau müssen mindestens 3 Dachziegelreihen durchgehen. Zur Herstellung der Wandflächen von Gauben ist die Verwendung von Schiefer und Schindeln als Material unzulässig. Zulässig sind u.a. Holz, verzinkte Materialien und geputzte Flächen.

Photovoltaikanlagen, die über den Eigenbedarf der Energieerzeugung hinausgehen sind nicht zulässig. Die Zulässigkeit von sonstigen Solaranlagen bleibt hiervon unberührt.

Für Garagen, überdachten Stellplätzen und Nebengebäuden gelten die Festsetzungen zur Dachneigung und Dacheindeckung nicht. Glänzende, glasierte und reflektierende Deckungsmaterialien sind ausgeschlossen.

Im vorhandenen westlich angrenzenden Wohngebiet sind flach geneigte symmetrische Dächer typisch. Die Stadt hat sich mit der Festsetzung der Dächer auseinandergesetzt. Aufgrund der vorhandenen Siedlungsstruktur und unter Berücksichtigung der Schallschutzanforderungen werden im überwiegenden Teil des Plangebietes ebenfalls Flachdächer festgesetzt. Diese waren zunächst auf den Bereich am vorhandenen Rosenweg beschränkt. In diesem Bereich sollen die geplanten Hauptgebäude ebenso wie die bereits vorhandene Bebauung mit flach geneigten Dächern gestaltet werden. Dies entspricht der vorhandenen städtebaulichen Struktur.
Zur Sicherung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse wird diese Festsetzung auch auf weitere Bereiche des Plangebietes übertragen. Lediglich im südlichen Bereich des Plangeltungsbereiches, in den Baugebieten WA 2, ist die Errichtung von Wohngebäuden mit symmetrischen Steildächern zulässig.
Es besteht somit ein unterschiedliches Angebot zur Auswahl der Gebäudetypen. Eine weitere Durchmischung von Dachformen ist nicht Ziel für das Plangebiet. Dachformen werden für bestimmte Teile des Gebietes festgesetzt. Die Festsetzung zur maximalen Firsthöhe von 9,00 m berücksichtigt die Zulässigkeit der Steildächer in den Gebieten WA 2.

Liegende Dachfenster stören das Bild der Dachlandschaft und sind daher nur auf der straßenabgewandten Gebäudeseite zulässig. Um zu massive Gauben auf den Hauptgebäuden auszuschließen, wird die Breite auf ein Drittel der gesamten Dachbreite begrenzt. Darüber hinaus werden Abstände zur Traufe und zu den Ortgängen festgesetzt, um Dachlandschaften auszugestalten. Einschränkungen zur Herrichtung von Photovoltaikanlagen im Rahmen des Eigenbedarfs werden getroffen, um das städtebauliche Erscheinungsbild des Wohngebietes zu wahren. Über den Eigenbedarf hinausgehende Energieerzeugung soll in der Stadt Grevesmühlen nur in Gebieten, die nicht dem Wohnen dienen, erfolgen.

9.2 Außenwände

Außenwände sind als glatt verputzte Außenwandflächen oder als Verblendmauerwerk zulässig.

Mit Holz verkleidete Außenfassaden sind nur giebelseitig und mit einem maximalen Anteil von 30 % der gesamten Fassadenfläche zulässig. Außenwände aus Blockbohlen (Blockbohlenhäuser) sind unzulässig. Unzulässig sind hochglänzende Baustoffe (zum Beispiel Edelstahl, emaillierte Elemente einschließlich Fliesen o.a.), kleinteiligere Baustoffe als dünnformatige Ziegel bei Verblendmauerwerk.
Die Fassaden der Hauptbaukörper sind nur in hellem Putz oder rotem und rotbraunem Sichtmauerwerk auszuführen. Geputzte Wandflächen sind nur beige, gelb, ocker, sandfarben, grau oder als gebrochenes Weiß zulässig.

Die Festsetzungen zu Außenwänden der geplanten Gebäude beinhalten im Wesentlichen Festsetzungen bezüglich der Farbgestaltung und der einzusetzenden Materialien im Fassadenbereich, um eine Angleichung an die ortstypische Bebauung zu erreichen.
Im westlich angrenzenden vorhandenen Wohngebiet sind geputzte Fassaden in den Farben weiß, pastell-gelb, grau sowie verklinkerte Fassaden in rot und rotbraun typisch. Der Holzanteil innerhalb von Wandflächen ist gering.

9.3 Abfallbehälter

Innerhalb des Plangeltungsbereiches sind Abfallbehälter und Mülltonnen auf dem eigenen Grundstück unterzubringen. Standplätze für Abfallbehälter und Mülltonnen sind durch intensive Begrünung entweder durch eine 1,20m hohe Schnitthecke oder durch Holzeinfriedungen, die durch rankende, kletternde oder selbstklimmende Pflanzen begrünt werden, der Sicht zu entziehen.

Durch die Gestaltung der Mülltonnenstandplätze wird positiver Einfluss auf das Ortsbild genommen.

9.4 Befestigung von Flächen auf privaten Grundstücken

Die Befestigung von privaten Stellplätzen und deren Zufahrt sowie von Zufahrten zu Garagen ist mit wasserdurchlässigen Materialien und/oder Rasengittersteinen und/oder großfugig verlegtem Steinpflaster ohne Fugenverguss zu gestalten. Ein wasserundurchlässiger Unterbau ist nicht zulässig.

Ziel ist es, den Anteil der Versiegelung auf dem Grundstück möglichst gering zu halten.

9.5 Werbeanlagen

Im Plangebiet sind Werbeanlagen nur als Schilder an Zäunen und an den Hauswänden bis zu einer Größe von 0,30 m x 0,60 m zulässig. Es dürfen keine selbstleuchtenden Werbeanlagen verwendet werden. Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig.

Werbeanlagen sollen auf dargebotene Leistungen hinweisen.
Werbeanlagen können den städtebaulichen Gesamteindruck stören, insbesondere wenn sie überdimensioniert und selbstleuchtend sind.

Überdimensionierte Werbeanlagen können das optische Bild des Straßenraumes stören. Es werden auch selbstleuchtende Werbeanlagen ausgeschlossen.

9.6 Einfriedungen

Einfriedungen der Grundstücke sind an der straßenbegleitenden Grundstücksgrenze nur mit einer maximalen absoluten Höhe von 1,20 m über dem natürlichen Niveau des Geländes zulässig. Diese Einfriedungen sind nur als Hecke mit dahinterliegendem Zaun zulässig.

Im westlich vorhandenen Wohngebiet sind unterschiedliche Einfriedungen vorhanden. Die Einfriedungen bestehen aus Kombinationen aus Zäunen mit gemauerten Pfosten, Zaunfeldern aus Holz oder Metall, Metall- oder Holzzäune und Hecken. Für das Plangebiet sind Einfriedungen nur im Zusammenhang mit Hecken zulässig. Dies wirkt positiv auf die Gestaltung des Straßenraumes und das Ortsbild.
Darüber hinaus wird aus Sicht der Stadt die Höhenvorgabe als wichtig angesehen. Ziel ist es, hohe Einfriedungen auszuschließen.

9.7 Festsetzung zu Bußgeldern

Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die gesetzlichen Festsetzungen verstößt, handelt rechtswidrig im Sinne des § 84 Abs. 1 Nr. 1 LBauO M-V und kann mit Bußgeld geahndet werden.

10. Grünflächen, Anpflanzungs- und Erhaltungsgebote

10.1 Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Auf dem Straßenrandstreifen ist eine Rasenansaat mit Landschaftsrasen vorzusehen.

Bäume im Straßenbereich sind in der Art Hängebirke (Betula pendula) oder Hainbuche (Carpinus betulus) als Hochstämme mit einem Stammumfang von 14 - 16 cm zu pflanzen.

Standorte für die Anpflanzungen wurden innerhalb des Bebauungsplanes nicht gesondert festgesetzt. Über geeignete Standorte ist deshalb im Rahmen der konkreten Ausführungsplanung für die Herstellung der verkehrsberuhigten Flächen zu entscheiden. Bei den Bäumen wurden typische Arten des Naturraumes verwendet. Insbesondere die Hängebirke ist am Standort auch im Bestand durch natürlichen Aufwuchs vertreten.

10.2 Bindungen von Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Die mit Erhaltungsgeboten festgesetzten Gehölze sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang artengleich nachzupflanzen.

Die Berg-Ahorn-Baumreihe im Bereich der festgesetzten Straßenverkehrsfläche unterliegt dem Schutz nach § 19 NatSchAG M-V und setzt sich außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 30 fort. Die geschützte Baumreihe ist in ihrem Bestand zu sichern. Die Lage und Höhe der Lärmschutzwand wurde gutachterlich bestimmt und ist somit auch städtebaulich

begründet. Nach Prüfung der technischen Ausführungen und unter dem Gesichtspunkt des Erhalts des Baumes wurde ein Befreiungsantrag durch die Stadt Grevesmühlen gestellt. Die Befreiung von den Verboten des § 19 Abs. 1 NatSchAG M-V wurde durch die untere Naturschutzbehörde am 21.03.2014 genehmigt. Die damit verbundenen Auflagen sind Bestandteil der Planunterlagen.

Die Lärmschutzwand ist in einem Abstand von mindestens 2,50 m zum Baum zu errichten. Im Wurzelbereich des Baumes ist für die Lärmschutzwand ein L-Profil mit Schenkelausbildung zu verwenden. Auf Erdaufschüttungen ist im Wurzelbereich des Baumes zu verzichten.

Die Arbeiten im Wurzelbereich (Kronentraufe zuzüglich 1,50 m) sind in Handschachtung auszuführen. Wurzeln sind schneidend zu durchtrennen. Die DIN 18920[1] „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ ist als bindend zu betrachten.

Es ist ein Ausgleichsgeld in Höhe von 116,67 € in den Alleenfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern einzuzahlen. Das Ersatzgeld ist innerhalb von 12 Monaten auf gesonderte Aufforderung an das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Schwerin zu zahlen.

Es wurden entsprechende Festsetzungen zur Erhaltung der Bäume getroffen. Bei Abgang sind die Gehölze artengleich nachzupflanzen.

[1]Die DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" ist bei der Beuth Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin, zu beziehen. Sie kann zudem bei der Stadt Grevesmühlen, Rathausplatz 1, Bauamt, 23936 Grevesmühlen, eingesehen werden.

11. Immissions- und Klimaschutz

11.1 Geruchsimmissionen durch den landwirtschaftlichen Betrieb

Nordöstlich des Plangebietes befindet der Landwirtschaftsbetrieb Grevesmühlen e.G. Für den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 34 „Mühlenblick“ wurde eine Emissions- und Immissionsprognose (16.05.2012) von der LMS Landwirtschaftsberatung GmbH gefertigt, die die von dem vorhandenen Landwirtschaftsbetrieb sowie dessen Nebenanlagen austretenden Emissionen an Gerüchen beurteilt. Dieses Gutachten wird ebenso zur Beurteilung der Geruchsimmissionen im Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 30 herangezogen.

Es wurde gutachterlich das Heranrücken der geplanten Wohnbebauung an die vorhandene Rinderanlage beurteilt. Es wurde hierbei der Rinder- und Kälberbestand aus dem Genehmigungsbescheid für die Rinderanlage zu Grunde gelegt.

Nach GIRL-MV (Geruchsimmissions-Richtlinie) sind für Wohn- und Mischgebiete Immissionswerte (IW) von 0,10 einzuhalten. Ein Immissionswert von 0,10 bedeutet, dass an maximal 10 % der Jahresstunden Gerüche wahrnehmbar sein dürfen.

Aufgrund der Ergebnisse des Gutachtens, dass auf der ausgewiesenen Fläche des Bebauungsplanes Geruchsstundenhäufigkeiten pro Jahr von 2 bis 3 % auftreten wird festgestellt, dass der Immissionswert nach GIRL von 10% für ein allgemeines Wohngebiet deutlich unterschritten wird.

Für den Umbau der Rinderanlage wurde ein Geruchs- und Ammoniakprognosegutachten durch den TÜV Nord Umweltschutz Rostock GmbH & Co. KG (16.04.2004) erstellt. Bereits aufgrund der Ergebnisse dieses Gutachtens lässt sich für das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 30 feststellen, dass die Richtwerte für Wohn- und Mischgebiete im Plangebiet eingehalten werden. Die Geruchswahrnehmungshäufigkeit liegt im Plangebiet unter 10 % der Jahresstunden.

Der Landwirtschaftsbetrieb Grevesmühlen e.G. wurde in der Planung gutachterlich bewertet und findet Berücksichtigung. Die nach dem BImSchG genehmigte Anlage zum Halten und zur Aufzucht von Rindern befindet sich in der immissionsschutzrelevanten Umgebung des Plangebietes und genießt Bestandsschutz. Das vorliegende Geruchsgutachten vom 16.05.2012 wurde überarbeitet und ergänzt (20.12.2013) und an den vorhandenen und genehmigten Tierbestand angepasst. Es wurde somit ein Tierbestand von 895 Rinder- und 95 Kälberplätzen zugrunde gelegt.

Im Ergebnis wurde gutachterlich festgestellt, dass im Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 30 die Beurteilungsflächenwerte bei 2-3 % der Jahresstunden liegen. Der Richtwert für ein allgemeines Wohngebiet wird deutlich unterschritten und im Plangebiet wird der Schutz vor erheblichen Geruchsbelästigungen gewährleistet.

11.2 Lärmimmission durch den landwirtschaftlichen Betrieb

Die Anforderungen an den Schallschutz werden nunmehr unter Berücksichtigung der neuen gutachterlichen Erkenntnisse eingearbeitet. Die Planunterlagen wurden erneut überarbeitet und in Teilbereichen wesentlich geändert. Hierbei wurde die schalltechnische Untersuchung der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG vom 05.08.2013 zugrunde gelegt.
Es erfolgte eine gutachterliche Gesamtbetrachtung im Rahmen einer Schalltechnischen Untersuchung für den Bebauungsplan Nr. 30 und den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 34 für das Gebiet „Mühlenblick“ in Grevesmühlen. Zum Schutz vor Gewerbelärm vom Landwirtschaftsbetrieb sind außerhalb des Plangebietes in einer Gesamtbetrachtung mit dem in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 34 der Stadt Grevesmühlen aktive Schallschutzmaßnahmen vorzusehen.

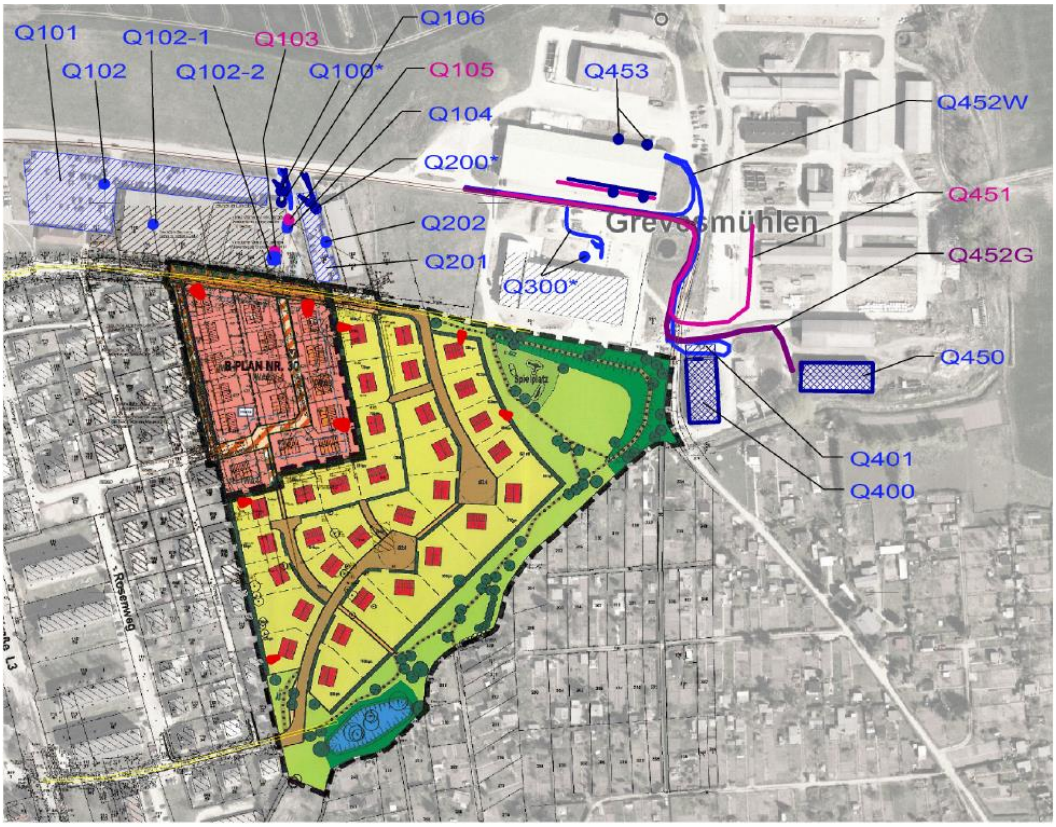


Abb.2: B-Plan Nr. 30 und Städtebauliches Konzept B-Plan Nr.34 mit Darstellung der Schallquellen Quelle: Schalltechnische Untersuchung vom 05.08.2013

Es wurden die Beurteilungspegel für den Zeitraum außerhalb der Erntezeit und für den Zeitraum innerhalb der Erntezeit ermittelt. Für die Zeit außerhalb der Erntezeiten können ohne gesonderte Maßnahmen die Orientierungswerte der DIN 18005 tags und nachts eingehalten werden. Anders verhält es sich im Erntezeitraum nachts.

Entsprechend dem Planungsgrundsatz gemäß § 50 BImSchG sollen unverträgliche Nutzungen grundsätzlich getrennt werden. Es ist aus Gründen der städtebaulichen Entwicklung geboten diesen Planungsgrundsatz zu beachten, insbesondere dann, wenn es sich bei der Planung um heranrückende Wohnbebauung an einen bestehenden landwirtschaftlichen Betrieb handelt. Im Rahmen der planerischen Konfliktbewältigung bei der Aufstellung des B-Planes Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen ist der Bestand und die Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes zu sichern; gleichwohl das öffentliche Interesse an einer kontinuierlichen Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen.

Die Stadt Grevesmühlen benötigt einen Standort für den individuellen Wohnungsbau. Ziel ist die Verdichtung vor Inanspruchnahme von Außenbereichsflächen. Es gilt, die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung zu stärken und die Schaffung sozial stabiler Bevölkerungsstrukturen zu gewährleisten. Dies kann mit der Entwicklung dieses Standortes gewährleistet werden - auch unter dem Aspekt, dass der angrenzende Standort des Einkaufszentrums gleichwohl die wohnstandortnahe Grundversorgung der Bevölkerung sichert. Die Stadt Grevesmühlen sieht diesen Standort als geeignet an, dem nachgefragten individuellen Wohnungsbau in der Stadt gerecht zu werden.

Eine räumliche Trennung (ausreichende Schutzabstände) der schützenswerten Nutzung von dem landwirtschaftlichen Betrieb ist aus Gründen des Flächenverbrauchs nicht realisierbar. Es wurden andere Maßnahmen und Möglichkeiten im Rahmen der Konfliktbewältigung geprüft.
Diese Prüfung wurde im Rahmen der schalltechnischen Untersuchung vom 05.08.2013 durchgeführt und die Ergebnisse dokumentiert.

Es wurde die Bestandssituation untersucht, die im Ergebnis gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse nicht gewährleisten konnte.

Es wurden nunmehr aktive Schallschutzmaßnahmen in der Nähe der Lärmquellen untersucht, um die ermittelten Lärmwerte zu verringern.
Für die Zeit außerhalb der Erntezeiten können ohne gesonderte Maßnahmen die Orientierungswerte der DIN 18005 tags und nachts eingehalten werden.

Innerhalb der Erntezeiten werden die Orientierungswerte tags für das Plangebiet überwiegend eingehalten. Es besteht lediglich eine Überschreitung von 1 dB(A) im Obergeschoss im nordöstlichsten Bereich. Mit einer Schallschutzwand mit einer Höhe 3,00 m und einer Länge von 16,00 m kann im Plangebiet der Orientierungswert Tag eingehalten werden.

Die Lärmschutzwand wurde im Plangeltungsbereich gemäß § 9 Abs.1 Nr. 24 BauGB als Lärmschutzeinrichtung festgesetzt.

Im Nachtzeitraum werden die Orientierungswerte der DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete mit und ohne Anlieferung überschritten. Die Überschreitungen werden ohne Anlieferung maßgeblich durch die 14 Ventilatoren zur Kühlung des Getreides in der nördlich vom Plangebiet gelegenen Weizenhalle verursacht.
Als aktive Lärmschutzmaßnahme wurde vom Gutachter die Änderung des Lüftungskonzeptes vorgeschlagen. Mit dem Einbau von 2 Ventilatoren mit einem immissionswirksamen Schallleistungspegel von 85 dB(A) lässt sich Orientierungswert nachts ohne Anlieferung von Getreide einhalten.
Die Auswirkungen des veränderten Lüfterkonzeptes sind durch Übernahme der ISO-Linien in die Planzeichnung dargestellt.

Es verbleiben nunmehr noch Überschreitungen der Orientierungswerte im Nachtzeitraum infolge der Anlieferung von Getreide. Hierbei handelt es sich um eine saisonale Überschreitung, die jedoch gerade in den Sommermonaten auftritt. In den Sommermonaten sollte auch bei geöffneten Fenstern gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse gewährleistet werden.

Es wurden 2 Möglichkeiten von aktiven Schallschutzmaßen geprüft. Zum einen wurde die Errichtung von Schallschutzwällen untersucht.
Gutachterlich wurden dazu folgende Ausführungen getroffen:

„Die maximale Wirkung von **Schallschutzwällen** wird erreicht, wenn sie dicht am Fahrweg liegen. Je weiter ein Fahrweg von der Oberkante eines Schallschutzwalles entfernt ist, um so geringen ist seine Wirkung.

Für den Bereich der Zufahrt in Höhe der Lagerhalle Weizen besteht kaum die Möglichkeit einer wirksamen Minderung der Schallimmissionen durch eine Schallschutzwand.

Zur Verdeutlichung des Einflusses von unterschiedlichen Wällen werden beispielhaft die folgenden
Varianten untersucht:

- Wall mit 3 m Höhe im östlichen Bereich des B-Planes Nr. 34
- Wall mit 5 m Höhe im östlichen Bereich des B-Planes Nr. 34
- anschließend zusätzlicher Wall mit 3 m Höhe entlang des Fahrweges.

Für den B-Plan Nr. 30 sind keine Auswirkungen der Wälle festzustellen. Die Beurteilungspegel werden maßgeblich durch die Zufahrt zur Waage auf dem Betriebsgelände verursacht."

Nunmehr wurde die Verlegung der Fahrwege gutachterlich untersucht. Es wurde dazu Folgendes dargelegt:

„Die **Verlegung der Fahrwege** stellt eine Möglichkeit zur Minderung der Schallimmissionen dar. Maximale Minderungen werden erreicht, wenn der Fahrweg vor der Lagerhalle Weizen nach Norden schwenkt, nördlich der Lagerhalle über die (dort neu errichtete) Waage führt und die Getreide-lagerhalle Gerste von Osten angefahren wird."

Die Auswirkungen des veränderten Lüfterkonzeptes in Verbindung mit der Verlegung der Fahrwege einschließlich Waage sind durch Übernahme der Isolinien in die Planzeichnung dargestellt. Es wird eine Nummerierung der Isolinien vorgenommen. Die mit der südlichen Isolinie [1] festgesetzten Schallschutzmaßnahmen werden erforderlich, um im Plangebiet gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse im Nachtzeitraum während der Ernte einzuhalten. Zur Lesbarkeit der Planunterlagen für das bedingte Baurecht ist die Darstellung dieser Linie erforderlich. Die Isolinien [2] und [3] sind verbunden mit weitergehenden aktiven Schallschutzmaßnahmen, deren Realisierung erst erfolgt sein muss, um die beabsichtigte Nutzung realisieren zu können.

Neben den aktiven Schallschutzmaßnahmen besteht noch die Möglichkeit passive Schallschutzmaßnahmen vorzusehen. Hierbei handelt es sich um das Heranrücken einer schützenswerten Nutzung an einen bestehen landwirtschaftlichen Betrieb, dessen Auswirkungen auf das Plangebiet nach der TA-Lärm beurteilt werden. Die TA-Lärm eröffnet jedoch nicht die Möglichkeit, der Überschreitung der Immissionsrichtwerte außen, durch passiven Lärmschutz zu begegnen. Diese Maßnahme scheidet somit aus - ebenso scheidet sie aus unter dem Gesichtspunkt des Erhalts des Landwirtschaftsbetriebes.
Zur Gewährleistung gesunder Wohn- und Lebensverhältnisse muss in Teilen des Plangebietes auf die ursprüngliche Möglichkeit des Ausbaus des Dachgeschosses für schutzwürdige Aufenthaltsräume in Wohnungen somit verzichtet werden.

Gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse können im Plangebiet nur durch Maßnahmen des aktiven Schallschutzes gewährleistet und somit die Planungsziele umgesetzt werden. Es ist eine schrittweise Realisierung der aktiven Lärmschutzmaßnahmen beabsichtigt. Dies wird über die Festsetzung des aufschiebend bedingten Baurechts gesichert.

Die Sicherung der Realisierung der festgelegten Schallschutzmaßnahmen gemäß der Schalltechnischen Untersuchung der TÜV NORD Umweltschutz GmbH

& Co. KG vom 05.08.2013 erfolgt in einem städtebaulichen Vertrag, welcher vor Satzungsbeschluss wirksam sein muss.

11.3 Lärmimmissionen durch den Einkaufsmarkt

Zur Beurteilung der Lärmimmissionen im Plangebiet durch den Betrieb der vorhandenen Einkaufszentren (Marktkauf und Schweim – Getränkehandel) wurde eine Schalltechnische Begutachtung vom Akustikbüro Schroeder und Lange GmbH erarbeitet. Diese wird durch die schalltechnische Untersuchung durch den TÜV Nord Umweltschutz Rostock GmbH & Co. KG vom 05.08.2013 präzisiert. Danach sind weiterhin Maßnahmen zum Schallschutz gegenüber Lärm von dem Verkehrsaufkommen zum Getränkemarkt erforderlich. Schallschutzmaßnahmen zum Schutz vor Lärm von den Verdichtern der Kühlanlage auf dem Dach sind nach neuestem Gutachten nicht mehr notwendig.

Auf der Grundlage des Gutachtens sind für das Plangebiet Lärmschutzmaßnahmen gegenüber den Beeinträchtigen der Einkaufszentren erforderlich. Diese werden entsprechend den Ausführungen des Gutachtens im Bebauungsplan berücksichtigt.

Innerhalb des Plangebietes wird die Errichtung einer Lärmschutzwand erforderlich. Die nachfolgende Festsetzung ist somit Bestandteil des Bebauungsplanes:

Innerhalb der im Bebauungsplan festgesetzten Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen ist eine Lärmschutzeinrichtung in Form einer Lärmschutzwand zu errichten. Die Höhe der Lärmschutzwand beträgt 3,00m. Die Länge der Lärmschutzwand beträgt 16,00 m. Als Bezugspunkt für die Höhe der Lärmschutzwand gilt 40,90 m über HN.

Die Sicherung der Realisierung der Schallschutzmaßnahmen erfolgt im Städtebaulichen Vertrag. Mit der Realisierung der festgesetzten Lärmschutzmaßnahmen treten innerhalb des Plangebietes keine Beeinträchtigungen durch den Betrieb der Einkaufszentren auf.

Bei Errichtung der Lärmschutzwand sind vorhandene Leitungen zu berücksichtigen. Die Leitungen im Plan sind derzeit nachrichtlich mit ungefährer Lage dargestellt. Zur Sicherheit sind die Leitungen einzumessen. Es sind entsprechende Abstimmungen mit dem Ver- und Entsorgungsträgern (E.ON e.dis AG/ Stadtwerke Grevesmühlen, Zweckverband Grevesmühlen) zu führen.

11.4 Klimaschutz

Eingriffe in stadtklimatisch relevante Flächen ergeben sich in Folge der Planung nicht. Es ist nicht davon auszugehen, dass durch die Planung die Durchlüftungssituation im Bereich der angrenzenden Bebauung nachhaltig gestört werden würde.
Der Bebauungsplan trifft keine zwingenden Festsetzungen zur Nutzung regenerativer Energien. Er schließt die Nutzung regenerativer Energien oder sonstige bauliche Maßnahmen zum Klimaschutz nicht aus oder erschwert diese. Insofern ist eine den Klimaschutzzielen entsprechende Bebauung möglich.

12. Verkehrliche Erschließung

12.1 Fließender Verkehr

Die Stadt Grevesmühlen ist gut an das übergeordnete Verkehrsnetz angebunden und ausreichend erschlossen.
Die verkehrliche Anbindung des Plangebietes erfolgt über die vorhandenen Straßen, Klützer Straße und Rosenweg. Die neue Erschließungsstraße wird an den Rosenweg angebunden und soll entsprechend den Erfordernissen als Anliegerweg ausgebaut werden. Es handelt sich um eine öffentliche Erschließungsstraße.

Die vorhandenen Straßen im Norden bzw. im Westen des Plangebietes sind hinreichend ausgebaut, um den Verkehr aufzunehmen. Die neue Erschließungsstraße ist als Ringstraße geplant. Somit ist die Ein- und Ausfahrt in das Plangebiet auch für Müllfahrzeuge gesichert. Die Anlage einer Wendeanlage ist nicht erforderlich.

Der Bebauungsplan gibt einen Rahmen für die öffentlichen Verkehrsflächen innerhalb der Straßenbegrenzungslinien vor. Ebenso wird die Zweckbestimmung der öffentlichen Verkehrsflächen – hier verkehrsberuhigter Bereich – festgesetzt. Neben dem festgesetzten Rahmen für die Verkehrsflächen werden Empfehlungen für die möglichen Regelprofile getroffen. Diese Regelprofile sind keine Festsetzungen sondern Empfehlungen und sind im Rahmen der technischen Planung veränderbar und gestaltbar. Die Planunterlagen wurden entsprechend der technischen Ausführungsplanung angepasst. In einem Teil wurde die Straßenverkehrsfläche von 10,00 m auf 10,25 m erweitert. Der Ausbau der Erschließungsstraßen wird somit in einer Breite von 10,25 m bzw. 6,50 m als verkehrsberuhigter Bereich empfohlen. Die Verkehrsfläche ist im niveaugleichen Ausbau herzustellen und ermöglicht entsprechend den Vorgaben ein gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsteilnehmer. Die Einmündungsbereiche werden unter Berücksichtigung des möglichst sparsamen Umgangs mit Grund und Boden und der Bereitstellung der maximalen Ansiedlungsfläche gemäß technischer Planung vorbereitet.

Eine weitere Fläche im Süden des Plangebietes wird als Fußgängerbereich festgesetzt. Diese Fläche soll als Trasse für eine fußläufige Verbindung einer möglichen baulichen Entwicklung der südlich angrenzenden Gebiete vorbereitet werden. Die Realisierung eines Gehweges ist beabsichtigt

Im Zusammenhang mit der Realisierung der neuen Erschließungsstraßen sollten nach Möglichkeit Beleuchtungskörper mit Insekten schonenden Lichtfarben verwendet werden.

12.2 Ruhender Verkehr

Die Stellplätze sind auf den privaten Grundstücken unterzubringen. Die Parkmöglichkeiten innerhalb des verkehrsberuhigten Bereiches werden gesondert ausgewiesen.

12.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Die Ortslage Grevesmühlen ist an das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs angebunden.

In der Klützer Straße befindet sich ein Haltpunkt der regionalen Busbetriebe.
In Grevesmühlen befindet sich ein Bahnhof der Deutschen Bahn.

13. Ver- und Entsorgung

Zur Sicherung der Ver- und Entsorgung im Plangebiet und der Herstellung der Verkehrsanlagen wird ein Erschließungsvertrag zwischen dem Erschließungsträger, der Grevesmühlener Kommunale Bau GmbH, und der Stadt Grevesmühlen abgeschlossen. Die Grevesmühlener Kommunale Bau GmbH übernimmt die Aufgabe zur Herstellung der Ver- und Entsorgungsanlagen und der Verkehrsanlagen und wird die erforderlichen Erschließungsverträge auch mit den Ver- und Entsorgungsträgern abschließen.

Die Belange der Ver- und Entsorgung sind innerhalb des Plangebietes hinreichend zu berücksichtigen. Sowohl der vorhandene Leitungsbestand innerhalb und außerhalb des Plangebietes ist bei Ausführung von Bauarbeiten entsprechend zu berücksichtigen. Die Anforderungen der Ver- und Entsorger bezüglich der Trassierung und der Tiefenlage innerhalb des Straßenkörpers sind im Rahmen der technischen Planung abzuprüfen.
Im Rahmen der Durchführung der Erschließung des Plangebietes erfolgt eine Koordinierung der Straßenbaumaßnahme. Es ist ein koordinierter Ablauf und die Einbindung aller Versorgungsträger beabsichtigt.

13.1 Wasserversorgung

Die Wasserversorgung des Plangebietes erfolgt durch den Zweckverband für Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Grevesmühlen (ZVG). Der ZVG hat mitgeteilt, dass eine Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser gewährleistet werden kann. Im Zuge der Erschließungsplanung für das Gebiet sind Abstimmungen zwischen dem Erschließungsträger und dem ZVG zu führen. Grundsätzlich ist dabei zu überprüfen, ob die Kapazitäten der vorhandenen Anlagen, über die das Plangebiet angebunden werden muss, ausreichend dimensioniert sind, um das Plangebiet ausreichend zu versorgen. Innerhalb des Gebietes sind entsprechende Anschlüsse an die vorhandenen Leitungen zu Kosten des Verursachers herzustellen.
Innerhalb des Plangebietes sind Leitungen des ZVG vorhanden. Zu vorhandenen Leitungen sind die vorgeschriebenen Mindestabstände einzuhalten. Eine Einweisung vor Ort ist durch die Mitarbeiter vor Beginn der Baumaßnahmen erforderlich.

Im nördlichen Bereich des Plangebietes, südlich der Klützer Straße, befindet sich eine Trinkwasserleitung AZ DN100. Die Umverlegung der Leitung ist Voraussetzung für die Umsetzung der Planungsziele im nördlichen Plangebiet. Die erforderlichen Abstimmungen werden mit dem Zweckverband Grevesmühlen geführt. Die sich aus den Arbeiten zur Entwicklung des Plangebietes ergebenen Umverlegungen von Leitungen bzw. Anlagen des Zweckverbandes sowie die durch Bodenabtrag erforderlichen Tieferlegungen oder dergleichen sind durch den Erschließungsträger/Bauherrn zu finanzieren. Die hieraus resultierende Veränderung der Trassenführung bzw. der Tiefenlage sind aufzunehmen und entsprechend der Anforderungen des ZVG in digitaler Form darzustellen und dem ZVG zu übergeben. Die Kosten fallen zu Lasten des Verursachers.

Vor Planungs- und Realisierungsarbeiten zur Herstellung der Ver- und Entsorgungsanlagen und der Verkehrsanlagen sind rechtzeitig Abstimmungen mit dem Zweckverband Grevesmühlen (ZVG) durch den Erschließungsträger erforderlich.

Eine Bepflanzung der ZVG-Trassen ist unzulässig. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung unter Anwendung des DVGW-Arbeitsblattes GW 125.

13.2 Abwasserentsorgung – Schmutzwasser

Die Abwasserentsorgung des Plangebietes erfolgt durch den Zweckverband für Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Grevesmühlen (ZVG). Die Ableitung der anfallenden Abwässer (Oberflächenwasser bzw. Schmutzwasser) hat grundsätzlich im Trennsystem zu erfolgen. Das Schmutzwasser ist über neu zu bauende Anlagen zu entsorgen, die in das vorhandene Leitungssystem des Zweckverbandes für Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Grevesmühlen eingebunden werden. Die Ableitung erfolgt in die Kläranlage Grevesmühlen. Der ZVG hat mitgeteilt, dass eine Entsorgung des im Plangebiet anfallenden Schmutzwassers gewährleistet werden kann. Im Zuge der Erschließungsplanung für das Gebiet sind Abstimmungen zwischen dem Vorhabenträger und dem ZVG zu führen. Grundsätzlich ist dabei zu überprüfen, ob die Kapazitäten der vorhandenen Anlagen, über die das Plangebiet angebunden werden muss, ausreichend dimensioniert sind, um das anfallende Schmutzwasser aufnehmen zu können. Alle Grundstücke im Plangeltungsbereich unterliegen dem Anschluss- und Benutzerzwang gemäß den gültigen Satzungen des ZVG und sind entsprechend der Beitragssatzung im Abwasserbereich beitragspflichtig.

Die sich aus den Arbeiten zur Entwicklung des Plangebietes eventuell ergebenen notwendigen Umverlegungen von Leitungen bzw. Anlagen des Zweckverbandes sowie die durch Bodenabtrag erforderlichen Tieferlegungen oder dergleichen sind durch den Erschließungsträger/Bauherrn zu finanzieren. Die hieraus resultierende Veränderung der Trassenführung bzw. der Tiefenlage sind aufzunehmen und entsprechend der Anforderungen des ZVG in digitaler Form darzustellen und dem ZVG zu übergeben. Die Kosten fallen zu Lasten des Verursachers.

Vor Planungs- und Realisierungsarbeiten zur Herstellung der Ver- und Entsorgungsanlagen und der Verkehrsanlagen sind rechtzeitig Abstimmungen mit dem Zweckverband Grevesmühlen (ZVG) und dem Erschließungsträger erforderlich.

Eine Bepflanzung der ZVG-Trassen ist unzulässig. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung unter Anwendung des DVGW-Arbeitsblattes GW 125.

13.3 Abwasserentsorgung – Oberflächenwasser

Das von bebauten oder künstlich befestigten Flächen abfließende Niederschlagswasser ist Abwasser gemäß § 39 Abs. 1 LWaG und unterliegt damit der Abwasserbeseitigungspflicht der zuständigen Körperschaft, dem Zweckverband Grevesmühlen. Für die Beseitigung des im Plangebiet anfallenden Niederschlagswassers von öffentlichen Verkehrsflächen im Innenbereich ist der Zweckverband Grevesmühlen zuständig.

Für die Grundstücke im Plangebiet sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, anfallendes und unbelastetes Oberflächenwasser auf den Grundstücken zu sammeln und zu versickern. Für Grundstücke, die an das Plangebiet angrenzen, ist die Versickerung auf diesen ortsüblich und möglich. Der Versiegelungsgrad im Plangebiet wird auf ein Mindestmaß begrenzt. Das Niederschlagswasser im Plangebiet wird als gering verschmutzt eingestuft. Daraus leitet sich kein besonderes Behandlungserfordernis ab.

Abstimmungen zur Regelung der Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers von öffentlichen und privaten Flächen wurden zwischen der Stadt, dem Erschließungsträger und dem Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Grevesmühlen im Rahmen des weiteren Planverfahrens geführt.

Das Plangebiet befindet sich derzeit außerhalb des Geltungsbereiches der Versickerungssatzung des ZVG. Die Stadt Grevesmühlen hat am 05.02.2014 einen Antrag auf Aufnahme der im Plangebiet gelegenen Grundstücke in den Geltungsbereich der Versickerungssatzung des ZVG als Abwasserbeseitigungspflichtigem gestellt. Für den Plangeltungsbereich liegt eine baugrundtechnische Stellungnahme zu den Untergrundverhältnissen – Gründungsbeurteilung von Dipl. Ing. Palasis vom August 2012 vor. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass eine Regenwasserversickerung gemäß DWA A138 im Plangebiet möglich ist. Das vorliegende Fachgutachten wurde dem ZVG zur Aufnahme des Plangebietes in die Versickerungssatzung übergeben. Die Entscheidung der Verbandsversammlung zur Aufnahme in die Versickerungssatzung ist für den 14.05.2014 vorgesehen.

Der Private hat auf seinem Grundstück geeignete Maßnahmen vorzusehen, die Niederschlagswasserbeseitigung auf dem Grundstück zu gewährleisten. Bei Veräußerung der Grundstücke durch den Vorhabenträger ist eine entsprechende Regelung im Kaufvertrag zu verankern. In der bautechnischen Stellungnahme zu den Untergrundverhältnissen - Gründungsbeurteilung wurden Möglichkeiten zur Versickerung auf den Baugrundstücken vorgeschlagen.
Die Versickerung sollte aufgrund der anstehenden Baugrundverhältnisse oberflächennah als Rohr-Rigolen oder Mulden-Rigolen-System durchgeführt werden.
Im südwestlichen Plangebiet ist auch eine Schachtversickerung möglich. Die östliche Gebäudereihe sollte möglichst am westlichen Grundstücksrand versickern und das Versickerungssystem wegen der hier zu erwartenden mäßig durchlässigen Böden großzügig bemessen.

Bei einer Versickerung des Regenwassers auf dem Grundstück ist darauf zu achten, dass die Belange des Nachbarschaftsschutzes nicht beeinträchtigt werden. Die Anlagen zur Regenwasserversickerung sind nach den gültigen Regeln der Technik herzustellen. Der Bau und die Benutzung einer Eigenwassergewinnungsanlage (z.B. zur Regenwassernutzung) sind gesondert beim Zweckverband zu beantragen und bedürfen der Genehmigung.

Aufgrund der Höhenlage kann ein direkter Anschluss des Plangebietes an den bestehenden Regenwasserkanal im Rosenweg nicht erfolgen.

Das Niederschlagswasser der Fahrbahn und der Grundstückszufahrten im öffentlichen Bereich wird entsprechend den Vorgaben der technischen Planung versickert. Es kommt die Errichtung einer Versickerungsanlage mit Notüberlauf zur Ausführung. Hierfür ist die wasserrechtliche Erlaubnis bei der unteren Wasserhörde durch die Stadt Grevesmühlen einzuholen.

Bei der Umsetzung der Planung sind vorhandene Drainageleitungen und unterirdische Gewässer, sowie Leitungen anderer Versorgungsträger, in ihrer Funktionsfähigkeit zu erhalten bzw. so wiederherzustellen, dass Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit ausgeschlossen werden.

Das Plangebiet befindet sich in der Trinkwasserschutzzone III B der Wasserfassung Grevesmühlen. Vorhaben des Wohnungsbaus in der beabsichtigten Form sind grundsätzlich zulässig. Die sich aus der Trinkwasserschutzverordnung ergebenen Beschränkungen sind zwingend zu berücksichtigen und einzuhalten. Die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Grevesmühlen-Wotenitz (Wasserschutzgebiets-verordnung Grevesmühlen-Wotenitz) vom 22.09.2010 ist in der Stadtverwaltung Grevesmühlen im Bauamt Rathausplatz 1, Haus 2 in 23936 Grevesmühlen einsehbar.

Die Stadt Grevesmühlen gehört zum Wasser- und Bodenverband „Stepenitz-Maurine“. Die Vorflut für diesen Bereich bildet das Gewässer 7/11/B3 in der Unterhaltungspflicht des Wasser- und Bodenverbandes. Dieser befindet sich südlich des Plangebietes, außerhalb des Plangebietes. Es ist nicht beabsichtigt, das vorhandene Gewässer II. Ordnung für die Ableitung von Oberflächenwasser zu nutzen. Ein hydraulischer Nachweis ist somit nicht erforderlich. Das Niederschlagswasser im Plangebiet soll so vor Ort zur Versickerung gebracht werden. Die Aufnahme des Gebietes in die Versickerungssatzung des ZVG wurde beachtragt. Die Versickerungsfähigkeit des Bodens wurde gutachterlich nachgewiesen.

Für gegebenenfalls durchzuführende Pflanzarbeiten sind Hinweise des Wasser- und Bodenverbandes zu berücksichtigen. Eine Bebauung bzw. Bepflanzung von offenen Vorflutern ist ausgeschlossen. Es ist mindestens eine einseitige Befahrbarkeit an Vorflutern von 7 m zu gewährleisten. Rohrleitungen und Drainagen sind von Bepflanzungen freizuhalten.

13.4 Brandschutz/ Löschwasser

Der Feuerschutz in der Stadt Grevesmühlen ist durch die örtliche Freiwillige Feuerwehr sichergestellt. Gemäß § 2 (1) des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (BrSchG) für M-V vom 04.03.2009 ist es Aufgabe der Gemeinden, die Löschwasserversorgung sicherzustellen. Dabei sind die Anforderungen des Grundschutzes zur Sicherung der Löschwasserbereitstellung zu beachten und zu erfüllen.

Die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Löschwasserversorgung sind zwischen der Stadt Grevesmühlen bzw. dem Erschließungsträger und dem Zweckverband abzustimmen. Der ZVG hat in seiner Stellungnahme mitgeteilt, dass Löschwasser nur im Rahmen seiner Möglichkeiten bereitgestellt werden kann.

Die Richtwerte für den Löschwasserbedarf eines Löschwasserbereiches mit allen Löschwasserentnahmestellen im Umkreis von 300 m enthält das DVGW-Arbeitsblatt W 405, dessen Forderungen einzuhalten sind. Die Zugänglichkeit der Grundstücke und der baulichen Anlagen sowie die Durchfahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen für Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr muss entsprechend der DIN 14090 gewährleistet sein.

Für die mögliche Absicherung der Löschwasserbereitstellung des Grundschutzes hat die Stadt Grevesmühlen Varianten untersucht. Die Stadt Grevesmühlen hat die Prüfung vorgenommen, dass der Unterflurhydrant auf dem Grundstück Rosenweg 33 geeignet ist, den Grundschutz der Löschwasserversorgung im Plangebiet prinzipiell zu gewährleisten. Der Löschwasserhydrant wurde in die Planzeichnung nachrichtlich übernommen. Er befindet sich außerhalb des Plangeltungsbereiches.
Die Stadt Grevesmühlen hat die Aufnahme des Unterflurhydranten auf dem Grundstück Rosenweg 33 in die Sondervereinbarung „Vereinbarung über die Bereitstellung von Trinkwasser zu Löschwasserzwecken aus dem Trinkwasserversorgungssystem“ beim ZVG beantragt, um die Sicherstellung der Löschwasserversorgung zu gewährleisten.

Zusätzlich soll zur Sicherung des Grundschutzes der im Nordosten des Plangebietes gelegene Löschteich (Entfernung ca. 300 m) zur Ergänzung der Löschwassersicherung dauerhaft funktionstüchtig erhalten bleiben. Der vorhandene Löschteich muss ständig über ein verfügbares Wasservolumen von mindestens 100 m³ verfügen. Die erforderlichen Zugangs- und Entnahmemöglichkeiten für die freiwillige Feuerwehr sind ständig zu gewährleisten.

13.5 Energieversorgung

Die Stadt Grevesmühlen wird durch die Stadtwerke Grevesmühlen GmbH mit Elektroenergie versorgt. Die E.ON e.dis AG betreibt im Stadtgebiet keine örtliche Versorgung. Die Stadtwerke haben mitgeteilt, dass ein Anschluss an das Versorgungsnetz durch Erweiterung der Mittel-/ Niederspannungsleitungen möglich ist. Im öffentlichen Bauraum stehen dafür ausreichend Flächen zur Verfügung. Die detaillierten Abstimmungen sind im Rahmen der technischen Planung zu berücksichtigen.

Innerhalb des Plangebietes befinden sich Versorgungleitungen der E.ON e.dis AG. Diese sind nachrichtlich entsprechend den Bestandsunterlagen im Plan dargestellt. Bestandspläne über die Niederspannungskabel werden im Zuge konkreter Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt. Der vorhandene Anlagenbestand ist bei allen weiteren Planungen zu berücksichtigen.

Die Anlagen dürfen zur Vermeidung der Gefährdung von Personen und der öffentlichen Versorgung nicht unter-/überbaut werden. Sie sind von Bepflanzungen, Anschüttungen o.ä. freizuhalten. Eine Einweisung in die Lage wird gegebenenfalls erforderlich. Hierzu ist eine Abstimmung mit dem Meisterbereich Tel.-Nr. 038294 75-221 erforderlich.

Bei möglichen Umverlegungen von vorhandenen Leitungen, ist rechtzeitig ein Antrag an das Versorgungsunternehmen zu stellen. Eventuell erforderliche Umverlegungen zur Baufreimachung sind durch den Verursachen zu tragen.

Das Versorgungsunternehmen soll rechtzeitig vor Beginn der Erschließung mindestens 14 Tage vorher unterrichtet werden.

Zu den vorhandenen elektrischen Betriebsmitteln sind grundsätzlich Abstände nach DIN VDE 0100 und DIN VDE 0101 einzuhalten. Vorhandene und in Betrieb befindliche Kabel dürfen weder freigelegt noch überbaut werden. Zur Gewährleistung der geforderten Mindesteingrabetiefen sind Abgrabungen der Oberflächen nicht zulässig. In Kabelnähe ist Handschachtung erforderlich.

13.6 Gasversorgung

Die Stadt Grevesmühlen wird durch die Stadtwerke Grevesmühlen GmbH mit Erdgas versorgt. Die Stadtwerke Grevesmühlen GmbH hat mitgeteilt, dass in der Klützer Straße sowie auf den Grundstücken im Rosenweg Leitungen des Energieversorgungsunternehmens vorhanden sind. Bestandsunterlagen sind im Rahmen der technischen Planung anzufordern. Inwiefern ein Anschluss des Plangebietes vorgesehen und möglich ist, ist im Rahmen der Erschließungsplanung mit dem Energieversorgungsunternehmen abzustimmen.
Die vorhandenen Leitungen sind bei allen weiteren Planungen zu berücksichtigen.
Nachfolgende Hinweise sind zu beachten:

- Keine Überbauung mit Bitumen, Beton oder ähnlichen Materialien, außer im direkten Kreuzungsbereich.
- Beim Verlegen von Ver- und Entsorgungsleitungen, bei Bebauungen sowie bei Baumpflanzungen sind die nach den jeweils gültigen Regelwerken geforderten Mindestabstände zu berücksichtigen.
- Freigelegte Leitungen sind fachgerecht gegen Beschädigung zu schützen.
- Überdeckungen der Gasleitungen dürfen nicht verändert werden.
- Der Bauausführende hat vor Beginn der Arbeiten einen Aufgrabeschein und eine örtliche Einweisung zu beantragen.
- Ober- oder unterirdische Anlagen/ Hinweiszeichen dürfen in Lage und Standort nicht verändert werden.
- Erforderliche Unterhaltungs-, Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten an den Leitungen dürfen nicht beeinträchtigt werden.

Im Plangeltungsbereich befindet sich kein Leitungsbestand der E.ON Hanse AG.

13.7 Telekommunikation

Die Stadt Grevesmühlen ist an das Netz der Deutschen Telekom AG angeschlossen. Innerhalb des Plangebietes, in der Klützer Straße und im Rosenweg sind Leitungen der Deutschen Telekom vorhanden. Diese werden nachrichtlich entsprechend der Bestandsunterlagen des Unternehmens im Plan dargestellt. Im Plangebiet befinden sich nur zwei Telekommunikationslinien, eine unterirdische im Rosenweg und eine oberirdische in der Klützer Straße.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen an den Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen, z.B. im Falle einer Störung, jederzeit ein ungehinderter Zugang zu den Leitungen möglich ist.

Die Bauausführenden haben sich vor Beginn der Arbeiten über den vorhandenen Bestand zu informieren. Vor Tiefbauarbeiten (über oder in unmittelbarer Nähe der Leitungen) ist eine genaue Einweisung in die genaue Lage dieser Anlagen notwendig. Die Einweisung bezieht sich auch auf Flächen, die nur für die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen, für die Lagerung von Baumaterial wie auch zum Abstellen der Bautechnik benötigt werden, um mögliche Montage- und Wartungsarbeiten nicht zu behindern. Die Kabelschutzanweisung der Deutschen Telekom AG ist zu beachten.
Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes, die Koordinierung mit dem Straßenbau und Baumaßnahmen anderer Leitungsträger ist Voraussetzung, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen der zuständigen Niederlassung rechtzeitig, jedoch mindestens 6 Monate vorher schriftlich angezeigt werden. Sollten Umverlegungen an den Telekommunikationsanlagen notwendig werden, hat der Verursacher die Kosten zu tragen.
Bei der Planung von neu zu pflanzenden Bäumen im Bereich der öffentlichen Flächen sind die Normen und Richtlinien (u.a. DIN 1998, DIN 18920, Richtlinie zum Schutz von Bäumen, Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989) zu beachten. Dadurch können Konflikte beim Bau, Unterhaltung und Erweiterung an Anlagen der Deutschen Telekom vermieden werden.

13.8 Abfallentsorgung

Die Abfallentsorgung erfolgt auf der Grundlage der gesetzlichen Regelungen und der diesbezüglichen Satzungen des Landkreises Nordwestmecklenburg.
Von öffentlicher Entsorgungspflicht ausgeschlossene Abfälle sind vom Abfallerzeuger nach den Bestimmungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes zu entsorgen. Die Müllbehälter sind am Entsorgungstag durch den zuständigen Grundstücksbesitzer an der öffentlichen Straße bereitzustellen. Somit kann die geordnete Zu- und Abfahrt, insbesondere für Müllfahrzeuge, gesichert werden.
Alle Baumaßnahmen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass sowohl von der Baustelle als auch von dem fertiggestellten Objekt eine vollständige und geordnete Abfallentsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Landkreises Nordwestmecklenburg erfolgen kann.

14. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag

Das Plangebiet gehört zu einer Fläche, für die durch das Gutachterbüro Bauer, Grevesmühlen, im September 2011 eine faunistische Bestandserfassung sowie ein Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erstellt wurde. Dieses Gutachten- „Stadt Grevesmühlen, Abbruch von Gebäuden im Zuge der Baufeldberäumung Gelände der ehemaligen GPG in Grevesmühlen (Klützer Straße)- wird den betroffenen Trägern öffentlicher Belange zur Verfügung gestellt.

Der Untersuchungsbereich dieses Gutachtens umfasst die Flächen des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 30 sowie die südlich angrenzenden Flächen. Gegenstand der Betrachtung waren auch Gebäudereste/ Ruinen, außerhalb des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 30.

Im Ergebnis des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages wurde festgestellt, dass die Belange des § 44 Bundesnaturschutzgesetz durch das Vorhaben nicht berührt werden.

Der Verlust unbebauter Fläche wird daher voraussichtlich nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen oder Beeinträchtigungen der Erhaltungszustände der Populationen festgestellter Artengruppen führen. Eventuelle baubedingte Vergrämungen werden als nicht erheblich angesehen, da diese zeitlich befristet und somit nicht erheblich sind. Weiterhin sind in der Umgebung des Vorhabens ausreichend Biotope des Siedlungsraumes vorhanden, welche auf stabile, umfangreiche Populationen der heimischen Vogelarten hinweisen. Für die festgestellten Amphibien stellt das Plangebiet einen nur untergeordneten Lebensraum dar.

Entsprechend der Vorgaben des (5) des § 44 des BNatSchG wird die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang somit weiterhin erfüllt.

15. Auswirkungen der Planung

Durch die Planung sind keine nachteiligen städtebaulichen Auswirkungen zu erwarten.
Die angrenzenden Flächen sind bebaut. Die Flächen des Plangebietes sind bereits als Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan berücksichtigt. Die bauliche Entwicklung des Vorhabenstandortes und seiner Umgebung ist also städtebaulich langfristig vorbereitet worden, um dem Bedarf an Wohnbauflächen in der Stadt Grevesmühlen gerecht zu werden. Alternativstandorte innerhalb des unbebauten Landschaftsraumes werden nicht geprüft, da die Landschaftszersiedlung und damit die Auswirkungen auf den Naturhaushalt erheblich höher ausfallen würden.

Die Entwicklung des Standortes südlich der Klützer Straße ist eine Wiedernutzbarmachung von brachgefallenen Flächen, die nach dem Rückbau der baulichen Anlagen der ehemaligen Gärtnerei für die Wohnbebauung zur Verfügung stehen sollen. Dies entspricht den städtebaulichen Zielsetzungen des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden. Durch die Realisierung der Planung finden Bodenversiegelungen statt, die nicht vermieden werden können.

Eingriffe in stadtklimatisch relevante Flächen ergeben sich in Folge der Planung nicht. Es ist nicht davon auszugehen, dass durch die Planung die Durchlüftungssituation im Bereich der angrenzenden Bebauung nachhaltig gestört werden würde.

Bei Nichtdurchführung der Planung ist davon auszugehen, dass die Sukzession auf den weniger genutzten Flächen zunehmen würde. Ohne menschliche Einwirkungen würden sich die Flächen langfristig wohl als Wald entwickeln.

Auswirkungen auf den geschützten Baumbestand

In Zusammenhang mit der notwendigen Errichtung einer Schallschutzwand am nordöstlichen Plangebietsrand wurden mögliche Auswirkungen auf die geschützten Bäume geprüft. Die geplante Schallschutzwand ist 16 m lang und

3,0 m hoch. Nördlich der ausgewiesenen Schallschutzwand befindet sich ein geschützter Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus). Der Ahorn besitzt einen Stammumfang von 0,77 m und einen Kronendurchmesser von 5,0 m. Der Kronenbereich des Baumes ist durch eine Telekom-Freileitung beeinträchtigt. Die Leitung verläuft in einem Abstand von 2,1 m südlich des Baumstandortes. Dementsprechend sind in diesem Bereich wiederkehrende Kronenschnitte am Baum notwendig. Ein natürlicher Kronenaufbau unterhalb sowie im unmittelbaren Umgebungsbereich der Freileitung wird dadurch unterbunden, so dass hier entsprechende Vorbelastungen für den Baum vorliegen.

Es wird davon ausgegangen, dass die zukünftige Schallschutzwand eine Dicke von weniger als 0,5 m besitzt und dass für die Herstelllung der Wand nur Einzelfundamente errichtet werden. Für die Errichtung der Schallschutzwand ist ein Bereich nördlich der Klützer Straße, im Anschluss an die befestigten Flächen, bis zur Geltungsbereichsgrenze festgesetzt. Die Geltungsbereichsgrenze befindet sich auf einem Abstand von ca. 0,8 m zum weiter nördlich gelegenen und geschützten Berg-Ahorn. Der Kronenansatz des Baumes befindet sich 1,70 m über Gelände. Durch die vorhandene Freileitung wird die Lärmschutzwand in einem Bereich errichtet, der Vorbelastungen und Beschränkungen der natürlichen Kronenentwicklung aufweist. Aus diesen Gründen wird bei der Errichtung der Lärmschutzwand nur geringfügig, in einem Umfang von 5 bis maximal 10 %, in die belaubte Krone des Baumes eingegriffen. Mit zunehmendem Alter des Baumes und der entsprechenden Kronenentwicklung nimmt der prozentual beeinträchtigte Anteil weiter ab. Aus diesen Gründen ergibt sich für den Baum nur eine sehr geringe Beeinträchtigung, die sich im Rahmen der für Straßenbäume typischen Freihaltung des Lichtraumprofils befindet. Der Baum kann dauerhaft erhalten werden und mit der Errichtung der Schallschutzwand entsteht kein zusätzlicher Kompensationsbedarf.

Die Lage und Höhe der Lärmschutzwand wurde gutachterlich bestimmt und ist somit auch städtebaulich begründet. Nach Prüfung der technischen Ausführungen und unter dem Gesichtspunkt des Erhalts des Baumes wurde ein Befreiungsantrag durch die Stadt Grevesmühlen gestellt. Der Erhalt des Baumes kann gewährleistet werden – jedoch kann eine Beeinträchtigung des letzten Baumes der geschützten Baumreihe nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Unter Berücksichtigung der Eingriffsminimierung wurde die technische Ausbildung der Stützmauer überarbeitet. Es werden im unmittelbaren Baumbereich anstatt T-Elementen nur L-Elemente verbaut, deren Schenkel zur Straßen ausgebildet ist. Dadurch konnten gleichzeitig die geplanten Aufschüttungen erheblich reduziert werden. Eine Überbauung des Kronentraufbereiches konnte weitgehend vermieden werden. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen wurde der Eingriff in Bezug auf die geplante Überbauung des verbleibenden Wurzelbereiches ermittelt und dargestellt. Eine Beeinträchtigung des Kronentraufbereiches des Baumes wurde vollständig vermieden. Es sind nur noch randständig Beeinträchtigungen des potentiellen Wurzelbereiches (Kronentraufbereich + 1,5 m) vorhanden. Trotz dieser Beeinträchtigungen wird davon ausgegangen, dass der Baum dauerhaft erhalten werden kann.

In Rahmen der konkreten Bauausführung werden jedoch im potentiellen Wurzelbereich Handschachtungen ausgeführt und baumpflegerisch begleitet, die den tatsächlichen Wurzelverlauf ermitteln.

16. Nachrichtliche Übernahmen

16.1 Bau- und Kulturdenkmale/ Bodendenkmale

Im Plangebiet sind keine Bau- und Kunstdenkmale berührt und keine Bodendenkmale bekannt.
Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG Mecklenburg-Vorpommern die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbehörde spätestens zwei Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, dass Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und eventuell auftretende Funde gemäß § 11 DSchG Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich bergen und dokumentieren können. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahmen vermieden (vgl. § 11 Abs.3 DSchG M-V).

16.2 Lage in der Trinkwasserschutzzone

Das Plangebiet liegt in der Trinkwasserschutzzone III B der Wasserfassung Grevesmühlen. Die bestehenden Verbote und Nutzungsbeschränkungen in der Trinkwasserschutzzone sind zu beachten. Die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Grevesmühlen-Wotenitz (Wasserschutzgebiets-verordnung Grevesmühlen-Wotenitz) vom 22.09.2010 ist in der Stadtverwaltung Grevesmühlen im Bauamt Rathausplatz 1, Haus 2 in 23936 Grevesmühlen einsehbar.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit lässt sich die Umgrenzung des Plangebietes mit dem Planzeichen für Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen nicht darstellen. Auf der Planzeichnung erfolgt eine Kennzeichnung zur Lage des Gebietes innerhalb der Trinkwasserschutzzone.

17. Hinweise

17.1 Bodenschutz

Der Grundstückseigentümer und der Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück sowie die weiteren in § 4 Abs. 3 und 6 des Bundesbodenschutzgesetzes genannten Personen sind verpflichtet konkrete Anhaltspunkte dafür, dass eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegt, unverzüglich die Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg als zuständige Bodenschutzbehörde mitzuteilen. Diese Pflicht gilt bei

Baumaßnahmen, Baugrunduntersuchungen oder ähnlichen Einwirkungen auf den Boden und den Untergrund zusätzlich für die Bauherren und die von ihnen mit der Durchführung dieser Tätigkeiten Beauftragten, Schadensgutachter, Sachverständige und Untersuchungsstellen.

Werden schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten im Sinne des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind die Grundstückseigentümer in Grundlage von § 2 des Gesetzes zum Schutz des Bodens im Land Mecklenburg – Vorpommern [Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) M-V] verpflichtet, den unteren Bodenschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte hierüber Mitteilung zu machen.

Bei allen Maßnahmen ist Vorsorge zu treffen, dass schädliche Bodeneinwirkungen, welche eine Verschmutzung, unnötige Vermischung oder Veränderung des Bodens, Verlust von Oberboden, Verdichtung oder Erosion hervorrufen können, vermieden werden.

17.2 Verhaltensweise bei unnatürlichen Verfärbungen bzw. Gerüchen des Bodens

Sollten während der Erdarbeiten Auffälligkeiten, wie unnatürliche Verfärbungen bzw. Gerüche des Bodens auftreten, ist die Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg als zuständige Behörde zu informieren. Der Grundstücksbesitzer ist als Abfallbesitzer nach § 15 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubs verpflichtet.

17.3 Munitionsfunde

Munitionsfunde sind nicht auszuschließen. Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) für das Plangebiet sind gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsdienst des Landesamtes für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz M-V, Graf-York-Str. 6, 19061 Schwerin, zu erhalten. Ein Auskunftsersuchen wird rechtzeitig vor Baubeginn empfohlen.

Alle Baumaßnahmen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass von den Baustellen und fertiggestellten Objekten eine sach- und umweltgerechte Abfallentsorgung nach den gesetzlichen Bestimmungen) gemeinwohlverträglich und geordnete Abfallentsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Landkreises Nordwestmecklenburg erfolgen kann.

17.4 Gewässerschutz

Im Hinblick auf den vorbeugenden Gewässerschutz ist die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen (u.a. Heizöl) gemäß § 20 Abs. 1 Landeswassergesetz M-V (LWaG M-V) sowie die Errichtung von Erdwärmesondenanlagen gemäß § 49 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg anzuzeigen.

Werden bei der Durchsetzung der Planung Erdaufschlüsse (auch Flächenkollektoren oder Erdwärmesonden für Wärmepumpen) notwendig, mit denen unmittelbar bzw. mittelbar auf die Bewegung oder die Beschaffenheit des Grundwassers eingewirkt wird, sind diese gemäß § 49 Abs. 1 des

Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) einen Monat vor Baubeginn bei der unteren Wasserbehörde anzuzeigen. Dies trifft ebenso für eventuell notwendige Grundwasserabsenkungen zu.

17.5 Versickerung von Niederschlagswasser

Das Plangebiet befindet sich im Geltungsbereich der Versickerungssatzung des Zweckverbandes Grevesmühlen. Das anfallende Niederschlagswasser ist auf den Baugrundstücken zu versickern.

17.6 Ver- und Entsorgungsleitungen

Die Belange der Ver- und Entsorgung sind innerhalb des Plangebietes hinreichend zu berücksichtigen. Sowohl der vorhandene Leitungsbestand innerhalb und außerhalb des Plangebietes ist bei Ausführung von Bauarbeiten entsprechend zu berücksichtigen. Die Anforderungen der Ver- und Entsorger bezüglich der Trassierung und der Tiefenlage innerhalb des Straßenkörpers sind im Rahmen der technischen Planung abzuprüfen.

17.7 Schallschutzmaßnahmen

Die Sicherung der Realisierung der festgelegten Schallschutzmaßnahmen gemäß der Schalltechnischen Untersuchung der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG vom 05.08.2013 erfolgt in einem städtebaulichen Vertrag, welcher vor Satzungsbeschluss wirksam sein muss.

17.8 Hinweise zu Anpflanzungen

Bei der Planung von neu zu pflanzenden Bäumen im Bereich der öffentlichen Flächen sind die Normen und Richtlinien (u.a. DIN 1998, DIN 18920, Richtlinie zum Schutz von Bäumen) zu beachten. Dadurch können Konflikte mit vorhandenen Leitungen sowie beim Bau, Unterhaltung und Erweiterung, z.B. Leitungen der Deutschen Telekom AG und des Zweckverbandes Grevesmühlen, vermieden werden.

17.9 Artenschutzrechtliche Belange

Die Beseitigung von Gehölzen gemäß § 39 Abs. 5 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes darf nur im Zeitraum zwischen 1. Oktober und 1. März durchgeführt werden. Ausnahmen sind zulässig, sofern der gutachterliche Nachweis durch den Verursacher erbracht wird, dass innerhalb der Flächen keine Brutvögel brüten, und die Zustimmung der zuständigen Behörde vorliegt.

17.10 Gehölzschutzmaßnahmen

Während der Bauzeit sind Bäume durch Bauzäune zu schützen, so zu erwarten ist, dass die Bäume durch Baumaßnahmen beeinträchtigt werden könnten.

18. Realisierung des Bebauungsplanes

Die Realisierung von Vorhaben innerhalb der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen soll unmittelbar nach Rechtskraft des Bebauungsplanes erfolgen. Nach Bestätigung der Planreife gemäß § 33 BauGB ist gegebenenfalls ein vorzeitiger Baubeginn beabsichtigt.

TEIL 2 Ausfertigung

1. Beschluss über die Begründung

Die Begründung zur Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung wurde durch die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen am ……gebilligt.

Grevesmühlen, den (Siegel)

Ditz
Bürgermeister

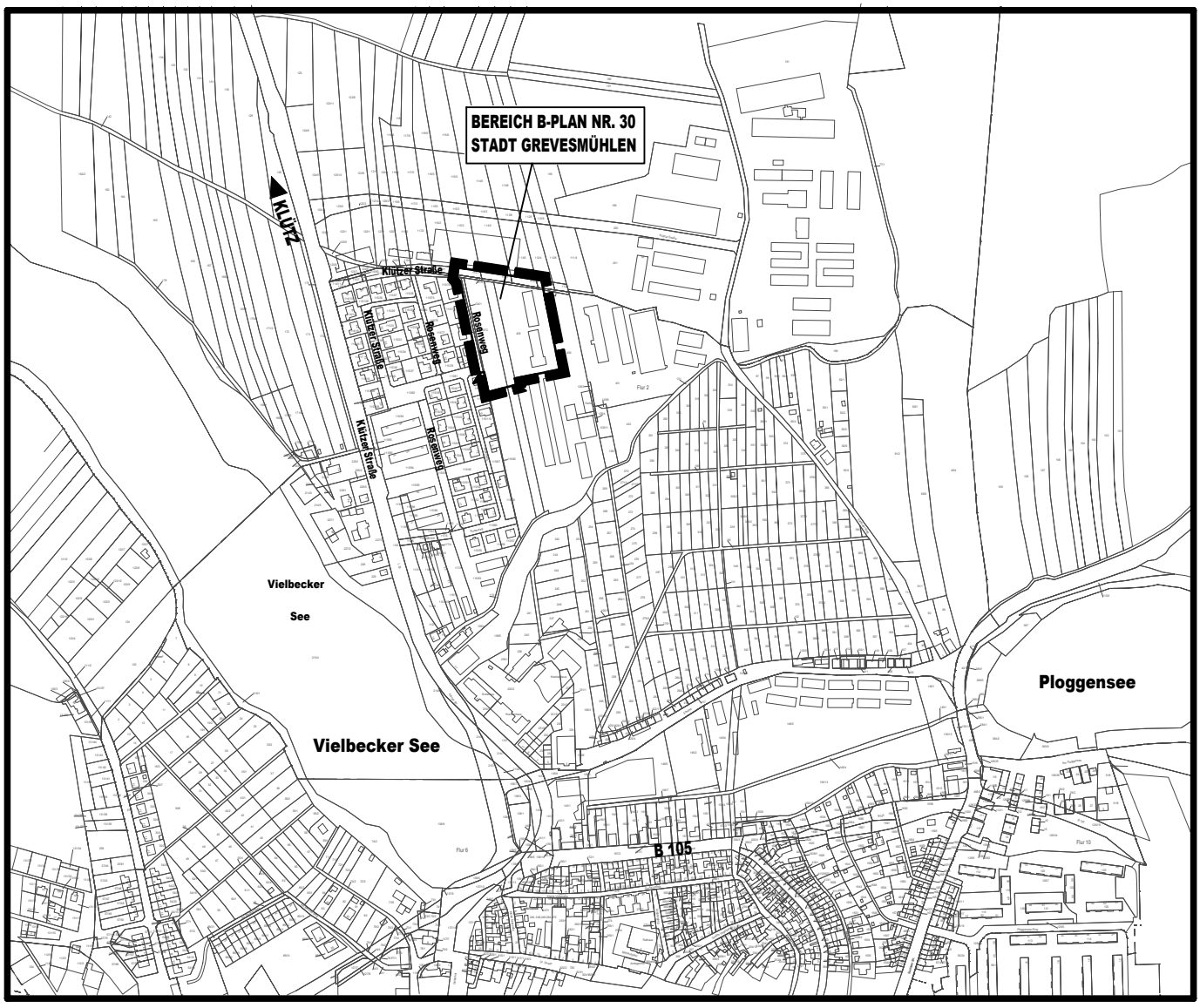
2. Arbeitsvermerke

Das vorliegende Exemplar der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung der Stadt Grevesmühlen wurde in Zusammenarbeit mit der Grevesmühlener Kommunale Bau GmbH und der Stadt Grevesmühlen erstellt durch das

Planungsbüro Mahnel
Rudolf – Breitscheid – Str. 11
23936 Grevesmühlen
Telefon 0 38 81 / 71 05 – 0
Telefax 0 38 81 / 71 05 – 50
mahnel@pbm-mahnel.de

SATZUNG
ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 30 DER STADT GREVESMÜHLEN
FÜR EINEN TEILBEREICH AN DER KLÜTZER STRAßE SÜDLICH DER EINKAUFSZENTREN UND ÖSTLICH DER VORHANDENEN BEBAUUNG

Verfahrensaufstellung gemäß § 13a BauGB



Planungsbüro Mahnel

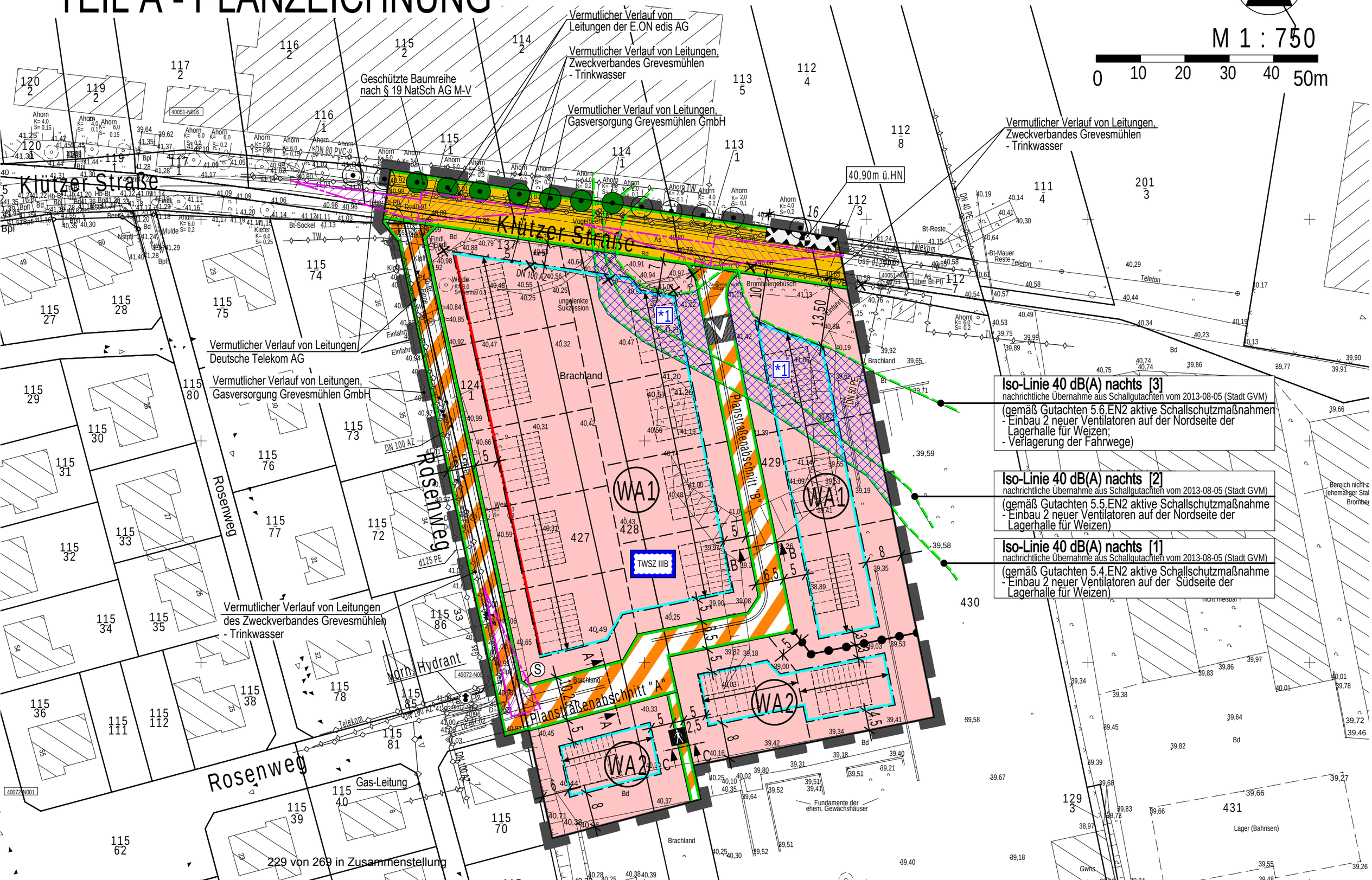
Rudolf-Breitscheid-Straße 11
23936 Grevesmühlen

Tel. 03881/7105-0
Fax 03881/7105-50

Planungsstand: 28. April 2014

BESCHLUSSVORLAGE SATZUNG

TEIL A - PLANZEICHNUNG

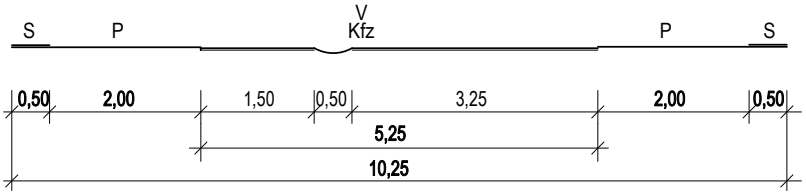


ART UND MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

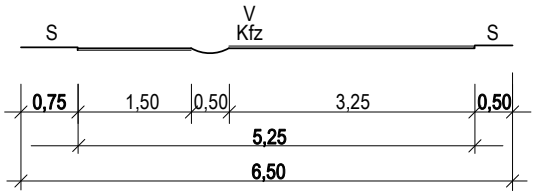
WA1	WA2
WA Allgemeine Wohngebiete	WA Allgemeine Wohngebiete
I	I
0,35	0,35
ED o	ED o
TH_{max} = 4,00m	TH_{max} = 4,00m
DN ≦ 20°	FH_{max} = 9,00m
	DN 38°- 46°

EMPFEHLUNG FÜR STRAßENPROFIL

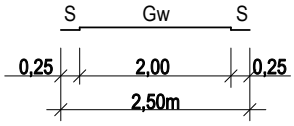
Planstraßenabschnitt "A" (gemäß Bestand)
Schnitt A-A



Planstraßenabschnitt "B"
Schnitt B-B



Planstraße "Gehweg"
Schnitt C - C



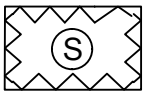
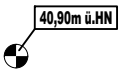
LEGENDE

V	- verkehrsberuhigter Bereich
S	- Sicherheitsstreifen
Kfz	- Kraftfahrzeuge
P	- Parkplatz
Gw	- Gehweg

PLANZEICHENERKLÄRUNG

I. FESTSETZUNGEN

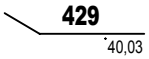
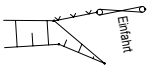
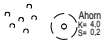
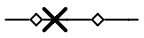
Planzeichen	Erläuterung	Rechtsgrundlagen
	ART DER BAULICHEN NUTZUNG	Par. 9 (1) 1 BauGB
WA	Allgemeine Wohngebiete (gem. § 4 BauNVO)	
	MASS DER BAULICHEN NUTZUNG	Par. 9 (1) 1 BauGB Par. 16 bis 20 BauNVO
0,35	Grundflächenzahl, GRZ z.B. 0,35	
I	Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß	
TH_{max}= 4,00m	Traufhöhe, als Höchstmaß über Bezugspunkt	
FH_{max}= 9,00m	Firsthöhe, als Höchstmaß über Bezugspunkt	
	BAUWEISE	Par. 9 (1) 2 BauGB Par. 22 u. 23 BauNVO
o	Offene Bauweise	
ED	nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig	
	Baugrenze	
	Baulinie	
	Hauptfirstrichtung	
	VERKEHRSFLÄCHEN	Par. 9 (1) 11 BauGB Par. 9 (6) BauGB
	öffentliche Straßenverkehrsfläche	
	Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrs-flächen besonderer Zweckbestimmung	
	Straßenflächen besonderer Zweckbestimmung, öffentliche Verkehrsfläche	
V	Verkehrsberuhigter Bereich	
	Fußgängerbereich	
	HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSER LEITUNGEN	Par. 9 (1) 13 BauGB Par. 9 (6) BauGB
	Vermutlicher Verlauf von Leitungen - oderirdisch (Telekom) - unterirdisch	
	WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSER-WIRTSCHAFT	Par. 9 (1) 16 BauGB
TWSZ IIIB	Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen, TWSZ - Trinkwasserschutzzone IIIB	
	ANPFLANZUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN SOWIE BINDUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, UND STRÄUCHERN	Par. 9 (1) 25 BauGB Par. 9 (6) BauGB
	Erhaltungsgebot für Bäume Geschützte Baumreihe nach § 19 NatSchAG M-V	

	Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes	Par. 9 (1) 24 BauGB Par. 9 (6) BauGB
	Umgrenzung der Fläche, die von der Bebauung freizuhalten ist. - S Sichtfläche (Signatur entfällt bei kleiner Fläche.)	Par. 9 (1) 10 BauGB Par. 9 (6) BauGB
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes	Par. 1 (4) BauNVO Par. 16 (5) BauNVO
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 der Stadt Grevesmühlen	Par. 9 (7) BauGB
	Höhenbezugspunkt, z.B. 40,90m ü.HN	

II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN ÜBER DIE ÄUßERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 Abs. 1 LBauO M-V)

DN 38°- 46°	Dachneigung zwischen 38° und 46°

III. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

	Flurstücksgrenze, Flurstücksnummer, Geländehöhen (in Meter ü.HN)
	vorhandene Böschung, Zaun, Einfahrt (Tor)
	vorhandenes Gebüsch/Gehölze
	vorhandener Straßenablauf/Schacht
	Bemaßung in Metern
	Sichtdreieck
	Kennzeichnungen der WA-Gebiete mit lfd. Nr.
	in Aussicht genommene Grundstücksteilung
	künftig entfallende Darstellung, z.B. unterirdische Leitung
	Bereich mit bedingtem Baurecht
	Iso-Linie 40 dB(A) nachts
	geplante Gebäude
	vorhandener Hydrant, außerhalb des Plangebietes

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung vom 18.12.2006. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Veröffentlichung in der "OZ" am 15.01.2007 erfolgt.

   Grevesmühlen, den …… ……
   (Siegel) Bürgermeister

2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB ist durch öffentliche Auslegung während der Dienstzeiten vom 25.01.2007 bis zum 08.02.2007 durchgeführt worden. Die ortsübliche Bekanntmachung ist durch Veröffentlichung in der "OZ" am 15.01.2007 erfolgt.

   Grevesmühlen, den …… ……
   (Siegel) Bürgermeister

3. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist beteiligt worden.

   Grevesmühlen, den …… ……
   (Siegel) Bürgermeister

4. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden gemäß § 4 (1) BauGB sowie gemäß § 2 (2) BauGB mit Schreiben vom 23.01.2007 über die Planungsabsicht unterrichtet und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detailierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert worden.

   Grevesmühlen, den …… ……
   (Siegel) Bürgermeister

5. Die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen hat am 09.07.2007 beschlossen das der Bebauungsplan Nr. 30 im beschleunigtem Verfahren nach § 13a BauGB ohne Durchführung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll. Die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen hat am 09.07.2007 den Entwurf der Satzung über den Bebauungsplanes Nr. 30 mit Begründung gebilligt und zur Auslegung bestimmt.

   Grevesmühlen, den …… ……
   (Siegel) Bürgermeister

6. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 Abs. 2 BauGB) sowie die Nachbargemeinden (gem. § 2 Abs. 2 BauGB) sind mit Schreiben vom 28.08.2007 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

   Grevesmühlen, den …… ……
   (Siegel) Bürgermeister

7. Der Entwurf der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlage sowie die Begründung haben in der Zeit vom 10.09.2007 bis zum 11.10.2007 während der Dienstzeiten der Stadt Grevesmühlen nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, dass gemäß § 4a Abs. 6 BauGB nicht fristgemäß abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können, dass ein Antrag nach § 47 des Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, wenn mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, oder hätten geltend gemacht werden können, durch Veröffentlichung in der "OZ" am 29.08.2007 ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde darauf hingewiesen, dass Aufstellungsverfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung durchgeführt wird. In der Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde darauf hingewiesen welche umweltrelevanten Informationen (Gutachten) vorliegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden wurden über die Öffentlichkeitsbeteiligung unterrichtet.

   Grevesmühlen, den …… ……
   (Siegel) Bürgermeister

8. Der katastermäßige Bestand am …… wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkarte im Maßstab 1 : …… vorliegt. Regressansprüche können nichtabgeleitet werden.

   Grevesmühlen, den …… ……
   (Stempel) Unterschrift

9. Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten firstgemäß abgegebenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit / sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden am 18.06.2012 geprüft.

   Grevesmühlen, den …… ……
   (Siegel) Bürgermeister

10. Die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen hat am 02.09.2013 den Erneuten Entwurf der Satzung über den Bebauungsplanes Nr. 30 mit Begründung gebilligt und zur Auslegung bestimmt.

    Grevesmühlen, den …… ……
    (Siegel) Bürgermeister

11. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 Abs. 2 BauGB) sowie die Nachbargemeinden (gem. § 2 Abs. 2 BauGB) sind mit Schreiben vom 26.09.2013 erneut zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

    Grevesmühlen, den …… ……
    (Siegel) Bürgermeister

12. Der Erneute Entwurf der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) sowie die Begründung haben erneut in der Zeit vom 25.09.2013 bis zum 25.10.2013 während der Dienstzeiten der Stadt Grevesmühlen nach § 4a Abs. 3 i.V.m § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, dass nicht fristgemäß abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können, dass ein Antrag nach § 47 des Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, wenn mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, oder hätten geltend gemacht werden können, durch Veröffentlichung in der "OZ" am 17.09.2013 ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde darauf hingewiesen, welche umweltrelevanten Informationen (Gutachten) vorliegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und die Nachbargemeinden wurden über die Öffentlichkeitsbeteiligung unterrichtet.

Grevesmühlen, den …….. ……
(Siegel) Bürgermeister

13. Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten firstgemäß abgegebenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit / sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden am …….. geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Grevesmühlen, den …….. ……
(Siegel) Bürgermeister

14. Die Satzung des Bebauungsplanes Nr. 30 bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlage wurde am …….. von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zur Satzung des Bebauungsplanes Nr. 30 wurde mit Beschluss der Stadtvertretung vom …….. gebilligt.

Grevesmühlen, den …….. ……
(Siegel) Bürgermeister

15. Die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlage wird hiermit am …….. ausgefertigt.

Grevesmühlen, den …….. ……
(Siegel) Bürgermeister

16. Die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 und den örtlichen Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlage sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über deren Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind durch Veröffentlichung in der "OZ" am …….. ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeiten und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) und auf die Bestimmungen des § 5 Abs. 5 Kommunalverfassung für das Land M-V hingewiesen worden.
Die Satzung ist mit Ablauf des …….. (Tag der Bekanntmachung) in Kraft getreten.

Grevesmühlen, den …….. ……
(Siegel) Bürgermeister

SATZUNG

ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 30 NACH § 13a BAU GB DER STADT GREVESMÜHLEN
FÜR EINEN TEILBEREICH AN DER KLÜTZER STRAßE SÜDLICH DER EINKAUFSZENTREN
UND ÖSTLICH DER VORHANDENEN BEBAUUNG
GEMÄSS § 10 BauGB I. VERB. MIT § 86 LBAUO M-V

Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509), sowie nach der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), geändert durch Artikel 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) sowie nach der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2006 (GVOBl. M-V S. 102) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 323), wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung der Stadt Grevesmühlen vom …….. folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 30 für einen Teilbereich an der Klützer Straße südlich der Einkaufszentren und östlich der vorhandenen Bebauung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) und den örtlichen Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen, erlassen.

TEIL B - T E X T

ZUR SATZUNG ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN Nr. 30 DER STADT GREVESMÜHLEN FÜR EINEN TEILBEREICH AN DER KLÜTZER STRAßE SÜDLICH DER EINKAUFSZENTREN UND ÖSTLICH DER VORHANDENEN BEBAUUNG

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

ALLGEMEINES WOHNGEBIET (§§ 1 und 4 BauNVO)

In den Allgemeinen Wohngebieten sind die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen nach § 4 Abs. 3 BauNVO
Nr. 1 – Betriebe des Beherbergungswesens,
Nr. 2 – sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
Nr. 3 – Anlagen für Verwaltungen,
Nr. 4 – Gartenbaubetriebe und
Nr. 5 – Tankstellen
gemäß § 1 Abs. 6 Ziffer 1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und somit ausgeschlossen.

2. MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

HÖHE BAULICHER ANLAGEN (§§ 16 und 18 BauNVO)

Die zulässige Höhe der baulichen Anlagen wird durch Festsetzung der maximalen Trauf- und Firsthöhe bestimmt.

Die Traufhöhe ist der Schnittpunkt der Dachhaut mit dem aufstrebenden traufseitigen Mauerwerk. Die festgesetzte Traufhöhe gilt nicht für Traufen von Dachaufbauten und Dacheinschnitten sowie für Nebengiebel und Krüppelwalm der Hauptgebäude.
Die Traufhöhe wird mit maximal 4,00 m über dem Erdgeschossfußboden festgesetzt.

Die Firsthöhe ist der Schnittpunkt der Dachaußenhautflächen. Die Firsthöhe wird mit maximal 9,00 m über dem Erdgeschossfußboden festgesetzt.

3. GRÖßE DER BAUGRUNDSTÜCKE (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

Innerhalb der Allgemeinen Wohngebiete sind Grundstücke in einer Mindestgröße von 500 m² vorzusehen. Ausnahmsweise sind in diesen Gebieten für einzelne Grundstücke Abweichungen, die bis zu 10 % der festgesetzten Mindestgrundstücksfläche betragen dürfen, nach unten zulässig.

4. GARAGEN, ÜBERDACHTE STELLPLÄTZE UND NEBENANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, § 12 und § 14 BauNVO)

Garagen und überdachte Stellplätze sind zwischen straßenseitiger Baugrenze/ Baulinie und der Straßenbegrenzungslinie unzulässig. Nebenanlagen, ausgenommen davon sind eingefriedete Standorte für Abfallbehälter, sind zwischen straßenseitiger Baugrenze/ Baulinie und der Straßenbegrenzungslinie unzulässig.

5. ZAHL DER WOHNUNGEN IN WOHNGEBÄUDEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in den Einzelhäusern wird mit maximal 2 Wohnungen begrenzt. Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Doppelhäusern wird mit maximal 2 Wohnungen je Doppelhaushälfte begrenzt.

6. SCHALLSCHUTZMAßNAHMEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Aktive Schallschutzmaßnahmen
Innerhalb der im Bebauungsplan festgesetzten Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen ist eine Lärmschutzeinrichtung in Form einer Lärmschutzwand zu errichten. Die Höhe der Lärmschutzwand beträgt 3,00 m. Die Länge der Lärmschutzwand beträgt 16,00 m. Als Bezugspunkt für die Höhe der Lärmschutzwand gilt 40,90 m über HN.

Im Baugebiet WA 1 ist der Ausbau des Dachgeschosses für schutzwürdige Aufenthaltsräume in Wohnungen unzulässig.

7. AUFSCHIEBEND BEDINGTES BAURECHT (§ 9 Abs. 1 Nr.1 i.V.m. § 9 Abs. 2 Nr. 2 und § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Die Nutzung der durch Planeintrag schraffierten und mit *1 bezeichneten Teilbereiche des Allgemeinen Wohngebietes ist erst dann zulässig, wenn nachgewiesen wird, dass die aktiven Lärmschutzmaßnahmen (Verlegung der Lüfter auf die Nordseite der Weizenhalle Isolinie [2] und zusätzlich Verlegung der Fahrwege Isolinie [3]) gemäß der Schalltechnischen Untersuchung der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG vom 05.08.2013 erfolgt sind.

Das aufschiebend bedingte Baurecht gilt nicht für Garagen, überdachte Stellplätze und Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO.

8. HÖHENLAGE (§ 9 Abs. 3 BauGB)

Für die Grundstücke am Rosenweg gilt als unterer Bezugspunkt für die Höhenlage:
- die Oberkante der Fahrbahn in der Mitte des an die Straße angrenzenden Grundstückteils des jeweilig betrachteten Grundstücks.

Für die Grundstücke an den Planstraßen A und B gilt als unterer Bezugspunkt für die Höhenlage:
- die Oberkante der Fahrbahn, anhand der verkehrstechnischen Ausbauplanung ermittelt, in der Mitte des an die Straße angrenzenden Grundstückteils des jeweilig betrachteten Grundstücks.

Die konstruktive Sockelhöhe darf maximal 0,5 m über dem festgesetzten Bezugspunkt liegen. Das Maß der konstruktiven Sockelhöhe bezieht sich auf den vertikalen Abstand

zwischen der Erdgeschossfußbodenoberkante und dem unteren Bezugspunkt. Die konstruktive Sockelhöhe ist gleich dem Schnittpunkt von Oberkante Erdgeschossfußboden (Fertigfußboden) und aufstrebendem Mauerwerk. Der Erdgeschossfußboden darf jedoch nicht unter dem Bezugspunkt liegen.

II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN ÜBER DIE ÄUßERE GESTALTUNG BAULICHER ANLAGEN (§ 9 Abs. 4 BauGB in Verbindung mit § 86 LBauO M-V)

1. DÄCHER

Die Dächer sind als symmetrische Satteldächer auszubilden und nur mit roten, braunen oder anthrazitfarbenen Dachziegeln als Hartdacheindeckung zu decken. Glänzende und reflektierende Deckungsmaterialien sind nicht zulässig (auszuschließen sind glasierte Dachziegel; zulässig sind matt engobierte Dachziegel).

Im Baugebiet WA 1 darf die Dachneigung für die Hauptbaukörper höchstens 20 Grad betragen.
Im Baugebiet WA 2 muss die Dachneigung für die Hauptbaukörper mindestens 38 Grad und höchstens 46 Grad betragen.

Im Baugebiet WA 2 müssen Dachaufbauten oder liegende Dachfenster zu den Ortgängen einen Abstand von mindestens 1,50 m einhalten. Liegende Dachfenster sind nur auf der straßenabgewandten Gebäudeseite zulässig. Gauben dürfen eine maximale Breite von 1/3 der Dachlänge nicht überschreiten. Es ist nur eine Gaubenform in jeweils gleicher Ausführung auf dem Dach zulässig. Zwischen der Traufe und dem Dachaufbau müssen mindestens 3 Dachziegelreihen durchgehen. Zur Herstellung der Wandflächen von Gauben ist die Verwendung von Schiefer und Schindeln als Material unzulässig. Zulässig sind u.a. Holz, verzinkte Materialien und geputzte Flächen.

Photovoltaikanlagen, die über den Eigenbedarf der Energieerzeugung hinausgehen sind nicht zulässig. Die Zulässigkeit von sonstigen Solaranlagen bleibt hiervon unberührt.

Für Garagen, überdachten Stellplätzen und Nebengebäuden gelten die Festsetzungen zur Dachneigung und Dacheindeckung nicht. Glänzende, glasierte und reflektierende Deckungsmaterialien sind ausgeschlossen.

2. AUSSENWÄNDE

Außenwände sind als glatt verputzte Außenwandflächen oder als Verblendmauerwerk zulässig.

Mit Holz verkleidete Außenfassaden sind nur giebelseitig und mit einem maximalen Anteil von 30 % der gesamten Fassadenfläche zulässig. Außenwände aus Blockbohlen (Blockbohlenhäuser) sind unzulässig. Unzulässig sind hochglänzende Baustoffe (zum Beispiel Edelstahl, emaillierte Elemente einschließlich Fliesen o.a.), kleinteiligere Baustoffe als dünnformatige Ziegel bei Verblendmauerwerk.

Die Fassaden der Hauptbaukörper sind nur in hellem Putz oder rotem und rotbraunem Sichtmauerwerk auszuführen. Geputzte Wandflächen sind nur beige, gelb, ocker, sandfarben, grau oder als gebrochenes Weiß zulässig.

3. ABFALLBEHÄLTER

Innerhalb des Plangeltungsbereiches sind Abfallbehälter und Mülltonnen auf dem eigenen Grundstück unterzubringen. Standplätze für Abfallbehälter und Mülltonnen sind durch intensive Begrünung entweder durch eine 1,20m hohe Schnitthecke oder durch Holzeinfriedungen die durch rankende, kletternde oder selbstklimmende Pflanzen begrünt werden der Sicht zu entziehen.

4. BEFESTIGUNG VON FLÄCHEN AUF PRIVATEN GRUNDSTÜCKEN

Die Befestigung von privaten Stellplätzen und deren Zufahrt sowie von Zufahrten zu Garagen ist mit wasserdurchlässigen Materialien und/oder Rasengittersteinen und/oder großfugig verlegtem Steinpflaster ohne Fugenverguss zu gestalten. Ein wasserundurchlässiger Unterbau ist nicht zulässig.

5. WERBEANLAGEN

Im Plangebiet sind Werbeanlagen nur als Schilder an Zäunen und an den Hauswänden bis zu einer Größe von 0,30 m x 0,60 m zulässig. Es sind keine selbstleuchtenden Werbeanlagen zulässig. Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig.

6. EINFRIEDUNGEN

Einfriedungen der Grundstücke sind an der straßenbegleitenden Grundstücksgrenze nur mit einer maximalen Höhe von 1,20 m über dem natürlichen Niveau des Geländes zulässig. Diese Einfriedungen sind nur als Hecke aus heimischen standortgerechten Laubgehölzen mit dahinterliegendem Zaun zulässig. Einfriedungen als Hecke aus Koniferen sind unzulässig.

7. FESTSETZUNG ZU BUßGELDERN

Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die örtlichen Bauvorschriften II.1 bis II.6 verstößt, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 84 Abs. 1 Nr. 1 LBauO M-V. Die Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 84 Abs. 3 LBauO M-V mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

III. GRÜNFLÄCHEN, PFLANZUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT, ANPFLANZUNGS- UND ERHALTUNGSGEBOTE (§ 9 Abs. 1 Nr. 15, Nr. 20, Nr. 25 und § 9 Abs. 1a BauGB)

1. ANPFLANZUNGEN AUF ÖFFENTLICHEN FLÄCHEN

1.1 Auf dem Straßenrandstreifen ist eine Rasenansaat mit Landschaftsrasen vorzusehen.

1.2 Bäume im Straßenbereich sind in der Art Hängebirke (Betula pendula) oder Hainbuche (Carpinus betulus) als Hochstämme mit einem Stammumfang von 14 - 16 cm zu pflanzen.

2. ERHALTUNG VON BÄUMEN

2.1 Die mit Erhaltungsgeboten festgesetzten Gehölze sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang artengleich nachzupflanzen.

2.2 Die Lärmschutzwand ist in einem Abstand von mindestens 2,50 m zum Baum zu errichten. Im Wurzelbereich des Baumes ist für die Lärmschutzwand ein L-Profil mit Schenkelausbildung zu verwenden. Auf Erdaufschüttungen ist im Wurzelbereich des Baumes zu verzichten.

2.3 Die Arbeiten im Wurzelbereich (Kronentraufe zuzüglich 1,50 m) sind in Handschachtung auszuführen. Wurzeln sind schneidend zu durchtrennen. Die DIN 18920[1] „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ ist als bindend zu betrachten.

[1]Die DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" ist bei der Beuth Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin, zu beziehen. Sie kann zudem bei der Stadt Grevesmühlen, Rathausplatz 1, Bauamt, 23936 Grevesmühlen, eingesehen werden.

IV. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

1. BAU- UND KULTURDENKMALE/ BODENDENKMALE

Im Plangebiet sind keine Bau- und Kunstdenkmale berührt und keine Bodendenkmale bekannt.
Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG Mecklenburg-Vorpommern die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbehörde spätestens zwei Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, dass Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und eventuell auftretende Funde gemäß § 11 DSchG Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich bergen und dokumentieren können. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahmen vermieden (vgl. § 11 Abs.3 DSchG M-V).

2. LAGE IN DER TRINKWASSERSCHUTZZONE

Das Plangebiet liegt in der Trinkwasserschutzzone III B der Wasserfassung Grevesmühlen. Die bestehenden Verbote und Nutzungsbeschränkungen in der Trinkwasserschutzzone sind zu beachten.
Die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Grevesmühlen-Wotenitz (Wasserschutzgebietsverordnung Grevesmühlen-Wotenitz) vom 22.09.2010 ist in der Stadtverwaltung Grevesmühlen im Bauamt Rathausplatz 1, Haus 2 in 23936 Grevesmühlen einsehbar.

V. HINWEISE

1. BODENSCHUTZ

Der Grundstückseigentümer und der Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück sowie die weiteren in § 4 Abs. 3 und 6 des Bundesbodenschutzgesetzes genannten Personen sind verpflichtet konkrete Anhaltspunkte dafür, dass eine

schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegt, unverzüglich die Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg als zuständige Bodenschutzbehörde mitzuteilen. Diese Pflicht gilt bei Baumaßnahmen, Baugrunduntersuchungen oder ähnlichen Einwirkungen auf den Boden und den Untergrund zusätzlich für die Bauherren und die von ihnen mit der Durchführung dieser Tätigkeiten Beauftragten, Schadensgutachter, Sachverständige und Untersuchungsstellen.

Werden schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten im Sinne des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind die Grundstückseigentümer in Grundlage von § 2 des Gesetzes zum Schutz des Bodens im Land Mecklenburg – Vorpommern [Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) M-V] verpflichtet, den unteren Bodenschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte hierüber Mitteilung zu machen.

Bei allen Maßnahmen ist Vorsorge zu treffen, dass schädliche Bodeneinwirkungen, welche eine Verschmutzung, unnötige Vermischung oder Veränderung des Bodens, Verlust von Oberboden, Verdichtung oder Erosion hervorrufen können, vermieden werden.

Alle Baumaßnahmen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass von den Baustellen und fertiggestellten Objekten eine sach- und umweltgerechte Abfallentsorgung nach den gesetzlichen Bestimmungen) gemeinwohlverträglich und geordnete Abfallentsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Landkreises Nordwestmecklenburg erfolgen kann.

2. VERHALTENSWEISE BEI UNNATÜRLICHEN VERFÄRBUNGEN bzw. GERÜCHEN DES BODENS

Sollten während der Erdarbeiten Auffälligkeiten, wie unnatürliche Verfärbungen bzw. Gerüche des Bodens auftreten, ist die Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg als zuständige Behörde zu informieren. Der Grundstücksbesitzer ist als Abfallbesitzer nach § 15 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubs verpflichtet.

3. MUNITIONSFUNDE

Munitionsfunde sind nicht auszuschließen. Konkrete und aktuelle Angaben über die Kampfmittelbelastung (Kampfmittelbelastungsauskunft) für das Plangebiet sind gebührenpflichtig beim Munitionsbergungsdienst des Landesamtes für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz M-V, Graf-York-Str. 6, 19061 Schwerin, zu erhalten. Ein Auskunftsersuchen wird rechtzeitig vor Baubeginn empfohlen.

4. GEWÄSSERSCHUTZ

Im Hinblick auf den vorbeugenden Gewässerschutz ist die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen (u.a. Heizöl) gemäß § 20 Abs. 1 Landeswassergesetz M-V (LWaG M-V) sowie die Errichtung von Erdwärmesondenanlagen gemäß § 49 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg anzuzeigen.

Werden bei der Durchsetzung der Planung Erdaufschlüsse (auch Flächenkollektoren oder Erdwärmesonden für Wärmepumpen) notwendig, mit denen unmittelbar bzw. mittelbar auf die Bewegung oder die Beschaffenheit des Grundwassers eingewirkt

wird, sind diese gemäß § 49 Abs. 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) einen Monat vor Baubeginn bei der unteren Wasserbehörde anzuzeigen. Dies trifft ebenso für eventuell notwendige Grundwasserabsenkungen zu.

5. VERSICKERUNG VON NIEDERSCHLAGSWASSER

Das Plangebiet befindet sich im Geltungsbereich der Versickerungssatzung des Zweckverbandes Grevesmühlen. Das anfallende Niederschlagswasser ist auf den Baugrundstücken zu versickern.

6. VER- UND ENTSORGUNGSLEITUNGEN

Die Belange der Ver- und Entsorgung sind innerhalb des Plangebietes hinreichend zu berücksichtigen. Sowohl der vorhandene Leitungsbestand innerhalb und außerhalb des Plangebietes ist bei Ausführung von Bauarbeiten entsprechend zu berücksichtigen. Die Anforderungen der Ver- und Entsorger bezüglich der Trassierung und der Tiefenlage innerhalb des Straßenkörpers sind im Rahmen der technischen Planung abzuprüfen.

7. SCHALLSCHUTZMASSNAHMEN

Die Sicherung der Realisierung der festgelegten Schallschutzmaßnahmen gemäß der Schalltechnischen Untersuchung der TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG vom 05.08.2013 erfolgt in einem städtebaulichen Vertrag, welcher vor Satzungsbeschluss wirksam sein muss.

8. HINWEISE ZU ANPFLANZUNGEN

Bei der Planung von neu zu pflanzenden Bäumen im Bereich der öffentlichen Flächen sind die Normen und Richtlinien zum Schutz von Bäumen zu beachten. Dadurch können Konflikte mit vorhandenen Leitungen sowie beim Bau, Unterhaltung und Erweiterung, z.B. Leitungen der Deutschen Telekom AG und des Zweckverbandes Grevesmühlen, vermieden werden.

9. ARTENSCHUTZRECHTLICHE BELANGE

Die Beseitigung von Gehölzen gemäß § 39 Abs. 5 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes darf nur im Zeitraum zwischen 1. Oktober und 1. März durchgeführt werden. Ausnahmen sind zulässig, sofern der gutachterliche Nachweis durch den Verursacher erbracht wird, dass innerhalb der Flächen keine Brutvögel brüten, und die Zustimmung der zuständigen Behörde vorliegt.

10. GEHÖLZSCHUTZMAßNAHMEN

Während der Bauzeit sind Bäume durch Bauzäune zu schützen, so zu erwarten ist, dass die Bäume durch Baumaßnahmen beeinträchtigt werden könnten.

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-425** Status: öffentlich Aktenzeichen:
Federführender Geschäftsbereich: Haupt- und Ordnungsamt	Datum: 27.03.2014 Verfasser: Höft, Inka

Antrag der CDU-Fraktion zu verkehrsordnenden und verkehrsberuhigenden Maßnahmen im Innenstadtbereich

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:
Der Bürgermeister wird beauftragt, überflüssige Verkehrszeichen in der Innenstadt zu überprüfen und eine eindeutige Verkehrsführung herzustellen.
Des Weiteren muss eine Verkehrsberuhigung im Innenstadtbereich hergestellt werden.

Sachverhalt:
Begründung: Ca. 280 Verkehrszeichen im Kernbereich der Stadt, an denen bis zu vier Verkehrszeichen befestigt sind, sollen überprüft werden.
Die Möglichkeit 50 Stundenkilometer zu fahren, u.a. in der August-Bebel-Straße, gefährdet Personen in hohem Maße.
Künftig wäre bei Reduzierung der Verkehrszeichen ein geringerer Wartungsaufwand erforderlich und Geldmittel könnten in erheblichem Umfang eigespart werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:
Antrag der CDU Fraktion
Karte

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

CDU-Fraktion Grevesmühlen, 12.3.2014

Stadtvertretersitzung Grevesmühlen

StVS Grevesmühlen

Der Stadtpräsident

Antrag der CDU-Fraktion

Beschlussvorschlag: Der Bürgermeister wird beauftragt, überflüssige Verkehrszeichen in der Innenstadt zu überprüfen und eine eindeutige Verkehrsführung herzustellen.

Des Weiteren muss eine Verkehrsberuhigung im Innenstadtbereich hergestellt werden.

Begründung: Ca. 280 Verkehrszeichen im Kernbereich der Stadt, an denen bis zu vier Verkehrszeichen befestigt sind, sollen überprüft werden.

Die Möglichkeit 50 Stundenkilometer zu fahren, u.a. in der August-Bebel-Straße, gefährdet Personen in hohem Maße.

Künftig wäre bei Reduzierung der Verkehrszeichen ein geringerer Wartungsaufwand erforderlich und Geldmittel könnten in erheblichem Umfang eigespart werden.

CDU- Fraktion

(Fraktionsvorsitzender)


Badstüberbruch
Lübecker Chaussee
Kleine Voßstraße
Große Voßstraße
Kleine Seestraße
Gelbenhof
Großer Vogelsang
Nordwest Media Verlagsgesellschaft
Stadtverwaltung Grevesmühlen
Ralf Wienholz
Ludewig, Busch, Gloe Notar Rechtsanwälte
Vodafone Shop
Im Vogelsang
Kleiner Vogelsang
Große Alleestraße
Bäckergang
Sattower Straße
Pfaffenteichweg
Pfaffensee
Kuhhirtengang
DAK-Gesundheit Servicezentrum
Wismarsche Straße
Trend Shop Papier
IKK Nord
Goethestraße
Hinterstraße
Kirchstraße
Mönchhof
Neustadt
Kleine Alleestraße
Meyersgang
August-Bebel-Straße
Schulstraße
Ziegenhorn
Evangel.-Luth. Pfarramt I
Kirchplatz
Dipl.-Med. Maik Kasper
Sparkasse Mecklenburg-Nordwest - Geldautomat
Nordwestmecklenburg
Rattenberger Jens Rechtsanwalt
Amtsgericht Grevesmühlen
Blumenhaus Koth
finanzdoctor.de
Parkstraße
Rosa-Luxemburg-Straße
Am Lustgarten
Kita "Am Lustgarten" Haus I
Stadt Grevesmühlen
Manke Antje Hautärztin
Theodor-Körner-Straße
Malzfabrik
Pension Seba
vorhandene U2-Träger

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-426** Status: öffentlich Aktenzeichen:
Federführender Geschäftsbereich: Haupt- und Ordnungsamt	Datum: 27.03.2014 Verfasser: Höft, Inka

Antrag der CDU Fraktion zur Angleichung von Pflasterflächen im Innenstadtbereich

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

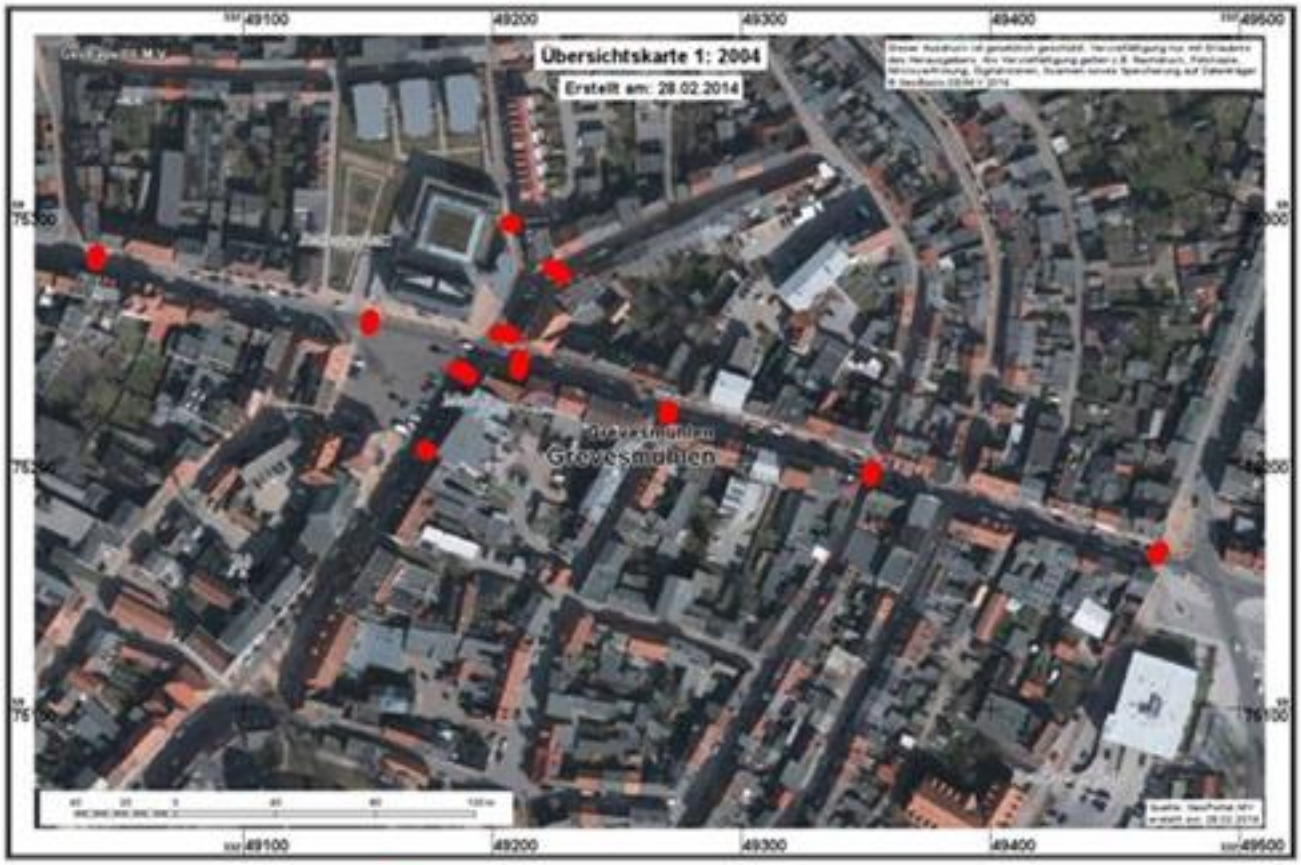
Beschlussvorschlag:
Der Bürgermeister wird beauftragt, zur Erleichterung für ältere Menschen, Gehbehinderte, Rollator-und Rollstuhlfahrer an noch zu bezeichnenden Straßenübergangsstellen durch geeignete Maßnahmen (Kopfsteinpflaster ausgleichen) für eine Verbesserung zu sorgen und das Ergebnis dem Bau- und Finanzausschuss zur Beratung vorzulegen. Voraussetzung ist die Kostenüberprüfung der Maßnahme.

Sachverhalt:
Für den o.g. Personenkreis ist das Überqueren der Kopfsteinpflasterstraßen nicht nur beschwerlich sondern auch stark erschwert.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine, da mit dem Beschluss zunächst die erforderlichen Möglichkeiten und Aufwendungen überprüft werden sollen.

Anlage/n:
Antrag CDU Fraktion
Übersichtskarte

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich


Übersichtskarte 1: 2004
Erstellt am: 28.02.2014
Grevenmühlen
Grevesmühlen
49100
49200
49300
49400
49500
75300
75200
75100

Übergänge

Stadtvertretung Grevesmühlen Grevesmühlen, 9.3.2014

CDU-Fraktion

(Antragsteller und Einreicher)

Stadtvertretung Grevesmühlen

Der Stadtpräsident

Antrag

Beschlussvorschlag: Der Bürgermeister wird beauftragt, zur Erleichterung für ältere Menschen, Gehbehinderte, Rollator-und Rollstuhlfahrer an noch zu bezeichnenden Straßenübergangsstellen durch geeignete Maßnahmen (Kopfsteinpflaster ausgleichen) für eine Verbesserung zu sorgen und das Ergebnis dem Bau- und Finanzausschuss zur Beratung vorzulegen. Voraussetzung ist die Kostenüberprüfung der Maßnahme.

Begründung: Für den o.g. Personenkreis ist das Überqueren der Kopfsteinpflasterstraßen nicht nur beschwerlich sondern auch stark erschwert.

Kosten: keine, da mit dem Beschluss zunächst die erforderlichen Möglichkeiten und Aufwendungen überprüft werden sollen

Anlage: Übergänge

CDU-Stadtfraktion

(Fraktionsvorsitzender)

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-430** Status: öffentlich Aktenzeichen:
Federführender Geschäftsbereich: Haupt- und Ordnungsamt	Datum: 11.04.2014 Verfasser: Höft, Inka

Antrag der SPD Fraktion über die flächendeckende Versorgung mit schnellem Breitbandzugang (DSL) im Stadtgebiet

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:
Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im gesamten Stadtgebiet Grevesmühlen sowie allen Ortsteilen eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Breitbandzugang (DSL) vorhanden ist und ob vorhandene Lücken geschlossen werden können.

Sachverhalt:
Mitte 2012 hatten 21,4 Millionen Haushalte in Deutschland einen DSL-Anschluss, wobei die Zentren bestens versorgt sind und der ländliche Raum vernachlässigt wurde.
Trotz technischer Möglichkeiten gibt es auch im Stadtgebiet von Grevesmühlen und in einigen Ortsteilen große Lücken in der Versorgung mit schnellem DSL.
Da ein schneller Internetzugang für Unternehmen nicht mehr wegzudenken ist und in privaten Haushalten immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist der flächendeckende Ausbau der Breitbandversorgung ein wichtiger Standortfaktor.
Weiterhin ist ein Ausbau von öffentlich zugänglichen Hotspots (Wi-Fi- Internetzugang) an bedeutenden Plätzen wie z.B. der Bürgerwiese, dem Marktplatz oder des Freibades ein weiterer Baustein unseres Leitbildes einer modernen und wachsenden Stadt.

Finanzielle Auswirkungen:
Finanzierung erfolgt über das Bauamt und aus Mitteln des Bundes und des Landes Mecklenburg – Vorpommern. Die Fördermöglichkeiten für den flächendeckenden Ausbau ist Bestandteil der Bundesregierung.

Anlage/n:
Antrag der SPD Fraktion

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

SPD Fraktion
Stadtvertretung Grevesmühlen

Antrag der SPD Fraktion an die Stadtvertretung Grevesmühlen über die flächendeckende Versorgung mit schnellem Breitbandzugang (DSL) im Stadtgebiet.

Beschlussantrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob im gesamten Stadtgebiet Grevesmühlen sowie allen Ortsteilen eine flächendenkende Versorgung mit schnellem Breitbandzugang (DSL) vorhanden ist und ob vorhandene Lücken geschlossen werden können.

Begründung:

Mitte 2012 hatten 21,4 Millionen Haushalte in Deutschland einen DSL-Anschluss, wobei die Zentren bestens versorgt sind und der ländliche Raum vernachlässigt wurde.

Trotz technischer Möglichkeiten gibt es auch im Stadtgebiet von Grevesmühlen und in einigen Ortsteilen große Lücken in der Versorgung mit schnellem DSL.
Da ein schneller Internetzugang für Unternehmen nicht mehr wegzudenken ist und in privaten Haushalten immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist der flächendeckende Ausbau der Breitbandversorgung ein wichtiger Standortfaktor.

Weiterhin ist ein Ausbau von öffentlich zugänglichen Hotspots (Wi-Fi- Internetzugang) an bedeutenden Plätzen wie z.B. der Bürgerwiese, dem Marktplatz oder des Freibades ein weiterer Baustein unseres Leitbildes einer modernen und wachsenden Stadt.

Finanzierung:

Finanzierung erfolgt über das Bauamt und aus Mitteln des Bundes und des Landes Mecklenburg – Vorpommern. Die Fördermöglichkeiten für den flächendeckenden Ausbau ist Bestandteil der Bundesregierung.

gez.

Stefan Baetke
Fraktionsvorsitzender

Stadt Grevesmühlen

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-427** Status: öffentlich Aktenzeichen:
Federführender Geschäftsbereich: Haupt- und Ordnungsamt	Datum: 08.04.2014 Verfasser: Höft, Inka

Anfertigung einer Flagge mit dem Stadtwappen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
08.04.2014	Hauptausschuss Stadt Grevesmühlen				
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Beschlussvorschlag:
Die Stadtvertretung beschließt:

Die Stadt Grevesmühlen führt eine Stadtflagge auf der Grundlage des Entwurfs des Heraldikers Karl-Heinz Steinbruch.

Sachverhalt:

Begründung und Beschreibung der Flagge der Stadt Grevesmühlen
Bei der Erarbeitung der Flagge der Stadt Grevesmühlen kam die Gestaltungsvariante 2.2. b) aus dem „Merkblatt kommunale Wappen und Flaggen“ des Innenministeriums zur Anwendung:
Zwei wesentliche Farben aus dem Wappen der Stadt Grevesmühlen wurden in Form einer geometrischen Figur – im konkreten Fall Rot und Gold durch zwei horizontale Teilungen – auf das Flaggentuch aufgebracht und mit dem Wappen der Stadt belegt. Die Wahl fiel auf eine Wappenflagge, um einer einfachen horizontal oder vertikal gestreiften Flagge auszuweichen, die Gesamtfläche aufzulockern und mit der Verwendung des Stadtwappens ein Identifikationssymbol der Stadt sichtbar zu machen.

Die Flagge der Stadt Grevesmühlen ist gleichmäßig längsgestreift von Rot, Gold und Rot. In der Mitte des Flaggentuchs liegt, auf jeweils die Hälfte der Höhe der roten Streifen übergreifend, das Stadtwappen, umgeben von einem goldenen Bord, dessen Stärke ein Vierzigstel der Höhe des Flaggentuchs beträgt.
Die Höhe des Flaggentuchs verhält sich zur Länge wie 3 zu 5.

Entwurfsverfasser und vexillologische Umsetzung: Karl-Heinz Steinbruch, Schwerin.

Finanzielle Auswirkungen:
Investition von einmalig ca. 500€ zzgl. MwSt.

Anlage/n:
- die vom Heraldiker favorisierte Fassung

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich



Stadt Grevesmühlen

Informationsvorlage	Vorlage-Nr: **VO/12SV/2014-431** Status: öffentlich Aktenzeichen: öffentlich Datum: 15.04.2014 Verfasser:
Federführender Geschäftsbereich: Finanzen	

Jährlicher Bericht des Vorsitzenden des gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen - Land über die Durchführung und die wesentlichen Feststellungen der örtlichen Prüfung

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Teilnehmer	Ja	Nein	Enthaltung
28.04.2014	Stadtvertretung Grevesmühlen				

Sachverhalt:

Der Vorsitzende des gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen - Land legt hiermit seinen jährlichen Bericht über die Durchführung und die wesentlichen Feststellungen der örtlichen Prüfung vor.
Gemäß § 3 Absatz 3 des Kommunalprüfungsgesetzes (KPG M-V) vom 6. April 1993, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GVOBl. M-V S. 687, 720) berichtet der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses einmal jährlich schriftlich der Stadt-/Gemeindevertretung über die Durchführung und die wesentlichen Feststellungen der örtlichen Prüfung. Dem Bürgermeister ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Bericht ist unverzüglich nach der Kenntnisnahme durch die Gemeindevertretung an sieben Werktagen bei der Verwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen und kann im Übrigen bei der Verwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. In einer vorangegangenen öffentlichen Bekanntmachung ist auf Ort und Zeit der Auslegung hinzuweisen.

Anlage/n:

Bericht des RPA-Vorsitzenden

Unterschrift Einreicher	Unterschrift Geschäftsbereich

Jährlicher Bericht

des Vorsitzenden des gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen – Land

über die Durchführung und die wesentlichen Feststellungen der örtlichen Prüfung

zur Stadtvertretersitzung am 28. April 2014

zum Amtsausschuss am 05.05.2014

und zur Vorlage in den Gemeindevertretersitzungen der amtsangehörigen Gemeinden

1. Zum Bericht allgemein

Der Vorsitzende des gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen - Land legt hiermit seinen jährlichen Bericht über die Durchführung und die wesentlichen Feststellungen der örtlichen Prüfung vor.

Gemäß § 3 Absatz 3 des Kommunalprüfungsgesetzes (KPG M-V) vom 6. April 1993, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GVOBl. M-V S. 687, 720) berichtet der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses einmal jährlich schriftlich der Stadtvertretung/Gemeindevertretung über die Durchführung und die wesentlichen Feststellungen der örtlichen Prüfung. Dem Bürgermeister ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Bericht ist unverzüglich nach der Kenntnisnahme durch die Stadt-/Gemeindevertretung an sieben Werktagen bei der Verwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen und kann im Übrigen bei der Verwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten eingesehen werden. In einer vorangegangenen öffentlichen Bekanntmachung ist auf Ort und Zeit der Auslegung hinzuweisen.

2. Der gemeinsame Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen-Land

Der Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Grevesmühlen hat sich nach der letzten Kommunalwahl 2009 konstituiert. Die konstituierende Sitzung fand am 17.09.2009 statt. Zum Ausschussvorsitzenden wurde Herr Udo Weiß bestimmt. Der Ausschuss besteht aus insgesamt 5 Mitgliedern.

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Grevesmühlen – Land hat sich am 30.08.2010 konstituiert. Zum Ausschussvorsitzenden wurde Herr Hans-Georg Lange bestimmt. Der Ausschuss besteht aus insgesamt 9 Mitgliedern.

Das Ministerium für Inneres und Sport hat dem gemeinsamen Antrag der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen-Land nach § 42 b KV M-V auf Bildung eines gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschusses am 07.11.2012 unter Auflagen und zeitlich befristet bis 31.12.2017 stattgegeben.

Zur Erfüllung dieser Auflagen wurde durch die Stadtvertretung Grevesmühlen und den Amtsausschuss des Amtes Grevesmühlen-Land ein öffentlich-rechtlicher Vertrag beschlossen. Auf der Grundlage des § 36 Abs. 2 Satz 5 und 6 und § 136 Absatz 2 und 3 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) sowie der §§ 1, 3 und 3a des Kommunalprüfgesetzes des Landes Mecklenburg Vorpommern (KPG M-V) haben die Stadtvertretung Grevesmühlen und der Amtsausschuss des Amtes Grevesmühlen - Land eine Prüfordnung für den gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschuss beider Körperschaften beschlossen.

Der gemeinsame Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen – Land hat sich am 25.11.2013 konstituiert. Zum Ausschussvorsitzenden wurde Herr Udo Weiß, zu seinem 1. Stellvertreter Herr Hans-Georg Lange und zu seinem 2. Stellvertreter Herr Marko Wulff bestimmt. Der Ausschuss besteht aus insgesamt 14 Mitgliedern, von denen derzeit 13 Mandate besetzt sind. Zudem ruhte das Mandat eines Mitgliedes über einen Zeitraum von 6 Monaten, da zwischenzeitlich ein befristetes Arbeitsverhältnis mit der Stadt Grevesmühlen bestand.

3. Zum Prüfungsverfahren und Prüfungsumfang

Der gemeinsame Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen – Land führt Prüfungen verteilt über das gesamte Haushaltsjahr durch.

Im Zeitraum seit der Konstituierung im November 2013 bis April 2014 fanden insgesamt 11 Sitzungen statt. Hinzu kommen diverse Einzeltermine zwecks Prüfung der Hand- und Vorschusskassen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich bei seiner Prüfung auf Stichproben beschränkt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich sowohl mit der Prüfung der Jahresabschlüsse sowie der Anlagen zum Jahresabschluss, der Prüfung der Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, der Prüfung, ob die Haushaltswirtschaft ordnungsgemäß erfolgt, der Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, der laufenden Überwachung der Zahlungsabwicklung der Stadt/Gemeinde, ihrer Eigenbetriebe sowie sonstiger Sonder- und Treuhandvermögen, den regelmäßigen und unvermuteten Prüfungen der Kassen und Sonderkassen, der Prüfung, ob die im Rechnungswesen der Gemeinde eingesetzten automatisierten Datenverarbeitungsprogramme vor ihrer Anwendung sowie deren sachgerechter Einsatz geprüft und freigegeben sind und der Prüfung der Auftragsvergaben des Haushaltsjahres befasst.

Schwerpunkte der Prüfungen im Berichtszeitraum waren die vorläufigen Jahresabschlüsse zwecks Entlastung der Bürgermeister vor der Kommunalwahl im Mai 2014 sowie die Verwaltungsumlage.

Über die Sitzungen werden Protokolle gefertigt. Die einzelnen Prüfungsfeststellungen werden unmittelbar im Anschluss an die jeweiligen Geschäftsbereiche zur Stellungnahme weitergeleitet.

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts und der damit verbundenen Änderung des Kommunalprüfgesetzes wurde der Rechnungsprüfungsausschuss vor neue Herausforderungen gestellt. Der Arbeitsumfang hat sich mit der Bilanzprüfung und der Erweiterung der Prüfungsschwerpunkte erheblich erweitert.

4. Zu den Feststellungen und Empfehlungen des Ausschusses

4.1 Verwaltungsumlage:

Durch die Konstruktion der Verwaltungsgemeinschaft von Amt-Grevesmühlen – Land und Stadt Grevesmühlen bildet die Verwaltungsumlage, die das Amt an die Stadt zu zahlen hat, die wesentliche Größe bei der Berechnung der Amtsumlage, die wiederum von den Gemeinden an das Amt gezahlt wird. Daher legt der Rechnungsprüfungsausschuss besonderes Augenmerk auf die Prüfung der Verwaltungsumlage.

Zur Prüfung lagen alle Kassenbelege der für die Abrechnung relevanten Konten des Jahres 2012 vor. Seitens der Verwaltung wurden die Ursachen für den Anstieg der Verwaltungsumlage gegenüber dem Vorjahr dargelegt. Fragen zur Abrechnung, diversen Konten und einzelnen Buchungsvorgängen wurden geklärt. Die Stadt hat seit 2011 ein umfangreiches Sicherungskonzept umsetzt und auch ein Personalentwicklungskonzept aufgestellt und jährlich fortgeschrieben, über welches der Amtsausschuss informiert wurde. Mit diesem Sicherungskonzept erreicht die Stadt Grevesmühlen einen Konsolidierungseffekt von 1 Mio. Euro pro Jahr. Dieser Effekt wird über die Verwaltungsumlage zum Teil an das Amt weiter gereicht.

In einer gesonderten Sitzung befasste sich der Rechnungsprüfungsausschuss mit der Informationstechnik (IT), insbesondere hinsichtlich Konzeption, Hard- und Software, Peripherie und Freigabe. Grund hierfür ist unter anderem die Erhöhung der Verwaltungsumlage, die zum Teil in den gestiegenen IT-Aufwendungen begründet ist.

4.1.1 Hardware

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich zunächst mit der bisherigen Beschaffungsstrategie befasst. Seit Mitte der 90er Jahre wurden IT-Ausschreibungen im 5jährigen Rhythmus ausschließlich über ein Beratungsunternehmen vorgenommen. Dies hatte den Vorteil, dass aufgrund der Erfahrung und Weitsicht des Beraters innerhalb der Abschreibungsdauer keine wesentlichen Nachbeschaffungen erforderlich geworden sind. Die Verträge für die Pflege und das Leasing laufen 2014 aus. Mittlerweile geht die Verwaltung zu einer eigenständigen Vorbereitung der Ausschreibungen über. Zusätzlicher Aufwand ist mit der Einführung des Dokumentenmanagementsystems verbunden.

Die Hardware besteht aus einer Fujitsu-Anlage, die als Bladesystem aufgebaut ist. Hier werden keine Nachbeschaffungen erforderlich. Die Pflegeverträge laufen in der Regel nur für 5 Jahre, da anschließend durch die Hersteller kein 24-h-Service für Nachbeschaffung/Ersatz mehr gewährleistet wird.

Hinsichtlich des Systems der Datensicherung erfolgt eine tägliche Vollsicherung mit Auslagerung der Bänder.

Das aktuelle Leasingvolumen beträgt 107 T€ und betrifft im Wesentlichen die Server-Landschaft.

2014 sollen die Server und die Verteilung erneuert werden. Verbunden ist damit ein Dienstleistungsvertrag für die Hardware-Instandhaltung und das Speichermanagement.

Die Leistungen des IT-Bereiches der Verwaltungsgemeinschaft umfassen auch die EDV an den Schulen, in den Gemeindehäusern, Jugendklubs, dem Museum, Archiv, Bibliothek und Stadtinfo. Für diese Aufgabe sind 2 Arbeitskräfte eingestellt.

4.1.2 Peripherie

Die Büroarbeitsplätze sind nicht mit echten PCs, sondern in der Regel mit Thin-Clients ausgestattet, dies führt zu Vorteilen im Wartungsaufwand, in der Sicherheit und bei den Anschaffungskosten. In den Büros wurden nahezu alle Drucker abgebaut. Auf den Fluren stehen Multifunktionsgeräte, für die es einen Fullservicevertrag gibt, der Freikopien einschließt.

4.1.3 Neues System

Die Ausschreibung für die Neubeschaffung wird zurzeit vorbereitet. Vorgaben sind, dass die neue Hardware mit der vorhandenen Software kompatibel sein muss und die Installation nicht zu einem

mehrtägigen Ausfall führt. Es wird wieder ein Blade-Center ausgeschrieben, womit Ergänzungen problemlos und kostengünstig möglich sind und wieder von einer 5jährigen Nutzungsdauer ausgegangen wird.

Die Datensicherung wird über ein externes Parallelsystem erfolgen, hier ist ein neues Konzept erforderlich, da die Nachtstunden für die Datensicherung aufgrund des Umfangs des Datenbestandes nicht mehr ausreichen. Außerdem werden die Anforderungen an die Datensicherheit hochgesetzt.

Die Anschaffung wird mit knapp 200 T€ kalkuliert, es wird eine 5jährige Hersteller-Garantie sowie eine mindestens 2jährige Gewährleistung vom Dienstleister abgefordert. Die Finanzierung der Hardware soll über einen Leasingvertrag erfolgen.

2014 soll außerdem der Austausch der Bildschirme an den Arbeitsplätzen fortgeführt werden.

4.1.4 Software

Die Freigabe für Software ist vom Gesetzgeber unzureichend geregelt. Zu unterscheiden ist hierbei nach funktionsgebundenen und datenschutzrechtlichen Freigaben. Über den Zweckverband EGov und das Ministerium erfolgt derzeitig eine Prüfung, inwieweit eine Freigabe auf Landesebene oder durch den Zweckverband EGov erfolgen kann. Hierzu wurde bereits eine komplette Liste unserer vorhandenen Programme übergeben. Eine zusätzlich Freigabe durch den Bürgermeister bzw. die Anwender in der Verwaltung wird dennoch immer erforderlich sein.

Das Thema Freigaben soll nach Aussage der Verwaltung 2014 endgültig abgearbeitet werden.

4.1.5 Dokumentation

Durch die IT-Verantwortlichen werden die Freigaben dokumentiert. An den Programmen werden keine Änderungen vorgenommen, dies obliegt den Software-Anbietern.

4.1.6 IT 2012/Erhöhung der Verwaltungsumlage

Die umlagefähigen EDV Kosten sind gegenüber dem Vorjahr um 20% gestiegen. Ein Grund hierfür war die teilweise Umstellung der Microsoft Office Software von der Version 2003 auf 2010 (48.100 Euro), da der Support für die Version 2003 eingestellt wird. Daher waren Lizenzen für 75 Mitarbeiter erforderlich. Außerdem waren Serverupdates für 5 Server erforderlich, der Exchange-Server musste komplett erneuert werden, wodurch auch Kosten für Dienstleistungen (2 Personen à 1 Woche: 4.500 Euro) entstanden. Zudem wurden Luftbilder (1.500 Euro) als Grundlage für die Bewertung des Anlagevermögens angeschafft. Hinzu kamen Kosten für die Nachbeschaffung von Hardware unter 410 €, den Tausch von Mobiltelefonen, Austausch von Bildschirmen und Thin-Clients (zusammen 9.400 €) und der Kauf und die Installation des Dokumentenmanagementsystems (Lizenzen, Programm, Speicher – 28.100 Euro). Für das elektronische Personenstandsregister im Standesamt wurden 8.400 Euro erforderlich.

Der Rechnungsprüfungsausschuss stellt fest, dass die Arbeit des IT-Bereiches umfangreich, vielschichtig und gut strukturiert ist.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zur Abrechnung der Verwaltungsumlage keine negativen Prüfungsfeststellungen.

4.2 Doppische Jahresabschlüsse und Teilentlastung der Bürgermeister:

Die umfangreichste Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses bestand in den vergangenen Monaten in der Prüfung der vorläufigen Jahresabschlüsse für die überwiegende Zahl der Gemeinden. Die Vorläufigkeit der Jahresabschlüsse ist in den ausstehenden Eröffnungsbilanzen begründet.

Im Bereich Grevesmühlen (und den Ämtern Schönberger Land und Klützer Winkel) verzögert sich die Aufstellung der Eröffnungsbilanzen aufgrund des Projektes „Infrastrukturvermögen". Gemeinsam mit dem Zweckverband Grevesmühlen wurde durch die verbandsangehörigen Ämter ein Konzept entwickelt, die Eröffnungsbilanzwerte des Infrastrukturvermögens so zu erfassen, dass sie nachhaltig nutzbar sind. Dieses Projekt bedurfte einer längeren Anlaufphase aufgrund der komplizierten durch das Land vorgegebenen Bewertungsvorschriften. Nicht besonders hilfreich war hierbei auch der Frühstarter-Status, durch den die Verwaltung immer wieder Anpassungen bei Veränderungen in den Rechtsvorschriften vornehmen musste. Für dieses Projekt galt es insbesondere, entsprechende Software zu entwickeln, die das umfangreiche Datenmaterial verarbeitet. Mit dem Projekt sollen sowohl wertmäßig als auch graphisch Arbeitsgrundlagen für den praktischen Gebrauch geschaffen werden.

Bislang sind die Eröffnungsbilanzen für die Gemeinde Börzow zum 01.01.2009 und das städtebauliche Sondervermögen „Altstadt" der Stadt Grevesmühlen zum 01.01.2009 festgestellt. Nach Einschätzung der Verwaltung ist es realistisch, dass noch im ersten Halbjahr 2014 die Eröffnungsbilanz der Stadt Grevesmühlen zum 01.01.2009 fertig gestellt wird. Unsere Prüfungen werden erfahrungsgemäß einige Monate in Anspruch nehmen, so dass zum Ende 2014 mit der Feststellung durch die Stadtvertretung zu rechnen ist. Parallel soll die Eröffnungsbilanz für das Amt Grevesmühlen in 2014 fertig gestellt und geprüft werden.

Die Eröffnungsbilanzen der übrigen Gemeinden des Amtsbereiches sind in der Vorbereitung. Einzelne Bilanzpositionen (z.B. Forderungen, Verbindlichkeiten, Rückstellungen, Rechnungsabgrenzungen, Gebäude oder Grundstücke) sind bereits bei den meisten Gemeinden abgeschlossen und auch durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft worden. Ziel ist es, die Eröffnungsbilanzen für die Umsteller zum 01.01.2010 (Bernstorf, Mallentin, Plüschow und Roggenstorf) bis zum 30.06.2015 sowie die der Umsteller zum 01.01.2011 (Rüting, Testorf-Steinfort und Upahl) sowie zum 01.01.2012 (Warnow und Gägelow) zum 31.12.2015 aufzustellen.

Ohne festgestellte Eröffnungsbilanzen ist es nicht möglich, vollständige Jahresabschlüsse zu erstellen. Da jedoch am 25.05.2014 Kommunalwahlen stattfinden und einige Bürgermeister entweder nicht mehr zur Wahl antreten oder aufgrund mehrerer Bewerber gegebenenfalls nicht mehr gewählt werden, wurde die Verwaltung vom Amtsausschuss des Amtes Grevesmühlen – Land am 10.12.2013 aufgefordert, die Entlastung der Bürgermeister auf Basis vorläufiger Jahresrechnungen vorzubereiten. Im NKHR-Landesprojekt hatte die Verwaltung die Auskunft bekommen, dass eine solche Entlastung möglich ist. Grundlage dafür sei der § 60 KV M-V. Absatz 5 ließe sich durchaus so verstehen, dass aufgrund der Formulierung „Sie entscheidet in einem gesonderten Beschluss über die Entlastung des Bürgermeisters" eine Kopplung an den Beschluss zum Jahresabschluss nicht zwingend erforderlich ist. Mit der unteren Rechtsaufsichtbehörde wurde seitens der Verwaltung zwischenzeitlich abgeklärt, dass eine solche Entlastung möglich, aber ohne rechtliche Außenwirkung sei, da sie sich nur auf die vorgelegten Teile des Jahresabschlusses bezieht.

Daraufhin hat die Verwaltung für die neun Gemeinden, deren Eröffnungsbilanzen erst 2015 fertig gestellt werden und mit deren Jahresabschlüssen nicht vor 2016 zu rechnen ist, insgesamt 29 vorläufige Jahresabschlüsse erstellt und die Rechenschaftsberichte verfasst.

Parallel hat der Rechnungsprüfungsausschuss der Verwaltungsgemeinschaft umfangreiche Prüfungen vorgenommen. Im Februar und März 2014 hat der RPA insgesamt 9 Sitzungen durchgeführt, um die Prüfungen so rechtzeitig abzuschließen, dass die Beschlussfassungen zur Entlastung der Bürgermeister durch die Gemeindevertretungen noch vor der Kommunalwahl erfolgen können. Mit den Prüfungen zu einzelnen Schwerpunkten der Jahresabschlüsse hatte der Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes bereits 2011 begonnen. Die Prüfungsergebnisse

wurden in Prüfberichten zu den vorläufigen Jahresabschlüssen zusammengefasst und mit einem vorläufigen Bestätigungsvermerk versehen.

In den vorläufigen Jahresabschlüssen wird darauf hingewiesen, dass diese ausschließlich der Entlastung des Bürgermeisters vor der Kommunalwahl dienen. Sie enthalten alle erforderlichen Buchungen mit Ausnahme der Werte zu den Abschreibungen und Sonderposten, welche verwaltungsseitig automatisiert berechnet und verbucht werden und nicht durch den Bürgermeister beeinflussbar sind. Der endgültige Jahresabschluss wird nach Fertigstellung der Bilanz nochmals durch den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft und der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt. Hierin eingeschlossen sind die Schlussbilanz und der Anhang.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat diese Verfahrensweise bestätigt und die Entlastung der Bürgermeister auf Basis der vorläufigen Jahresabschlüsse empfohlen.

Die endgültigen Jahresabschlüsse sind dem Rechnungsprüfungsausschuss nach Fertigstellung der Bilanz nochmals zur Prüfung vorzulegen. Hierin eingeschlossen sind die Schlussbilanz und der Anhang. Dem Jahresabschluss ist keine Anlagen-/Sonderpostenübersicht beigefügt. Diese ist ebenfalls mit dem endgültigen Jahresabschluss nachzureichen.

Hinsichtlich der vorläufigen Jahresabschlüsse war es uns möglich, in den Prüfberichten grundsätzliche Aussagen zur Lage der Gemeinde, zu rechtlichen und steuerlichen Verhältnissen, zu den aktuellen wirtschaftlichen Grundlagen, zu den Vorjahresabschlüssen und zum Rechnungswesen zutreffen.

Generell ist festzustellen, dass die Fertigstellung und Prüfung der Jahresabschlüsse und somit auch die späteren Beschlussfassungen nicht in der gesetzlich vorgegebenen Frist erfolgten. Die Verwaltung begründet dies mit der zeit- und personalaufwendigen Erstellung der Eröffnungsbilanzen, die aufgrund des Frühstarter-Status und der Kopplung an das umfangreiche Projekt der Verbandsgemeinden des Zweckverbandes Grevesmühlen zudem mit erheblichen Unwegsamkeiten verbunden ist. Eine Aufstellung der Schlussbilanzen und Ermittlung der Abschreibungen und Auflösung der Sonderposten kann erst nach Vorliegen der geprüften und beschlossenen Eröffnungsbilanz vorgenommen werden.

Da der Rechnungsprüfungsausschuss auch eine Prüfung der bereits fertig gestellten Positionen der Eröffnungsbilanz vorgenommen hat, kann er die Gründe für die Verzögerung nachvollziehen und den Ausführungen der Verwaltung soweit folgen.

Dem Rechnungsprüfungsausschuss wurden die Ergebnisrechnungen, die Finanzrechnungen, die Teilrechnungen, die Verbindlichkeitenübersichten, die Forderungsübersichten und die Rechenschaftsberichte von 9 Gemeinden zur Prüfung vorgelegt. Er hat eine Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vorgenommen.

Die Ergebnisse der Prüfungen wurden in Prüfvermerken und vorläufigen Bestätigungsvermerken zusammengefasst und den Gemeindevertretungen der Vorschlag zur Entlastung der Bürgermeister unterbreitet.

4.3. Kassenprüfungen:

Am 19.02.2014 wurden die Kassen in der Grundschule Am Ploggensee und in der Wasserturmschule sowie der Mehrzweckhalle geprüft. Eine Kasse wies einen Fehlbetrag aus, der damit zusammenhing, dass der Kassenführer eine Einzahlung am Freitag nach Dienstschluss erhielt und das Geld mit nach Hause genommen und eine Auszahlung im Baumarkt von seinem privaten Geld ausgelegt hatte. Beide Belege waren im Kassenbuch eingetragen, jedoch nicht das Geld eingezahlt. Dies wurde im Beisein der Kassenprüfer nachgeholt.
Die Kasse in der Schule Proseken konnte zunächst nicht geprüft werden. Das Kassenbuch befand sich im Rathaus zwecks Abrechnung und die Tresorschlüssel befanden sich aus Sicherheitsgründen nicht im Schulgebäude. Es wurde festgelegt, dass mindestens ein Schlüssel

im Zimmer des Direktors verschlossen aufzubewahren ist. Die Prüfung wurde zu einem späteren Zeitpunkt wiederholt.

Die Prüfung der Stadtkasse wurde am 26.02.2014 ohne Beanstandungen durchgeführt. Geprüft wurden außerdem die Handkassen in der Schule Proseken (Wiederholungsprüfung) und im Bauamt. Es gab keine Beanstandungen.

Die Prüfungen der Stadtkasse und der Vorschusskassen führten zu keinen nennenswerten Beanstandungen.

4.4. Jahresabschluss 2013/Auftragsvergaben

Einen großen Raum im Rahmen der Prüfung der Jahresabschlüsse nahm die Prüfung der Auftragsvergaben durch den Rechnungsprüfungsausschuss ein. Gemäß Kommunalprüfgesetz sind 10 % der Auftragsvergaben zu prüfen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat hierzu eine Auswahl aus den gesamten Auftragsvergaben der amtsangehörigen Gemeinden, des Amtes und der Stadt getroffen.

21102.0827 – Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) für die Grundschule „Fritz Reuter“

Es lagen für alle angeschafften GWG Angebote vor. Zusätzlich zum Haushaltsansatz in Höhe von 1.300 Euro wurden ein Drehstuhl für die Sekretärin und eine Rollo angeschafft. Der Überschreitungsbetrag in Höhe von 491,40 Euro wurde aus den Aufwandskonten 5237/5238 der Schule (GWG/Unterhaltung der GWG) gedeckt.

21502.0827 - Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) für die Schule Proseken

Seitens der Schule konnten entsprechende Angebote nachgewiesen werden. Der Planansatz (2,8 T€) wurde mit 1.731,92 Euro unterschritten.

Hinsichtlich einer Diskussion, ab welcher Wertgrenze Vergleichsangebote einzuholen sind, wird seitens des RPA die Empfehlung ausgesprochen, ab einem Wert von 60 Euro drei Angebote zum Vergleich einzuholen, da alle GWG ab einem Wert von 60 Euro Netto entsprechend der Bewertungsrichtlinie der Verwaltungsgemeinschaft inventarisiert werden. Es befinden sich derzeit alle Gemeinden in der Haushaltssicherung, so dass auf die Kosten achtgeben werden muss. Zudem muss das wirtschaftlichste Angebot nicht das billigste sein. Da es hier jedoch sehr große Preisspannen gibt, ist eine Dokumentation erforderlich. Es sind Ausdrucke aus dem Internet und Katalogvergleiche oder auch E-Mails als Nachweise geeignet.

21502.0910-004 - Ausstattung für die Schule Proseken

Für die Ausstattung der Schule mit Mobiliar waren insgesamt 7.600 Euro vorgesehen. Davon wurden 2.448,48 Euro umgesetzt. Seitens der Schule wurde erklärt, dass die Schränke der Fa. Nordring bevorzugt werden, da diese ein einheitliches Schließsystem verwenden, so dass jeder Lehrer nur einen Schlüssel benötigt, egal in welchem Raum sich das Lehrmaterial befindet. Außerdem wird sie von dem Vertreter sehr gut beraten. Die angeschaffte Druckerpresse wird für den Kunstunterricht benötigt und war nur mit einem passenden, fahrbaren Tisch geeignet.

11402.08272 - Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) für den Bauhof Grevesmühlen

Für den Bauhof wurden 2 Mobiltelefone angeschafft. Es gestaltete sich nach Aussage der Verwaltung schwierig, Angebote für Handys ohne Smart Funktion zu bekommen. Diese lagen zum

Prüftermin nicht vor, konnten jedoch nachgereicht werden. Im Haushalt waren 300 Euro vorgesehen, es wurden beide Handys für 169,82 Euro bei Amazon erworben.

12601.0910-071 - Ausstattung Feuerwehrfahrzeuge Grevesmühlen

Geprüft wurden die Anschaffungen einer Motorpumpe, eines Spreizers und eines Schneidgerätes. Da es für die Feuerwehr pro Bundesland einen Generalvertreter gibt, kann keine Ausschreibung erfolgen. Außerdem sind die Aufbauten und Zubehörteile nur bei einem Hersteller kompatibel. Nachrüstungen oder Ersatzbeschaffungen müssen folglich beim gleichen Lieferanten bestellt werden, der auch das Fahrzeug bzw. die Erstausstattung geliefert hat. Im Haushaltsplan waren 18.500 Euro hierfür vorgesehen, die mit 18.430,01 Euro realisiert wurden. Zusätzlich wurde ein Leckabdichtungssystem für rd. 2.000 Euro angeschafft, die Mittel dafür wurden durch eine überplanmäßige Auszahlung aus dem Konto 12601.5237 (Unterhaltung der GWG) gedeckt.

54500.0827 - Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) für Straßenreinigung und Winterdienst Grevesmühlen

Geprüft wurde die beschränkte Angebotseinholung für 5 Streugutbehälter, die Angebote lagen vor. Der im Nachtrag bereit gestellte Planansatz über 1.800 Euro wurde mit 1.370,28 Euro erfüllt.

54500.0910-083 - Kauf von Schneezäunen Grevesmühlen

Die Schneezäune wurden über die Straßenmeisterei beschafft. Die Preise sind um die Hälfte günstiger als direkt beim Anbieter, da die Straßenmeisterei Sammelbestellungen ausführt. Von den im Nachtrag bereitgestellten Mitteln über 5.400 Euro wurden 1.864,19 Euro verfügt, weil bei der Planung von einem höheren Ersatzbedarf ausgegangen wurde.

54101.2332-066 - Sonderposten Rehnaer Straße Grevesmühlen

Geprüft wurde die Erhebung der Beiträge für die Rehnaer Straße im Jahr 2009. Bei der zu prüfenden Rückzahlung handelt es sich um ein Grundstück an der Bahntrasse (ehemals mit einem Speicher bebaut), für welches der Beitrag mit Fälligkeit zum 07.03.2010 in Höhe von 4.559,20 Euro erhoben wurde. Der damalige Eigentümer zahlte nicht. Nach dem üblichen Mahn- und Vollstreckungsverfahren wurde eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, wodurch der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück liegt. Die nachfolgende Eigentümerin versuchte über einen Makler das Grundstück zu verkaufen. Mit Beschluss der Stadtvertretung vom 03.09.2012 wurde das Grundstück im Zusammenhang mit der angedachten Bebauung des Bahnhofsareals durch die Stadt erworben. Noch bestehende Lasten sollten mit dem Kaufpreis verrechnet und erlassen werden. Nach Eintrag der Stadt als Eigentümer in das Grundbuch wurde der aus dem Jahr 2009 vorgetragene und verbliebene Kassenrest in Höhe von 4.360,21 Euro ausgebucht. Ein kleiner Betrag wurde durch den 1. Eigentümer bereits beglichen.

11402.0910-008 - Ausrüstung für den Gemeindearbeiter; Gemeinde Bernstorf

Es handelt sich um einen gebrauchten Multicar, den die Gemeinde Roggenstorf veräußert hat. Der Bürgermeister hat bis zum Rahmen seiner Entscheidungsbefugnis in Höhe von 600 Euro den Multicar erworben. Weiterhin wurden 300 Euro für Ersatzteilgewinnung aus dem Aufwand gezahlt. Es wurden keine vergleichbaren Angebote eingeholt, weil der Kaufpreis bereits zwischen beiden Bürgermeistern verhandelt war.

11402.0910-010 - Ausrüstungsgegenstände für den Gemeindearbeiter; Gemeinde Roggenstorf

Hier war vorgesehen, am vorhandenen Multicar den Neuaufbau des Fahrerhauses vorzunehmen oder ein komplett neues Fahrzeug zu erwerben. Die Gemeindevertretung sprach sich für den Erwerb eines gebrauchten, gut erhaltenen Fahrzeuges aus. Über den KMV Schwerin (Kommunalmaschinenvertrieb) wurde dann der Gemeindevertretung ein geeignetes Fahrzeug zu

einem Preis von 45.800 Euro, Baujahr 2007 vorgeschlagen. Nach Besichtigung des Fahrzeugs durch den Bürgermeister und einige Gemeindevertreter wurde das Fahrzeug als zu teuer befunden und ein anderes Fahrzeug, Baujahr 2001 zu einem Preis von 29.155 Euro ausgewählt, welches im Rahmen des Haushaltsbudgets lag. Seitens der Verwaltung wurden noch weitere Angebote eingeholt, die Entscheidung war jedoch schon getroffen. Des Weiteren wurde noch Motorsägen und Frontbesen angeschafft, für die entsprechende Angebote eingeholt wurden.

11402.0711/11402.0910-028 - Verkauf/Kauf PKW; Gemeinde Testorf-Steinfort

Der Kauf eines Kleintransporters für die Gemeinde Testorf-Steinfort war in der Haushaltsplanung nicht vorgesehen. Jedoch war das alte Fahrzeug bereits mehrfach repariert und nicht mehr fahrbereit. Der Bürgermeister hatte bereits ein Angebot, zwei weitere die Verwaltung eingeholt. Außerdem hat ein Autohaus zwei weitere Angebote vorgelegt. Da jedoch keiner der anderen Anbieter das alte Fahrzeug in Zahlung nehmen wollte, erhielt die durch den Bürgermeister avisierte Firma den Auftrag. Der Erwerb des gebrauchten Fahrzeugs konnte nur durch zusätzliche Einzahlungen aus einem Grundstücksverkauf realisiert werden. Da sich die Zahlung jedoch hinauszog, war die Gemeinde gezwungen für die Zwischenzeit einen Mietwagen zu nutzen. Die Kosten für den Mietwagen lagen jedoch unter dem Verkaufspreis für das alte Fahrzeug. Für die außerplanmäßige Auszahlung erteilte der Bürgermeister einen Eilentscheid, welcher von der Gemeindevertretersitzung am 19.11.2013 genehmigt wurde.
Der Rechnungsprüfungsausschuss weist darauf hin, dass die Bürgermeister und die Gemeindevertretungen informiert werden, dass auch sie die gesetzlichen Vorgaben zur Einholung von Angeboten, die von der Verwaltung umzusetzen sind, zu beachten haben.

11401.0960-016 - Anbau Gerätehaus; Gemeinde Börzow

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich mit der umfangreichen Bauakte befasst. Lt. Kostenschätzung sollte der Anbau an das vorhandene Feuerwehrgerätehaus in Börzow rd. 490 T€ umfassen. Nach der ILERL MV wurden 260 T€ aus der Dorferneuerung gefördert, wobei die Ausstattung und Außenanlagen als nicht förderfähig eingestuft wurde. Der Zuwendungsbescheid wurde persönlich durch den Landwirtschaftsminister Herrn Backhaus übergeben. In seiner Rede regte er an, das Haus mit erneuerbaren Energien zu versehen. Da lt. Bescheid der Bewilligungszeitraum bereits zum 25.11.2013 endete, mussten die Aufträge schnellstmöglich erteilt werden. Zu diesem Zeitpunkt war der Wertgrenzenerlass nach VOB außer Kraft, so dass öffentlich ausgeschrieben werden musste. Die öffentliche Ausschreibung (1. Staffel) umfasste die Lose 1 bis 9: Erarbeiten, Rohbau, Zimmerer, Dachdecker, Fenster/Außentüren, Trockenbau, Elementschiebewand, Elektroinstallation, Heizung/Lüftung/Sanitär mit Auftragswerten zwischen rd. 10 – 100 T€. Zwischenzeitlich wurde auch die beim Innenministerium beantragte Kofinanzierungshilfe bewilligt. Der Bescheid über rd. 195 T€ wurde ebenfalls persönlich durch den Innenminister Herrn Caffier übergeben. Für die 2. Staffel und die Photovoltaikanlage erfolgte eine beschränkte Ausschreibung, da zu diesem Zeitpunkt der Wertgrenzenerlass nach VOB wieder gültig war. Die 2. Staffel umfasst die Lose 11 bis 15: Putz, Estrich, Fliesenleger, Maler, Innentüren und Bodenbelag mit Auftragswerten zwischen rd. 5 – 17 T€. Es wurde nur der Blitzschutz freihändig vergeben, da die Firma bereits beim Hauptbau die Blitzschutzanlage errichtet hatte und zudem aus der Region war. Für die Errichtung der Photovoltaikanlage wurde eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 14.500 Euro beschlossen, die jedoch nicht förderfähig ist. Für alle Vergaben lagen die Submissionsergebnisse sowie die Beschlüsse der Gemeindevertretung vor. Die Auftragsvergabe an das Planungsbüro wurde bereits am 24.10.2012 durch die Gemeindevertretung beschlossen. Am 13.12.2013 fand die feierliche Eröffnung statt. Die Schlussrechnungen konnten jedoch nicht vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes geprüft und angewiesen werden. Somit wurde einer Verlängerung durch den Zuwendungsgeber zugestimmt, die Mittel jedoch noch im Jahr 2013 abgerufen. Derzeit befindet sich noch ein Teil der Originalrechnungen zur Prüfung beim Landkreis. Vorbehaltlich des Prüfergebnisses wird es wahrscheinlich zu einer Rückzahlung der Zuwendung in Höhe von rd. 970 € kommen, da die Baukosten leicht unter der Kostenschätzung liegen.

11401.0960-012 - Errichtung Werbeaufsteller; Gemeinde Rüting

Nach dem Auszug der Betreiberin aus dem „Landhaus“ in Rüting war die Gemeinde bestrebt, das Objekt zur Verpachtung anzubieten. Zusätzlich zu den Bekanntmachungen im Internet sollten 2 Werbeaufsteller errichtet werden. Aufgrund des Auftragswertes erfolgte eine freihändige Vergabe. Von drei Anbietern gaben nur zwei ein Angebot ab. Der Vergabevorschlag wurde dem Bürgermeister vorgelegt. Für die Aufsteller musste aufgrund der Statik eine Baugenehmigung beantragt werden, es wurde jedoch nur ein Schild genehmigt. Der Bürgermeister beauftragte somit nur ein Schild mit der angedachten Beschriftung, das 2. Schild wurde ohne Beschriftung bestellt und im Lager des Gemeindearbeiters bis zur endgültigen Klärung der Beschriftung und Genehmigung eines weiteren Standortes untergebracht. Die Beschriftung soll auf die Vermietung der gemeindeeigenen Wohnungen und auf den Kauf von Grundstücken erweitert werden.
Die Maßnahme sollte bereits im Jahr 2012 ausgeführt werden, war jedoch nicht im Haushalt geplant. Daher verfügte der Bürgermeister mittels Eilentscheid eine außerplanmäßige Auszahlung, die mit Beschluss der Gemeindevertretung am 21.05.2012 genehmigt wurde. Da die Maßnahme erst im Jahr 2013 realisiert wurde, wurde ein Haushaltsrest übertragen.

21103.0960-106 - Brandschutzkonzept Schule Ploggensee, Grevesmühlen
Die Schule „Am Ploggensee“, die im Jahr 1969 gebaut wurde, entsprach nicht mehr den aktuellen brandschutztechnischen Bestimmungen. Da die drei Gebäudeteile alle nur über ein Treppenhaus und somit einen Fluchtweg verfügen, war der Einbau dicht- und selbstschließender Türen und einer Rauchschutzdruckanlage erforderlich. Da die Türöffnungen nicht die für die neuen Türen erforderlichen Breiten und Höhen hatten, wurde erst beim Aufschneiden der Mauerwerke sichtbar, dass sich darin Bewehrungen befanden, die zu ersetzen waren. Somit erhöhten sich die ohnehin schon sehr hohen Kosten zusätzlich zur Kostenschätzung auf rd. 688 T€. Es erfolgten für alle Arbeiten beschränkte Ausschreibungen nach VOB, die lt. Hauptsatzung der Stadt durch den Bürgermeister beauftragt wurden (bis 250 T€). Die Arbeiten umfassten hauptsächlich das Gewerk Elektro für die Rauchschutzdruckanlage sowie Tischler, Türen, Trockenbau, Maurer und Maler. Die geplante Bauausführung in den Ferien konnte nicht eingehalten werden, so dass zwischenzeitlich Umzüge der Klassen zwischen den Gebäudekomplexen notwendig waren. Außerdem mussten aufgrund der Auslagerung der Garderoben aus den Fluren insgesamt 4 Unterrichtsräume aufgegeben werden. Für die Maßnahme wurde eine Sonderbedarfszuweisung in Höhe von 209 T€ durch das Innenministerium bewilligt.

36501.0910-011 - Ausstattung Kita, Grevesmühlen
Der Hort der Stadt hatte im letzten Jahr eine Überkapazität an Hortplätzen, während ein erhöhter Bedarf an Kita-Plätzen vorhanden war. In Absprache mit dem Jugendamt des Landkreises mussten für die Umnutzung einige bauliche Voraussetzungen erfolgen und die Ausstattung angepasst werden. Die Umbauten betrafen hauptsächlich den Sanitärbereich und den Klemmschutz an den Türen. Da der Neubau des Hortes noch in der Gewährleistungsfrist von bis zu fünf Jahren zurücklag, konnte der ehemalige Auftragnehmer über eine freihändige Vergabe beauftragt werden. Da die Arbeiten während der Ferien ausgeführt werden sollten, wurde eine außerplanmäßige Auszahlung über 32 T€ durch Eilentscheid des Bürgermeisters verfügt, welche mit Beschluss des Hauptausschusses am 20.08.2013 genehmigt und im 1. Nachtragshaushalt der Stadt berücksichtigt wurde.
Das Mobiliar wurde zum Teil aus dem anderen Haus übernommen, zum Teil jedoch von der Firma Wehrfritz geliefert. Hier fand keine Angebotseinholung statt, weil es sich um eine Ergänzung zum bereits vorhandenen Mobiliar handelte und die Fa. Rabatte gewährt. Für den Kühlschrank erfolgte ebenfalls keine Ausschreibung. Die Lieferung musste schnell erfolgen, um die Kühlung der Speisen so gering wie möglich zu unterbrechen und wurde von einer Grevesmühlener Firma vorgenommen. Für die weiterhin beschafften Anlagegüter (Liegepolster, Bürostuhl und Spielzeugschuppen) wurden jeweils 3 Angebote eingeholt und die Entscheidung begründet.

36602.08272 - Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) für das Kinder- und Jugendhaus in Grevesmühlen

Die Anschaffungen für das Kinder- und Jugendhaus in Grevesmühlen wurden zum Teil aufgrund eines Einbruchdiebstahls erforderlich. Im Einzelnen wurden zwei Lichteffektgeräte mit Stativ, eine Dartscheibe, eine Funkmikrofonanlage und drei Monitore beschafft.
Es lagen nicht in jedem Fall drei Angebote vor. Angebotsvergleiche wurden bis auf die Monitore nicht gefertigt.

11102.0910-013 - Anfertigung eines Gemeindewappens; Gemeinde Roggenstorf
Laut Beschluss der Gemeindevertretung gab es hier bereits zu D-Mark-Zeiten Bemühungen, ein eigenes Gemeindewappen erstellen zu lassen. Eine Auftragserteilung ist nur an einen vom Land bestellten und zugelassenen Kommunalheraldiker möglich. Daher erfolgte hier eine freihändige Vergabe. Es wurde eine telefonische Kostenabfrage durchgeführt. Die dazu erstellte Aktennotiz wird als ausreichend angesehen, jedoch sollte diese mit Datum und Unterschrift ergänzt werden. Das Wappen wird derzeit noch durch das Landeshauptarchiv geprüft und ist anschließend über den Landkreis durch das Innenministerium zu genehmigen.

12601.0910-033 - Anschaffung eines gebrauchten Feuerwehrfahrzeuges; Gemeinde Upahl

Es handelt sich um den Erwerb eines gebrauchten Feuerwehrfahrzeuges als Ersatz für den Unimog der Feuerwehr Hanshagen. Ein den Anforderungen der Wehr und dem verfügbaren Kostenrahmen entsprechendes Fahrzeug wurde nur im Internet gefunden. Die Mitglieder der Wehr erhielten die Zustimmung des Bürgermeisters, auf das Fahrzeug zu bieten. Das Fahrzeug gehörte zuvor der Feuerwehr in Lübeck und wurde für rd. 25 T€ erworben. Die Umrüstung des Fahrzeuges erfolgte in Eigenleistung der Kameraden. Defekte Teile wurden zu einem Wert von rd. 10 T€ nachbestellt. Es lag kein Vergleich für ein gleichwertiges Fahrzeug vor.
Der Rechnungsprüfungsausschuss stellt fest, dass eine Dokumentation fehlt, auf welcher Grundlage die Beschaffung ohne weitere Angebotseinholung erfolgt ist. Grundsätzlich sollte aus Sicht der Prüfer für alle Bereiche geprüft werden, ob es im Zuständigkeitsbereich des RPA generell rechtlich zulässig ist, an Auktionen zwecks Beschaffung teilzunehmen.
Nach § 6, Absatz 3 der Hauptsatzung der Gemeinde Upahl kann der Bürgermeister bei Aufträgen bis zu 1.000 Euro nach VOL entscheiden. Gemäß VOL ist öffentlich auszuschreiben. Sollten die Voraussetzungen vorliegen, ist eine beschränkte Ausschreibung oder eine freihändige Vergabe möglich. Bei Leistungen bis zu 500 Euro Nettowert kann auf die Einholung von Angeboten verzichtet werden. Die Grenzen des Ausschreibungsverfahrens sind zu beachten. **Der fehlende Beschluss der Gemeindevertretung ist nachzuholen.**

54101.0960-037 - Oberflächensanierung der Straße Groß Pravtshagen; Gemeinde Upahl

Bei dieser Baumaßnahme wurde eine beschränkte Ausschreibung nach VOB ausgeführt. Die Submission brachte 6 Angebote. Es wurde dem Vergabevorschlag des Ingenieurbüros gefolgt. Für die Auftragsvergabe erteilte der Bürgermeister einen Eilentscheid, der von der Gemeindevertretung am 12.09.2013 beschlossen wurde. Das Submissionsprotokoll wurde mit den vorliegenden Angeboten abgeglichen.
Zu beanstanden ist, dass die tatsächlichen Kosten lt. Schlussrechnung um rd. 21 % höher ausgefallen sind als lt. Auftragserteilung vorgesehen. Bei Kostensteigerungen von über 10 % ist neu zu verhandeln. Eine Dokumentation für die höheren Kosten, z.B. Mengenmehrung ist nicht erfolgt. Hier hätte mit Nachtragsangeboten gearbeitet werden müssen.

36601.0910-007 - Spielplatzgeräte; Gemeinde Warnow

Bei der Beschaffung der Spielplatzgeräte im Ortsteil Bössow erfolgte eine freihändige Vergabe nach VOB. Die Mittel waren im Haushalt nicht geplant, wurden aber über eine außerplanmäßige Auszahlung bereitgestellt und aus Zuschüssen Dritter gedeckt. Für die Auftragsvergabe und die außerplanmäßige Auszahlung fasste der Bürgermeister einen Eilbeschluss, der am 10.12.2013 durch die Gemeindevertretung beschlossen wurde.
Es ist zu beanstanden, dass keine vergleichbaren Angebote vorhanden sind.

54101.0960-036 - Straßenbau Kirschenallee in Proseken; Gemeinde Gägelow

Die Zweckverbände Wismar und Grevesmühlen sowie die Gemeinde Gägelow haben eine Vereinbarung geschlossen, die Ortsentwässerung in Proseken (Entwässerung und Wasserversorgung) sowie den Straßenbau Kirschenallee als Gemeinschaftsaufgabe durchzuführen. Somit sind die Kosten den jeweiligen Baulastträgern zuzuordnen. Die Unterzeichnung der Vereinbarung durch den Bürgermeister erfolgte auf Grundlage eines Eilentscheids, der durch die Gemeindevertretersitzung am 26.11.2013 genehmigt wurde. Bis zum Prüfungszeitpunkt wurden nur Abschlagsrechnungen des Ingenieurbüros und des Zweckverbandes in Höhe von rd. 74,9 T€ gebucht. Der Auftrag beläuft sich auf 155 T€ für die Bauleistungen.
Eine abschließende Prüfung war nicht möglich und soll im Folgejahr erfolgen.

54101.0960-018 - Ländlicher Wegebau Mallentin - Hof Mummendorf; Gemeinde Mallentin

Bisher wurden lediglich 5,5 von 330 T€ Gesamtkosten verbucht, da die Maßnahme gefördert werden soll, die Zuwendungsbescheide jedoch noch nicht vorliegen. Die Buchungen betreffen einen Abschlag für Ingenieurleistungen und eine Vermessung. Für die Vermessung lagen keine Angebote vor, sie ist jedoch im Vergabevorschlag als Einzelposition vermerkt. Die Auftragsvergabe an das Planungsbüro wurde durch die Gemeindevertretung am 29.08.2011 beschlossen. Der Vertrag mit dem Ingenieurbüro konnte nicht eingesehen werden und ist nachzureichen.

54101.0960-021 - Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED; Gemeinde Plüschow

Zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED in der Gemeinde Plüschow liegt bisher nur eine 1. Abschlagsrechnung des Ingenieurbüros vor. Die Maßnahme wird erst 2014 umgesetzt. Der Vertrag mit dem Ingenieurbüro liegt nicht vor und ist nachzureichen.

Abschließend weist der Rechnungsprüfungsausschuss nochmals darauf hin, dass die Angebotsvergleiche in Kopie den Rechnungen beizufügen sind. Die Rechnungen, die inventarisierungspflichtige Anlagegüter enthalten, werden generell durch den Anlagenbuchhalter eingescannt und im öffentlichen Ordner abgelegt. Bei künftigen Prüfungen kann somit auf die Vorlage von Belegen und auf die Anwesenheit der Sachbearbeiter verzichtet werden, wenn die Prüfunterlagen auch digital einzusehen sind. Die Sachbearbeiter sollten sich dann nur für spezielle Fragen zur Verfügung halten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zur Prüfung der Auftragsvergaben keine weiteren Prüfungsfeststellungen.

Die Rechnungsprüfungsausschuss lobt ausdrücklich die übersichtliche Aktenführung seitens der Verwaltung.

4.5 Belegprüfungen:

4.5.1 Doppische Jahresabschlüsse für das Jahr 2010:

Für die Belegprüfungen des Jahres 2010 wurde insbesondere das Produkt Gebäude- und Flächenmanagement einer umfangreichen Prüfung seitens des Rechnungsprüfungsausschusses unterzogen. Geprüft wurden die Gemeinden Bernstorf, Mallentin, Plüschow und Roggenstorf. Geprüft wurden auch die Abfuhr des Hausmülls und die Bestellung von Heizöl.
Bei einer Rechnung zum Abbruch „Old Nash“ (Gemeinde Plüschow) über rund 65 T€ (PSK: 11401.14211-003) befindet sich kein Angebotsvergleich. **Die Prüfer sind der Auffassung, dass der Angebotsvergleich, zumindest jedoch der Beschluss als Anlage der Rechnung beizufügen ist.**

Hinsichtlich der Benutzungsgebühren öffentlicher Gebäude (hier: Gemeinde Plüschow) weist der Rechnungsprüfungsausschuss darauf hin, dass Buchungsbelege eindeutig sein müssen. **Werden unterschiedliche Tarife und Vergünstigungen gewährt, ist der Rechnung eine Vertragskopie beizufügen, zumindest aber hat ein Vermerk auf dem Kontierungsbogen zu erfolgen.**

Im Zusammenhang mit der Prüfung der Gemeinde Bernstorf, insbesondere das Konto Nutzungsgebühren betreffend, **empfiehlt der RPA allen Gemeinden bei der Vermietung von Räumen eine Kaution zu erheben.**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu den Belegprüfungen 2010 keine negativen Prüfungsfeststellungen.

4.5.2 Doppische Jahresabschlüsse für das Jahr 2011:

Für die Belegprüfungen des Jahres 2011 wurden die Produkte 11102 Gemeindevertretung, Ausschüsse und 55101 Öffentliches Grün einer umfangreichen Prüfung seitens des Rechnungsprüfungsausschusses unterzogen. Geprüft wurden die Gemeinden Bernstorf, Mallentin, Plüschow und Roggenstorf sowie Rüting, Testorf-Steinfort und Upahl.

Für öffentliches Grün wurden in der Gemeinde Testorf-Steinfort 2011 rund 15 T€ aufgebracht, was im Vergleich mit den übrigen amtsangehörigen Gemeinden vergleichsweise hoch ist. Allein eine Jahrespauschale für Mäharbeiten kostete rd. 10 T€. Die Gemeinde sollte prüfen, ob solche Arbeiten wie in anderen Gemeinden durch einen Gemeindearbeiter vorgenommen werden sollten. Ein geringfügig Beschäftigter oder über das Job-Center geförderter und nur im Bedarfsfall eingesetzter Arbeiter ist nach Auffassung des Rechnungsprüfungsausschusses in der Regel kostengünstiger als eine Fremdfirma.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu den Belegprüfungen 2011 keine wesentlichen negativen Prüfungsfeststellungen.

4.5.3 Doppische Jahresabschlüsse für das Jahr 2012:

In der Sitzung am 04.02.2014 wurden die vorläufigen Jahresabschlüsse der Gemeinden Warnow und Gägelow, die zum 01.01.2012 als letzte Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft auf Doppik umgestellt wurden, geprüft. Es werden die Belege zum Produkt 54101 Gemeindestraßen für beide Gemeinden einer tiefergehenden Prüfung unterzogen. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat festgestellt, dass ein Lieferant von Baumaterial bei Rechnungsbeträgen unter 25 Euro einen Kostenausgleich in Höhe von 3,00 Euro berechnet. **Die Verwaltung wird gebeten, die Gemeindearbeiter darauf hin zu weisen, möglichst Aufträge zu kumulieren, um die Zusatzkosten für Kleinstrechnungen zu vermeiden.**

In den übrigen Gemeinden wurden für das Jahr 2012 Belegprüfungen zum Produkt 54101 Gemeindestraßen vorgenommen.

Für die Instandsetzung der Zufahrt zur Feuerwehr in Naschendorf (Gemeinde Plüschow) lag kein Angebotsvergleich vor.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zu den Belegprüfungen 2012 keine wesentlichen negativen Prüfungsfeststellungen.

4.5.4 Doppische Jahresabschlüsse für das Jahr 2013:

Für die Belegprüfungen des Jahres 2013 wurde die Straßenbeleuchtung einer umfangreichen Prüfung seitens des Rechnungsprüfungsausschusses unterzogen.

In der Gemeinde Testorf-Steinfort lagen für die LED-Umrüstung 3 Angebote vor, die sich ungefähr in der gleichen Preislage bewegten. Es wurde das günstigste Angebot gewählt. Die Rechnung wurde in Höhe des Angebotes gestellt. Im Haushaltsplan waren 8.000 Euro für die Maßnahmen vorgesehen. Es wurde eine überplanmäßige Auszahlung durch den Bürgermeister genehmigt, die durch Einsparungen bei der Straßenunterhaltung gedeckt wurde. **Es fehlte der Angebotsvergleich.**

4.6 Sonstiges

4.6.1 Querschnittsprüfung des Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich mit dem Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes des Landkreises Nordwestmecklenburg über die Querschnittsprüfung zur Wirksamkeit der örtlichen Prüfung durch die Rechnungsprüfungsausschüsse befasst. Ihm lag hierzu auch die Stellungnahme der Verwaltung vor.
Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises hat eine Querschnittsprüfung zur Wirksamkeit der örtlichen Prüfung durch die Rechnungsprüfungsausschüsse vorgenommen. Dabei hat das Rechnungsprüfungsamt aus jedem Amt eine Gemeinde geprüft. Im Amtsbereich Grevesmühlen betraf dies die Gemeinde Bernstorf. Gemäß § 10 Absatz 2 KPG (Kommunalprüfgesetz) ist der Bericht der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben. Dies soll laut Aussage der Verwaltung auf der kommenden Sitzung der Gemeindevertretung erfolgen.

4.6.2 Verwendungsnachweise für Fördermittel

Ein vollständiger Verwendungsnachweis für Fördermittel der Stadt Grevesmühlen an den NABU konnte nicht vorgelegt werden. Allerdings lag dem Rechnungsprüfungsausschuss ein Foto sowie die Stellungnahme des Ausschussvorsitzenden des Umweltausschusses vor. Die Maßnahme wurde demnach angeblich durchgeführt. Der RPA stellt fest, dass ein vollständiger Verwendungsnachweis nicht vorgelegt werden konnte.

4.6.3 Kennzahlen

Hinsichtlich der Prüfung von Jahresabschlüssen weist der Rechnungsprüfungsausschuss auf die Bedeutung von Kennzahlen und deren Vergleich mit anderen Gemeinden im Bundesland hin. Derartige Kennzahlenvergleiche sind in der Regel aussagekräftiger als umfangreiche Rechenschafts- und Prüfberichte. Denkbar und wünschenswert wäre es, dass der Städte- und Gemeindetag hier eine Empfehlung gibt und beispielsweise Mittelwerte für ausgewählte Kennzahlen festlegt. Die Prüfungen des Rechnungsprüfungsausschusses sollten sich auf Stichproben und Problemfälle beschränken. Der Rechnungsprüfungsausschuss bewertet es positiv, dass in der Verwaltungsgemeinschaft die Darstellung von Zielen und Kennzahlen bereits vorangeschritten ist.

4.6.4 Haushaltsausgleich

Der Rechnungsprüfungsausschuss stellt weiterhin fest, dass bei der überwiegenden Zahl der Gemeinden die Buchung der Abschreibungen und Sonderposten von einem derzeit vorläufigen positiven Ergebnis zu einem negativen Ergebnis führen wird, so dass in absehbarer Zeit das Eigenkapital aufgebraucht sein wird.

Grevesmühlen, 23.04.2014
(Datum)

U. Weiß
Weiß
Vorsitzender des gemeinsamen Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Grevesmühlen und des Amtes Grevesmühlen - Land